

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

54. Sitzung vom 23. und 24. Juni 2014
(2. Sitzungstag vom 24. Juni 2014)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 54
Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt Rednerinnen bzw Redner:		GR Johann Herzog (zur Geschäftsordnung)	S. 55
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 3	Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 55
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 4	Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport	
GR Ing Udo Guggenbichler, MSc	S. 7	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Erich Valentin	S. 9	GRin Ing Isabella Leeb	S. 57
GR Martin Flicker	S. 11	GR David Ellensohn	S. 59
GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 13	GR Dominik Nepp	S. 61
GR Mag Gerhard Spitzer	S. 14	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 63
GR Christian Unger	S. 16	GR Mag Jürgen Czernohorsky	S. 64
GRin Angela Schütz	S. 17	GRin Mag Ines Schneider	S. 67
Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 18	GR Senol Akkilic	S. 67
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung		GR Dietrich Kops	S. 69
Redner:		GR Ing Christian Meidlinger	S. 70
GR Martin Flicker	S. 19	GR Dietrich Kops	
GR Mag Christoph Chorherr	S. 20	(tatsächliche Berichtigung)	S. 72
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 23	GR Mag Günter Kasal	S. 72
GR Georg Niedermühlbichler	S. 25	GR Mag Dietbert Kowarik	S. 73
GR Norbert Walter, MAS	S. 26	GRin Ing Isabella Leeb	S. 74
GR Mag Günter Kasal	S. 29	Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 75
GR Gerhard Kubik	S. 30	Schlusswort Berichterstatte	
GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 31	VBgrmin Mag Renate Brauner	S. 78
GR Prof Dipl-Ing Dr Kurt Mörz	S. 33	Abstimmung	S. 78
Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 34		
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal		5. Ordnungsruf an GR Petr Baxant, BA	S. 50
Rednerinnen bzw Redner:		6. Ordnungsruf an GR Mag Thomas Reindl	S. 78
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 36	7. 01550-2014/0001-GGS; KAV, P 2: Jahresabschluss der Unternehmung Wie- ner Krankenanstaltenverbund 2013	
GRin Birgit Hebein	S. 38	Abstimmung	S. 80
GR Mag Wolfgang Jung	S. 39	8. 01469-2014/0001-GGU; WKN, P 3: Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal 2013	
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 41	Abstimmung	S. 80
GRin Safak Akcay	S. 42	9. 01115-2014/0001-GWS; WRW, P 4: Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen 2013	
GRin Mag Ines Schneider	S. 44	Abstimmung	S. 81
GR Senol Akkilic	S. 45		
GRin Angela Schütz	S. 46		
GR Petr Baxant,	S. 47		
GR Armin Blind	S. 50		
GR Gerhard Haslinger	S. 51		
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 53		

(Wiederaufnahme um 9.04 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Mit ein bisschen Verspätung, die im organisatorischen Bereich lag, nehmen wir die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind GR Baron, GR Seidl, GRin Dr Vana und GRin Mag Wurzer. GR Stark ist bis 13 Uhr entschuldigt, GRin Teiber bis 12.30 Uhr und GR Valentin von 11 bis 17 Uhr. Die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 wird fortgesetzt.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2013, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss 2013 der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben. – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Ich erteile es ihr. Ihre selbstgewählte Redezeit ist auf 12 Minuten eingestellt. Ich würde zudem bitten, den Lärmpegel hier im Saal ein bisschen zu reduzieren, sonst können wir der Diskussion nicht folgen.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Guten Morgen, Frau Stadträtin! Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst kurz auf das Zahlenmaterial eingehen und dann ein bisschen auf den Inhalt.

Wie wir gestern schon gehört haben, hat die Stadt Wien ja ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Die Budgetpolitik ist geprägt von Intransparenz, und diese Intransparenz widerspiegelt sich leider auch im Umweltressort. Wie wir alle wissen, gibt es seit der Ausgliederung von Wien Kanal hier sozusagen das schwarze Loch oder den schwarzen Kanal, und bei den Einnahmen gab es auch 2013 wieder Überschüsse bei Wasser und Müll von insgesamt 140 Millionen EUR. Ich wiederhole mich ungern, aber leider Gottes muss es sein, denn hier werden Gebühren missbraucht, hier wird der Steuerzahler abgezockt. Wenn jährlich so viel Überschuss bleibt, dann ist das, jedenfalls aus unserer Sicht, nicht legitim. Immerhin beträgt der Gebührendeckungsgrad bei Wasser 160,3 Prozent und bei den Müllgebühren 118,7 Prozent. Das heißt, wenn man das auf die Haushalte in Wien umrechnet, dann sind das 150 EUR, die die Stadt Wien jedem einzelnen Wiener Haushalt zu viel abgenommen hat.

Ich erinnere an die Diskussionen um die Streichung des Heizkostenzuschusses. Da ging es, wenn ich mich richtig erinnere, um 100 EUR, die ein Haushalt bekommen würde. Von den 150 EUR, die zu viel eingehoben wurden, könnte man das in dem Fall zumindest wieder in der Form zurückgeben oder eben, wie gesagt, weniger

einfordern. Es ist in dem Sinne vielleicht schlau, aber sicher unverschämt und jedenfalls nicht smart, die Wiener mit solchen überhöhten Gebühren abzuzocken. (Beifall bei der ÖVP.) Aber so ist eben SPÖ-Budgetpolitik: Zuerst wegnehmen und dann verteilen, vielleicht aber auch nicht.

Bleiben wir beim Wasser. Einig sind wir uns alle, wenn es gegen Privatisierung von Wasser geht, es ist ein Allgemeingut. Hier komme ich noch einmal zurück auf die Einhebung der Gebühren. Dementsprechend gehört das Wasser entweder allen beziehungsweise auch niemandem, auch nicht der Stadt Wien. Damit steht es Ihnen eben nicht zu, hier zu hohe Gebühren einzuheben. Ihre Verantwortung ist es lediglich, die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und mit dem Trinkwasser sparsam umzugehen. Sparsamkeit ist also gefordert, sowohl was das Steuergeld angeht als auch das Wasser.

Deswegen ist es auch nicht schlau, wertvolles Trinkwasser zum Bewässern von Parks und Friedhöfen zu verschwenden, wenn man Regenwasser mit einem schlaun Bewässerungskonzept umfassend nutzen könnte. Es gibt ja schon das eine oder andere Pilotprojekt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, aber hier könnte man viel machen, wie es auch andere große Städte machen. Deswegen bringen wir einen Beschlussantrag betreffend Ausbau der Nutzwasserleitungen für die Wiener Parks und Friedhöfe ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir schon beim Wasser sind und die heißen Sommertage bevorstehen, dann glauben wir auch, dass man den Kindern mit mehr Wasserspielplätzen den Sommer erleichtern könnte und hier auch Gutes tun könnte. Dementsprechend bringen wir einen Beschlussantrag betreffend Schaffung zusätzlicher Wasserspielplätze in den Wiener Parks ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Schlau wäre es, Steuergeld für nachhaltige Umweltmaßnahmen zu verwenden, statt es für Eigenwerbung oder Werbekampagnen zu verschwenden. Hiermit wären wir schon beim inhaltlichen Thema. Zukunftsträchtige und nachhaltige Umweltpolitik greift in alle Bereiche ein und braucht daher auf politischer Ebene ressortübergreifende Strategien. Das habe ich auch immer wieder eingefordert, aber ich vermisse eine solche ressortübergreifende umweltpolitische Strategie. Sie findet seit Jahren nicht statt und hat auch 2013 nicht stattgefunden. Ich bin daher auch schon gespannt auf die morgige Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes zur Smart City.

Das ist ein Ansatz, den ich mir allerdings schon seit Langem von Ihnen, Frau Umweltstadträtin, gewünscht hätte, denn der umfassende Nachhaltigkeitsansatz wäre eigentlich der Job des Umweltressorts gewesen. Warum Sie diese Hoheitskompetenz aus der Hand gegeben haben, bleibt mir unverständlich. Statt sich auf die so wichtige strategische und politische Makroebene zu konzentrieren und richtungweisende Entwicklungen in Gang zu setzen, begnügen Sie sich damit, mit Belohnungskampagnen oder Wohlfühlkampagnen von Plakawänden, aus Medien oder sogar von Müllcontainern zu lächeln oder Weine zu prämiieren. Jüngstes Highlight:

Die Wiener dürfen zwischen drei vorgegebenen Blumenbeeten wählen, wobei jedenfalls ein Blumenbeet klar der ebenfalls aktuell gestarteten Bienenkampagne widerspricht.

Ich will nicht unfair sein. Selbstdarstellung in der Politik ist leider wichtig, und ich sage nicht, dass alles schlecht oder unnützlich ist, denn gerade in Ihrem Ressort ist die Mikroebene fachlich doch sehr gut abgedeckt und Großteils sehr professionell abgearbeitet. Gerade 2013 haben wir 40 Jahre Wiener Umweltschutzabteilung gefeiert. Da möchte ich auch ein Lob an die Mitarbeiter und an die Leitung der MA 22 aussprechen, Lob aber auch an die Mitarbeiter aller anderen Magistratsabteilungen im Umweltressort für die Arbeit und für ihr Engagement für die Umwelt im Jahr 2013, wenngleich Führungsstil und Umgang mit Mitarbeitern nicht in jeder Abteilung so vorbildlich funktioniert wie in der Magistratsabteilung 22 beziehungsweise politische Entscheidungen notwendig wären. Ich nenne als Beispiel den Umgang mit den Abfallberatern, die gut genug waren, jahrelang mit verbotenen Kettenverträgen zu arbeiten, und als sie ordentliche, faire Arbeitsbedingungen gefordert hatten, unsozial und eiskalt abserviert wurden. Statt hier soziales Anliegen zu untermauern, haben Sie geschwiegen im November, als diese Diskussion wieder aufgepoppt ist, aber dafür haben Sie sich um die Präsentation des Wiener Weihnachtssackes gekümmert, Frau Stadträtin. Kreativ ja, aber weder nachhaltig noch sozial und deshalb weder schlau noch smart.

Der Ursprung findet sich wohl in der Ressortaufteilung zwischen Rot und Grün. Umweltpolitik ohne Klimaschutz und erneuerbare Energie ist dann eben hauptsächlich nur noch ein Wohlfühlprogramm. Aber was ist auf der grünen Seite zum Thema nachhaltige Umweltpolitik passiert? Hier schaut man leider wirklich enttäuscht ins Leere. Wenn die Umweltaufgaben für ein Ressort zu groß sind, dann mag diese Aufteilung ja Sinn machen, aber wenn zwei Ressorts im Umweltbereich passiv sind, dann ist jedenfalls eines zu viel. Aber vielleicht haben die Umfrageergebnisse und das EU-Wahlergebnis wachgerüttelt.

Und wenn schon nicht das Verständnis für die Präsenz und Chance für nachhaltige Umweltpolitik da ist, dann zumindest das politische. Denn wo war der Aufschrei des Umweltressorts rund um die Verbauungspläne des Areals Otto-Wagner-Spital, Baumgartner Höhe? Wo ist die schützende Hand des Umweltressorts, wenn es darum geht, landwirtschaftliche Flächen für Wohnbau zu opfern? Wo bleibt die Erreichung der Grünraumbedarfszahlen in den Innenstadtbezirken? In den Fällen, wo Plätze und Parks neu gestaltet werden, entscheidet man sich für Gestaltungen, die Grünräume eher reduzieren als zusätzlich schaffen. Das Ergebnis sind Platz- und Parkgestaltungen, die mehr an Betonwüsten als an grüne Großstadtoasen erinnern. Ich bin daher schon sehr gespannt, wie viele Grünflächen die neue Mariahilfer Straße haben wird. (*GR Mag Rüdiger Maresch: So viel wie jetzt!*) Wir werden ja sehen, wie grün die neue Mariahilfer Straße sein wird. Da sind wir schon sehr gespannt.

Jedenfalls hat die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN eher zu einem Stillstand auch in der Umweltpolitik geführt als zu einem Umwelt-Booster. Oder wie viele Bäume geschlägert wurden in letzter Zeit. Auch beim Baumschutz ist die Situation ähnlich. Immer mehr Bäume gehen in den dicht verbauten Stadtgebieten verloren. Beispiel Stubenring: 22 Bäume wurden im Frühjahr abgeholzt und nur zwei nachgepflanzt.

Wie gesagt, das Ressort Vassilakou umfasst den Klimaschutz. Wir haben es gestern schon gehört, aber ich möchte hier kurz noch einmal die wichtigsten Punkte auflisten. Die Umsetzung des Klimaschutzprogramms stagniert und scheitert am Desinteresse mangels öffentlicher Wirksamkeit. Neuaufgaben des KlIP harren der Realisierung. Bei der Solarenergie und auch bei der E-Mobilität steht die Stadtregierung auf der Bremse. Fazit: Die Zielerreichung bei den Klimaschutzzielen rückt in weite Ferne. Daher beschränkt sich die Klimaschutzpolitik immer mehr auf Jubelmeldungen, wonach Wien gegenüber anderswo ohnehin begnadet da steht.

Noch zwei Worte zum Tierschutz. Auch hier herrscht, ich will nicht sagen, Chaos, aber man muss doch feststellen, dass sehr reaktiv und nicht progressiv vorgegangen wird, denn nur nach massivem Druck und letztlich Kündigung des Vertrages durch den WTV hat Ihr Ressort in letzter Minute eingelenkt. Es gibt Hundezonen, die ihren Namen nicht wert sind, eine Antitaubenkampagne statt endlich Taubenschläge zu bauen, wie sie in Deutschland vielfach bereits erfolgreich in vielen Städten im Einsatz sind. In Wien prüft man vier Jahre, seit 2010, einen Taubenschlag in Meidling, aber Ergebnisse gibt es immer noch keine. Also das ist mir unbegreiflich. Es gibt einen vernichtenden Stadtrechnungshofbericht zur Tierhaltung von rund 600 Tieren aller Art in der MA 60 und Missstände bei der Ziegenhaltung am Rautenweg. Ich darf daran erinnern, da ist es auch keine Problem, wenn Goldorfe ganz offiziell für Tierversuche verwendet werden, aber Alarmstufe Rot, wenn medienwirksam ein Goldfisch gerettet werden kann.

Abzocke auch bei der Hundesteuer. Weil wir glauben, dass die Hundesteuer mehr Verwaltungsaufwand ist als sonst etwas, bringen wir hier einen Antrag auf Abschaffung der Hundesteuer ein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch einen Satz zum Antiatompakt, der ja heute gemeinsam beschlossen wird. Hier sind wir der Meinung – und hier unterscheiden wir uns von den Kollegen der FPÖ und von den GRÜNEN, die den Ausstieg aus EURATOM besser gestern als morgen hätten –, wir wollen ein Ergebnis. Daher: Am Tisch bleiben, verhandeln, bis das Ergebnis erreicht ist, nämlich die Verwendung der Mittel ausschließlich für den Atomausstieg.

So sehen wir es auch beim Freihandelsabkommen: Am Tisch bleiben, verhandeln und nicht von vornherein gegen das Abkommen sein. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Maresch. Seine selbstgewählte Redezeit ist mit 20 Minuten begrenzt.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr

Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Jetzt hat mich die Kollegin Holdhaus ein bisschen ratlos hinterlassen zum EURATOM-Ausstieg. Ich glaube, in Wirklichkeit ist es national eigentlich ziemlich klar, dass Österreich aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen sollte. Ich verstehe überhaupt nicht, warum dann die Frau Holdhaus beziehungsweise die ÖVP den Atomantrag miteinbringt, wenn wir nicht aus EURATOM aussteigen sollen. Das ist ein bisschen ein Widerspruch. Aber ganz egal. Es gab so viele Widersprüche, ich möchte nur ein paar davon aufzählen.

Beim Otto-Wagner-Spital finde ich es ganz in Ordnung, wenn Sie sagen, Sie sind da dagegen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass der Preis für das Otto-Wagner-Spital von einer bekannten Immobilienexpertin festgesetzt worden ist, die heißt Jank. Und damals war die ÖVP auch für den Verkauf dieses Areals. Ich möchte Sie nur daran erinnern, es ist nicht so lange her, dass sie Ihre Chefin war.

Weiters sagen Sie, beim Klimaschutzprogramm stagniert es in Wien. Da denke ich mir, der Einzige, der da stagnierte, war in Wirklichkeit – ich weiß nicht, was der neue Landwirtschaftsminister da machen wird – der alte Landwirtschaftsminister, der Österreich bei der Klimaschutzpolitik erfolgreich an den letzten Platz aller EU-Länder gebracht hat. Ich denke mir, das muss man einmal zusammenbringen, das muss man wirklich einmal zusammenbringen, einfach so absolut nichts zu tun und dann zu sagen, na ja, es geht halt nicht, werden wir uns halt ein bisschen in anderen Ländern einkaufen. Und tüchtig, wie er war, hat er, als es dann darum gegangen ist, gesagt, die Mehreinnahmen bei der Mineralölsteuer verwenden wir, um die Strafzahlungen abzuführen.

Also ich denke mir, da gehört schon etwas dazu, Letzter in der Klimaschutzpolitik zu sein und dann herzugehen und die Stadt Wien oder Rot-Grün zu kritisieren. Das Bundesland Wien steht am besten da beim Klimaschutz in ganz Österreich. Da müssten sich die ÖVP-Bundesländer einmal anschauen, ob sie das bringen können. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite, noch einmal: Bei der Mariahilfer Straße, Frau Kollegin, davon zu reden, dass da ein großer Park entsteht, ist völlig lächerlich. Das ist eine Straße, es wird Grünflächen geben, es gibt Bäume dort. Wir sind einfach determiniert durch die Auslässe in der U-Bahn-Decke. Die werden wir nicht sprengen können, denn dann gibt es keine U3, liebe Frau Kollegin. Das sollten Sie sich einmal überlegen, was Sie da überhaupt fordern. Das geht sich nicht aus. Es wird Container geben, es wird Wassertische geben, und es gibt die Bäume dort. Und, ja, es gibt Verkehrsberuhigung, und zwar die, die Sie nicht wollten, aber ein Teil von Ihrer Partei im 6. Bezirk schon. Also so ist es nicht.

Und was die Umfrageergebnisse betrifft, die uns wachrütteln werden: Die einzige Partei, die wirklich wachgerüttelt werden sollte von den Umfrageergebnissen, heißt ÖVP. Die ÖVP ist einseitig geworden nach den Umfrageergebnissen, Frau Kollegin, alle anderen Parteien haben da weniger Problem als Sie. Und wenn Sie dann herkommen und sagen, aufrütteln, aufrütteln,

aufrütteln, dann erinnert mich das an die tibetanische Gebetsmühle. Nein, Sie sollten aufrüttelt werden, und dann reden wir weiter. – So weit, so gut.

Auf die Worte vom schwarzen Loch und vom missbrauchten Steuerzahler will ich jetzt gar nicht eingehen. Faktum ist, dass vor nicht allzu langer Zeit die ÖVP oder die ÖVP in manchen Bundesländern – sagen wir es einmal so – das Wasser sehr wohl privatisiert hat, und zwar in Niederösterreich. Da gibt es einen französischen Konzern, dem ein Teil des Wassers gehört, und zwar deshalb, weil ihm die EVN gehört, und das EVN-Wasser gehört eben auch einer französischen Firma. Bitte sagen Sie das da draußen einmal.

Aber noch einmal: Wir in Wien stehen beim Klimaschutz ganz gut da im Vergleich zum Bund. Zweitens: Fragen Sie einmal die Frau Jank, wie denn das war beim Otto-Wagner-Spital.

Jetzt gehe ich auf die anderen Dinge ein, die mir ganz wichtig sind. Zunächst einmal vielen Dank an all die Dienststellen, also an die MA 22, 31, 36, 42, 45, 48, 49, 58, 60, Wien Kanal, die Wiener Umwelthanwaltschaft und die Tierschutzombudsstelle. Ich glaube in Wirklichkeit, es ist erstens einmal ein hervorragender Umweltbericht geworden, es ist ein guter Naturschutzbericht geworden, und es ist die ganze Zeit gute Arbeit geleistet worden. Ich möchte einfach nur ein paar Dinge herausgreifen.

Über die Straße im Wienerwald, die wir demnächst renovieren werden, kommt relativ viel Autoverkehr in die Stadt herein. Da war es früher immer so – das hat man sich im Frühjahr anschauen können –, dass Krötenwanderwege dazu geführt haben, dass da immer ein Amphibienmassaker stattgefunden hat. Wir haben dort den Amphibienschutz vorangetrieben. Rot-Grün hat dort das Problem gelöst und einen Amphibientunnel gebaut, einen Krötenschutzunnel. Das ist ganz wichtig, denn beim Exelberg und beim Schottenhof war es immer ganz, ganz schlimm für die unter Naturschutz stehenden Amphibien. Das war uns ganz wichtig.

Weiters war uns natürlich auch das Netzwerk Natur wichtig. Da gibt es jetzt in Wirklichkeit schon einiges zu berichten aus dem Netzwerk Natur. Da geht es vor allem um den Arten- und Lebensraumschutz, und unter anderem geht es auch um den Lebensraumschutz des Ziesels. Da möchte ich gleich auf diese Ziesel-Geschichte eingehen, denn vor nicht allzu langer Zeit waren wir ja bei einem kleinen Ziesel-Spaziergang. Die Sozialdemokraten waren nicht da, aber vor allem war interessant, dass auch die ÖVP nicht da war, außer die ehemalige Vorsitzende, die jetzt für die NEOS kandidiert und ein paar junge ÖVPLer, die sich Junge ÖVP nennen und nicht wussten, warum die andere ÖVP nicht da war.

Aber noch einmal zu der Geschichte: Wir stehen dafür, dass die sogenannte Ziesel-Wiese beim Heerespital nicht verbaut wird. Es ist bis jetzt nicht verbaut worden, und es wird nicht verbaut werden, solange die Auflagen dort in Wirklichkeit passen. Es ist so, dass die Ziesel sich ausgebreitet haben auf die Ersatzgebiete. Jetzt gibt es mehr als jemals zuvor. Es ist keine Übersiedlung der Ziesel festzustellen, also kann dort auch nicht gebaut werden.

Ich finde es aber interessant, dass man mittlerweile auch Ziesel auf dem Areal der zukünftigen Stadtstraße festgestellt hat und vor allem auf dem Areal der zukünftigen Lobau-Autobahn. Ich bin ja schon ganz gespannt, ob die FPÖ sich jetzt gegen die Umfahrungsautobahn wendet, aber es wird mich sehr freuen, wenn wir dann gemeinsam dafür eintreten, dass die Lobau-Autobahn nicht gebaut wird. Da bin ich schon wirklich sehr gespannt, ob der Herr Guggenbichler dann auch dort demonstrieren geht.

Zum Wasser, denn die Frau Kollegin Holdhaus war da ganz massiv beim Wasser dahinter. Frau Kollegin, mit den Mehreinnahmen aus dem Wasser wird zum Beispiel die Gürteloffensive gemacht. Das kann man sich jeden Tag anschauen. Da gibt es eine Mordstrumm Großbaustelle, da werden die Kanalrohre ersetzt, dreieinhalb Kilometer Rohrleitungen. Da weiß man, wo das Geld hingehet. Das ist das Wiener Wasser, da sorgen wir gemeinsam für mehr Versorgungssicherheit.

Und noch etwas ist wichtig: Die MA 31 betreibt auch elf Kraftwerke und ist bei der Ökostromproduktion durchaus ein ernstzunehmender Produzent.

Vielleicht noch das eine oder andere kleine oder größere Projekt, zunächst einmal ein größeres, der Helmut-Zilk-Park. Da gibt es ein Investment von 5 Millionen in ein neues Stadtentwicklungsgebiet mit Parkanlage und Erholungsgebiet. Da denke ich mir, das kann man in Wien herzeigen. Das ist in Wirklichkeit ein tolles Projekt, weil dort einfach über lange Zeit keine Parkanlagen vorhanden waren. Da geben wir den Menschen doch einiges, was sie brauchen können.

Jetzt möchte ich noch ein bisschen auf die Landwirtschaft eingehen. Auch ein nettes Projekt. Sie haben hier einen Antrag eingebracht – wir werden dem übrigens zustimmen, sage ich dazu – zur Optimierung des Schutzes der Wiener Landwirtschaft vor Feldfrevel. Ich war vorige Woche in Oberlaa spazieren und bin dann über den Goldberg hinauf zum Laaer Berg gegangen. Da gibt es ja Grundstücke, die manchen ÖVP-Politikern gar nicht fernstehen – sagen wir es einmal so. Da gibt es Weingärten – das war übrigens auch in der Bezirkszeitung –, und da klagt man, dass Menschen da oben Feldfrevel begehen und dort Weinblätter abreißen und die, wenn man so will, für die Dolma-Produktion im eigenen Haushalt verwenden. Ist ja nett. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Schlimm, ganz schlimm. Aber schauen wir uns an, was mit den Weingärten zur jetzigen Zeit passiert. Die Reben, die etwas mehr gewachsen sind – sagen wir es einmal freundlich – und eventuell die Weintrauben bedecken könnten, werden abgeschnitten und dann quasi entsorgt oder kompostiert oder was auch immer. Das heißt in Wirklichkeit, dass die überschüssigen Blätter entfernt werden. Da denke ich mir, die Blätter, die die paar Migranten oder Nichtmigranten abreißen, sind im Vergleich zu den Blättern, die da abgeschnitten werden, schon ein bisschen ein Unterschied. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ja, das sind die ganzen Auskenner bei der FPÖ. Aber wir haben uns den Antrag angeschaut und werden der Zuweisung zustimmen.

Der Abschaffung der Hundesteuer – das sage ich

Ihnen gleich ganz nebenbei – werden wir nicht zustimmen.

Doch wieder zurück zur Landwirtschaft. Es gibt ja die Agrarförderung, die über die MA 58 abgewickelt wird. Wir haben es jetzt gewagt, uns diese Agrarförderung ein bisschen dahin gehend anzuschauen, warum eigentlich in Wirklichkeit bei der Agrarförderung über die Landwirtschaftskammer, wenn man so will, nicht viel mehr Förderungen für die Umstellung auf ökologischen Landbau beziehungsweise für den Ab-Hof-Verkauf vorkommen. Und siehe da, es war gleich eine ganz große Aufregung. Der Kollege Windisch war völlig aus dem Häuschen, was wir denn da wollen.

Wir wollen in Wirklichkeit eines, und das wissen die zuständigen Herren sowieso: Wir wollen nicht die Gießkanne verwenden und Fördergelder einfach ausschütten, sondern wir wollen, dass Stadtlandwirtschaft einfach Stadtlandwirtschaft ist und nicht das Übliche: Ich fahre mit dem Traktor lustig durch die Gegend, und das Geld gibt mir sowieso die Republik. Nein, wir wollen, dass da etwas anderes passiert. Die Landwirtschaftskammer – da muss ich gleich einmal ein bisschen loben – wird sich bewegen. Es gibt demnächst einen Termin, und ich bin schon ganz gespannt, was dabei herauskommt. Aber ich bin zuversichtlich, dass die zuständigen Herren – denn es sind eigentlich fast nur Herren – sich dort bewegen werden, und wir werden zu einem guten Ergebnis kommen.

Faktum ist, wenn wir nichts gemacht hätten, wäre das so weitergegangen. Dann hätten wir halt das Geld abgeliefert – vielen Dank! –, dann wäre der ganz große Traktor weiterhin über die ganz großen Äcker gefahren, und es wäre in Wirklichkeit so gewesen wie anderswo auch: Die Bauernwirtschaften wären zum Teil eingegangen, ein paar große wären übriggeblieben.

Last but not least möchte ich jetzt noch auf eine Geschichte eingehen, die mir und auch der Frau Stadträtin ganz wichtig war. Ich war ja ursprünglich eigentlich total gegen die Einführung der Waste Watcher und habe da auch ein paar Mal dagegen geredet, das muss ich echt dazusagen. Ich dachte mir, wer braucht eine Stadtpolizei – der Kollege Stiftner ist bei einer Aktion da heraußen mit verschiedensten Hüten herumgerannt –, ich habe mir eigentlich gedacht, nein, das brauchen wir nicht. Aber wenn ich mir die Bilanz der Waste Watcher anschau, das heißt, weniger Hundekot auf der Straße, Beanstandungen auch beim Salz zum Beispiel bei Salzstreuungen, dann denke ich mir: Tolle Bilanz! Ja, es war gescheit, ja, wir hatten damals nicht recht. Die Frau Stadträtin und die SPÖ haben damals einfach das bessere Ende erwischt. Wir stimmen der Geschichte heute zu, finden, das war ganz in Ordnung, und glauben oder sind sicher, dass die Waste Watcher eine sinnvolle Einrichtung sind.

Eine allerletzte Kleinigkeit, die mich auch noch sehr freut: Ich finde es ganz toll, dass die MA 48 die Radwege räumt und man im Winter sehr gut mit dem Fahrrad fahren kann. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu

Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Seine Redezeit wird auf 10 Minuten eingestellt. Die Redezeit des Kollegen Maresch war 12 Minuten.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verstehe schon, dass Sie es nicht leicht machen können in Ihrem Ressort, denn wenn man in die Reihen der SPÖ schaut, sieht man, dass Sie ja doch ein Stück weit Interesse an der Umweltpolitik haben, aber Sie eine der 5 Abgeordneten sein dürften von 49, denn viel mehr sitzen jetzt leider nicht da und horchen Ihrer Debatte zu. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das wissen wir eh, dass Sie nicht rechnen können!*)

Herr Schicker (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Dann zählen Sie einmal durch!*), wir können auch über Sie reden. Sie haben gestern über Gebühren geredet und wie toll Wien ist mit Smart City, und so weiter, und so fort. Und da gibt es das rote Herz der Stadt Wien, das soziale rote Herz, das sich ein bisschen bemerkbar macht in zwei Situationen. Das eine ist die Sozialsituation mit einem gestrichenen Heizkostenzuschuss – das ist das rote Herz der Stadt Wien –, und das zweite ist die soziale Kälte, die Sie leben im Umgang mit Ihren Mitarbeitern, wie wir es zum Beispiel regelmäßig in Briefen der Mitarbeiter der MA 48 erfahren, wo Mobbing auf der Tagesordnung steht. Wenn ein Mitarbeiter dort krank wird, kriegt er ein Wiedereinstellungsgespräch und wird auf eine neue Tour geschickt. Das ist Arbeitsmarktpolitik und Arbeitspolitik à la SPÖ. Wir wissen das ganz genau.

Die Frau Kollegin Holdhaus hat es ja schon angesprochen, was Sie mit den Abfallberatern gemacht haben, geht in Wahrheit überhaupt nicht. Die waren illegal in Kettenverträgen angestellt. Frau Stadträtin, ich sage heute nicht, dass Sie verurteilt wurden, denn Sie wurden persönlich nicht verurteilt, das halte ich noch einmal fest, aber das Gericht hat festgestellt, dass diese Kettenverträge illegal sind. Dann haben Sie die einstellen müssen, und was haben Sie gemacht? Da haben Sie keinen dieser Abfallberater, die Sie einstellen haben müssen, im Rahmen ihrer Qualifikation eingestellt, sondern drunter.

Und was ist dann passiert letztes Jahr kurz vor Weihnachten? Soziales Weihnachtsgeschenk – Herr Schicker, wo sind Sie denn; er ist gerade nicht da –, soziales Weihnachtsgeschenk der SPÖ. Auf Grund der Mindereinstellung habt ihr auch noch für vorher Geld zurückverlangt. Das ist soziale Arbeitspolitik der Sozialdemokraten! Aber Sie haben es ja bei den letzten Wahlen gesehen. Ihr habt die Nummer 1 verloren als Arbeiterpartei. Österreichweit verbindet niemand ... (*Zwischenruf von GR Erich Valentin.*) Nationalratswahlen, Europawahlen ... (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wer war bei den Nationalratswahlen Erster? Sie nicht!*) Bei den Arbeitnehmern waren Sie Erster, Herr Schicker? Aber, Herr Schicker! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie wissen überhaupt nichts!*) Herr Schicker, schauen Sie sich das bitte genau an! Europawahlen ganz das Gleiche, und auch bei den Arbeiterkammerwahlen. Wer hat bundesweit verloren? Bundesweit! (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wer hat bundesweit gewonnen?*)

Wer hat bundesweit verloren? (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wir haben gewonnen!*) Wie viele Stimmen haben Sie bundesweit verloren? Wie viele hat der FSG verloren? Herr Schicker, rechnen Sie einmal nach! Schauen Sie sich bitte die absoluten Zahlen an! Glauben Sie keiner Statistik, die Sie nicht selbst gefälscht haben, Herr Schicker. (*GR Erich Valentin: Wie war das bei der Arbeiterkammerwahl?*)

Aber die SPÖ hat ja mehrere Eigenschaften perfektioniert. Das ist einmal der schlechte Umgang mit Arbeitnehmern auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein bisschen das Aussackeln der Bürger. Das haben Sie ja gezeigt, dass Sie das gut können. Und im Ressort Sima ist es leider so, dass Blockieren, Verschleiern und Abzocken auch noch sehr professionell betrieben werden.

Die Frau Kollegin Holdhaus hat die Kampagnen angesprochen, aber ich will ein bisschen weitergehen. Die werden schon sehr ungesteuert und auf der anderen Seite bringen Sie nichts. Wir wissen ganz genau, bei der Mülltrennungsrate ist Wien trotz Ihrer Kampagnen an letzter Stelle. Wir haben schon darüber gesprochen, Frau Stadträtin, ich war schon ein bisschen enttäuscht, wie Sie darauf reagiert haben, wenn man Sie darauf aufmerksam macht. Sie sagen, wir haben zwar die kleinste Sammelmenge von allen Bundesländern in Österreich, aber dafür haben wir den qualitativsten Müll. Frau Stadträtin, die Bürger kapieren es, wenn sie verhöhnt werden, und diese Art der Abgehobenheit und Verhöhnung ist es eigentlich nicht wert, dass die Bürger sich das anhören müssen.

Zur Abzocke können wir noch kurz reden. Müllgebühr plus 10,3 Prozent, Kanalgebühr plus 10,3 Prozent, Fernwärme plus 17 Prozent, Wassergebühr plus 38 Prozent. Da sind wir beim Wasser ja schon fast bei den Preisen, die man sich beim Meindl am Graben für einen halben Liter Wasser aus Wildalpen leisten muss, für das Wasser in Wildalpen, das Sie privatisiert haben. Sie sind da nicht weit davon entfernt mit 40 Prozent Erhöhung und einem 160-prozentigen Deckungsgrad.

Wenn man sich das genau anschaut, wie die SPÖ die Bürger belastet hat in letzter Zeit, kommen wir auf 16 Prozent mehr beim Gaspreis, die knapp 40 Prozent beim Wasserpreis habe ich schon erwähnt, 10 Prozent bei den Müllgebühren. Da kommen wir auf über 550 EUR Mehrbelastung pro Haushalt im Jahr, wenn man es seit 2006 betrachtet, auf 1 787 EUR. Das ist das soziale Herz der SPÖ, was wir uns hier tagtäglich bieten lassen müssen.

Aber, Frau Stadträtin, wer soll sich das leisten können? Der Stadtrechnungshof hat Ihnen das schon regelmäßig gesagt, dass in Ihrem Ressort einiges schief läuft. Wir kennen Rechnungshofberichte – die sind schon älter –, was die MA 49 betrifft, wo einfach sehr viel danebengegangen ist. Wir haben das damals diskutiert, und auch jetzt gibt es wieder einige kritische Anmerkungen. Und wenn man sich die Geschichte mit den Mähbooten anschaut, dann weiß man wirklich, was Pfusch sein kann.

Aber wir sind da ja immer sehr großzügig und gütig und fragen seriös im Ausschuss nach, doch die Antwort

der Frau Stadträtin war mehr oder weniger im Großen und Ganzen: Es ist ja alles super, es ist alles okay! Sie haben ja den Herrn Bürgermeister, der normalerweise schon bereit ist, Sie zu verteidigen, und der hat gesagt, in einer großen Verwaltung passiert auch einmal ein Blödsinn. Frau Stadträtin, warum haben Sie nicht die Kraft zu sagen, ja, da ist etwas schiefgelaufen? Sie versuchen, das zu verschleiern, zu beschönigen und den Pfusch auf Kosten der Steuerzahler weiter zu betreiben. *(GR Erich Valentin: Dunkel ist seiner Rede Sinn!)* Bitte? *(GR Erich Valentin: Dunkel ist Ihrer Rede Sinn!)* Herr Valentin! *(GR Siegi Lindenmayr: Lass ihn! Er versteht das nicht!)* Der Herr Valentin ist ja ein Thema für sich.

Und was machen Sie weiters mit den Geldern? Wir reden ja die ganze Zeit über Evaluierungen und darüber, dass Sie Förderungen für viele Jahre vergeben und nicht bereit sind, Transparenz zu leben. Transparenzweltmeister sind Sie bei Gott keiner, eher Verschleierungsweltmeister. Das haben wir ja jetzt zum Beispiel bei diesem Gemeinschaftsgarten in Mariahilf gesehen. Wir haben dieser Förderung von 1 700 EUR zugestimmt. Wir haben immer gesagt, bitte geben Sie uns bei Förderungen einen Evaluierungsbericht, damit wir am Ende des Jahres schauen können, was mit dem Geld passiert ist. Sie sagen, machen wir nicht, brauchen wir nicht, die Opposition hat da kein Recht, stimmt einfach einmal zu. Und dann kommen wir drauf, dass hier öffentliches Gut privatisiert wird, dass öffentlich gefördert wird und die Öffentlichkeit am Ende des Tages ausgeschlossen wird. Sie kennen die Reaktionen Ihrer eigenen Magistratsabteilungen, wie die darauf reagiert haben.

Ich hoffe, dass wir in Zukunft die Berichte auch bekommen, gerade was die Förderung dieser Gemeinschaftsgärten betrifft, damit nicht wieder öffentlich subventionierter öffentlicher Grund dafür benützt wird, die Öffentlichkeit auszuschließen. Ich glaube, dafür ist die SPÖ verantwortlich und auch zuständig.

Über das Wasser haben wir schon geredet, und ich bin ja froh, Frau Stadträtin, dass wir heute diese Resolution haben. Ich darf Sie schon darauf hinweisen, dass Sie im Jahr 1998 die 7 300 m² der Seisensteinquelle verkauft haben, privatisiert haben. *(GR Erich Valentin: 1903! – Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Lesen Sie einmal den Bericht, bevor Sie so einen Blödsinn reden!)* Damals wurde schon über die gewerbliche Abfüllung und die Errichtung einer Wasserabfüllanlage gesprochen, und die Gemeinde Wildalpen hat eben von diesem verbrieften Recht, das Sie ihr damals zugestanden haben, auch Gebrauch gemacht und hat das Wassernutzungsrecht für rund 630 m³ Wasser an eine GmbH übergeben. Und was ist am Schluss herausgekommen? Wir kennen es, wer zum Meinel am Graben geht, kann einen halben Liter der Nobelwassermarke Wildalpen für um knapp 4 EUR kaufen. Das ist das, was die SPÖ mit dem Wasser macht.

(Amtsf StRin Mag Ulli Sima holt sich einen Krug Wasser, was Heiterkeit verursacht und mit diversen Zwischenrufen kommentiert wird.) Sie hat halt Durst. Muss ich mich fürchten, Frau Stadträtin? *(Lebhafte Heiterkeit des Redners.)* Frau Stadträtin, ich hoffe, Sie ver-

kaufen das Wasser nur und machen keine anderen Sachen da hinten damit.

Frau Stadträtin, deswegen ist auch es gut, dass wir heute diese Resolution einbringen, und ich hoffe ja, dass die SPÖ-Wien diesbezüglich auch zustimmen wird.

Zum Antiatomplan muss ich sagen: Überraschend! Ich hätte mir nicht gedacht, dass es hier lernfähige Systeme gibt. Ich finde das super. Wir haben das seit Jahren gefordert: Raus aus EURATOM! Die ÖVP hat es nicht gelernt, aber das wundert auch keinen, denn man weiß ja, wo der Schlüssel arbeitet. Der hat es wirklich nicht gelernt. Aber ich finde es toll, dass wir da jetzt diesen Mehrparteiantrag zusammengebracht haben und diesen Antiatomplan heute auch einstimmig, aus meiner Sicht, beschließen können.

Ich finde es auch toll – Sie haben es gehört, Frau Stadträtin, Atomstopp hat es ja angemerkt –, dass hier die Freiheitlich Österreich-weit federführend sind und in Vorarlberg und in Salzburg Anträge eingebracht haben, die als Allparteianträge auch abgestimmt wurden: Raus aus EURATOM! Ich habe es auch gut gefunden, dass Sie den ersten Schritt in diese Richtung gehen, und deswegen werden wir diese Initiative auch weiter unterstützen.

Herr Maresch, kurz noch abschließend. Es war schön, Sie bei der Ziesel-Wanderung zu sehen. Ich finde es auch gut, dass Sie es heute hier angesprochen haben, ich war mir nicht sicher. Ich war mir nicht sicher, denn Sie haben gesagt, Sie werden eine Koalitionsforderung machen, dass diese Ziesel-Wiese Naturschutzgebiet wird. Das schaue ich mir an. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das habe ich nicht gesagt!)* Das haben Sie nicht gesagt? Okay. Ganz so getrauen Sie es sich dann da doch nicht zu sagen, wie Sie es dort bei den Bürgern sagen. Aber ich finde es gut, dass Sie dort waren, ich finde es auch gut – das hat zwar einige verwundert –, dass Sie gesagt haben, wenn ich nicht hier wäre, wäre hier schon längst gebaut worden. Das hat mit Ihrem Abstimmungsverhalten nichts zu tun, das wissen wir, aber hin und wieder hat man eine andere Selbstwahrnehmung, als die Fremdwahrnehmung ist, und das sei Ihnen auch gegönnt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Guggenbichler, Entschuldigung. Jede weitere Redezeit verkürzt die Redezeit der anderen. Ich möchte nur darauf hinweisen, weil das Gesamtpensum dann verbraucht worden ist.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc *(fortsetzend)*: Ich bin gleich fertig. – Aber dort hat mich die Bürgerinitiative gebeten, Ihnen, Frau Stadträtin, etwas mitzubringen. Wir haben schon eine gute alte Tradition, dass Sie jährlich einen Ziesel-Kalender von mir bekommen, und jetzt momentan wurde von der Bürgerinitiative ein Ziesel-T-Shirt aufgelegt, und ich darf Ihnen das hiermit überreichen. *(Geschicht. – Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Danke schön!)*

Aber es gibt nicht nur ein Geschenk der Bürgerinitiative. Ich habe mir überlegt, Sie haben ja am 3. August Geburtstag, und ich habe im Tiergarten Schönbrunn angerufen. Es ist mir schon wichtig, dass Sie sich auch

mit dieser Spezies ein bisschen beschäftigen und habe für Sie anlässlich Ihres Geburtstages eine Ziesel-Patenschaft bestellt und darf Ihnen die hiermit auch übergeben. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Danke, das ist sehr nett!*) – Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ihre Redezeit war nicht 10, sondern 12 Minuten. Das bedeutet, wenn es so eingehalten wird, dass die Kollegin Schütz dann am Ende nur noch zweieinhalb Minuten haben wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Valentin. Seine Redezeit ist auf 18 Minuten eingestellt.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte am Beginn einmal danke schön sagen, danke schön an die Kolleginnen und Kollegen im Umweltressort, danke schön an die tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wenn ich mir den Bogen dieses tollen Ressorts ansehe, dann geht das von der Sauberkeit bis zu Strategien für die Zukunft. Es ist toll, wenn man am Sonntag in der Früh, wenn man um 5 Uhr oder 6 Uhr vielleicht schon unterwegs ist, die Spuren derer, die die Nacht über gefeiert haben, in den Gassen und Plätzen der Stadt nicht mehr sieht, wenn man sich freuen kann, dass die Parks auch am Wochenende gesäubert und instandgehalten werden, wenn man sich freut, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Freiräume mit einbezogen werden, und wenn man sich auch sehr freut, dass die Stadt international im Umweltschutz, im Grünbereich überaus aktiv ist.

Da lassen Sie mich gleich eine politische Wahrnehmung an den Beginn meiner Rede setzen. Es hat sich auch europaweit herumgesprochen, dass Wien vernünftige Zugänge zur Lösung der Probleme der Jetztzeit hat. Beispielsweise hat bei der kürzlich in Wien stattgefundenen Tagung, wo es um Hitzeinseln in der Stadt gegangen ist, ein Politiker der Leading Region, der Emilia Romagna, der sicherlich nicht der Sozialdemokratie nahegestanden ist, gesagt, die Tatsache, dass die Daseinsvorsorge in der Stadt sehr stark davon geprägt ist, dass all das, was so benötigt wird, um das Dasein zu sichern, fest in der Hand der Kommune ist, zeigt, dass die Stadt die 70 Punkte auch bei der Frage der Hitzeinseln umsetzen kann, die die Frau Stadträtin präsentiert hat. Und dann hat er etwas sehr Bedeutsames gesagt. Er hat gesagt, woanders, wo man darauf warten muss, bis der private Sektor solche Sachen löst, da wartet man lange und manchmal wartet man ewig.

Wenn das ein konservativer Politiker sagt, dann ist das ein doppelt schönes Kompliment. Ich wollte das am Beginn meiner Rede sagen, weil wir stolz darauf sein können, dass wir rechtzeitig in dieser Stadt Daseinsvorsorge dorthin gebracht haben, wo sie hingehört, nämlich in die Hand der Öffentlichkeit, in die Hand der Wienerinnen und Wiener. Wir verwalten dieses Gut der Wienerinnen und Wiener, und zwar nachhaltig und gut, und darauf sind wir auch zu Recht stolz.

Meine Damen und Herren! Wenn wir schon die Frage der Daseinsvorsorge angesprochen haben, dann möchte

ich die Auseinandersetzung, die wir heute in Fragen der Umweltpolitik, in Fragen des Rechnungsabschlusses Umwelt haben, in zwei Teile teilen.

Zunächst in den Teil, den die FPÖ einbringt, der dadurch gekennzeichnet ist, dass es bar jeder Realität ist. Ich denke mir, wenn Sie uns mit Ihren Anträgen, werte Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen, verarschen wollen, dann ist das schon in Ordnung (*GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Na, was ist das für ein Ausdruck! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – der Kollege Jung ist auch wieder aufgewacht, schön, wir freuen uns, er eilt zur Hilfe, der Herr Brigadier –, wenn Sie jedoch die Kolleginnen und Kollegen des Magistrats verarschen wollen und ihre Arbeit so qualifizieren wollen (*GR Johann Herzog: Das ist ja unerhört!*), dann ist es schon etwas bedenklicher, denn, meine Damen und Herren, das haben die Kolleginnen und Kollegen nicht verdient.

Und ich sage es einmal mehr: Wenn Sie selbsternannter Beschützer der Kolleginnen und Kollegen sind, dann hat sich das zu den Kolleginnen und Kollegen nicht herumgesprochen, denn bei den Personalvertretungswahlen sind Sie abgefahren, da haben die Sozialdemokraten dazugewonnen, und wenn wir uns die Arbeiterkammerwahlen anschauen, da war es genauso. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: So schaut's aus!*) Realität, meine Damen und Herren, die kann man nicht lernen, dazu muss man die Augen aufmachen. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das tut weh, wenn man als selbsternannter Anwalt nicht gewählt wird. Das tut halt weh. Ich freue mich, dass Sie das auch so empfinden. Ihre Reaktion zeigt, das tut Ihnen weh. Uns freut es, dass es Ihnen weh tut, und es freut uns auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kolleginnen und Kollegen im Haus das erkannt haben, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Besonders schlimm, meine Damen und Herren, und schon sehr, sehr böse ist es dann, wenn man Kolleginnen und Kollegen des Hauses ver... – Punkti, Punkti, Punkti, damit Sie sich nicht mehr aufregen müssen –, aber die sind es schon gewöhnt, aber dass Sie mit Ihren Anträgen alle Wienerinnen und Wiener auch noch ver... – Punkti, Punkti, Punkti – wollen, ist besonders schlimm.

Wir schrieben das Jahr 1903, da begann das, was der Herr Guggenbichler in seiner Aussendung dem Herrn Bürgermeister unterstellt hat. Jetzt kann man sagen, dass der Herr Bürgermeister der längstdienende Bürgermeister in der Stadt Wien ist, aber 1903 war er ganz sicherlich nicht Bürgermeister in dieser Stadt. 1903 hat die Gemeinde Wildalpen die Rechte bekommen, aus ihrer eigenen Quelle einen Teil des Wassers zu entnehmen, was an sich etwas ganz Natürliches ist. (*GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Aber sie haben es verkauft!*) Da müssen Sie mit dem Bürgermeister von Wildalpen reden und nicht mit dem Bürgermeister von Wien. Da haben Sie schon wieder einmal die falsche Türe erwischt. Das kann passieren, wenn man nicht gut aufpasst. Da muss man aufpassen. Wenn man die falsche Türe erwischt, ist man im falschen Haus, und da kriegt man auch keine Wahlergebnisse, die man sich wünscht.

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und die Wienerinnen und Wiener sehen es genauso. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Und in falschen Sitzungen dürften Sie offensichtlich auch manchmal sein, meine Damen und Herren, wenn man schon das Falsche aneinanderreicht, denn der Stadtrechnungshof hat sich ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Schauen Sie einmal in Ihre Reihen!)* Herr Brigadier, es ist schön, wenn man einen Fan hat wie Sie: anhänglich, immer mit guten Worten und Ratschlägen zur Stelle. Das schätze ich so an Ihnen. Wenn ich Sie ansehe, Herr Brigadier, dann weiß ich, warum es dem Bundesheer so geht, wie es dem Bundesheer geht. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Aber in Wirklichkeit ist es ja eine Verschönerung des Bundesheers. Jede Minute, die Sie da sitzen, ist eine gewonnene Minute fürs Bundesheer. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sind Sie der Pflichtverteidiger vom Klug?)* Wir tun ja auch was Gutes für den Bund, indem wir Sie in unserem Kreis haben. Wir freuen uns auf Ihre Zwischenrufe. Vielleicht hören wir auch noch eine Rede von Ihnen. *(Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und SPÖ.)*

Ich komme noch einmal auf den Stadtrechnungshof zurück, und da habe ich mit Freuden festgestellt, dass natürlich auch in der Frage der Mähboote ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kann man vielleicht die Zwiegespräche in den Reihen einstellen? Ich möchte wirklich dem Redner zuhören können. Das geht nicht. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

GR Erich **Valentin** *(fortsetzend)*: Es ist doch wunderbar, wenn es mir gelingt, eine übernächtlige Freiheitliche Fraktion so zeitig in der Früh schon wieder wach zu kriegen. Das macht doch Spaß, das macht doch Freude. Ich sehe, die Herren, hauptsächlich die Herren der Freiheitlichen Partei freut das auch schon. Sie lachen schon, sie grinsen in die Gegend. Was kann es Schöneres geben?

Wir kommen wieder zu den Mähbooten, wo es ja offensichtlich schon einen gewissen Diskussionsbedarf gibt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Okay, wer am Ende lacht, das wird man am Wahltag sehen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig!)* Ich freue mich schon auf Ihr Gesicht, ich sage es Ihnen, ich freu mich schon auf Ihr Gesicht, wenn dann am Wahltag die Endergebnisse da sind. Ich freue mich schon darauf, und ich werde mir das wirklich geben, erste Reihe fußfrei.

Der Stadtrechnungshof hat sich den Ausführungen der MA 45 zur Gänze angeschlossen. Wer 20 Jahre später weiß, was man vielleicht ein bisschen anders hätte tun können, der ist ein Weltmeister. Zu dem Zeitpunkt, als dieses Mähboot angeschafft worden ist, hat es den Bedarf gegeben. Erfreulich ist – aber das erzählen Sie nicht –, dass es durch eine ökologische Bewirtschaftung der Gewässer gelungen ist, die Makrophytenpopulation zu reduzieren, sodass eine Balance zwischen dem entsteht, was die Schwimmer und die Ruderbootfahrer gern haben, nämlich fahren können und schwimmen können, ohne dass es am Bauch kitzelt, und auf der anderen Seite dem, was das Wasser gern hat, dass die

Makrophyten säubern. Dass wir da eine vernünftige Balance gewinnen, das ist der MA 45 zu danken, die einen vernünftigen Bewässerungsplan gemacht hat, die in der Alten Donau beispielsweise vernünftig dotiert hat, die all das gemacht hat, was Sie aber abgelehnt haben. Und daran möchte ich Sie schon erinnern. Wenn Sie A sagen, müssen Sie auch B sagen. Wenn Sie den ersten Satz sagen, dann sollten Sie auch den Halbsatz sagen, der danach kommt: Dass hier ein System, dass hier eine Strategie hervorragend funktioniert hat, die wir durchgebracht haben und auf die wir stolz sind und worüber die Wienerinnen und Wiener sich freuen können, weil sie die Freizeitgewässer der Stadt so genießen können, wie sie es gerne haben.

Und ein Zweites: Rechnungsabschluss ist auch so etwas wie Bilanzlegen. Der Wiener kann sich dann auch ansehen, ob es Sinn gemacht hat, das auszugeben, was wir im Budget vorgesehen haben. Und ich werde nimmermüde aufzeigen: Wenn man fünf Mal hintereinander bei Mercer Nummer 1 geworden ist, dann ist das ein tolles Ergebnis. Dieses tolle Ergebnis wird bestimmt durch 39 Faktoren, wo es auch um den öffentlichen Verkehr geht, wo es um den Grünraum geht, wo es um die Sauberkeit geht, wo es um Dinge geht, die jedem Wiener, jeder Wienerin zu Gute kommen. Jeder Euro, der da eingesetzt wird – deshalb passt das auch so gut zum Rechnungsabschluss –, ist ein gut eingesetzter Euro, und man kann die Wirkung jedes Euros beobachten. Bei Mercer fünf Mal Nummer 1, mit den Smart Cities mit den ersten Dreien am Stockerl stehen, das ist etwas, worüber wir uns berechtigt freuen und versprechen können, dass wir weiter so arbeiten werden.

Wir werden weiter so arbeiten, dass die Wienerinnen und Wiener ihre Stadt genießen können, und wir sind stolz darauf, dass Wien Umweltmusterstadt und dass das Ressort ein Wohlfühl-, ein Lebensqualitätsressort ist und dass wir viele, viele, auch internationale Preise einheimen können. Aber was wären diese Preise wert, wenn die Wienerinnen und Wiener diese Einschätzung nicht teilen würden. Mehr als 97 Prozent der Wienerinnen und Wiener sagen, sie können sich nicht vorstellen, in einer anderen Stadt zu leben. Sie wollen in Wien leben. Wien ist die schönste Stadt, die sie sich vorstellen können. Einen derartigen Wert, meine Damen und Herren, kann keine andere europäische Metropole vorweisen, und auch das werden Sie nicht schlechtreden. Die Wienerinnen und Wiener wissen, was sie an Wien haben, die Wienerinnen und Wiener wissen, was sie an dieser Stadtregierung haben, und die Wienerinnen und Wiener werden auch in Zukunft dieser Stadtregierung das Vertrauen schenken, weil sie seit Jahrzehnten wissen, dass wir mit Geld gut umgehen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Was Sie können, das hat man gesehen während der langen Jahre, wo Sie im Bund beteiligt waren, wo Sie Österreich zu einer Selbstbedienstungslandschaft für Ihre Parteizwecke gemacht haben. Kärnten wird sich in Jahrzehnten nicht erholen von Ihrer „segensreichen“ Tätigkeit. *(GR Mag Wolfgang Jung: Waren Sie da nicht auch dabei?)* Ich werde nicht

müde werden, Ihnen all das zu erzählen, aber Ihnen brauchen wir es ja gar nicht zu erzählen, Sie wissen ja genau, was Sie da getan haben. *(GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Falsche Türe, falscher Film!)* Wir werden es den Wienerinnen und Wienern erzählen, was Sie dort, wo Sie am Ruder waren, dort, wo Sie Einfluss gehabt haben, gemacht haben und wofür Sie dort verantwortlich sind. *(GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Sie auch, Herr Kollege!)*

Und weil wir heute von den Gebühren gesprochen haben: Frau Kollegin Holdhaus, Ihnen möchte ich das Kompliment machen, dass man mit Ihnen wenigstens diskutieren kann, da gibt es einen Dialog, aber Sie haben sich offensichtlich wirklich die falschen Dinge ausgesucht. Ich habe hier ein zwar kleines Taferl, dafür einen roten Pfeil. Der kleine rote Pfeil da ist Wien, und das Ganze sind die Müllgebühren, und das Restliche sind die ÖVP-Bezirkshauptstädte. *(GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Haben Sie das Taferl selbst gemacht, Herr Kollege?)* Wir haben da den zweitbilligsten Tarif. Wenn Sie sagen, denen da geht es schlecht, das sind die Wiener, was sagen Sie Ihren Wählern da? *(Der Redner weist jeweils auf verschiedene Stellen auf seinem Taferl.)* Erklären Sie mir das! Wenn das, was wir machen, Abzocke wäre und nicht sparsame Politik – aber es ist sparsame Politik –, was machen Sie dann da mit dem Geld? *(GR Mag Wolfgang Jung: Denken Sie an Ihre Werbungskosten!)* Und wenn Sie die Erklärung haben, dann diskutieren wir über die Gebühren weiter, meine Damen und Herren, denn dann haben Sie bewiesen, dass Sie Kosten berechnen können. Aber reden Sie mit Städten wie Bludenz oder Imst, reden Sie mit Korneuburg, reden Sie mit Waidhofen, Ried im Innkreis, Kitzbühel, und so weiter, die doppelt, dreifach so hohe Müllgebühren haben wie wir, mit einem wesentlich schlechteren Service. Erklären Sie mir das! Kommen Sie heraus, sagen Sie mir, warum das gut ist, was Sie da machen, und warum es, wenn wir wesentlich weniger, nämlich nur ein Drittel bis ein Viertel der Kosten ihrer Städte haben, bei uns schlecht sein sollte. *(StR Mag Manfred Juraczka: Herr Kollege, vergleichen Sie ernsthaft Wien mit diesen Städten?)* Nein, Herr Kollege Juraczka. Nein, ich vergleiche das Geldtascherl des Imster Kollegen und des Imster Bewohners mit meinem Geldtascherl oder mit Ihrem. Ich produziere Müll und Sie auch, Herr Juraczka – hoffentlich trennen Sie ihn, das hoffe ich sehr –, aber dann sage ich *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Sie brauchen nur nach Graz zu schauen!)*, wenn Sie in Graz, wenn Sie in Imst oder wo auch immer leben unter einer schwarzen Stadtregierung, dann werden Sie dort weniger Geld im Börserl haben. *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)* Daher geht es den Wienerinnen und Wienern besser, als wenn sie bei Ihnen wären. *(StR Mag Manfred Juraczka: Bei uns entfallen auf jeden 700 EUR Sozialabgaben!)* Das ist das Einzige, was ich sagen wollte, und das tut auch weh.

Meine Damen und Herren! Neben dem Dank für die hervorragende Arbeit auch der Dank an die Frau Stadträtin, die weit über das Gebiet der Stadt Wien hinaus ihre Tätigkeit, vor allem, was die Anti-AKW-Politik betrifft, europaweit platziert. Das ist auch der Grund, dass alle

Parteien sehr erfreut und auch sehr klar den Ergebnissen des 5. Atomgipfels zugestimmt haben. Ich darf heute diesen Allparteiantrag einbringen. Er ist gleichzeitig auch ein Zeichen, dass ein wesentlicher Teil der Politik, nämlich deren Außenwirkung, ein unbestrittener ist.

Ich möchte auch jenen Dank sagen, die dieses Städtetzwerk unter deiner Anleitung und deiner Führung ins Leben gerufen haben. Seitdem wir dort in Gruppe auftreten mit vielen anderen Metropolen Europas, ist unser Gewicht wesentlich gestiegen. Dafür einmal ein Dankeschön. Es ist auch ein gutes Zeichen und ein guter Ansatz, beim EURATOM-Vertrag anzufangen und dort die Umwidmung der Gelder massiv zu fordern.

Bezüglich des Freihandelsabkommens sind schon viele Anträge beschlossen worden. Hier geht es in dem von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN eingebrachten Antrag um die ökologischen Folgen. Wir haben die große Angst, dass unsere Landwirtschaft, dass unsere Standards gerade im Lebensmittelbereich da unter die Räder kommen könnten.

Neben der Kritik, wie dieses Handelsabkommen zustande kommen soll, ist auch das einmal mehr hervorgehoben und in Diskussion gebracht – das heißt, in Wien zum ersten Mal –, denn es ist nicht nur eine Frage der globalen Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Lebensmittel und des Schutzes der Landwirtschaft, die da unter die Räder kommen. Deshalb wollen wir diesen Beschlussantrag einbringen.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Das ist ein Rechnungsabschluss, der der Umweltmusterstadt Wien würdig ist, ein Rechnungsabschluss, der zeigt, wie innovativ die Kolleginnen und Kollegen im Ressort unterwegs sind. Dafür sei ein Dankeschön gesagt, und uns allen, dass wir weiter diesen Weg gehen, einen Weg, der in eine ökologisch sinnvolle Zukunft geht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Verbrauchte Redezeit waren knappe 17 Minuten. - Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Flicker. Ich erteile es ihm und stelle seine Redezeit auf 12 Minuten ein.

GR Martin **Flicker** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Rechnungsabschluss hat meine Kollegin Holdhaus schon einige Worte gefunden. Mir persönlich ist schon auch die Geschichte mit dem Mähboot für die Alte Donau etwas ins Auge gestochen, die auch vom Rechnungshof kritisiert wurde. Ein solches Mähboot anzuschaffen und nicht in Einsatz zu bringen, ist nicht so schlau. Der Spaß kostet die Wienerinnen und Wiener doch so 2,5 bis 3 Millionen EUR, und vor allem den Besuchern der Alten Donau wurde kein Nutzen erbracht. Wenn das die moderne Methode von „Schifferl versenken“ ist, dann ist es vielleicht ein bisschen teuer. In diesem Fall ist es ein typisches Beispiel für Geld, das für den Umweltschutz verwendet werden sollte, und nicht so verwendet wurde, wie es sinnvoll ist.

Zur Geschäftsgruppe Umwelt zählt natürlich auch die Landwirtschaft. Die Vielzahl der Leistungen, die von den

Wiener Gärtner, Winzern und Landwirten für die Wienerinnen und Wiener erbracht werden, möchte ich auch einmal kurz anreißen. Dabei möchte ich heute besonders auf ein neues und sehr innovatives Projekt der Wiener Landwirtschaft eingehen, und dieses Projekt heißt „Green Care“. Es handelt sich um ein pädagogisches Projekt und eine soziale Einrichtung, die eine Verbindung zwischen Landwirtschaft und der Bevölkerung finden soll, und es ist zusätzlich die Chance für unsere Betriebe, ein neues Standbein zu finden. Dieses Projekt wurde vor drei Jahren von der Wiener Landwirtschaftskammer initiiert, seit 2012 ist es auch Österreich-weit in Betreuung und findet große Beliebtheit in den Bundesländern.

„Green Care“ hat eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen, die in Kooperation mit Sozialträgern und Institutionen auch direkt in den Betrieben stattfinden können. Es gliedert sich in unterschiedliche Themenbereiche, zum Beispiel die Pädagogik. Sie umfasst im Sinne von „Green Care“ ein Angebot, das das Ziel verfolgt, bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Verständnis für Natur und Landwirtschaft zu wecken. Kindergärten, Schule, Hort am Bauernhof, Workshops und Führungen auf Agrarbetrieben können hier untergebracht werden.

Ein weiteres Thema von „Green Care“ ist die Pflege und Betreuung. Das Ziel ist es, älteren Menschen sowie Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung eine Tagesstruktur zu geben, die naturnahe Lebensfreude vermitteln kann. Es kommt zum Beispiel auch Pensionisten entgegen, die nicht mehr in den eigenen vier Wänden sein können und auf Pflege angewiesen sind, oder Menschen mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung, die durch einfache Tätigkeiten ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben führen können.

Ein weiterer Themenbereich ist die soziale Arbeit für Menschen, die schon länger eine Arbeit suchen, oder Menschen mit Behinderung, denen man eine sinnvolle Beschäftigung geben kann, um sie wieder oder überhaupt erstmals in die Arbeitswelt eingliedern zu können. Hier entsteht für alle eine Win-win-Situation.

Meine Damen und Herren, ich denke, dieses Projekt ist eine sinnvolle Investition für die Wienerinnen und Wiener. Dieses Projekt ist ein Teil der Wiener Landwirtschaft. Die Pflege der Kulturlandschaft, die Gestaltung der Freizeiträume und die regionale Produktion von Nahrungsmitteln sichern den Wienerinnen und Wienern Lebensqualität und Arbeitsplätze.

Ich bringe Ihnen dieses Projekt näher, um hier gemeinsam mit den Kollegen Korosec, Holdhaus, Dworak und Walter einen Antrag für die Realisierung eines „Green Care“-Projektes in der Seestadt Aspern einbringen zu können. Damit soll in einem sehr landwirtschaftlich strukturierten Bezirk für die Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geschaffen werden, selbst Ernteparzellen zu errichten – ein von den Wienerinnen und Wienern sehr gerne angenommenes Angebot –, bis hin zu einem Marktplatz, wo Lebensmittel aus der Region verkauft werden können. Deshalb zum Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die Möglichkeit zur Nutzung von ‚Green Care‘ auch im

Stadtentwicklungsgebiet Seestadt Aspern zu prüfen und entsprechende Projekte zu unterstützen.

In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung des Antrages an die Gemeinderatsausschüsse für Umwelt und Gesundheit und Soziales.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Wiener Landwirtschaft bringt den Bewohnern der Stadt auch Lebensmittelsicherheit. Und jetzt möchte ich einmal ganz kurz auf den Kollegen Maresch eingehen, der sich hinter der Bank ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin eh da!*) – nicht versteckt, ich mach mir keine Sorgen. – Ich habe schon gesagt, die Stadtlandwirtschaft bringt Lebensqualität. Und hier werden Förderungen ganz bestimmt nicht mit der Gießkanne ausgegossen, sondern gezielt in die Förderung und in die Bildung der Betriebe eingesetzt, vor allem auch in die Ausbildung. Die Wiener Landwirtschaftskammer hat den Bildungsauftrag, und hier werden schon gezielt auch die künftigen Betriebsführer beziehungsweise auch die Mitarbeiter der Stadt Wien ausgebildet. Nebenbei werden die Abwicklungen der Förderungen auch für die Stadt Wien durchgeführt.

Und ganz kurz noch erwähnt: Das Traktorfahren ist nicht unbedingt ein Hobby, sondern ist einfach zielführend zur Gestaltung der Betriebe. Dabei möchte ich noch festhalten, dass unsere Betriebe selbstverständlich gentechnikfrei produzieren und dass auch laufend kontrolliert wird. Und aktuelle Kampagnen in Medien unterstützen wir, weil es gelebte Praxis ist.

Einen weiteren Antrag darf ich gemeinsam mit der Kollegin Holdhaus und mit dem Kollegen Norbert Walter einbringen, es wurde schon angesprochen: die Optimierung des Schutzes der Wiener Landwirtschaft vor Feldfrevl. Es kommt immer wieder vermehrt zu Feldfrevl von Feldfrüchten, und in letzter Zeit auch von den Weinblättern der Rebe. Besonders vor der Blüte ist das nicht unbedingt sehr gut für den Weinstock, da die Blütenbildung dadurch gehindert wird. Wir wollen mit diesem Antrag das Abpflücken dieser Blätter und deren Weiternutzung zu gewerblichem Nutzen verhindern. - Ich darf diesen Antrag einbringen und bitte in formeller Hinsicht um Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf noch einen letzten Antrag einbringen und möchte dabei den Blick in den 22. Bezirk lenken. Gemeinsam mit der Kollegin Holdhaus bringen wir den Antrag für einen Ersatzstandort für einen Mistplatz. In der Donaustadt, genauer gesagt, in Eßling und in Breitenlee, gibt es derzeit jeweils einen Mistsammelplatz der MA 48. Beide sollen geschlossen werden und es gibt kein Bestreben, einen Ersatzstandort zu finden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen den Mist zum Rautenweg bringen. Das ist geschätzt von Eßling ein Minimum an Fahrzeit von 20 Minuten. Das ist so, wie wenn ich vom 3. Bezirk in den 9. Bezirk durchfahren muss. Das finde ich erstens nicht besonders serviceorientiert, und zweitens kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Bürger des Bezirks sich ins Auto setzt und seinen Mist spazieren fährt, um auf gut Wienerisch sein Klumpert zu entsorgen, und dafür seine Zeit, seinen Tag verbraucht. Es drängt sich die Befürch-

tung auf, dass der 22. Bezirk dadurch verschmutzt werden könnte. Es finden sich sowieso immer wieder Müllablagerungen an Straßenrändern und auf Feldwegen. – Wir fordern daher einen Ersatzstandort im Bereich der Schafflerhofstraße, auf dem bereits bestehenden Areal der MA 48. – In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kurz noch dazu: Sinnvoll wäre dieser Standort, weil er relativ zentral in der Mitte zwischen Breitenlee, Apern und Eßling liegt und gut erreichbar ist. Gerade in einem Bezirksteil, wo viele Betriebe angesiedelt sind und auch in Zukunft viel verbaut werden wird, sollte in mittelbarer Nähe ein Mistplatz vorhanden sein.

Frau Stadträtin, bitte unterstützen Sie uns in der Donaustadt bei diesem Anliegen. – Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die verbrauchte Redezeit waren 9 Minuten, das heißt, es gibt noch eine Restredezeit von 3 Minuten. Zu Wort gelangt nun Herr GR Hofbauer. Seine Redezeit wird auf 8 Minuten eingestellt.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich glaube, wir sind in diesem Hause alle einer Meinung, dass das Thema Umwelt und Umweltschutz, gerade in so einer großen Stadt wie Wien, ein wichtiger und ein sehr sensibler Bereich ist. Ich glaube, wir sind uns auch alle in diesem Haus einig, dass wir, damit meine ich die Politiker dieses Hauses, alles daran setzen müssen, um das Thema Umwelt so zu sensibilisieren, dass wir die Umwelt für unsere künftigen Generationen erhalten, wenn nicht sogar verbessern können. Um dies zu erreichen, ist es meiner Meinung nach ganz wichtig, dass wir auch die Menschen in dieser Stadt für das Thema Umwelt und Umweltschutz entsprechend sensibilisieren.

So eine Sensibilisierung kann durchaus mit entsprechenden Einschaltungen und Werbemaßnahmen stattfinden, überhaupt keine Frage. Das ist durchaus auch sinnvoll. Wenn ich mir allerdings das Werbebudget der Stadt Wien anschau – und hier sind nur einmal der Presse- und Informationsdienst mit 53 Millionen EUR herausgehoben –, dann könnte man zu der Meinung gelangen, dass die Menschen in dieser Stadt in Richtung Umwelt und Umweltsensibilität schon übersensibilisiert sind.

Ja, meine Damen und Herren, leider ist dem nicht so. Abgesehen davon, dass mit diesem doch recht hohen Werbebudget in dieser Stadt hauptsächlich Eigenwerbung und Eigenlob für die Stadtregierung betrieben wird, ist es doch auch sehr zu hinterfragen, ob so sinnvolle Werbekampagnen – wie Schneekugeln mit Hundekot und lustige Sprüche auf Mistkübeln – der Sensibilisierung in Richtung Umwelt für diese Stadt zuträglich sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, durchaus sinnvoll wäre hingegen eine Aufklärungskampagne in Richtung Beleuchtung. Damit meine ich, dass die EU, wie wir alle

wissen, ja, im, ich glaube, Jahr 2009 durch eine Verordnung die herkömmliche Glühbirne abgeschafft und die Wirtschaft versucht hat, diese Lücke mit den sogenannten Energiesparlampen aufzufüllen. – Energiesparlampen, wie wir auch alle wissen, die das hochgiftige Schwermetall Quecksilber enthalten und bei der Entsorgung als Sondermüll zu behandeln sind. Hier, meine Damen und Herren, fehlt meiner Überzeugung nach eine entsprechende Aufklärungskampagne, welche auf die Gefährlichkeit der Energiesparlampen für Mensch und Umwelt, und andererseits auf vorhandene Alternativen wie die LED Beleuchtung hinweist.

Die LED Beleuchtung ist eine neue Technologie, die auch sehr gut zum Dimmen ist, sehr gut die Energie einspart und gleichzeitig auch durchaus die Lichtverschmutzung, die in dieser Stadt doch auch vorhanden ist, eindämmen kann. So haben zum Beispiel bei vielen Untersuchungen führende Wissenschaftler erwiesen, dass die Attraktivität für Insekten bei den LEDs gut abgeschnitten hat, weshalb viele Natur- und Umweltschützer hohe Erwartungen in diese Energiespartechnologie setzen.

Mir ist schon klar, dass die Stadt Wien in den letzten Jahren dahin gehend einiges unternommen hat. Hier sei auch die Umrüstung der Beleuchtungskörper auf der Donauinsel erwähnt, aber dennoch gibt es in diesem Bereich noch jede Menge Handlungsbedarf. Man könnte vor allem durch diese Umstellung auf LED Beleuchtung, die natürlich der Stadt Wien viele Energiekosten ersparen würde, einiges vorantreiben.

Schauen wir gleich einmal zum nächsten Thema, das mir noch ein Anliegen ist, es ist das Thema Abfallwirtschaft – und hier besonders das Thema Mülltrennung. Wenn man sich hier die Statistik Austria ein bisschen näher anschaut – und ich glaube, die Statistik Austria ist eine ganz unverfängliche Organisation –, dann hinkt Wien dem Rest von Österreich deutlich hinterher. Nur bei Altpapier, das muss man ehrlicherweise schon sagen, erreicht Wien bei der Mülltrennung einen Deckungsgrad von 100 Prozent. Wenn man sich allerdings die anderen Bereiche anschaut, die es bei der Mülltrennung noch gibt, wie Glas, Altmittel, Kunststoffflaschen, Biomüll und andere Problemstoffe, dann erreichen die Umfeldgemeinden einen Deckungsgrad von 90 bis 100 Prozent, Wien ist da aber deutlich darunter anzufinden. Hier ist leider auch keine Trendwende in Sicht. Wir haben allerdings doch die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, nämlich die Hoffnung ins Abfallvermeidungsprogramm beziehungsweise in den Abfallwirtschaftsplan, dass hier doch auch in Wien bei den anderen, außerhalb des Papierbereiches befindlichen, Trennstoffen eine Trendwende stattfinden wird.

An dieser Stelle sei noch ganz kurz die mangelnde bis nicht vorhandene Mülltrennung in den Wiener Kindergärten und in den Schulen angesprochen. Hier wird ja leider die Verantwortung vom Umweltressort in das Bildungsressort verschoben, mit der endgültigen Auswirkung, dass eigentlich gar nichts passiert oder wenig passiert. Gerade bei den Kindern und Jugendlichen im Kindergarten und in der Volksschule wäre es besonders

wichtig, eine Bewusstseinsbildung mit entsprechenden Kampagnen zu machen, damit eben diese jungen Menschen für die Zukunft in diesem Themenbereich, nämlich Umwelt und Umweltschutz, sensibilisiert werden.

Jetzt möchte ich noch ganz kurz ein paar Worte auf das häufig strapazierte Programm Smart City verwenden. Im Smart-City-Programm steht unter anderem mehrmals drinnen, dass sich die Stadt Wien auf die Fahnen geschrieben hat – und das finde ich gar nicht einmal so schlecht –, zukünftig eine deutliche Herabsetzung des Energieverbrauchs und der Kohlendioxidbelastung durch massive Forcierung von Fotovoltaikanlagen und alternativen Energiemöglichkeiten anzustreben. Das soll unter anderem durch den massiven Ausbau von Bürgersolarkraftwerken stattfinden. – Auch eine tolle Sache. Wir wissen ja alle, dass die Bürgersolarkraftwerke bei den Bürgern sehr ankommen. Kaum ist so ein Bürgersolarkraftwerk in Planung, werden den Betreibern die Beteiligungsscheine schon mehr oder weniger aus der Hand gerissen. Es sind fast keine solchen Beteiligungsscheine mehr zu erhalten. Es mag jetzt durchaus sein, dass das nicht nur auf Grund des Umweltgedankens bei den Menschen so gut ankommt, sondern auch wegen der relativ guten Ausschüttung, die man bei diesen Bürgersolarkraftwerken erreichen kann – wie auch immer. Allerdings frage ich mich schon, meine Damen und Herren, wenn das so gut ankommt – und der Bürger hat, wie gesagt, schon sehr häufig gezeigt, dass das gut angenommen wird –, warum die Stadt nicht viel mehr Druck und viel mehr Elan dahinter setzt, damit wesentlich mehr Bürgersolarkraftwerke und wesentlich schneller Bürgersolarkraftwerke in die Welt gesetzt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei den Bürgersolarkraftwerken ist mir noch etwas ein ganz wichtiges Anliegen: Auf Grund des massiven Drucks für mehr Bürgersolarkraftwerke müssen wir unbedingt achtgeben, dass jetzt nicht die doch endlich seiende Fläche von Grünland und Freiland verbaut wird. Wir haben da durchaus Alternativen. Denn wenn man sich das Solarkataster der Gemeinde Wien anschaut, dann sieht man, dass in Wien derzeit allein von den möglichen freien Dachflächen 29 km² zur Verfügung stehen würden. Das ergibt immerhin ein Potenzial von 4300 Gigawattstunden pro Jahr, das man hier ausbauen könnte. Daher sollten freie Grünflächen nicht zugepflastert werden.

Ganz kurz nur zu den Zahlen. Es ist von der Kollegin Holdhaus schon angesprochen worden – da muss ich ihr leider beipflichten: Wien hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Da möchte ich nur ganz kurz auf die Einnahmen-/Ausgabenrechnung bei Müll und Wasser zu sprechen kommen. Bei diesen zwei Posten wurde im Jahr 2013 immerhin ein Überschuss von 139 Millionen EUR erwirtschaftet, ein Überschuss, der den Bürgern eigentlich zurückerstattet gehört. Das ist nicht nur eine Forderung von uns, sondern auch eine Forderung des Rechnungshofes, der das mehrfach angesprochen hat. Hier gibt es nichts schönzureden. Auf Grund dieser Mehrbelastungen lehnen wir den Rechnungsabschluss ab. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das war eine Punktlandung hinsichtlich der Redezeit. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Spitzer. Seine Redezeit wird auf 15 Minuten eingestellt.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin sehr froh, dass der Kollege Valentin und auch der Kollege Maresch bereits einige Projekte des letzten Jahres im Umweltbereich skizziert haben, denn sonst hätte man heute wieder einmal ein wenig den Eindruck, es wird über alles Mögliche geredet, nur nicht über den Rechnungsabschluss und schon gar nicht über die Stadt, in der wir alle leben. Denn Wien schaut zum Glück doch ein wenig anders aus. Ein wenig ausnehmen möchte ich den Kollegen Hofbauer, der so zwischendurch doch ein bisschen durchklingen hat lassen, dass das eine oder andere in dieser Stadt ja doch funktioniert – also dafür herzlichen Dank. Die Wienerinnen und Wiener – und da gebe ich ihnen recht – haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit ihrem Geld passiert. Und es passiert gerade in Wien und gerade im Umweltbereich sehr vieles.

Ich darf – aus Zeitgründen reduziert auf nur wenige Stichworte – gerade die MA 22, den Umweltschutzbereich erwähnen, und hier zum Beispiel das Projekt „Naturahe Grünoase“ – dieses Begrünungsprojekt für Innenhöfe, Balkone, Fassaden und so weiter –, die Fachtagung „GRÜNgeWANDt“, das Projekt zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen – ein gutes Grätzelprojekt in der Donaustadt oder den großen Bereich ÖkoKauf Wien – der ökologische Einkauf in dieser Stadt. Das Netzwerk Natur hat der Kollege Maresch ohnehin schon erwähnt.

Auf jeden Fall zu erwähnen ist der große Bereich des ÖkoBusinessPlan Wiens, der gerade den Unternehmerinnen und Unternehmern hilft, ressourcenschonend zu wirtschaften und sehr viel bei den Betriebskosten einzusparen. Die Wiener Betriebe nutzen das auch zum Glück sehr gut, an die tausend Betriebe haben sich bereits durch den ÖkoBusinessPlan in Wien beraten lassen, und das Ergebnis kann sich für diese Betriebe auch durchaus sehen lassen.

Für die Statistiker vielleicht ein paar Zahlen. Es konnten eingespart werden: rund 2,5 Millionen Kubikmeter an Trinkwasser, rund 122 000 Tonnen Abfälle – davon über 7 000 Tonnen an gefährlichen Abfällen –, über 1 000 Gigawattstunden Energie, rund 305 000 Tonnen CO₂ und über 93 Millionen Transportkilometer. Das alles haben sich diese Firmen durch die Beratung des ÖkoBusinessPlan ersparen können.

Aber darüber hinaus gab es noch Projekte wie ULI – die Urbane Luftinitiative Wien – und einige Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schiene.

Die MA 31 wurde heute auch schon kurz durch den Kollegen Maresch erwähnt. Dort hat es nicht nur die Gürtel-Offensive als große Baustelle gegeben. Ich darf auch an die Querung des Donaukanals erinnern, an die zusätzliche Erneuerung in der Thaliastraße, und nicht zuletzt an die Aufschließung des Hauptbahnhofes Wien

und die Seestadt Aspern.

Die Schwerpunkte der MA 36 lagen im Bereich der Teilnahme an zahlreichen UVP- und IPPC-Verfahren. Im Bereich der Logistik gab es eine Novelle des Veranstaltungsgesetzes und des Veranstaltungsstättengesetzes sowie im Öffentlichkeitsbereich die Teilnahme an einigen Großveranstaltungen wie dem Donauinselfest, dem Vienna City Marathon und dem Life Ball.

Im Bereich der MA 42 hat der Kollege Maresch bereits den Helmut-Zilk-Park herausgegriffen – ein wahrliches Großprojekt in unserer Stadt. Aber darüber hinaus ist hier jedenfalls zum Beispiel im 3. Bezirk der Leon-Zelman-Park zu erwähnen, im 7. Bezirk der Kirchenvorplatz/Lerchenfelder Straße, die Mittelzone Neubaugürtel und viele weitere mehr. Ein Projekt in meinem Bezirk, das mir sehr am Herzen gelegen ist, ist der Gemeinschaftsgarten am Broßmannplatz, der sehr gut funktioniert und sehr gut angenommen wird.

Die 45er ist bereits sehr gelobt worden, und das zu Recht. Sehr viel Geld ist neben der Altlastensanierung in die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz geflossen – das ist sehr wichtig zum Schutz der Dammbauten am Strom –, einige Wasser- und Kanalbauten. Wir hatten, das darf man auch nicht vergessen, im letzten Jahr doch mit Hochwasser zu kämpfen, das heißt, einiges Geld haben wir auch in Instandhaltungsmaßnahmen und nicht zuletzt in die bereits besprochene Gewässervernetzung Neue Donau - Lobau investieren müssen.

Ein großer Bereich in der Umweltabteilung ist die MA 48. Hier ist auf jeden Fall die wirklich hervorragende Aktion „Saubere Stadt“ zu erwähnen, ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket für mehr Sauberkeit, das die Wienerinnen und Wiener auch sehen und spüren und riechen. Wir haben zahlreiche zusätzliche Papierkörbe montiert, es wurden zusätzliche Aschenrohre montiert und es wurden deutlich mehr Hundekotsackerlspender montiert, auch dort, wo gerade der Wunsch aus der Bevölkerung an uns herangetragen wurde, dass es noch zusätzliche braucht.

Vielleicht wieder für die Statistiker: Mit Ende 2013 gab es in Wien über 18 000 Papierkörbe und an die 1 000 Aschenrohre. Und da wir schon über den Hundekot gesprochen haben – es werden unglaubliche 47 200 Stück volle Hundekotsackerl eingeworfen, und zwar täglich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Pro Jahr sind das rund 17,2 Millionen volle Sackerl, deren Inhalt den Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße und den Gehsteigen erspart geblieben ist. Und, Kollege Hofbauer, da kann man schon sagen, das ist eine Kampagne, die sehr gut gewirkt hat, wenn wir rund 17 Millionen volle Hundekotsackerl eingesammelt haben.

Im Bereich der 48er ist natürlich auch der sehr gut funktionierende Winterdienst zu erwähnen. Ein Abteilungsbereich, der uns vielleicht manchmal weniger angenehm ist, ist die Abschleppgruppe. Aber hier möchte ich erwähnen, dass sich die Parkmoral doch gebessert hat: 2013 wurden rund 400 Fahrzeuge, die falsch geparkt hatten, weniger entfernt. Außerdem hat die MA 48 noch eine große Aufgabe zusätzlich übernommen, nämlich den ganzen Bereich des Fundservices, den sie her-

vorragend betreibt. Es gibt mehr Fundboxen, diese sind besser zu sehen, und durch die zentrale Homepage, auf der man ganz genau nachschauen kann, wo etwas abgegeben wurde, was verloren gegangen ist, hat sich auch für die Kundinnen und Kunden, für die Menschen, die etwas in dieser Stadt verloren haben, der Service deutlich verbessert. Nicht zuletzt auch ein großer Dank an die 625 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die als Waste Watcher angelobt wurden, 50 davon führen ihre Kontrolltätigkeit hauptberuflich durch.

Und weil wir den Öffentlichkeitsbereich angesprochen haben: Das Misttelefon, liebe Kolleginnen und Kollegen, verzeichnete unglaubliche 65 500 Anrufe. Auch die mobile Abfallberatung war im laufenden Jahr bei zahlreichen Veranstaltungen vertreten – ich denke an die Seniorenmesse, das Feuerwehrfest am Hof, das Sicherheitsfest am Rathausplatz und das Donauinselfest. Weil es so großen Anklang findet, möchte ich zusätzlich noch das Mistfest der MA 48 erwähnen, bei dem wir letzten September über 30 000 Besucherinnen und Besucher begrüßen konnten.

Ein weiteres Projekt, das gerade bei den Wienerinnen und Wienern großen Anklang findet, ist unser Projekt „Wien räumt auf – mach mit“. Es gibt erfreulicherweise auch sehr viele Jugendliche und Schulen, die hier mitmachen und uns begeistert dabei helfen, diese Stadt noch sauberer zu machen. Im letzten Jahr konnte es mit über 17 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen neuen Besucherrekord geben.

Nachdem der beste Abfall nicht der ist, der gut weggeräumt wurde, sondern der, der überhaupt erst vermieden wird, hat gerade im Bereich der MA 48 die Abfallvermeidung höchste Priorität. Ich darf hier ein paar Projekte herausstreichen: Das wären der 48er-Bazar, der Webflohmarkt, der Verkauf der ausgeschiedenen Fahrzeuge der Stadt Wien, der erwähnte Weihnachtssack, das Wiener Mehrweggeschirr, die Vermeidungskampagne für die Lebensmittelabfälle und das Reparaturnetzwerk Wien.

Aber nicht nur die 48er leistet hervorragende Arbeit, erwähnen möchte ich auch ein tolles Projekt der MA 49, das sich nicht zuletzt auch in Floridsdorf und überhaupt an den Stadtrandbezirken zeigt, nämlich die Aufforstungsaktion „Wald der jungen WienerInnen“. Im letzten Jahr konnten zusätzliche 2 Hektar mit über 16 000 Forstpflanzen aufgeforstet werden. Auch hier sehr viel Wert im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, wie das Projekt „Urban Nature“, der tolle Kirschblütenpark in der Donaustadt in Kagran, ich selbst konnte die Waldschule Ottakring besuchen – ein ganz tolles Projekt –, und nicht zuletzt – und das freut mich, weil es auch über der Donau passiert – der Wiener Weinwanderweg. Wien produziert ja hervorragenden Wein, angeblich so guten Wein, dass jetzt sogar schon die Tiroler zu uns nach Wien kommen, um zu lernen, wie man Wein macht. – Kollege Walter, du kannst das mittlerweile sehr gut und ich gratuliere dir dazu.

Erwähnen möchte ich auch die MA 58, die sich im Bereich der Verwaltungsstrafverfahren Legistik/Agrarförderung hervorgetan hat, vor allem aber in

einem für uns sehr wichtigen Bereich, der Sicherstellung der gentechnikfreien landwirtschaftlichen Produkte.

Zum Schluss kommen möchte ich mit der MA 60, den von mir sehr geschätzten Veterinären der Stadt Wien. Neben ihren Hauptaufgaben, die natürlich im Tierschutz, Tiertransport, Vollzug des Tierhaltegesetzes, Fundwesen, Futtermittelkontrolle, und so weiter liegen, möchte ich eine Aktion ganz besonders hervorheben. Das war eine wirklich gelungene Aktion, eine Informationskampagne gegen den illegalen Welpenverkauf, die uns sehr am Herzen gelegen ist: „Stoppt das Welpenleid“. Nach dieser Aktion sind zahlreiche Anzeigen bei der MA 60 eingegangen und es konnten zahlreiche Hunde- und Katzenwelpen, die illegal zum Verkauf angeboten wurden – zum Teil unter ganz katastrophalen Bedingungen –, abgenommen und im Tierschutzhaus untergebracht werden.

Vielleicht ist mir noch ein kleiner Sidestep zum Hundeführschein gestattet: Wir haben ja 2013 den Hundeführschein wieder evaluiert, und erfreulicherweise konnte das Ergebnis zeigen, dass die Hundebisse durch die sogenannten Listenhunde seit der Einführung des verpflichtenden Hundeführscheins – und das ist jetzt immerhin bereits drei Jahre her – um sagenhafte 63 Prozent zurückgegangen sind. – Auch etwas, worüber die Wienerinnen und Wiener sicher sehr glücklich und dankbar sind.

Gerade in diesem Bereich möchte ich unsere gemeinsame Entscheidung erwähnen, in der Donaustadt ein neues, modernes Tierquartier entstehen zu lassen. Auf rund 9 700 verbauten Quadratmetern werden bei Fertigstellung über 150 verlassene, ausgesetzte oder entlaufene Hunde und rund 300 Katzen und hunderte Kleintiere, wie Hamster oder Meerschweinchen, ein neues Zuhause finden. Und da wir auch die Kosten angesprochen haben: Die Errichtung dieses Hauses ist natürlich an hohe Anforderungen gebunden. Wir brauchen ganz neue kratz feste Materialien, die Außenbereiche müssen nicht nur funktional, sondern natürlich auch artengerecht und weitläufig gestaltet werden. Es wird modernste Quarantänestationen geben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird es ein Bereich der kurzen Wege sein, und es wird tolle Servicemöglichkeiten auch für die Besucherinnen und Besucher geben, völlig neue Formen von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Menschen und Tieren. Und nicht zuletzt werden durch ganz moderne geruchsabweisende Baumaterialien auch die Anrainerinnen und Anrainer geruchsmäßig von dieser tollen Einrichtung nichts merken.

Abschließend möchte ich noch das Unternehmen Wien Kanal erwähnen, und zwar deshalb, weil wir einerseits zwar bereits 96,6 Prozent aller Wiener Haushalte an das Kanalnetz angeschlossen haben, dennoch aber im letzten Jahr noch zusätzlich 11,3 km Kanalbau fertigstellen konnten und ins Kanalnetz von Wien übernommen haben. Und weil wir doch in den letzten Jahren immer wieder von Starkregen geplagt waren, möchte ich unbedingt noch das Speicherbecken in Simmering erwähnen, ein tolles Maßnahmenpaket zum Schutz von Überflutungen. Es ist ein neues Becken mit rund 90 m

Länge, 45 m Breite und 7 m Tiefe, das bei Regenwetter sagenhafte 28 Millionen Liter Wasser fasst. – Ein deutlicher Schutz bei den Starkregen der letzten Jahre und Monate.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gäbe noch vieles zu erwähnen: die hervorragende Arbeit der Wiener Umweltschutzgesellschaft oder – weil ich den Kollegen Sandner gesehen habe – die hervorragende Arbeit der Tierombudsstelle in Wien. Allein, die Zeit läuft dahin, sie ist bereits sehr fortgeschritten, und ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Dienststellen, die für unser Wien und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger so hervorragende Arbeit leisten, sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Seine Redezeit ist auf 8 Minuten eingestellt.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Umweltausschussvorsitzender! Werte ZuseherInnen im Internet!

Nachdem jetzt alles so freundlich war, muss ich dem Kollegen Spitzer natürlich recht geben: Es funktioniert einiges, und sehr vieles, und das nehme ich gleich zum Anlass, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt zu bedanken *(Beifall bei der FPÖ.)*, sowohl für die Erstellung des Rechnungsabschlusses, aber ganz besonders für die Arbeit in den Gärten, den Wäldern, den Straßen, aber auch ganz besonders bei den im Bereich Wiener Wasser- und Kanalversorgung tätigen Personen. Und wie jedes Jahr möchte ich dazusagen, dass sich unsere Kritik nicht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet, sondern an die politisch Verantwortlichen!

Ich möchte den Fokus heute auf ein ganz besonders Thema richten, und zwar auf den Schutz des Wassers: Wasserversorgung kein Bestandteil der TTIP-Verhandlungen! – Wir haben die Worte noch im Ohr, das war eine Mitteilung der Europäischen Kommission, Ende 2013. Aber wir wissen, danach waren EU-Wahlen, man hat dem Wähler wie üblich Sand ins Auge gestreut.

Der Europäische Dachverband der Gewerkschaften – sicherlich keine freiheitliche Vorfeldorganisation – hat nun ein sogenanntes Leak veröffentlicht, und laut diesen Positionspapieren können öffentliche Dienstleistungen auf nationaler und lokaler Ebene sowohl von einem öffentlichen Monopol als auch exklusiv von einem privaten Dienstleister erbracht werden. Experten prognostizieren bis 2025 einen um 40 Prozent gestiegenen Wasserverbrauch. Und bei den sich abzeichnenden Wasserengpässen und weltweiten Verteilungskämpfen um Wasserressourcen ist es für mich außer Diskussion, dass der Wasserschatz Österreichs als auch natürlich die Wasserrechte nachhaltig und uneingeschränkt in öffentlicher Hand bleiben müssen. Das sind wir, unserer Meinung nach, den nachfolgenden Generationen einfach schuldig.

Im Kleinen – und das muss man schon auch sagen – hat ja der Ausverkauf des Wassers schon begonnen: Österreichische Mineralwassermarken sind ans Ausland verkauft worden. Heute haben wir schon über die Wild-

wasser Verwertungs GmbH gehört, wo wir der Meinung sind, dass das schon eine erste Teilprivatisierung war. Daher möchte ich einen Antrag gemeinsam mit dem Kollegen Johann Gudenus und den freiheitlichen Mitgliedern im Umweltausschuss einbringen. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die Österreichische Bundesregierung auf, erstens sich auf europäischer Ebene intensiv gegen eine Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Trinkwasserversorgung einzusetzen und zweitens die Wassergrundversorgung Österreichs derart verfassungsrechtlich zu regeln, dass kein Ausverkauf an Privatunternehmen möglich ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Ganz kurz ein paar Worte zum Kollegen Klubvorsitzenden Schicker von der SPÖ, der ja gestern in der Generaldebatte schon meinen Antrag erwähnt hat. Aber, wie zu erwarten, ein bisschen verzerrt, denn es ist nicht die Absicherung in der Wiener Stadtverfassung gefordert, sondern die Absicherung in der Bundesverfassung – ich erwarte mir vom Klubobmann der SPÖ, dass er diesen Unterschied schon kennt. Und auch noch zum Kollegen Schicker – ich sehe ihn jetzt leider nicht, Umwelt ist vielleicht nicht sein wichtigstes Thema: Zu Beginn des Jahres 2013 haben sowohl die Bundes-SPÖ als auch der SPÖ-Nationalratsklub genau diese Absicherung gefordert. Sie sind damals halt am Koalitionspartner ÖVP gescheitert.

Ich komme ganz kurz zurück zum Rechnungsabschluss, und hier wie immer mein Lieblingsthema, früher die Kontrollamtsberichte, jetzt Stadtrechnungshof: Beginnen wir mit dem Klausgrabensteg, wieder im Gebiet Wildalpen. Der wurde überprüft, er steht in der Verwaltung des Magistrats. Wobei ich sagen muss, überprüft ist eigentlich zu viel gesagt, denn die Unterlagen für die Beurteilung des Zustandes waren nicht vorhanden, es war keine Bewilligung vorhanden, der Stadtrechnungshof spricht wörtlich von einer „ungewöhnlich zu bezeichnenden Konstruktion im Zusammenhang mit dem Klausgrabensteg“. Wenn eine Person hinaufsteigt, so der Stadtrechnungshof, beginnt der Steg zu schwingen, der Zugangsweg ist mangelhaft abgesichert, da kann man locker hinunterfallen. Die MA 29 meint dazu, das seien ja keine besonderen Mängel. – Leib und Leben der Bevölkerung ist hier augenscheinlich nicht so wichtig. Bei jedem privaten Unternehmen würde man zum Schutz der Bevölkerung sofort die Notbremse ziehen, aber da darf weiter geschludert werden.

Die Mähboote – ich muss jetzt etwas schneller werden, damit die Kollegin Schütz auch noch etwas Zeit hat – wurden heute schon erwähnt. Was mir aber noch wichtig ist anzuführen: Seit die rot-grüne Stadtregierung angetreten ist, wurden die Müllgebühren um 10,3 Prozent erhöht, die Kanalgebühren ebenso, die Wassergebühren um 38,5 Prozent. Wir haben jetzt die Bädersaison, die Bädereinzelnkarten verteuerten sich um 29,8 Prozent, von den Verkehrsmitteln haben wir schon gehört. Nur, was macht die Stadtregierung mit diesem Geld? – Nichts für die Sicherheit der Kinder, sage ich

jetzt einmal, denn wir sind wieder beim Stadtrechnungshof: Die Wasserspielplätze befinden sich im Zuständigkeitsbereich der MA 42. Es wurden Mängel festgestellt, unter anderem an Spielplatzgeräten, Schachtabdeckungen, an Bänken, Teichabdeckungen, und so weiter; und beim Wasserspielplatz Wasserturm gibt es nicht einmal Grenzwerte zur Sicherung der Wasserqualität – das sind Bestimmungen der Bäderhygieneverordnung, möchte ich nur dazusagen. Nicht einmal das gibt es.

Solange Sie Ihre Politik zu Gunsten der Wienerinnen und Wiener nicht ändern, werden wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die verbrauchte Redezeit waren 6 Minuten. Zu Wort gemeldet ist nun Frau GRin Schütz. Die gesamte Redezeit beträgt jetzt 5 Minuten und 30 Sekunden. Eingestellt wird es einmal auf 3 Minuten.

GRin Angela **Schütz** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats! Liebe Zuhörer!

Wir haben in letzter Zeit viel über Abgaben und Steuern gehört. Faktum ist – und das liegt in der Natur der Sache –, dass nichts billiger wird, weder das Leben noch die Steuern für jeden Einzelnen.

Ein Beispiel habe ich mir herausgesucht. Wir haben in Wien knapp 60 000 Hunde und wir haben sehr viele ältere Mitbürger, die finanziell nicht unbedingt sehr gut gestellt sind, aber einen Hund gegen die Einsamkeit haben. Jetzt wird für diesen Hund eine Abgabe von der Stadt Wien eingehoben, die jährlich beglichen wird. Wenn aber der Hund verstirbt, dann werden diese Kosten nicht refundiert. – Sie werden zwar angerechnet, wenn man sich einen neuen Hund anschafft, aber auf die Abgabe selbst gibt es keine Ermäßigung.

Besonders dieser Punkt der Nichtrückzahlung auf der einen Seite, wie aber auch der Punkt, dass diese Abgabe einmal jährlich zu berappen ist, macht vielen Hundebesitzern zu schaffen. Vor allem denen, die finanziell nicht so gut gestellt sind und eben gegen Vereinsamung einen Hund haben. Das hat aber, nicht so wie es Frau StRin Brauner gestern behauptet hat, mit einer zumutbaren Steuerlast sowie der Ankurbelung der Wirtschaft zu tun. – Nein, das ist eine Frage des Respekts gegenüber den kleineren Einkommen und vor allem unserer älteren Generation, und hat auch mit einer angemessenen Trauerzeit um den geliebten Kameraden zu tun.

Es soll auch nicht, so wie es offensichtlich in der Stadt Wien smart zu sein scheint, eine Abzocke sein. Daher stellen wir freiheitliche Gemeinderäte folgenden Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat beschließt, die Ausschreibung einer Abgabe für das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Wien wie folgt zu ändern:

In § 5 Abs 3: Beim Tod eines Hundes kann für das betreffende Abgabenquartal eine Ermäßigung der Abgabe stattfinden, wenn kein weiterer Hund in diesem Quartal angeschafft wird und der Tod des Tieres im ersten Monat des bereits bezahlten Quartals eintritt. Wird anstelle eines nachweislich verendeten oder getöteten

Hundes, für welchen die Abgabe bereits entrichtet wurde, von demselben Hundehalter ein anderer Hund gehalten, so entsteht im gleichen Quartal für diesen Hund keine Abgabepflicht und die Abgabe wird nicht refundiert.

§ 5 Abs 4: Weist der Hundehalter nach, dass der Hund verendet oder getötet wurde, so ist er von der zu entrichtenden Abgabe anteilig zu befreien. Bereits zu viel entrichtete Beträge sind in sinngemäßer Anwendung des § 241 Bundesabgabensforderung zurückzuerstatten.

In § 6 Abs 1: Die Abgabe des Jahresbetrages ist vierteljährlich bis zum Ablauf des Monatsletzten eines jeden Quartals zur Einzahlung zu bringen. Bei Hundehaltung, bei denen die Abgabepflicht nach dem Ablauf eines Quartals eintritt, ist die Abgabe binnen 14 Tagen nach Anmeldung zur Einzahlung zu bringen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags an den Gemeindevausschuss für Umwelt beantragt.“
(Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das waren genau 3 Minuten. Zu Wort ist nun nur noch die Frau Stadträtin gemeldet. Die Redezeit ist mit 15 Minuten begrenzt.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu den Schwerpunkten des letzten Jahres komme, möchte ich, wie jedes Jahr beim Rechnungsabschluss, die Gelegenheit nutzen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ressorts wirklich sehr herzlich zu bedanken, für die alltägliche Arbeit, die sie draußen leisten, die nicht immer eine einfache Arbeit ist. Wir haben doch einige Krisen wie zum Beispiel das größte Hochwasser im letzten Jahr zu meistern gehabt. Ich möchte wirklich allen meinen herzlichen Dank ausdrücken für die Arbeit für den Umweltschutz und für die Lebensqualität in der Stadt Wien. (Allgemeiner Beifall.)

Auf ein paar Punkte, die in der Debatte gekommen sind, möchte ich natürlich auch eingehen. Die Frau Abg Holdhaus hat hier den Klimaschutz zum Thema gemacht: Ich muss Ihnen sagen Frau Kollegin, ich finde es ja wirklich kühn, dass Sie sich hier herstellen und uns vorwerfen, im Bereich Klimaschutz zu versagen. Die ÖVP stellt seit über 20 Jahren den Umweltminister. Wohin hat uns das gebracht? – Wir haben im Klimaschutz weltweit nicht die rote Laterne, sondern die schwarze Laterne, wir sind mittlerweile wirklich auf den hinteren Rängen zu finden, wegen der Untätigkeit Ihrer Minister.

Wien hingegen ist bei den Pro-Kopf-Emissionen mit Vorarlberg gleichzeitig das erste Bundesland, weil wir sehr früh im Klimaschutzbereich ganz viel gemacht haben. Wir haben mittlerweile schon KliP II verabschiedet. Wir haben sehr viele konkrete Maßnahmen, mit einer jährlichen Evaluierung, weshalb wir korrigieren können, wenn wir nicht auf dem vorgegebenen Pfad sind. Daher brauchen wir uns hier wirklich weder zu verstecken noch zu genieren. Und dass Sie sich hier herstellen und sagen, die rot-grüne Stadtregierung macht nichts für den Klimaschutz, finde ich, ehrlich gesagt, kühn – und das ist noch das freundlichste Wort, das mir dazu einfällt. (Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Rüdiger Maresch.)

Zu den gefällten Bäumen kann ich Ihnen nur ganz

generell sagen, dass wir in Wien weit mehr Bäume neu pflanzen als fällen. Es sind einige Hundert Bäume, die jedes Jahr neu dazukommen, und mehrere Hektar im Waldbereich, wenn man diese beiden Kategorien Stadtbäume und Waldbäume trennt. Sie brauchen sich daher keine Sorgen zu machen, unsere Grünbilanz im Baumbereich ist eine positive, um einige Hunderte Bäume jedes Jahr.

Zu Ihrem Antrag zu den Wasserspielplätzen darf ich vielleicht aufklärend noch sagen, dass wir 6 große Wasserspielplätze haben und ungefähr 250 Wasserspieleinrichtungen auf normalen Spielplätzen. Das kann man sich zum Beispiel im Rathauspark anschauen. Das heißt, die Möglichkeit für die Kinder, in der Stadt mit Wasser zu spielen, ist wirklich eine unglaublich große. Ich möchte Sie ersuchen: Zeigen Sie mir eine andere Stadt in Österreich oder auch in Europa, wo diese Möglichkeit in diesem umfassenden Ausmaß gegeben ist – das findet sich sonst nirgendwo.

Zum Kollegen Guggenbichler: Ich habe schon einmal versucht – und werde mich heute daher nicht zu sehr in dieses Thema vertiefen, weil ich glaube, dass wir uns bei dieser Frage nicht finden –, Ihnen bei der getrennten Sammlung den Unterschied zwischen Quantität und Qualität zu erklären. Sie sind für das Sammeln, egal, was wir sammeln, Hauptsache, viel muss es sein. Ich bin dafür, dass das, was wir sammeln, eine gute Qualität hat, damit man es danach auch sinnvoll verwerten kann. – Das ist nämlich Umweltschutz. – Nur zu schauen, wie viele Tonnen ich insgesamt habe, bringt leider nichts, wenn ich das Plastik dann wiederum verbrennen muss, weil ich damit nichts anfangen kann.

Zum Thema Wildalpen kann ich Ihnen nur sagen: Sie waren ja bedauerlicherweise nicht im Kontrollausschuss und haben scheinbar den Bericht des Stadtrechnungshofes – wie er jetzt heißt – auch nicht gelesen. Denn dort steht nämlich schwarz auf weiß, dass hinter all diesen Anschuldigungen, die Sie gegen die Stadtregierung medial erhoben haben, überhaupt nichts dahinter ist, das ist nur heiße Luft. Das Kontrollamt beziehungsweise der Stadtrechnungshof hat das komplett entkräftet. Das war, ehrlich gesagt, eine ziemlich peinliche Geschichte, Ihr Kollege im Stadtrechnungshof hat sich auch nur einmal sehr kleinlaut zu Wort gemeldet und sonst haben wir nie wieder etwas davon gehört. Das ist die Geschichte, die Sie versuchen, seit Jahren hier riesengroß aufzublasen – wir privatisieren, wir machen irgendetwas. – Alles nicht wahr. Sie zitieren ja sonst so gerne den Stadtrechnungshof, warum zitieren Sie nicht einmal in dieser Frage auch den Stadtrechnungshof, wenn ganz klar herauskommt, dass das einfach ein Blödsinn ist. Das ist, wie man so schön sagt, ein Schlag ins Wasser. (Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Rüdiger Maresch.)

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, und das sind die Geschichten von der MA 48, die hier immer wieder kommen. Da hat Ihnen scheinbar vor vier Jahren irgendwer einen Brief geschrieben und den zitieren Sie jetzt bei jedem Rechnungsabschluss. Darauf kann man sich wirklich so verlassen wie auf das Läuten eines Weckers.

Aber schauen wir uns einmal etwas anderes an: Die Freiheitlichen sind ja erstmals bei der Personalvertretungswahl auch bei der Müllabfuhr angetreten, und es hat nicht einmal für ein Mandat gereicht. Das heißt, man sieht, wie hoch der Wahrheitsgehalt Ihrer Behauptungen ist. Denn würde das, was Sie sagen, stimmen, müssten Sie dort ja 90 Prozent haben. Sie haben nicht einmal ein Mandat bekommen, sondern ein paar magere Stimmen. Insofern dürfte der Rückhalt beim Personal ja nicht ein so großer gewesen sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben sehr große und wichtige Projekte im letzten Jahr auf den Weg gebracht, begonnen, aber auch abgeschlossen. Wir haben den Spatenstich für unser TierQuarTier gehabt, wo es uns gelingen wird, den Tierschutz in der Stadt Wien völlig neu zu ordnen und auf neue Beine zu stellen. Ein Projekt, auf das ich besonders stolz bin, weil es natürlich in der Umsetzung einen schwierigen Vorlauf hatte.

Wir haben das Ballenlager eröffnet. Hier können wir jetzt künftig wirklich für alle Eventualitäten im Bereich der Müllentsorgung zu 100 Prozent gesichert sein. – Die Entsorgungssicherheit sichergestellt zu haben, ist auch ein großer Meilenstein für die Daseinsvorsorge in dieser Stadt.

Wir haben das große Hochwasser – und das war wirklich das größte Hochwasser, das Wien jemals aufgezeichnet heimgesucht hat – ohne größeren Schaden überstanden, weil wir in den letzten Jahren einen zweistelligen Millionenbetrag in den Hochwasserschutz investiert haben, mit unseren Hochwasserschutz-Hausaufgaben so gut wie fertig sind. Wir sind gerade dabei, die letzten Projekte noch umzusetzen, haben aber wirklich – im Gegensatz zu vielen anderen – dieses Hochwasser sehr gut überstanden. Dafür möchte ich auch der zuständigen Abteilung besonders danken, weil das keine einfache Leistung ist. In Wien wird das immer so als selbstverständlich hingenommen – ja, es ist Hochwasser, aber wir merken alle nichts davon –, es steckt aber auch viel Arbeit, viel Know-how und viel Einsatz der Leute dahinter.

Wir hatten einen Baubeginn bei den Speicherbecken. Das ist auch ein großes und wichtiges Projekt für den betroffenen Bezirk, bei den immer stärker auftretenden heftigen Regenereignissen, die wir auf Grund des Klimawandels natürlich auch in Wien spüren. Wir führen im Bereich der großen Investitionen die Gürtel-Offensive weiter, die Wasserinfrastruktur und die Erneuerung unseres Rohrnetzes. – Das waren nur einige Beispiele, aber ich will ja meine Redezeit nicht überstrapazieren und darf Ihnen noch einen spannenden Debattentag wünschen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Stadträtin. Zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Rechnungsabschluss 2013 der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir können daher nahtlos anschließen und kommen zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

Einen wunderschönen Tag, Herr Stadtrat!

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2013, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben. – Dies ist nicht der Fall. Ich darf daher die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so auch vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Flicker. Ich erteile es ihm und stelle seine Redezeit auf 12 Minuten ein. – Man muss es nicht ausnutzen.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Guten Morgen, Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ein Schlüsselpunkt im Wohnbaubereich für uns als ÖVP ist die Förderung von Eigentum. Wohnen in Wien wird immer teurer, wie wir wissen, nicht nur im Miet-, sondern vor allem auch im Eigentumsbereich. Viele Wienerinnen und Wiener wünschen sich ein leistbares Eigenheim, und die Stadtregierung ist gefordert, durch den Neubau von Eigentumswohnungen ausreichend leistbare neue Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Die Wohnkosten bei gemeinnützigen Mietwohnungen sind im Durchschnitt der letzten 3 Jahre mit 2,4 Prozent kaum über der Inflationsrate gestiegen. Bezogen auf die Quadratmeterkosten liegt Österreich-weit der Anstieg bei Gemeindewohnungen bei 2,7 Prozent und bei privaten Mietwohnungen bei 4,3 Prozent. Besonders drastisch ist der Anstieg aber in Wien, wo bei privaten Mietwohnungen zuletzt 7,1 Prozent verzeichnet wurden. Diese Wohnkostendynamik hat mittlerweile eine Größe angenommen, durch die auch die im breiten Mittelstand Behimateten kaum mehr einen angemessenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen finden können. 2012 wurden im durchschnittlichen Haushalt rund 29 Prozent des verfügbaren Einkommens für Mieten aufgewendet, 2008 waren es noch 24 Prozent.

Die ÖVP steht für leistbares Wohnen. Mietzinsbeschränkungen schaffen keine einzige neue Wohnung und führen langfristig zu einem völligen Erlahmen des Wohnungsmarktes. Die ÖVP verfolgt hier ein Gegenmodell: Wir wollen mehr Angebot durch eine Mobilisierung des Wohnungsmarktes schaffen, der Neubau soll intensiviert und die Baukosten geringer werden, ungenützte Kapazitäten sollen verwertet werden und jeder soll die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit Eigentum zu schaffen.

Dazu braucht es einen Mix an Maßnahmen, der die gesamte Breite der Bodenbauwirtschaft mit einbezieht. Die Grundpfeiler unserer Wohnbaupolitik sind Schaffungen von neuem Wohnraum, Mobilisierung des Wohnungsmarktes und Wien zu einem Land aus Haus- und Wohnungseigentümern zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine wichtige Maßnahme dazu ist es, bestehende

Flächen durch Nachverdichtung besser zu nutzen. Das billigste Bauland ist jenes, das bereits vorhanden ist. Nachverdichtung durch Dachgeschoßausbauten, Zubauten oder Ersatzneubauten in den Städten ermöglichen es, neuen Wohnraum zu schaffen, ohne zusätzliches Bauland in Anspruch zu nehmen. Diese Maßnahme bringt den Wienerinnen und Wienern eine bessere Nutzung von bereits bebauten Flächen durch Nachverdichtung, keine Grundkosten im nachverdichteten Neubau von Wohnungen, neue Wohnungen im beliebten Innenstadtbereich, weniger kommunale technische Infrastrukturkosten als beim Bau auf der grünen Wiese, eine bessere Nutzung der bestehenden Infrastruktur und die Belebung der Ortskerne und von Grätzeln.

Meine Damen und Herren, nochmals: Die Stadtregierung fördert den Wohnbau im privaten Bereich viel zu wenig. Um diese Forderung zu unterstreichen, bringe ich mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Wolfgang Ulm und Norbert Walter einen Antrag ein, in dem eine verbesserte Fördermaßnahme im privaten Wohnbaubereich gefordert wird. In formeller Hinsicht bitte ich um sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf hier nun auch kurz auf den 22. Bezirk eingehen. Das ist ein Bezirk, wo sehr viel neu gebaut wird. Die Donaustadt ist der am stärksten wachsende Bezirk in Wien, das liegt natürlich auch an den flächenmäßigen Möglichkeiten dazu. Aber zu einer wachsenden Stadt gehört auch gleichzeitig der Ausbau der Infrastruktur, entsprechend den Gegebenheiten. Fakt ist, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Nahversorgung, medizinischer Versorgung und öffentliche Verkehrsverbindungen hinkt meistens hinter dem benötigten Ausmaß nach.

Zum öffentlichen Verkehr ein Beispiel aus der Donaustadt: Nach der Erweiterung der U2 bis in die Seestadt sind die entsprechenden Zubringer noch immer nicht zur Zufriedenheit der Bevölkerung installiert, beziehungsweise natürlich auch die entsprechenden Querverbindungen. Eine Querverbindung möchte ich hier schon lobend erwähnen, das ist die Straßenbahnlinie 26. Die beiden Großbezirke 21 und 22 miteinander zu verbinden, ist – wenn auch teuer – gut gelungen. Ein Negativum besonderer Art ist die Autobuslinie 22A. Diese hat bei der U-Bahn-Station Kagraner Platz keine eigene Haltestelle. Diese Haltestelle wurde ersatzweise vis-à-vis gestaltet, der Platz davor ist aber so klein und eng, dass es zum Sicherheitsrisiko werden kann, vor allem für Schulkinder. Hier sehe ich einen erhöhten Handlungsbedarf.

Keinen Bedarf sehe ich im Ausbau oder der Verlängerung der Straßenbahnlinie 25 in die Seestadt. Das wäre keine Verbesserung einer Anbindung an ein hochrangiges Verkehrsmittel, sondern einfach nur ein ins Chaos Stürzen des Asperner Siegesplatzes.

Ich darf kurz noch auf den Individualverkehr in der Donaustadt eingehen. Der Straßenverkehr ist ein sehr heikles Thema, dringendst notwendig wäre es für den 22. Bezirk, endlich die S1-Verbindung zu errichten. Die Donauquerung würde für die Ortskerne von Eßling, Aspern und Breitenlee eine erhebliche Entlastung darstellen. Die Stadtregierung könnte den Straßenbau hier vorantreiben, das würde den Bewohnern dieser Bezirks-

teile massive Lebensqualität dazubringen.

In der Donaustadt gibt es eine Vielzahl von neuen Wohnbauprojekten, nicht nur in der Seestadt wird gebaut. Dass es hier immer wieder zu Konflikten mit den Anrainern kommen kann, liegt auf der Hand. Stichwort Berresgasse, auch gestern schon angesprochen, wo eine neue Rennbahnweg-Siedlung entstehen soll. Auf 16 Hektar sollen 2 700 Wohnungen errichtet werden, plus eine Schule, die allerdings sehr wichtig ist für die Donaustadt. Also, soweit so gut. Natürlich alles autofrei, wobei auch noch eine Menge Parkplätze von der angrenzenden Wohnhausanlage vernichtet werden soll.

Das sind also die Vorteile der Planungspolitik von Rot-Grün. Die Wienerinnen und Wiener sehen das komplett anders, der größte Widerstand kommt aber zu Recht von den Bewohnern der angrenzenden Garten- und Kleingartensiedlung. Diese dürfen sich auf bis zu elf Stockwerke im benachbarten Umfeld freuen. Die ÖVP ist für Wohnbau, unbestritten, aber im Einklang mit dem Umfeld. Bauklasse V oder VI neben Einfamilienhäusern wird wohl nicht auf sehr viel Gegenliebe stoßen, eine Abzonung wäre hier schon angebracht. Eine bessere Planung von Wohnbau und der dazugehörigen Infrastruktur mit echter Bürgerbeteiligung ist ein Wunsch vieler Wienerinnen und Wiener. Herr Stadtrat, bitte hören Sie auf diesen Wunsch. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir haben da verbrauchte Redezeit von 8 Minuten. Als Nächster ist GR Mag Chorherr zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Auch hier stelle ich die Redezeit auf 12 Minuten ein. *(Zwischenruf von GR Mag Christoph Chorherr.)* – Also insgesamt hättest du 27 Minuten. *(GR Mag Christoph Chorherr: 27 Minuten, das geht sich zur Not aus.)*

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

In einer gewissen Weise möchte ich, bevor ich auf die Ausführungen meines Vorredners eingehe, nahtlos an die Planungsdiskussion anknüpfen. Die enormen Herausforderungen der wachsenden Stadt – da kann man nicht sagen, das ist Planungspolitik, das ist Wohnbaupolitik, das ist Bildungspolitik; sondern die Entwicklung von Stadtteilen ist das enge Ineinandergreifen all dieser Dinge. Wie Sie richtig gesagt haben, machen es die Wohnungen alleine nicht aus, sondern dort müssen Schulen, Kindergärten, et cetera entstehen.

Sie haben eines richtig angesprochen, das ist die Herausforderung, vor der alle Städte stehen, vor allem Städte mit einer stark wachsenden Bevölkerung. Was bedeutet das für die Erschwinglichkeit von Wohnungen? Und wie können wir vermeiden, dass Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen in eine Situation kommen, die in vielen Großstädten schon gegeben ist, nämlich dass man weit in das Umland pendeln muss, weil man in der Stadt keine leistbaren Wohnungen mehr bekommt?

Bevor ich dazu komme, möchte ich aber, weil ich das nicht so stehen lassen möchte, auf die Berresgasse eingehen. Für die, dies sie nicht kennen: Dort ist in der Tat eine spannende Situation im 22. Bezirk. Auf der

einen Seite gibt es, da haben Sie recht, Einfamilienhäuser; dazwischen ist ein großes Feld, das immer schon für Bauentwicklung vorgesehen war; und auf der anderen Seite haben wir elfgeschoßige Gebäude – und wir haben die wachsende Stadt. Dort ist in einem ersten Entwurf, in einem kooperativen Verfahren, wurde auch der Bevölkerung vorgestellt, durchaus deutlich vor Widmungsbeginn zweierlei gemacht worden.

Erstens: Ein Ausmaß an Grünversorgung, das der Donaustadt angemessen ist, ein großer grüner Streifen, der wo ist? – Anknüpfend an die Einfamilienhäuser. Da ist überlegt worden, ob das der richtige Ort ist, um nämlich zu gewährleisten, dass eine dichte Bebauung nicht zu nahe an die Einfamilienhäuser heranreicht. Da ist noch etwas Zweites: Ja, ich bekenne mich dazu, ein Ausmaß an urbaner Dichte, die es ermöglicht, neben dem Bau der notwendigen Wohnungen einen großen zusätzlichen Freiraum und Freiräume zu gestalten, weil das die Aufgabe der Stadt ist: Nicht sozusagen flächig, drei-, viergeschoßig – jetzt sage ich so – alles zuzuklotzen, sondern Verdichtungen auf der einen Seite zu nutzen, um entsprechende Freiräume, Sporträume, Flächen für Kinder zu gewährleisten.

Ich verstehe, dass das manche Bewohner der Einfamilienhäuser anders sehen. Der Maßstab der Einfamilienhäuser ist nicht der Maßstab, den wir für eine Stadt, die um 25 000 Einwohner jährlich in den letzten 2 Jahren gewachsen ist, anwenden; und zwar genau deswegen, weil wir ein hohes Maß an Freiräumen behalten wollen. Noch einmal zur Erinnerung: Vielen ist die Berresgasse nicht geläufig. Das ist nicht so wie, wenn man Interconti oder Nordbahnhof sagt, wo es bei allen sofort klingelt. In diesem Fall geht es um etwa 3 000 Wohnungen. Das heißt, es sind 6 000 bis 7 000 Menschen, das ist eine österreichische Kleinstadt. Daher würde ich mir wünschen, dass dem eine entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet wird. Sie wissen auch, Herr Gemeinderat, das war seine erste Präsentation an die Öffentlichkeit. Das ist nicht etwas, das morgen quasi im Gemeinderat zur Widmung vorliegt. Da wird es noch einiges an Diskussionen bedürfen.

Aber einmal mehr, meine Damen und Herren: Wer A sagt, muss auch B sagen, oder sollte auch B sagen, oder sollte zumindest sagen, das B ist nicht ganz absurd. Wenn Menschen nach Wien ziehen wollen – aus dem Umland, aus der Europäischen Union, Studierende, von denen Wien profitiert –, dann haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder eine Politik, für die der Herr StR Ludwig steht, nämlich im ausreichenden Ausmaß leistbares Wohnen in hoher Qualität anzubieten, oder zu sagen, wir machen es weniger, wir machen es einfach weniger. Das wäre die Alternative, tertium non datur.

Entweder wir bauen, dann müssen wir uns darauf einlassen, dass es überall kritische Blicke der Anrainer gibt. Das wissen Sie genau, ob es im 21., 22., 23., 10., 11., 7., 2. Bezirk ist, Herr Bezirksvorsteher, überall gibt es kritische Blicke der Anrainer, denn ja, es gibt Maßstabsprünge. Über die müssen wir diskutieren. Die müssen sensibel und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit gemacht werden. Aber wir bekennen uns dazu – das ist

so eine Phrase. Wir stehen dazu, dass wir das machen wollen. Wir wollen nicht schuld daran sein, dass wir eine Entwicklung wie in Paris, München oder Hamburg haben, wo man eine Dreiviertelstunde mit dem Auto pendeln muss. Ihnen muss ich nicht sagen, was das für den Verkehr beziehungsweise für den Modal-Split bedeutet. Wir haben einen Modal-Split innerhalb der Stadt, der im internationalen Vergleich wirklich sensationell ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ja, Herr Gemeinderat, man kann es noch besser machen. Ich glaube, es wird niemals in der Stadt ein Punkt erreicht sein, wo wir sagen, jetzt sind wir fertig, jetzt haben wir alles erledigt, jetzt sind wir zu 100 Prozent fertig. Das wird nie sein. Man muss auch ehrlich sagen: Je weiter draußen, desto flächiger, umso weniger dicht wird das Netz sein, außer ich schaffe bauliche Dichte. Das werden wir in der Berresgasse diskutieren, das werden wir in Liesing diskutieren, das werden wir am Nordbahnhof diskutieren. Das diskutieren wir überall in Wien. Dass Wien eine der am stärksten wachsenden Städte Europas ist, ist noch nicht in den Blicken vieler Eliten – ich sage das im positiven Sinne. Wien ist gemütlich und Wien ist alt, Wien ist bald das jüngste Bundesland, und das hat auch mit dieser Attraktivität zu tun.

Jetzt komme ich zum Thema Leistbarkeit, die in der Tat eine schwierige ist. Da möchte ich bewusst ein Thema ansprechen, das schwierig ist, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird, das eines der Ursachen dafür ist, dass es schwieriger geworden ist, quasi mit der leichten Handbewegung günstigen Wohnraum anzubieten, und das sind die Grundstückskosten. Erstens haben wir ein städtisches Instrument in der Hand, um das uns viele beneiden, das ist der Wohnfonds. Wir haben eine Vorratsbewirtschaftung mit beträchtlichen Flächen. Es ist im Grunde wunderbar, so ein Instrument zu haben, so einen an Flächeneigentümer, dessen Ziel nicht maximale Rendite ist, sondern dessen Ziel es ist, leistbaren gemischten Wohnraum anzubieten.

Aber auch der Wohnfonds tut sich zunehmend schwerer, Flächen zu bekommen. Wir haben natürlich viel mit Bauträgern zu tun; und diejenigen von Ihnen, die mit Bauträgern zu tun haben, wissen, was vor zehn Jahren gezahlt wurde und was heute gezahlt wird. Jetzt will ich Ihnen ein bisschen – auch jenen, die mit Wohnbaupolitik nichts zu tun haben –, vor die Augen rücken. Diese Situation haben wir in allen Städten, die stark wachsen. Das ist kein Wiener Phänomen, aber auch in Wien rücken wir dorthin. Ich hoffe, ich irre mich jetzt nicht bei den Größenordnungen. Die Zahl, die der Wohnfonds – ist ja kein Geheimnis – für förderbaren, leistbaren geförderten Wohnbau akzeptiert, liegt, korrigieren Sie mich, Herr Stadtrat, bei ungefähr 250 EUR pro Quadratmeter Nutzfläche. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) – Bitte? Okay.

Was wird heute – ich rede jetzt nicht von innerhalb des Gürtels – gezahlt, was wird verlangt? Jetzt nenne ich einen Fall, ohne die Adresse zu nennen. Ein Le-gewidmetes Grundstück. Es ist mir jetzt ein Anliegen, Ihnen das genau zu erzählen. Sie sehen, ich habe keine Vorbereitung im engeren Sinn, aber das ist mir jetzt wesentlich. In einem Randbezirk gibt es einen Gärtner,

der darüber nachdenkt, seine Fläche zu verkaufen, und einige Bauträger überlegen, ob das strukturell vorstellbar wäre. Prinzipiell ist vieles vorstellbar. Der will für seine Gärtnerei 7 Millionen EUR, was umgerechnet auf eine adäquate Bebaubarkeit dort einen Quadratmeterpreis von 1 250 EUR pro Quadratmeter bedeutet – damit Sie ein bisschen ein Gefühl bekommen. Grundstückkurs für den förderbaren Wohnbau beträgt ungefähr 250 EUR. Die Errichtungskosten eines Quadratmeters, wenn Sie ein neues Haus mit allem hinstellen – mit Fenstern, Dach, Toilette, Garage –, liegen irgendwo bei 1 500 EUR.

Dieser Landwirt, dieser Gärtner ist keine Ausnahme. Der erkundigt sich: Was wird denn bezahlt? Aha, dann verlange ich das, nämlich die 7 Millionen EUR. Und ich erlaube mir jetzt, gesellschaftspolitisch zu sagen: Für welche Leistung? (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Dass er das Glück hat, an einer Stelle zu liegen, wo vielleicht ein öffentliches Verkehrsmittel in der Nähe ist; und wo man sich im Sinne der wachsenden Stadt dafür aussprechen könnte, dass man dort umwidmet. Dann widmet man um und dann kommt ein freifinanzierter Bauträger, denn für eine Genossenschaft ist es vollkommen unmöglich, das um diesen Preis zu erwerben. Und diesen Fall, Herr Kollege, weil sie in der Landwirtschaftskammer tätig sind, haben wir nicht nur ein Mal in Wien, den haben wir laufend.

Jetzt komme ich zu einer politischen Aussage, die nicht im Regierungsübereinkommen steht, die schwierig ist. Das ist aber etwas, womit sich alle Kommunen in Europa und in den USA auseinandersetzen. Ist die völlig freie Verfügbarkeit von Grund und Boden etwas, das irgendwie verfassungs- oder gottgegeben ist? Oder gibt es so etwas wie eine Sozialverpflichtung des Eigentums, weil eben Grund und Boden nicht unendlich vermehrbar ist? Soll es auch Beschränkungen von Eigentumsrechten geben, die sozialen Zwecken dienen? Das haben wir im Bereich des Straßenbaus, das haben wir im Bereich des Bahnbaus. Ich denke, wir sollten darüber nachdenken, ähnliche Instrumente auch für den sozialen Wohnbau nicht nur anzudenken – das würde ich tun, wenn ich Wissenschaftler wäre –, sondern ernsthaft ins Auge zu fassen. Ich denke da auch an Regierungsverhandlungen im nächsten Jahr, wie auch immer die Wahl ausgeht.

Zu Ihrer Entlastung: Es sind nicht nur Landwirte, es sind alle Möglichen. Es sind Freiberufler, die schon eine L- oder auch eine Sww-Liegenschaft gekauft haben, und dann erkennen, dass im Zuge der wachsenden Stadt Bauland gebraucht wird und sagen, wir können ja warten, irgendwann müssen sie schon herkommen.

Da müssen wir uns Instrumente überlegen. Ja, das ist mit der österreichischen Verfassung schwieriger als mit der deutschen. In der deutschen Verfassung wird nämlich explizit die Sozialpflichtigkeit des Eigentums erwähnt, bei uns leider nicht. Das Höchstgerichtsurteil macht das durchaus anspruchsvoller; aber wenn wir keinen anspruchsvollen Beruf hätten, dann könnten wir ja ein paar Computer regieren lassen. Da muss uns eben etwas einfallen. Ich sage es mit fünf Rufzeichen als Grüner – und ich bin mir ziemlich sicher, dass es auch viele

Sozialdemokraten so sehen –: Die Grundstückfrage müssen wir angehen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Es kann nicht sein, dass heute 7 Millionen EUR verlangt werden, und wenn das Wachstum weitergeht, sind es in 2 Jahren 9 Millionen EUR und 11 Millionen EUR. Ja, für freifinanziertes Wohnen wird das auch gezahlt, aber es nützt uns in unserer Wohnbaupolitik nichts weiter, wenn wir einen hohen Anteil an freifinanzierten Wohnungen haben, für die als Vorsorgewohnungen aus Angst verrückte Preise gezahlt werden.

Wir hier im Raum gehören zu den Top-Ten-Verdienern Österreichs, allein durch unseren Gemeinderatsgehalt – ich finde es auch richtig, wenn man Politiker gut bezahlt. Ich schaue mir an, was verlangt wird, und nicht nur ein Mal. Ich gehe jetzt nicht auf die astronomischen Preise im 1. Bezirk ein, sondern ich rede jetzt von den Preisen im 17., 18., 19., 4. oder 6. Bezirk: 6 000 EUR, 7 000 EUR, 8 000 EUR pro Quadratmeter Eigentum. Wenn man das mit den 90 m² multipliziert, dann werden wohl sogar in diesem Raum nicht viele sagen können, das leiste ich mir. Positiv ist anzumerken, dass das jetzt ein bisschen eine Decke erreicht hat.

Jetzt komme ich zum zweiten Schritt, wo wir eine ganz große Errungenschaft haben, an der wir GRÜNE nicht beteiligt waren, muss ich gleich dazusagen; das ist die unglaubliche Errungenschaft des gemeinnützig-sozialen Wohnbaus. Es ist im Kapitalismus, in dem wir leben, der seine großen Verdienste hat, ein Kleinod, ein unfassbarer Schatz, dass es Wohnbauträger gibt, deren Ziel nicht jenes eines jeden anderen Unternehmens ist, nämlich legitimerweise einen Gewinn, eine Rendite zu erwirtschaften. Das ist für mich überhaupt nichts Unanständiges, das ist das wesentliche System, das hat auch den Reichtum geschaffen. Das macht uns aber beim Wohnen Schwierigkeiten, weil die soziale Frage da ausgeblendet bleibt. Dafür gibt es den sozialgebunden Wohnbau; und der hat etwas wunderbares, er ist nämlich kostenorientiert. Der ist nämlich kostenorientiert und sagt, es dürfen nur jene Mieten verlangt werden, die den Kosten des Hauses entsprechen.

Darum wundere ich mich oft über Leitartikel in – wie sage ich das jetzt? – wirtschaftlich konservativen Medien. Ich will jetzt nicht den Journalisten vorführen. Der sagt, in Wien gibt es eben ein paar Privilegierte, die eben in günstigen Wohnungen wohnen, sozial und so, aber eigentlich schau dir doch an, was das wirklich kostet. – Der sagt das, anstatt zu sagen, das sollen wir ausbauen! Dass nämlich jemand eine preislich limitierte Wohnung hat und sich sicher sein kann, dass, wenn das Haus ausfinanziert ist, die Kosten eher hinuntergehen und nicht hinauf. (*GR Norbert Walter, MAS: Das sollten wir bei der Gemeinde auch machen, Herr Kollege!*)

Ja, selbstverständlich. Aber bitte, wir sollen es nicht nur machen. Wir sind auch nicht die Pflichtverteidiger des Wiener Wohnens, des Gemeindebaus; aber vergleichen Sie die Preise im Gemeindebau, nämlich bei der Neuvergabe und insbesondere bei den schon länger abgeschriebenen Projekten, mit dem, was im privaten Wohnungsbesitz gemacht wird! Ja, die müssen ihre Rendite erwirtschaften. Aber da haben wir einfach ein

doppeltes System, und darum habe ich auf die Grundstücksfrage so viel Wert gelegt. Ich glaube, dass wir auf eine Verteilung achten müssen, die gleich bleibt in dem Sinn, wie sie in den letzten Jahrzehnten war; nämlich dass ein Großteil des neu auf den Markt zu Bringenden sozial gebundene, WGG-gebundene Projekte sind.

Wenn es uns nicht gelingt, dafür Grundstücke zur Verfügung zu stellen, wie könnte man sich's leicht machen? Der Herr Ludwig könnte verordnen: Na gut, mit den 250 EUR sind wir wirklich schon viele Jahre, das müsste man irgendwie anpassen. Aber wenn man das an den Markt anpasst und sagt – ich erfinde jetzt eine völlig fiktive, absurde Zahl –, 600 EUR, 700 EUR, was hieße denn das? Das hieße, den Grundstückmarkt noch mehr zu befeuern, und das kann nicht sein. Hier führen wir die Diskussionen in die Richtung, dass wir glauben, dass dort, wo die öffentliche Hand Eigentümer ist, über Baurechte der soziale Aspekt in den Vordergrund gestellt werden soll; und erst in zweiter Linie sollen die auch legitimen Einnahmeeffekte Bedeutung haben. Das ist eine wesentliche Errungenschaft.

Abschließend möchte ich noch auf Ihre abschätzige Bemerkung entgegenen, obwohl das nicht meine primäre Aufgabe ist. Sie haben gemeint, dort entsteht ja so etwas wie der Rennbahnweg. – Es entsteht heute nicht mehr eine Monostruktur von nur einem Bauträger, beispielsweise der Gemeinde; sondern auch dort, wo genossenschaftliches gefördertes Wohnen entsteht, ist Vielfalt. Sie kennen zum Beispiel den Entwurf von der Berresgasse, der setzt auf ein sehr differenziertes System. Aber wenn Sie den Rennbahnweg sozusagen abschätzig erwähnen, weil wir dort günstige Wohnungen bekommen, sage ich, nein, in diesem Sinne, was die günstigen Wohnungen betrifft, wollen und brauchen wir mehr Rennbahnweg und weniger 7. Bezirk. Ich sage das ganz bewusst. Vielleicht gelingt uns das eine oder andere sozial gebundene Projekt auch innerhalb des Gürtels. Wir arbeiten daran.

Also, Wien hat ein großes Erbe. Dieses Erbe in eine Zeit zu bringen, wo die Preise steigen, ist eine Herausforderung. Dieses Erbe mit urbaner Vielfalt zu kombinieren und nicht mit Monotonie, ist eine Herausforderung. Dem müssen und wollen wir uns stellen. Darum glaube ich, dass die Grundstücksfrage eine zentrale Frage der Stadtentwicklung des Wohnbaus ist. Da, glaube ich, müssen wir intensiv nachdenken. Darum habe ich mich damit jetzt ausführlicher beschäftigt. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werde ich nicht nur darüber nachdenken, sondern auch Schritte setzen, damit die Grundstückspreise nicht in den Himmel steigen und einige wenige davon profitieren, was alle zahlen müssen. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Information: Herr Kollege Chorherr hat 19 Minuten verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 8 Minuten. Als nächster Redner ist Herr GR Dr Eisenstein zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. – Bitte schön.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine

Damen und Herren!

Die Rechnungsabschlussdebatte gibt uns immer die Möglichkeit, mehrere Themen aus dem Bereich Wohnen beziehungsweise Wiener Wohnen anzusprechen, wo meiner Meinung nach Verbesserungsbedarf besteht. Ich werde hier heute einige Hinweise geben und Kritik anbringen und hoffe, dass das ernst genommen wird. Ich werde heute einmal nicht über Integrationsunwillen reden und auch nicht über Konsequenzlosigkeit, das habe ich ohnehin schon bei den letzten Malen gemacht.

Sprechen wir heute einmal über Sanierungen in und von Gemeindebauten, Gemeindewohnungen, über Reparaturen. Wir, Wien, sanieren heuer Gemeindebauten, 47 größere Anlagen mit über 7 200 Wohneinheiten. Aber, wie wir alle wissen, in den ehemaligen Winzerdörfern Grinzing, Neustift, Nußdorf, wie die „Kronen Zeitung“ schreibt, Zitat: „wüten die Abbruchmaschinen“. – Zitat Ende. Hier nimmt man Einsturzgefahr in Kauf. Bewohner und Anrainer fragen sich völlig zu Recht, ob es nicht vielleicht doch gewünscht ist, dass manche dieser Objekte von selber zusammenstürzen.

Wohnungen zu errichten, ist in Ordnung. Wir stehen selbstverständlich dazu und unterstützen das, aber ich finde, mit dem Objekterhalt hat Rot-Grün so seine Probleme. Da stellt sich für mich eine entscheidende und fundamentale Frage: Wer bestimmt letztlich, in welchem Ausmaß ein Objekt überhaupt erhaltenswert und sanierungsbedürftig ist? Gibt es einen flächenübergreifenden Plan für Sanierungen von Wohnhausanlagen, von Siedlungen oder auch Einzelhäusern, oder werden solche Entscheidungen immer nur im Anlassfall und einzeln getroffen?

Wenn es da ein Konzept gibt, dann wäre es sehr von Vorteil, wenn der zuständige Gemeinderatsausschuss davon in Kenntnis gesetzt würde. Denn, meine Damen und Herren, es gibt Fälle, wo Bewohner tatsächlich sehr verunsichert sind und nicht wissen, ob ihre Siedlung überhaupt noch einer Sanierung unterzogen wird oder ob man sie höheren Orts nicht einfach nur verfallen lässt, bis sie halt dann abgetragen werden muss und geschliffen werden kann – und dann kann man ja Genossenschaftsbauten dort errichten. Als Beispiel nenne ich die Siedlung Wienerberg West, wo die letzten Verbesserungen vor 30 Jahren stattgefunden haben.

Ein wesentlicher Punkt ist: Sanierungen müssen auch bezahlt werden, nämlich im Allgemeinen von den Mieterinnen und Mietern, und bekanntlich ist ja das Mitspracherecht der Mieter selber nur ein sehr begrenztes; und vielfach, das muss ich leider sagen, Herr Stadtrat, versagen auch die Mietervertreter, die die entsprechenden Informationen entweder nicht weitergeben oder vielleicht auch gar nicht bekommen. Da wären bessere Informationen und eine bessere Schulung auf jeden Fall vonnöten.

Wenn dann Kosten auf den Mieter übergewälzt werden, sorgt das natürlich nicht für Freude, besonders wenn die Mieter selber nichts davon haben. Wenn zum Beispiel leer stehende Wohnungen vor Neuvermietung in Gemeindebauten auf Kosten aller Parteien saniert werden, wenn die berühmten Baumeister- und Tischlerarbei-

ten von allen getragen werden müssen, wenn während der Umbauarbeiten Kosten für Gartengestaltung anfallen, obwohl eigentlich die Grünflächen nur von den Baumaschinen und vom Baumaterial bedient werden, dann, finde ich, ist das nicht in Ordnung.

Da wir schon von leer stehenden Wohnungen sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die von Wiener Wohnen veröffentlichten Zahlen zu leer stehenden Wohnungen können so nicht stimmen. Ein beliebiger größerer Gemeindebau – und weil ich den Kollegen Irschik sehe, sage ich, zum Beispiel in Floridsdorf – hat mit Sicherheit mehr leer stehende Wohnungen, als von Wiener Wohnen für ganz Wien angegeben ist; auch wenn man berücksichtigt, dass Bewohner im Spital oder auf Kur sind oder aus anderen Gründen abwesend sind oder vielleicht die eine oder andere Verlassenschaft noch nicht abgehandelt ist. Es ist leider eine Tatsache, dass es in unserer Stadt keine verbindlichen und aktuellen Zahlen zur Leerstandssituation der Wohnungen gibt. Das gilt jetzt aber nicht nur für Wiener Wohnen, das gilt auch für die Gebäude in öffentlicher Hand, da wissen wir es auch nicht. Da wäre auf jeden Fall ein Nachholbedarf durch die Stadtregierung gegeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt kehre ich zu den Sanierungen und Reparaturen zurück. Immer wieder kommt es vor – und das ist jetzt keine Unterstellung, sondern ich sage nur, was an mich getragen wird und was ich auch selber gesehen und gehört habe –, dass Stellen von Wiener Wohnen, wer auch immer, untätig oder säumig werden. Eine Mieterin hat eine Kanalverstopfung selbst erledigen lassen, weil Wiener Wohnen nicht reagiert hat. Wiener Wohnen hat die Kosten dann natürlich nicht oder nur zu einem Teil übernommen. Im 21. Bezirk gibt es eine Schimmelbildung, die trotz mehrfacher Zusagen seitens Wiener Wohnen, sie zu beseitigen, nicht beseitigt worden ist.

Gerade Schimmelbildungen sind ja häufig ein Gegenstand von Ärger. Obwohl das natürlich unangenehme und zum Teil auch katastrophale Ereignisse sind, bin ich sehr froh über den Bericht der Volksanwaltschaft aus 2013; der nämlich zeigt, dass Schimmelbildung auch ohne Mieterverschulden zustande kommen kann. Ansonsten wird ja üblicherweise gebetsmühlenartig grundsätzlich dem Mieter die Schuld gegeben und dessen Fehlverhalten bei Lüftung der Räume als Ursache für Schimmelbildung angenommen oder eben unterstellt. Aber bei diesem Volksanwaltschaftsbericht zeigt sich, dass Fassadenarbeiten die Ursache waren. Auch da sind wiederholte Meldungen an Wiener Wohnen erfolglos geblieben.

Wir brauchen gar nicht in die Vergangenheit zurückzugehen, Ähnliches geschieht ja derzeit im Karl-Marx-Hof: Für Sanierungsarbeiten wurde die Dämmung kurz entfernt, durch den Regen im Mai hat sich Schimmel gebildet. Wiener Wohnen bleibt, so sagt eine Mieterin, trotz täglicher Anrufe untätig. Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich denke, Sie sollten das in Ihrem ehemaligen Vorzeigeprojekt Karl-Marx-Hof – wenn auch mit Festungscharakter – doch rascher trockenlegen.

Ich komme noch zu zwei grundsätzlichen Problemen in Zusammenhang mit Wohnungen. Die Vormerkungen

auf Gemeindewohnungen steigen immer noch, wenn auch im Quartalsbericht jetzt nur noch die Anzahl derjenigen erfasst ist, die das erste Mal eine Vormerkung auf eine Gemeindewohnung haben, aber das sind einschließlich der Jungwiener-Wohnungen immer noch über 30 000. Und jährlich ziehen, wie wir alle immer hören und sagen, etwa 20 000 Personen nach Wien zu; und nicht alle von denen, da sind wir uns, glaube ich, auch enig, können sich auch eine Eigentumswohnung leisten.

Das, meine Damen und Herren, ist eine Diskrepanz, die sich nicht ausgehen kann und die nicht stimmig ist. Der Herr Stadtrat sagt, Wien hat viele Bauprojekte. Ja, Wien hat viele Bauprojekte, richtig. Der Herr Stadtrat sagt, die Bauprojekte sind für den Bedarf ausreichend. Da widerspreche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat. Ich glaube nicht, dass die Bauprojekte, die wir derzeit haben, für den tatsächlichen Bedarf und für die tatsächliche Leistbarkeit auch wirklich ausreichend sind. Bauen Sie doch wieder die sogenannten Gemeindewohnungen sogenannten alten Stils! Unsere Forderung nach 5 000 Gemeindewohnungen jährlich bleibt nach wie vor aufrecht. Dass wir Gemeindewohnungen brauchen, sagt nicht nur Eisenstein. Das sagt auch der Herr Bezirksvorsteher des 2. Bezirks. Glauben Sie doch Ihrem Parteifreund!

Ein zweites Thema, über das wir relativ selten sprechen, ist das Thema der Wohnpartnerschaft. Ich habe hier den Jahresbericht der Wohnpartner 2013 vor mir, um den geht es aber eigentlich gar nicht. Die Wohnpartner, ein Teil der Wohnservice Wien GmbH, verstehen sich ja – ich sage das jetzt in eigenen Worten – als Mittler zur Stärkung der Gemeinschaft. Ihre Ziele sind die Wohnzufriedenheit und die Verbesserung des eigenen Wohnumfeldes, des eigenen Lebensumfeldes. Um dieses zu erreichen, stellen die Wohnpartner dankenswerterweise auch immer wieder Räume für Bürgerveranstaltungen, Bürgertreffen zur Verfügung.

Der springende Punkt ist: Das tun sie aber nicht, wenn bei einer Bürgerversammlung, die bei den Wohnpartnern stattfinden soll, ein freiheitlicher Mandatar auftritt. Das wird dann offensichtlich als politische Veranstaltung gesehen und untersagt, so geschehen im 10. Bezirk. Wenn aber SPÖ-Funktionäre erscheinen, dann ist es natürlich eine Bürgerversammlung. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Bitte seien Sie so freundlich, stellen Sie diese Ungerechtigkeit ab! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Endgültig letzter Punkt, eigentlich der Kernpunkt der ganzen heutigen Debatte, nämlich der Jahresabschluss von Wiener Wohnen 2013: Man soll nicht immer nur schimpfen, man soll auch etwas Positives sagen, habe ich mir sagen lassen. Daran halte ich mich jetzt. Umsatzerlöse und Rücklagen sind gestiegen gegenüber 2012, Zinsen und ähnliche Erträge sind sogar deutlich gestiegen, Aufwendungen sind gesunken. Das klingt alles wunderbar, aber auch die Verbindlichkeiten insgesamt sind gestiegen. Das Anlagevermögen ist gesunken und die Investitionen sind auch gegenüber 2012 um 57 Millionen EUR zurückgegangen. In Summe ist der Bilanzverlust um 30 Millionen EUR höher als 2012. Und

das, sehr geehrter Herr Stadtrat, ist keine Bilanz, wie wir sie uns vorstellen; und das ist auch ein Grund, warum wir dem Jahresabschluss nicht zustimmen werden.

Ein allerletztes Wort noch zu den Worten von meinem Vorredner, dem Kollegen Chorherr, nur in einem Satz zusammengefasst: Mit der Enteignungstheorien der GRÜNEN, meine Damen und Herren, können wir nicht nur nichts anfangen, sondern die werden wir bis zuletzt ablehnen und bekämpfen. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Niedermühlbichler zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. – Bitte schön.

GR Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie jedes Jahr wieder ist Wohnen auch ein wichtiges Thema im Rechnungsabschluss. Zu Beginn – das wissen wir alle, ich sage es aber trotzdem, denn das Wiederholen fördert den Lernerfolg –: Wien ist, und das wissen Sie, weltweit Vorbild für den sozialen Wohnbau, und das ist gut so. Wir wissen alle, dass wir Delegationen hier laufend in Wien empfangen, die sich das anschauen. Was mich heute gefreut hat, das sage ich auch, ist, dass Kollege Flicker von der ÖVP durchaus Vorschläge gemacht hat. Er hat nicht nur kritisiert, sondern er hat auch aus seiner Sicht, aus Sicht der ÖVP gemeint, wie Wohnpolitik und Wohnen seitens der ÖVP funktionieren. Es ist immer schön, wenn man sich dann auf dieser sachlichen Ebene austauschen kann. Ich möchte da gleich beginnen, um einige Unterschiede aufzuzeigen, die wir als SPÖ und eben auch die GRÜNEN mit der ÖVP in dieser Frage haben, aber auch ein paar Widersprüche.

Die ÖVP möchte sowohl auf Bundesebene als auch hier in Wien Eigentum fördern und sagt, leistbares Wohnen geht nur mit gefördertem Eigentum. Wir lehnen das klar ab, weil wir sagen, Geld ist nicht beliebig vermehrbar. Wir müssen gut haushalten mit dem Geld, daher ist es vernünftig einzusetzen. Und vernünftig eingesetzt ist dieses Geld sicher im geförderten Wohnbau und nicht in geförderten Eigentumswohnungen. Daher unterscheiden wir uns in dieser Frage einfach ideologisch. Es ist aber auch gut und richtig so, denn die Wienerinnen und Wiener sollten ja wissen, was passiert, wenn sie sich dafür entscheiden sollten, die ÖVP zu wählen. Das machen ohnehin immer weniger Wiener, aber trotzdem ist es ja nicht schlecht, wenn sie wissen, woran sie dann sind.

Kollege Flicker hat auch angesprochen, spannen derweise, dass die Mietkostensteigerungen gerade im privaten Bereich exorbitant hoch sind – das kann man auch unterschreiben, wissen wir ja auch –, denn im Gegensatz zum Gemeindebau und zu geförderten Wohnungen ist im privaten Bereich die Wohnung deutlich über die Inflationsrate gestiegen. Daher ist hier klar und festzuhalten, dass wir weiterhin fordern: Es muss klare Mietzinsobergrenzen geben! Dafür ist der Bundesminister für Justiz zuständig. Und gerade der Wohnbaustadtrat und auch wir von der Mietervereinigung lassen nicht

locker, um da eine vernünftige Regelung zu treffen.

Das lehnen Sie ab, sagen Sie hier auch, weil Sie glauben, dass es kein vernünftiges Mittel ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das einzige vernünftige Mittel, das wir haben, um Wohnen wieder leistbar zu machen, vor allem im privaten Bereich *(Beifall von GR Heinz Vettermann.)*, denn, und das sage ich auch immer wieder, auch der private Bereich darf da nicht aus der Verantwortung entlassen werden. *(GR Johann Herzog: Die Begeisterung ist enden wollend!)*

Da gibt es eines – und da muss man immer ein bisschen aufpassen, denn das wird immer wieder schnell gesagt, aber man muss dann ein bisschen in die Tiefe gehen. Kollege Flicker spricht von der Mobilisierung des Wohnungsmarktes. Wenn man sich's aber genau anschaut, geht es eigentlich in Wirklichkeit nur darum, dass man den Kündigungsschutz aufweichen will, denn dann ist man mobiler. Dann kann man die Leute leichter aus der Wohnung hinauswerfen. Die sollen sich dann eine Gemeindewohnung suchen oder sollen sich dann eine Genossenschaftswohnung nehmen, und die private Wohnung kann vermietet werden. Also für so eine Art der Politik stehen wir nicht zur Verfügung. Der Kündigungsschutz muss so bleiben, wie er ist. Das ist das einzig richtige Mittel, um zumindest für jene Menschen, die das Glück hatten, im privaten Wohnbereich günstige Wohnungen zu bekommen, diese auch zu erhalten.

Ich warne immer vor diesen einfachen Logiken. Das hat der Kollege Flicker auch gesagt. Nachverdichtung ist das einzig Richtige, denn dort, wo schon etwas steht, kostet der Baugrund nichts. Das ist eine einfache Logik. Da könnten wir auf den ersten Blick sagen, ja, selbstverständlich, dann machen wir Dachgeschoßausbauten, damit ist das günstiger, billiger, leistbarer Wohnraum. Nur ist es nicht so, denn auch eine Nachverdichtung kostet, denn dann brauche ich ja auch die Infrastruktur rundherum: Ich brauche mehr Kindergärten, ich brauche mehr Schulen. Auch dafür hat die öffentliche Hand Kosten zu tragen. Zweitens muss man schauen, inwieweit das Gebäude das überhaupt tragen kann. Das heißt, man muss hier verstärken.

Kollege Chorherr hat schon ausführlich auf den 22. Bezirk hingewiesen beziehungsweise auf die Schwierigkeiten, die es da gibt. Das verstehe ich nicht ganz. Ich meine, ich verstehe, dass dir als Mandatar im 22. Bezirk dieser Bezirk näher ist als die Innenbezirke. Aber da gibt es Aufregung, weil hoch gebaut werden soll. Natürlich gibt es auch in der Innenstadt bei Dachgeschoßausbauten Probleme der Anrainer, die das nicht wollen.

Es ist eben nicht so einfach, dass man sagen könnte, verdichten wir, bauen wir Dachgeschoßwohnungen aus, und damit ist das Problem erledigt, und dann können wir im 22. Bezirk zwei-, dreistöckig bauen. Das ist eben der Unterschied zwischen Opposition und Regierungspartei. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, und das tun wir auch. Unser Wohnbaustadtrat steht dafür, dass wir da vernünftige Wohnpolitik machen. Das heißt, dort, wo Verdichtung möglich ist, machen wir das natürlich; wo wir aber neu bauen müssen, machen wir das auch.

Weil ÖVP und FPÖ immer wieder sagen, es werde

zu wenig gebaut: Wir haben in den letzten Jahren immer 5 000 geförderte Wohnungen fertiggestellt, plus zusätzliche Wohnungen, die auch die Privaten errichten. Aber Wien wächst, wie wir wissen, und der Herr Wohnbaustadtrat hat auch bekannt gegeben, dass wir in den nächsten 2 Jahren 7 000 Wohnungen errichten werden. Wir tun das, weil wir natürlich auf die Herausforderung eingehen und weil uns das wichtig ist; denn gerade in der Wohnpolitik muss man rechtzeitig reagieren, und das tun wir, wo wir es können. Und wo wir es nicht können wie im Bereich Mietrecht, setzen wir uns stark dafür ein, dass da auf Bundesebene eine Bewegung kommt und dass wir das tatsächlich umsetzen können, denn das wäre eine tatsächliche Entlastung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Kollegen Eisenstein kann ich nicht viel sagen. Er hat zwar gesagt, er soll positiv enden, hat aber dann wieder ein „aber“ dazwischengesetzt und hat dann alles, was er vorher gesagt hat, wieder relativiert. Verstehe ich. Ich habe schon gesagt, die ÖVP hat zumindest versucht, hier Alternativen aufzuzeigen, die eben nicht unseren Forderungen und Vorstellungen entsprechend, aber die FPÖ verlegt sich eben nur aufs Kritisieren.

Natürlich gibt es bei Wiener Wohnen auch Probleme. Wir haben 220 000 Wohnungen, die dort verwaltet werden. Das ist die größte Hausverwaltung nicht nur Österreichs, sondern Europas. Dass das alles reibungslos abläuft, sagt ja keiner. Natürlich, selbstverständlich, es gibt Verbesserungsbedarf. Aber gerade wir als SPÖ und unser Wohnbaustadtrat sind Garant dafür, dass wir permanent schauen, wo es Verbesserungsbedarf gibt, und schnell und rasch handeln. Ich glaube, die Mieterinnen und Mieter im Gemeindebau wissen das auch zu schätzen.

Die Mieterinnen und Mieter wissen auch: Die Gemeindebauten sind bei uns in den richtigen Händen. Ich sage hier einmal mehr: Wir werden die Gemeindebauten nicht verkaufen und auch nicht verkommen lassen! Wir haben da ein klares Programm, das wird ausgeführt. Da ist unser Wohnbaustadtrat Garant dafür, dass das auch weiterhin so geht und dass die 500 000 Menschen, die im Gemeindebau leben, sich auch sicher sein können, leistbares Wohnen zu haben. Also, wir verkaufen keine Gemeindebauten! *(Beifall bei der SPÖ und von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Was die Einzelfälle betrifft, die eben immer wieder aufgezeigt werden, dort ein Schimmel, da irgendetwas: Selbstverständlich, wird es schon geben. Wir kümmern uns darum, das ist überhaupt keine Frage. Ich habe jetzt auch nicht verstanden, was das mit dem FPÖ-Funktionär ist. Hat der dort kandidiert wollen als FPÖ-Funktionär? Weiß ich nicht. Ist auch ein Einzelfall, mir nicht bekannt. Ist aber sicher nicht so wichtig, um das hier ausführlich zu erläutern.

Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist spannend, nämlich wenn Sie, Kollege Eisenstein, den Mietervertretern Versagen vorwerfen. Die Mietervertreter machen das alles ehrenamtlich, rennen sich die Füße wund, setzen sich für die Mieterinnen und Mieter ein, vermitteln zwischen Wiener Wohnen und den Mietern. Die machen das alle ehrenamtlich, und Sie werfen ihnen

hier Versagen vor!

Das muss man ihnen mitteilen, weil Sie von der FPÖ andererseits immer wieder so tun, als ob die FPÖ die Schutzpatronin der Mietervertreter wäre. Also Sie werfen ihnen Versagen vor. Wir unterstützten mit den Wohnpartnern die Mietervertreter. Die machen eine ganz wichtige Aufgabe. Auch der Wohnbaustadtrat Ludwig hat gleich bei seinem Amtsantritt darauf Wert gelegt, dass es mehr Mietervertreter gibt. Die werden unterstützt. Wir schätzen das auch. Wir Sozialdemokraten und sicher auch die GRÜNEN werfen den Mietervertretern sicher kein Versagen vor, sondern danken ihnen für ihre ehrenamtliche und wichtige Tätigkeit. *(Beifall bei der SPÖ und von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Wie die Finanzstadträtin gestern gesagt hat, kurbelt der Wohnbau auch Investitionen an, fördert die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Das ist ganz wichtig, aber eines muss man auch, und zwar noch einmal in Richtung ÖVP, sagen: Wenn gesagt wird, wir müssen einfach mehr bauen, dann ist das ganze Problem erledigt, dann muss man auch einen Blick über die Landesgrenzen hinaus machen. Auch in Holland und Schweden gibt es Wohnbauprogramme und viele geförderte Wohnbauten. Dann haben Privatinvestoren gesagt, das ist marktverzerrend und dagegen geklagt. In Holland sind sie sogar mit Unterstützung der konservativen Regierung damit durchgekommen, sodass dort die Grenzen herabgesetzt werden mussten, weil das marktverzerrend ist.

Darauf müssen wir auch in Wien aufpassen, und das tun wir. Bgm Häupl und unser Wohnbaustadtrat haben dazu eine Resolution ins Leben gerufen, die schon von 30 Bürgermeistern europaweit unterschrieben wird, um eben klar zu sagen, dass die Europäische Union uns im Wohnbau nicht dreinpfeuschen soll, dass wir für leistbares Wohnen stehen, und dass es uns wichtig ist, das hier in Wien so gestalten zu können, wie wir es erfolgreich machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade im Bereich Wohnen machen wir in Wien nicht nur unsere Hausaufgaben, sondern legen unsere Prüfungen regelmäßig mit Auszeichnung ab. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Walter zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten; als Zweitredner der Fraktion maximal 20 Minuten, und Restredezeit der ÖVP insgesamt 21 Minuten, 15 Sekunden. – Bitte schön.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Niedermühlbichler!

Es ist ja eigentlich ganz interessant, wenn du sagst, wir verkaufen keine Gemeindebauten. Erstens weißt du ganz genau, dass wir schon welche verkauft haben, weil nämlich der Rechnungshof uns damals empfohlen hat, alle Mischbauten zu verkaufen; ich weiß nicht, ob du dich daran erinnern kannst. Man sollte also nicht so tun, als ob nichts passiert. *(Zwischenruf von GR Gerhard Kubik.)* Wir haben jedenfalls schon einige verkauft, und das weißt du auch, Herr Kollege Kubik. Ich könnte dir sogar ein paar Adressen dazu sagen, im 3. Bezirk zum Bei-

spiel. Aber es ist ja egal.

Wir von der ÖVP haben nie gesagt, dass wir die Gemeindewohnungen verkaufen wollen, sondern wir haben gesagt, wenn, dann soll man sie den Mieterinnen und Mietern zum Kauf anbieten, oder die gemeindeeigenen Reihenhäuser, die sowieso nie auf den Markt kommen.

Was die Auszeichnung betrifft, Kollege Niedermühlbichler, die ihr jährlich abholen wollt: Ich weiß nicht, ob es so smart ist, dass es elendslange Wartelisten gibt, dass die Menschen in den Siedlungshäusern, die sich diese Häuser alle selbst aufgebaut haben, wesentlich mehr bezahlen als die Mieter in den gemeindeeigenen Reihenhäusern. Ich bin mir nicht sicher, ob das so eine tolle Auszeichnung ist.

Die Mietzinsobergrenze finde ich besonders charmant. Weißt du, was das bedeuten würde? Dass, wenn du das Haus bewirtschaften und wieder einmal herrichten möchtest, du den Bauarbeitern und auch sonstigen Arbeitern sagen müsstest, ihr bekommt keine Lohnerhöhung mehr, denn ich kann euch nicht mehr bezahlen, denn ich bekomme nicht mehr Miete, sonst ist das Haus wahrscheinlich nicht bewirtschaftbar. Die Theorie ist ja ganz interessant, aber ich hätte ganz gerne einmal gesehen, wie du das machst. (*Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und SPÖ.*) Die Ablösen, die dann im Hintergrund funktionieren würden, das würde ich sowieso ganz gerne erleben. Wir hatten das ja alles schon. Ich bin 1989 nach Wien gekommen und kann euch selber in Hülle und Fülle berichten, was dort alles passiert ist.

Aber lasst mich noch ein paar Dinge zum Kollegen Chorherr sagen. Es ist mir ein bisschen aufgefallen, dass Kollege Chorherr im dicht verbauten Gebiet wohnt, sprich, in der innerstädtischen Urbanität. Ist auch nichts Schlechtes, finde ich auch gut, ich wohne selber dort; aber, dass man die Donaubezirke Floridsdorf und Donaustadt so stiefmütterlich behandelt, finde ich nicht okay.

Verdichtung ja, aber Verdichtung mit Maß und Ziel. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Ihre Frau Vizebürgermeisterin unter ihrem Türschild auch „Bürgerbeteiligungsmanagement“ stehen, oder wie auch immer. Ich habe das Gefühl, dass das nicht passiert. Und wenn, dann passiert es so spät, dass in der Regel nicht mehr viel gemacht werden kann. (*GR Mag Christoph Chorherr: Die zitierte Berresgasse wurde vorgestellt!*) – Ja, vorgestellt. (*Weitere Zwischenrufe des GR Mag Christoph Chorherr.*) Kollege Chorherr, ich rede jetzt gar nicht von der Berresgasse. Es gibt genügend andere Projekte, wo wir das genau so hatten.

Wenn du sagst, der Maßstab ist nicht das Einfamilienhaus (*GR Mag Christoph Chorherr: Ja, das habe ich gesagt!*), dann mag das in deinen Kopf passen; aber warum haben wir dann das Problem, dass alle Jungfamilien in den Speckgürtel ziehen? Weil sie ins Grüne oder in zumindest etwas Grünes hinaus wollen, weil die Kinder dort Freiraum haben wollen, und weil sie nicht im dicht verbauten Gebiet ihre Kinder großziehen wollen.

Wenn wir als Stadt Wien oder Sie als rot-grüne Regierung hergehen und sagen, nein, ich brauche keine Einfamilienhäuser mehr, was passiert denn dann? Dann haben Sie wieder das Thema als Planungsprofi, den

Verkehr zu regulieren. Dann wird es nämlich zu noch mehr Verkehr kommen. Denn dass ihr den Verkehr an den Stadträndern stiefmütterlich behandelt, ist ja zweifelsohne bewiesen. Wenn Sie sagen, wir bauen alles aus und machen es großartig, und es dann ein Ansinnen wegen einer Buslinie gibt, die im Jahr vielleicht 40 000 EUR kostet, und es dann heißt, wir haben kein Geld, dann ist das wohl ein bisschen zu wenig, ganz ehrlich gesagt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich stelle eine andere Frage: Es gibt eine Stadt, die gesagt hat, wir wollen gar nicht so viel Zuzug, wir beschränken den Zuzug. Wo wollen Sie in Wien den Zuzug beschränken? Oder wollen Sie ihn gar nicht beschränken? Heißt das, Wien wächst angenommen bis 2100 auf 3 Millionen Menschen? Oder was wollen Sie?

Wenn man schon seriös darüber diskutiert, dann würde ich dafür plädieren, auch darüber zu diskutieren, wie viele Bewohnerinnen und Bewohner Wien überhaupt infrastrukturell schafft? Wie viel Grund und Boden ist überhaupt da, um das zu machen? Denn eines ist klar: Boden wird wahrscheinlich noch genug da sein, aber dann wird auch die Landwirtschaft nicht mehr regional in Wien beheimatet sein. (*Zwischenruf von GR Mag Christoph Chorherr.*) – Nein, dazu komme ich jetzt. Ich bin ja nicht so, dass ich das so im Raum stehen lasse.

Zum einen, Sie haben es selber gesagt, der Wohnfonds hat gut 1 Million Quadratmeter an Grundstücksreserven. Es sind sogar ein bisschen mehr. Wenn wir jetzt alle anderen im öffentlichen Bereich, die in Wien Grundstücke haben, KAV und so weiter, dazuzählen, dann haben wir weit über 2 Millionen Quadratmeter, fast 3 Millionen Quadratmeter an Grundstücksreserven.

Sie sprechen von 250 EUR im geförderten Mietwohnungsbereich beziehungsweise Grundstücksbereich. Stimmt in etwa, bei besonderen Erschwernissen geht das auch bis zu 280 Quadratmeter. Sie beschweren sich über die 7 Millionen EUR, die jemand verlangt. Ich sage ganz ehrlich, das ist Angebot und Nachfrage, das ist theoretisch freier Markt; ich glaube, da sind wir uns ziemlich einig. (*GR Mag Christoph Chorherr: Darum wollen wir ihn auch begrenzen! Sollen wir das begrenzen oder nicht? Das ist die Frage!*)

Nein, die Frage ist nicht: Wollen wir das begrenzen oder nicht? Sondern die Frage ist: Kann man mit anderen Maßnahmen vorher etwas anderes tun? Und da sage ich ganz ehrlich, wenn ich mir anschau, was heute zum Beispiel im Mietwohnungs- oder Mietkaufwohnungsbereich abgeht, dann sehe ich, dass sich Leute eine Mietkaufwohnung nach 10 Jahren kaufen und am nächsten Tag mit ungefähr dem Doppelten wieder verkaufen und dann aufs Land hinaus ziehen. Dann bin ich durchaus bei Ihnen und sage auch, dass ich diese Praktiken nicht für richtig halte. Da müssen wir anfangen!

Was ist mit dem Weitergaberecht im Gemeindebau, zumindest mit dem erweiterten? Da habe ich überhaupt kein Problem in der direkten Familie, aber mit dem erweiterten Weitergaberecht. Sie wissen ganz genau, dass zig Wohnungen deswegen gehortet werden, weil vielleicht irgendwann einmal ein Kind dort hinein kann. Also die Wohnraummobilisierung funktioniert auch ganz anders,

auch ohne dass man ständig auf den Grundstücken herumhängt.

Zur Frage nach der Leistung, wenn jemand ein Grundstück zu einem überhöhten Preis verkauft, muss ich sagen, ich glaube, das ist mittlerweile in vielen europäischen Bereichen so. Das ist nun mal eine Frage von Angebot und Nachfrage, wie hoch der Preis ist, was theoretisch erzielbar ist, da gebe ich Ihnen durchaus recht.

Aber lasst mich in diesem Zusammenhang noch ein paar Punkte zur Sprache bringen. 2003 hat der jetzige Bundeskanzler und damalige Wohnbaustadtrat Werner Faymann die MA 69 mit der Installation eines Immobilien- und Grundstücksmanagements beauftragt. Wir haben jetzt 2014, und in der letzten Sitzung des Wohnbauförderungsbeirats hat StR Ludwig das Immobilienmanagement der Stadt Wien endlich vorgestellt. Wir werden sehen, was die Wiener Immobilienkommission dann am Ende des Tages zusammenbringt, ob das nicht nur ein zahnloses Instrument bleiben wird.

Wenn ich mir anschau, dass das ganze elf Jahre dauert, dann bin ich nicht ganz froher Hoffnung, dass in diesem Bereich so schnell etwas anderes weitergeht. Was wir dringend brauchen, sind aus meiner Sicht sieben Punkte. Das eine ist einmal die Mobilisierung der Grundstücksreserven der Stadt Wien. Dazu möchte ich auch einen Antrag einbringen:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass eine umgehende Mobilisierung der Grundstücke, die sich im Eigentum der Stadt Wien befindet, stattfindet, um hinsichtlich einer dringend notwendigen Wohnbauoffensive, im Besonderen für den sozialen Wohnbau, freigegeben werden.“ - Ich sage jetzt nur Wohnfonds und vieles mehr. Ich stehe auch dazu. In formeller Hinsicht verlangen wir die Zuweisung dieses Antrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn es ist ja nicht von ungefähr, ganz ehrlich, Herr Kollege, dass wir in der letzten Sitzung des Grundstückbeirats, die vorletzte ist ausgefallen, nur ein oder zwei Projekte hatten. Das zeugt ja davon, dass in Wahrheit nichts weitergeht. Im Übrigen, vielleicht geht das auch beim Planen ein bisschen schneller, dann kommen wir auch dort ein wenig weiter.

Zweitens zur Wahlfreiheit bezüglich Eigentum oder Miete, die die Sozialdemokratie immer so groß propagiert: Ihr wisst ja selber, wie viele geförderte Eigentumswohnungen letztes Jahr gebaut wurden. Es waren nicht einmal 100. Mit dem Eigenheimen waren es um die 200. Kollege Niedermühlbichler hat von 5 000 Wohnungen gesprochen, die gebaut worden sind. Projektiert waren 7 500 Wohnungen, dabei brauchen wir 10 000 Wohnungen.

Drittens: Was brauchen wir? Die Mobilisierung der leer stehenden Wohnungen. Eines habe ich in diesem Zusammenhang schon kurz angesprochen, nämlich das Weitergaberecht: Durchaus auch die Überprüfung der Einkommen im Gemeindebau nach 10 Jahren, endlich angeglichen dem Eigenmittlersatzdarlehen. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn ein gut verdienender Mensch auch im Eigentum oder im Gemeindebau

wohnen soll; aber dann soll er gestaffelt dafür auch die Miete bezahlen, oder natürlich wahlweise die Möglichkeit haben, auszuziehen.

Dann hat Christoph Chorherr den Mietzins bei den ausfinanzierten Genossenschaftswohnungen angesprochen. Im Moment ist es ja so, dass da der burgenländische Richtwertmietzins gilt, minus 30 Prozent, das sind extrem günstige Wohnungen. Das schafft der Gemeindebau nicht. Es würde auch dem Gemeindebau ganz gut anstehen, das dort zu machen, wenn die Wohnungen ausfinanziert sind. Ich würde sogar so weit gehen, dass man nicht einmal den burgenländischen Richtwertmietzins heranzieht, sondern durchaus den Wiener Richtwertmietzins, damit es ein bisschen gerechter ist, weil Burgenland und Wien ja nicht unbedingt vergleichbar sind.

Der fünfte Punkt meinerseits ist, dass ich nach wie vor glaube, dass wir auch im mittelständigen Wohnbau bei zu knappen Kassen den Standard nicht so hoch fahren müssen, da kann man durchaus auch im Standard etwas tun. Ich bin dafür, dass wir dadurch mehr Geld für neue Wohnungen freibekommen. Im Übrigen wären auch Rücklaufaktionen beziehungsweise Rückkaufaktionen von damals gegebenen Darlehen eine Möglichkeit, um knappe Kassen ein bisschen wieder aufzufetten.

Der sechste Punkt: Seit längerer Zeit gibt es bei Eigentumswohnungen keine Eigenmittlersatzdarlehen mehr. Für diejenigen, die sich Eigentum leisten möchten, vor allem im geförderten Bereich, wäre es eine gute Möglichkeit, denjenigen, die sich über Bankdarlehen nicht finanzieren können, zumindest eine Garantie der Stadt Wien dafür zu geben, damit sie sich dieses Eigentum leisten können. Vor allem wissen Sie, dass das Eigentum – auch Christoph Chorherr hat das angesprochen – sich beim momentanen Zinsstand nach 25 Jahren rechnet, wenn derjenige denn auch im Eigentum wohnen bleibt; weil das dann in der Altersvorsorge wesentlich günstiger ist, als wenn man ständig die Mieterhöhungen mitbezahlen muss.

Siebtens: 7 500 Wohnungen sind zu wenig, 10 000 Wohnungen brauchen wir, Herr Stadtrat. *(Zwischenruf von Amtsf StR Dr Michael Ludwig.)* – Nein, du weißt ganz genau, wir haben in einigen Jahren ungefähr 10 000 Wohnungen gebaut, und der beste Mietpreisdämpfer ist immer die Situation, wenn das Angebot größer ist als die Nachfrage. Das ist ja nicht so schwierig. Du bist ja ein gebildeter Mensch und weißt ja, dass das so ist. – Und davon hätte ich gerne ein Drittel im geförderten Eigentum.

Am Schluss glaube ich: Wenn man die Wohnbaupolitik seriös diskutieren möchte, dann reicht es nicht, immer nur an einem Schraubchen zu drehen; sondern dann muss man an mehreren Schrauben drehen, man muss ein bisschen Weitsicht für die nächsten Jahre haben. Ich glaube, ob das jetzt bei Wiener Wohnen oder anderswo ist, ob das dann die größte Hausverwaltung ist oder nicht – wenn ich weiß, ich komme da oder dort nicht mehr weiter, dann stehe ich auch nicht an zu sagen, die Gemeinnützigen leisten eine gute Wohnhausverwaltung,

sie machen das tipptopp. Und wenn ich selber nicht alles schaffe, denke ich, warum soll man da nicht noch einen Teil an die Gemeinnützigen zur Verwaltung weitergeben? In manchen Bereichen funktioniert das ohnedies schon. Ich erinnere nur an die Gesiba und andere, die Gemeindebauten verwalten.

In diesem Sinne sage ich nur: Wachen Sie auf! Trauen Sie sich, einen Schritt weiter über die Donau zu gehen, nicht nur mit der urbanen Brille das Donauwasser zu überschreiten. Es gibt dort, historisch gewachsen, andere Dimensionen und damit auch andere Meinungen. Otto Bismarck hat einmal gesagt: „Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln.“ – Danke, und bitte nehmen Sie sich das zu Herzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Information: Kollege GR Walter hat 16 Minuten verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der ÖVP wäre noch 5 Minuten 15 Sekunden. Als nächster Redner ist Herr GR Mag Kasal zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Wien wächst, das haben wir bereits oft gehört; und der Rechnungsabschluss beweist und bestätigt uns, dass 2013 ein verlorenes Jahr für Wien war. Der Rechnungsabschluss zeigt uns, wie viele Chancen für unsere Stadt vergeben wurden; und er beweist uns, dass diese Stadt schlecht verwaltet wird und von Gestaltung keine Spur ist.

Die Einnahmen der Stadt Wien sind, seit wir hier alle angelobt wurden, von 10 526 Millionen EUR auf 11 930 Millionen EUR gestiegen. Die Ursache sind die unzähligen Gebührenerhöhungen, die seit 2010 stattgefunden haben.

Das bedeutet 1 404 Millionen EUR mehr Einnahmen im Jahre 2013. Wie wirkt sich das aus, was die Verschuldung und das Defizit der Stadt betrifft? Seit dem Rechnungsabschluss 2010 sind die Schulden von 3 375 Millionen EUR um 1 626 Millionen EUR auf über 5 000 Millionen EUR, also 5 Milliarden EUR gestiegen. Das sind nahezu unaussprechbare Summen. Und hätten wir nicht den Euro, dann wäre in Schilling diese Verschuldung unserer Stadt noch schlimmer und monströser. Geführt wird diese Stadt in finanzpolitischer Hinsicht von der StRin Brauner, und ich glaube, gestern hat die Frau Stadträtin in ihrer Rede gezeigt, dass sie wirklich nicht des Rechnens mächtig ist. Ich zitiere sie aus dem Protokoll ihrer Rede zum Rechnungsabschluss. Sie rechnet zum Beispiel die Schließtage der Kindergärten und kommt darauf, dass Wien in den Kindergärten durchschnittlich nur 3,2 Schließtage im Jahr hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! 3,2 Tage – Beifall! Und die restlichen 362,8 Tage, und da ist bereits der erste Rechenfehler ... *(GR Gerhard Kubik: Und die Schaltjahre?)*. Ja, sie hat ein Schaltjahr, genau, aber 2013 war kein Schaltjahr. *(Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)* Nein, aber was ich damit sagen will, ist, man

könnte natürlich sagen, okay, das ist ein kleiner Rechenfehler, das ist passiert. Aber sie liest es ja vom Blatt. Sie übernimmt unreflektiert irgendetwas, was ihr von Mitarbeitern aufs Blatt geschrieben wird. Frei sprechen tut sie nur, wenn sie auf die Opposition schimpft, und frei sprechen tut sie nur, wenn sie von Transparenz in der Geschäftsgebarung spricht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber dass sie das mit den 362 Tagen, also diesen Rechenfehler, sogar ernst meint und noch toppen kann, zeigt der nächste Satz aus ihrer Rede, und zwar führt sie aus: „Die restlichen 362,8 Tage, also praktisch fast das ganze Jahr, können sich in Wien die Eltern darauf verlassen, dass ihre Kids gut und pädagogisch hochwertig betreut sind.“ Beifall in den roten Reihen. Sehr geehrte Damen und Herren! Das bedeutet, die Wiener Kindergärten haben an 50 Wochenenden im Jahr geöffnet. Das bedeutet weiters, die Wiener Kindergärten haben an allen Feiertagen in Wien geöffnet. Das ist blanker Unsinn! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist unglaublich, dass eine Finanzstadträtin einer 1,8-Millionen-Einwohner-Stadt so etwas in einer Rechnungsabschlussdebatte vor vollem Haus und mit großem Beifall der Sozialdemokratie von sich geben kann. Das ist eine Schande! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber niemand setzt sich damit auseinander. Warum? Warum, ist ganz einfach erklärt: Presseinformationsdienst der Stadt Wien, 53 Millionen EUR für Presseinformation, für Förderungen, plus Werbebudgets von den Stadtwerken, Wien Holding, Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen, et cetera. Mit rund 80 Millionen EUR wird die Presse mehr oder weniger subventioniert. Da wird natürlich niemand einen solchen Unsinn publizieren.

Aber jetzt zur Geschäftsgruppe. In der Geschäftsgruppe haben wir wieder ein Jahr, wo keine einzige Gemeindewohnung gebaut wurde. Ich habe das bereits letztes Jahr gesagt. Unsere Forderung, 5 000 Gemeindewohnungen pro Jahr, ist leider Gottes wieder nicht erfüllt worden. Die gesamten Errichtungskosten, mehrere 100 Millionen EUR, die von der Stadt Wien für den Wohnungsneubau in die Hand genommen werden, fließen in gemeinnützige Genossenschaften. Wir alle hier im Saal wissen, dass bei den gemeinnützigen Genossenschaften im Management die Parteibuchdichte ungefähr mit dem SPÖ-Landtagsklub in diesem Haus vergleichbar ist. Das ist nicht die Unabhängigkeit, wo man hunderte Millionen subventionierte Wohnbauförderung hinfließen lassen sollte.

Aber auch aus dem Regierungsübereinkommen, wie auch in der letzten Rechnungsabschlussdebatte erwähnt, ist nichts passiert, und zwar betreffend die Mieterbeiräte. Wir erinnern uns: Im Kapitel 1.10 steht die Stärkung der unabhängigen Mieterbeiräte und die Überarbeitung des Mitbestimmungsstatuts. Bis heute, bis Juni 2014, vier Jahre lang, ist nichts passiert. Auch hier sind Sie leider Gottes säumig, Herr Stadtrat!

In diesem Sinne kann ich nur damit schließen: Nehmen Sie in Ihrer Geschäftsgruppe das Ruder in die Hand und haben Sie den Mut, zu gestalten anstatt nur zu verwalten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster

Redner ist Herr GR Kubik zum Wort gemeldet, selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, Restredezeit der SPÖ insgesamt 22 Minuten 45 Sekunden. Sie haben aber nur 20 Minuten als Redner. Bitte schön.

GR Gerhard **Kubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke schön.

Wenn ich jetzt auf alles eingehe, was gesagt wurde ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Es reicht, wenn Sie es vorrechnen!*) Ja, nein, das stimmt schon. Es kann ja einmal ein verbaler Fehler sein, aber es geht um die (*GR Mag Wolfgang Jung: Alle Fehler!*) Schließstage. Das sind 3,2 und das ist schon recht beachtlich im Vergleich mit anderen Bundesländern, wenn man sich anschaut, dass dort Kindergärten sieben, acht Wochen im Sommer geschlossen sind und die Eltern nicht wissen, was sie mit den Kindern im Sommer machen sollen, weil es keine Betreuungseinrichtung gibt. Also ich denke, darüber kann man sich jetzt lange und breit unterhalten. Aber der Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin Brauner vorzuhalten, sie kann nicht rechnen (*GR Johann Herzog: Die Mitarbeiter!*) beziehungsweise nicht frei reden - also jeder, der sie schon, abgesehen von Budget- oder Rechnungsabschlussreden, reden gehört hat, weiß, dass sie das sehr gut kann. Auch in der direkten Konfrontation ist sie sehr stark und auch ihre Mitarbeiter, die die Unterlagen aufbereiten, sind sehr gute Mitarbeiter, wo, so wie wir sie kennen, aber auch hinterfragt wird. Es wird nicht so ... (*GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein: Die Zeit!*) Es geht sich schon aus, es geht sich schon aus! Es ist nicht so, dass sie alles ungeprüft übernimmt, sondern sie schaut es sich an. Aber es kann natürlich ein Rechenfehler oder ein verbaler Fehler passieren. Aber, wie gesagt, es geht um die Schließstage und die sind mit 3,2 wirklich beachtlich.

Ich habe dem GR Prof Eisenstein versprochen, ich mach den Part gleich am Anfang, weil mir da schon mehrere Dinge aufgefallen sind, wo ich mir gedacht habe, jetzt weiß ich aber nicht genau, was er meint: Man lässt Siedlungen verfallen, damit man sie dann irgendwie wegreißen kann und irgendeine Genossenschaft dann dorthin bauen kann. Also da unterschätzen Sie schon das Mitspracherecht der Mieter und auch der Mieterbeiräte. Die hast schon ziemlich herunter getan: Sie versagen und können nichts mitreden und haben keine Kraft, und was immer. Ich glaube, die Mieterbeiräte, die alle - und das möchte ich nochmals wiederholen, weil es uns auch so wichtig ist - ehrenamtlich arbeiten, viel Freizeit opfern und viel mit anderen Mietern sprechen, meist auch am Abend, wo dann die Leute glauben, das ist so der zweite Hausbesorger vom Haus, wo man alles abladen kann. Ich kann nur alle Hochachtung vor diesen Mieterbeiräten aussprechen. Sie machen tolle Arbeit und sie erleichtern uns natürlich auch als politische Mandatäre unsere Arbeit im gemeinsamen Zusammenleben auch mit Wiener Wohnen.

Eines möchte ich schon auch noch zum Karl-Marx-Hof sagen, weil da gesagt wird, da rührt sich keiner und da ruft jemand an, weil er Schimmelschäden hat und es kümmert sich niemand. Also es war ein Unwetter. Es ist

bei einigen Wohnungen einiges passiert. Wiener Wohnen war permanent, auch gemeinsam mit dem Objektbetreuer dran. Wenn Wohnungen oder Mauern von außen nass werden, dann dauert es ein bisschen, bis sie auch innen wieder trocken sind. Dann kann man erst mit der Sanierung beginnen. Ich denke, es ist da sehr rasch reagiert worden. Auch der Vergleich mit anderen Genossenschaften, der angeführt wurde, die Hausverwaltungen übernehmen - also ich bin schon auch ein paar Tage auf der Welt und habe auch bei mehreren gemeinnützigen Genossenschaften Wohnungen gehabt. Es ist überall so, dass etwas passiert, und bei 220 000 Wohnungen ist natürlich die Möglichkeit, dass etwas passiert, größer, weil es ganz einfach eine große Hausverwaltung ist. Aber im Schnitt sind alle gleich gut. Und ich denke, auch hier wird besonders von den Mitarbeitern in der direkten Betreuung der Mieter, vor allem, wenn etwas passiert ist, sehr gute Arbeit geleistet.

Ganz kurz jetzt auch noch zum GR Kasal, der gesagt hat, die Stadt wird schlecht verwaltet. Also ich werde es mir ein bisschen aufheben, weil er gerade anderweitig beschäftigt ist, macht nichts (*GR Mag Günter Kasal: Ich bin da!*) Ah doch, Entschuldigung, es hat ein bisschen gespiegelt.

Ich denke, dass es eine Umfrage gegeben hat, die alle kennen, wo deutlich gesagt wurde, dass 97 Prozent der Wiener gerne in dieser Stadt wohnen. Ich denke mir, wenn 97 Prozent sagen, es ist eine gute Stadt, wir wohnen da gerne, dann zu sagen, sie ist schlecht verwaltet, wo alles funktioniert, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Kanal - und was natürlich schon auch dazukommt, es ist eine Stadt mit einer hohen Lebensqualität, die auch darauf zurückzuführen ist, dass es bei uns möglich ist, leistbar zu wohnen. Wir haben als Sozialdemokratie hier auch eine Tradition über viele Jahrzehnte fortzusetzen. Wenn man sich nur die Zahlen anschaut, die im letzten Jahr im Bereich der Wohnbauförderung ausgegeben wurden, dann waren das über 600 Millionen, und davon mehr als ein Drittel für die Sanierung von Wohnungen und Wohnhäusern. Jetzt zu sagen, Wohnungen oder Häuser lässt man verfallen - ganz im Gegenteil, es wird viel Geld investiert. Da ist es aber manchmal so, dass natürlich auch durch die Mitsprachemöglichkeit der Mieter und durch die Mieterbeiräte es eventuell länger dauert, weil man ganz einfach Prozesse miteinander abführt, um die optimale Versorgung und die optimale Sanierung dieses Hauses zu erreichen. Und dass der soziale Wohnbau ja nur deshalb ist, weil es halt in Wien ist und Wien ist schön und deshalb ist der soziale Wohnbau bei uns wichtig, da denke ich, dass Sie schon wissen, dass das eine politische Aussage ist. Wir stehen für den sozialen Wohnbau. Derzeit sind rund 14 000 Wohnungen in Bau, die sukzessive übergeben werden, also zwischen 5 000 und 7 000 Wohnungen jährlich. Man kann natürlich jetzt diese Wohnbauleistung auch permanent steigern wollen. Man baut jetzt 5 000 Gemeindewohnungen, man baut 15 000 andere Wohnungen, man baut auch einen Teil geförderte Eigentumswohnungen. Der Einzige, der keine Freude damit hat, wird der Kollege Neuhuber sein, weil wenn wir so viele Wohnungen bauen, es sind

30 000, dann gibt es für den privaten Wohnungsmarkt und seine 400 000-EUR-Eigentumswohnungen, die er uns gestern genannt hat, eigentlich keinen Markt mehr. Also ich denke, ihr solltet euch innerfraktionell schon absprechen, ob wirklich die Wohnbauleistung so gesteigert werden soll, damit der Kollege Neuhuber auch zukünftig in seinem Bereich seine Geschäfte tätigen kann. Und etwas, was mir auch ganz wichtig ist, auch persönlich ganz wichtig ist, ist: Für den Ausbau und Umbau von Wohnungen für Behinderte wurde eine Million ausgegeben. Das ist schon auch etwas Beachtliches, weil jeder Mensch, der aus welchem Umstand immer auf einmal eine Behinderung hat und dann in einer nichtbehindertengerechten Wohnung lebt - in den letzten Jahren oder in den letzten Jahrzehnten wurde ja nicht immer behindertengerecht oder behindertenfreundlich gebaut -, und die dann umzubauen, damit er wieder selbstständig leben kann, das ist schon eine wichtige Maßnahme. Auch dieser Verantwortung haben wir uns gestellt und ich denke, die Million ist hier auch gut investiert.

Wenn man sich die letzten 5 Jahre insgesamt anschaut, dann wurden in dieser Stadt 3,6 Milliarden an Wohnbaufördermitteln ausgegeben. Das ist wirklich ein sehr positives Bekenntnis zum sozialen Wohnbau. Es bewirkt damit auch, dass es in Wien überhaupt keine Art von Ghettobildung gibt und ist somit auch eine klare Absage an die Liberalisierung des Wohnungsmarktes. Hier möchte ich schon auch, und der Kollege Walter hat es schon gesagt, wir wollen ja keine Gemeindewohnungen verkaufen – na, vielleicht an die Mieter. Da wäre es eventuell möglich, dass wir es an die Mieter verkaufen. Ich würde euch nur bitten, sagt's einmal dazu, um welchen Preis ihr die Wohnungen an die Mieter verkaufen wollt, weil es da nämlich anfängt. Es kommt da immer so drüber, die Wohnung ist abgeschrieben, also kann ich sie eigentlich um den Restwerteuro verkaufen. Dann bist du Eigentümer einer Wohnung und kannst dann natürlich mit der Wohnung machen, was du willst. Dann ist sie nicht mehr im sozialen Wohnbau, sondern sie ist auf einmal in der Neuhuber-Klasse und wird dann privat verkauft. Außerdem bleiben die Betriebskosten, die es auch bei ausbezahlten Gemeindewohnungen gibt, auch weiterhin. Also die Wohnung ist dann nicht gratis und man muss nichts mehr zahlen, sondern das Haus ist auch weiterhin zu erhalten. Man sollte, wenn man versucht, den Mietern in dem Fall nur den Mund wässrig zu machen, damit sie Wohnungen kaufen, schon dazusagen, was es danach auch bedeutet.

Nachdem die Zeit relativ bald aus ist, möchte ich jetzt nicht mehr auf die Wohnbefragung eingehen, die 100 000 Wiener mitgemacht haben und wo sich herausgestellt hat, was sie wollen und was für sie wichtig ist, und dass es neue Wohnungsangebote in Form der Smart-Wohnungen gibt, die von den WienerInnen gewünscht werden. Dass der soziale Wohnbau das Familieneinkommen entlastet, das möchte ich schon auch dazusagen, weil die Analyse des Mietaufwandes in Relation zum Haushaltseinkommen in Wien nach Wohnform zeigt, dass die Mieterinnen und Mieter von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen durch Mietkosten

deutlich weniger belastet werden. Im geförderten Wohnbau und Gemeindebau gibt mehr als die Hälfte an, dafür weniger als 30 Prozent des Haushaltseinkommens zu zahlen. Das ist schon auch eine beachtliche Leistung, wenn man weiß, was im privaten Wohnhaus an Mieten verlangt wird, wo sich die Menschen nicht einmal mit 100 Prozent ihres Einkommens die Wohnung leisten können. Ich denke, auch hier haben wir entsprechende Maßnahmen gesetzt, dass die Wiener auch in Zukunft weiterhin gerne bei uns wohnen.

Abschließend noch zur Zugangsbeschränkung oder Zuzugsbeschränkung, die der Kollege Walter angeführt hat. Die kann ich mir nur irgendwie nicht vorstellen, weil das man, wenn jemand aus St Pölten oder Tirol nach Wien will, dann sagt, nein, du darfst nicht mehr rein, weil wir schon zu viel sind - also das geht ja ganz einfach nicht. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, dass Wien derzeit wächst, und das tun wir auch. Der Wohnbaustadtrat mit seinem Team und Mitarbeitern im Büro, aber auch mit den Mitarbeitern im gesamten Ressort, denen ich sehr herzlich danken möchte, leisteten hier hervorragende Arbeit. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Der Herr Kollege hat seine Vorgabe punktgenau erfüllt. Damit hat die SPÖ noch eine Restredezeit von 12 Minuten 45 Sekunden, falls noch gewünscht. Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Dr Wansch, selbstgewählte Redezeit 7 Minuten. Bitte schön.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und vor den Bildschirmen!

Der gestrige Beitrag von Frau VBgmin Brauner zum Rechnungsabschluss 2013 war genauso wie alle bisherigen Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen von der rot-grünen Regierungsseite von Schönfärberei geprägt. Aber in der brutalen Wirklichkeit des Rechnungsabschlusses 2013 finden wir keine schönen Farben. Wir sehen vielmehr rote Zahlen mit grünem Schatten. Es wurde weniger investiert, die Belastungen für die Wienerinnen und Wiener sind explodiert, und trotzdem wurde mehr ausgegeben, als eingenommen. Da lässt sich nichts Schönfärben und auch nichts Schönreden. Und, Herr Kollege Niedermühlbichler, wenn Sie sagen und stolz darauf sind, dass Sie die Prüfung mit Auszeichnung bestanden haben, dann sage ich Ihnen, dass Sie Ihre Prüfung vor einer rot-grünen Prüfungskommission abgelegt haben. Die wahren Noten vergeben die Wählerinnen und Wähler, und da schaut es eher nach Durchfallen aus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kommen wir zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Auch hier gibt es viele Fehlentwicklungen und ich möchte den Fokus auf den Bereich des geförderten Wohnens richten, wo es auch nennenswerte Fehlentwicklungen gibt, und da ganz konkret auf den Bereich der gemeinnützigen Bauvereinigungen und des genossenschaftlichen Wohnens, im

Volksmund vereinfacht gesagt, auf den Bereich der Genossenschaften. Deshalb werde ich die Begriffe „Gemeinnütziger Bau“, „Gemeinnütziges Bauunternehmen“, „Bauvereinigung“ und „Genossenschaft“ synonym verwenden.

Der Bereich des genossenschaftlichen Wohnens ist eng mit dem Thema des leistbaren Wohnens verbunden. Die Forderung auf leistbares Wohnen in Wien wird von der FPÖ seit Jahren verfolgt und vertreten. Vor einem Jahr hat dann die SPÖ im Nationalratswahlkampf dieses Thema entdeckt und es unter lautem Getöse übernommen. Aber dem lauten Getöse sind keine Maßnahmen gefolgt, sondern es wurde lediglich Sand in die Augen der Wienerinnen und Wiener gestreut. Für uns Freiheitliche dagegen ist leistbares Wohnen ein elementares Grundrecht der Wienerinnen und Wiener und wir lassen dieses Thema nicht zu einem Wahlkampf-Gag für Rot und Grün verkommen.

Worum geht es nun beim genossenschaftlichen Wohnen? Nach dem Ersten Weltkrieg hat sich im sozialen Wohnbau neben dem Modell der Gemeindebauten das Modell des genossenschaftlichen Siedlungs- und Wohnungswesens entwickelt. Heute ist jede vierte Wohnung diesem genossenschaftlichen Wohnbaumodell zuzurechnen.

Dieses genossenschaftliche Wohnbaumodell sollte einen wohnungswirtschaftlichen Kreislauf der eingesetzten Förderungsmittel abseits von Profitorientierung und Gewinnmaximierung gewährleisten. Ein striktes Kostendeckungsprinzip für die zulässige Höhe der Mieten, der Nutzungsentgelte, der Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge, der Verwaltungshonorare und der Betriebskosten sollte die verpönte Generierung von Gewinnen für die Genossenschaften verhindern. Die Mieten und Nutzungsentgelte sollten sich ausschließlich an den Erfordernissen der Deckung der Kosten für die Errichtung und Verwaltung der Wohnobjekte orientieren. Durch dieses verbindliche Selbstkostenprinzip für die Genossenschaften sollten niedrige Mietkosten gewährleistet werden. So weit, so gut.

Im Lauf der Jahrzehnte haben sich jedoch zwei wesentliche Fehlentwicklungen ergeben. Die erste Fehlentwicklung ist in der Verpolitisierung der Genossenschaften und der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften zu sehen. Das reicht von der direkten Beteiligung der SPÖ und ihrer Vorfeld- und Umfeldorganisationen an gemeinnützigen Wohnbauträgern bis zur Personenidentität von SPÖ-Mandatsträgern mit den Vertretungs- und Aufsichtsorganen der Genossenschaften. Einige Beispiele für diese Unvereinbarkeit finden wir auch hier im Gemeinderat im Klub der SPÖ. Aktuellstes Beispiel für die schädlichen Auswirkungen dieser persönlichen Unvereinbarkeit sind die Missstände um den Abschluss von Baurechtsverträgen. Jener Baurechtsverträge, die in den letzten beiden Jahren zwischen der Stadt Wien und vier roten Genossenschaften mit Vertragsinhalten abgeschlossen wurden, die ausschließlich zu Lasten der Nutzer von Siedlungshäusern gehen, von jenen Nutzern, die diese Häuser selbst errichtet haben. Wir Freiheitliche fordern daher gesetzliche Bestimmungen, die verhin-

dern, dass Mandatare der Stadt Wien gleichzeitig eine Funktion im Vorstand oder Aufsichtsrat von Genossenschaften und gemeinnützigen Bauvereinigungen ausüben. Das kann zum Beispiel in der Wiener Stadtverfassung oder in den Förderungsgesetzen umgesetzt werden. Gleichzeitig fordern wir die Reparatur der unsozialen, unmoralischen und widerrechtlichen Baurechtsverträge zwischen der rot-grünen Stadt Wien und roten Genossenschaften zu Lasten der Mieter.

Zweite Fehlentwicklung: Es wurden im Lauf der Jahre gesetzliche Werkzeuge zur Ermöglichung von systemwidrigen Gewinnen für die Genossenschaften geschaffen. Einige Stichworte dazu: Die Einhebung von sogenannten Auslaufannuitäten, ein verharmlosendes Wort für das Weiterbelasten der Nutzer für bereits von diesen zurückbezahlte Darlehen, die Einhebung von Wiedervermietungsentgelten und auch die Pauschalierung der eingehobenen Verwaltungskosten weit über die tatsächlich für die Verwaltung anfallenden Kosten in den Genossenschaften hinaus. Die Genossenschaften entziehen auf diesem Weg systemwidrig Geld aus dem wohnwirtschaftlichen Kreislauf und bunkern dieses Geld in freien Rücklagen. Trotz der somit vorhandenen freien Mittel in den freien Rücklagen werden den roten Genossenschaften weiter Gelder aus den Töpfen der Wohnbauförderung zugewiesen. Die Tatsache der Verfehlung der Zweckwidmung der Förderungsgelder belegt auch die teilweise erschreckend niedrige Neubaurate der gemeinnützigen Bauvereinigungen in den vergangenen Jahren, so auch im Jahr 2013. Im Rahmen des freiheitlichen Aktionsprogramms zur grundlegenden Reform des gemeinnützigen Wohnbaus fordern wir daher: Ersatzlose Abschaffung der Auslaufannuitäten, ersatzlose Abschaffung des Wiedervermietungsentgeltes, ersatzloses Abschaffen aller Regelungen, die dem Kostendeckungsprinzip widersprechen.

Abschließend unsere Forderung im Bereich der Zuständigkeit der Stadt Wien und des Wiener Landtages: Keine Gewährung von Wohnbauförderungsgeldern an gemeinnützige Bauvereinigungen und Genossenschaften, bevor sie nicht die von ihnen angehäuften freien Rücklagen zu Gunsten von Wohnraumschaffung und Wohnraumsanierung verwendet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen versichern, dass wir Freiheitliche die Mieter und Nutzer von Genossenschaftswohnungen nicht im Stich lassen. Leistbares Wohnen ist uns Auftrag und darf nicht zum rot-grünen Wahlkampf-Gag verkommen.

Abschließend in der Minute, die mir Kollege Eisenstein gelassen hat: Er hat persönlich natürlich nicht die Mieterbeiräte gemeint, und so hat er es auch ausdrücklich wörtlich gesagt, sondern er hat das Versagen der Verantwortlichen in der Wiener Wohnpolitik, namentlich der SPÖ, gemeint, weil diese Mieterbeiräte keine Informationen bekommen, und ohne Information gibt es auch keine Mitsprache. Danke. *(Beifall bei der FPÖ. – Aufrege bei GR Godwin Schuster.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Kollege Wansch hat 8 Minuten gesprochen, das heißt, die Restredezeit der FPÖ-Fraktion beträgt 6 Minuten 30. -

Selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten, Kollege Mörz, bitte schön.

GR Prof Dipl-Ing Dr Kurt **Mörz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Berichterstatterin!

Wiener Wohnen ist natürlich eine eigene Sache, ein Problembereich für sich. Rein parteipolitisch, muss ich sagen, müssen wir eigentlich dankbar sein, denn es werden uns von Wiener Wohnen sehr, sehr viele Wähler zugeführt. Für die Betroffenen ist die Sache natürlich weniger lustig. Es ist natürlich nicht alles schlecht, das stimmt schon, aber es liegt sehr, sehr viel im Argen. Vor allem das, was ich in meinen Sprechstunden bemerken musste – 80 Prozent der Frequentanten haben irgendwelche Probleme mit Wiener Wohnen gehabt -, war, dass bei den Bediensteten eigentlich keine Problemorientierung den Mietern der Wohnungen, der Sozialwohnungen, gegenüber vorhanden war. Man hat im Prinzip die Leute einfach im Regen stehen lassen. Man hat das Gefühl gehabt, sie waren einfach unlustig, dass überhaupt einer kommt und sie mit Problemen belästigt.

Ich darf nur Kleinigkeiten bringen, zwei Beispiele: Eine alte Dame, gehbehindert, war auf den Rollator angewiesen, um einkaufen zu gehen. Sie hat im 1. Stock gewohnt und konnte mühselig rauf- und runtergehen, aber sie konnte den Rollator nicht mitnehmen. Was hat sie gemacht? Sie hat den Rollator bei der Eingangstüre unter die Postkasteln hingestellt. Daraufhin hat ein Bediensteter von Wiener Wohnen gemeint, das ist verboten und hat ihr das untersagt. Interessant ist aber nur gewesen, dass vier Stiegen weiter, wo eine andere Person von Wiener Wohnen zuständig war, sehr wohl ein Rollator unter den Postkasteln versorgt worden ist. Es gab ein Hin- und Hergestreite und der eine Zuständige war nach wie vor uneinsichtig, bis sich dann letztlich der Herr StR Ludwig bemüht gefühlt hat, hier einzugreifen. Das konnte dann entsprechend geklärt werden. Oder es ist eine Gastherme kaputt. Die Arme wendet sich an den zuständigen Mann bei Wiener Wohnen und der sagt, sie soll einmal einen Installateur holen, der ein Gutachten erstellt, ob die Gastherme jetzt ausgetauscht werden muss oder nicht. In Wirklichkeit war Gefahr im Verzug. Interessant war, dass ein Anruf beim Bürgerdienst dann gereicht hat, dass innerhalb von vier Stunden Wien Energie da war, sich diese Therme angeschaut und sofort ausgetauscht hat. Also man sieht überall, es gibt Systeme, die funktionieren und nicht funktionieren, und wir wollen natürlich alle, dass möglichst alles besser wird.

Ich weiß, es ist natürlich ein bisschen schwierig, hier von oben solche Kleinigkeiten zu lenken, weil man es ja in der Form nicht erfährt. Aber ich glaube, man sollte halt versuchen, die Mitarbeiter von Wiener Wohnen entsprechend zu motivieren, weil wer heute in ein Finanzamt geht, wird merken, wie freundlich die dortigen Mitarbeiter sind im Gegensatz zu vor 20 Jahren, wo es mehr als unangenehm war, dorthin zu gehen.

Was natürlich auch den Sozialbereich anbelangt - und bitte, das sind eben soziale Wohnungen -, darf ich trotzdem noch auf ein Lieblingsthema von uns zurück-

kommen, und das ist der Heizkostenzuschuss. Bitte, der Zuschuss für Thermen zum Austauschen hat mit dem Heizkostenzuschuss aber überhaupt nichts zu tun, denn der friert! Und das ist aber etwas, was wirklich die Armen trifft! (*Beifall bei der FPÖ.*) Daher ist eben nicht einzusehen, dass man diesen Posten streicht. Auf der anderen Seite verbauen wir auf der Mariahilfer Straße für eine Fußgängerzone 25 Millionen EUR, höchstwahrscheinlich wird es mehr. Jetzt frage ich mich schon, wo hier der soziale Gesichtspunkt ist, denn ich kann nicht streiten, ob die Fußgängerzone sinnvoll ist oder nicht. Auf das will ich mich jetzt gar nicht einlassen. Nur, ich kann die Fußgängerzone mit Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen darstellen, so wie es in der Probezeit ja war. Da brauche ich bitte keine 25 Millionen EUR in die Hand zu nehmen! (*GR Gerhard Kubik: Das ist keine Fußgängerzone!*) Ja, es ist bitte eine Fußgängerzone und wird auch so bezeichnet. Es ist teilweise Begegnungsverkehr. Es ist komplizierter.

Nur, Herr Kollege, Sie werden zugeben, dass man das alles ohne Umbaumaßnahmen sehr wohl bewerkstelligen könnte. Natürlich! (*GR Gerhard Kubik: Nein, nein, sicher nicht!*) Nein, der Probetrieb war ja so. Okay, gut. Jedenfalls muss ich sagen, sind hier sehr einfach Unverhältnismäßigkeiten vorhanden, die unglaublich sind.

Das Gleiche ist, das ist ja von der ÖVP schon angesprochen worden, die mangelnde soziale Gerechtigkeit. Es ist nicht einzusehen, dass Leute - und ich muss sagen, mein Vater war auch so einer, Obersenatsrat hier, der mit keiner kleinen Pension letztlich immer noch im Gemeindebau gewohnt hat, die er seinerzeit als kleiner Beamter halt mit zwei Kindern gekriegt hat. Da war der Kategoriezins, damals hat das anders geheißen, natürlich voll gerechtfertigt. Ab einem gewissen Lebensalter - dass wir damals in Döbling in einer 90-m²-Wohnung 150 Schilling bezahlt haben, ist eigentlich nicht ganz einzusehen und ich verstehe nicht, warum es hier seitens der Sozialdemokratie diese Verweigerung gibt, dann ... (*GR Godwin Schuster: Er ist dann ausgezogen?*) Bitte? (*GR Godwin Schuster: Ist er dann ausgezogen?*) Er ist schon lange tot. (*GR Godwin Schuster: Ja.*) Aber nur, es wäre völlig sinnvoll gewesen, dort dann diese Miete entsprechend auf ein normales Niveau, so wie es heute eben der Richtwert wäre, anzuheben. Es zieht kein Mensch aus, wenn er ordentlich wohnt. Also die soziale Entflechtung, die hier als Gefahr angeführt wird, findet sicherlich nicht statt. Und auch zum Administrieren ist das im Zeitalter der EDV verhältnismäßig einfach. Die frei werdenden Mitteln könnten dann teilweise zur Sanierung der alten Gemeindebauten verwendet werden beziehungsweise auf der anderen Seite dann wieder dazu dienen, neue Gemeindebauten zu errichten, was ja nicht gemacht wird.

Dann kommen wir aber bitte noch zu den Mengengeräten. Wir haben gegenwärtig etwas mehr als 30 000 Wohnungswerber. Natürlich kommt die Bauwirtschaft mit den Genossenschaftswohnungen in dieser Form, wo dann ein Teil als Sozialwohnungen bereitgestellt wird, nicht nach. Ich glaube auch nicht, dass bei allzu viel

Mitteinsatz die Baukapazität der Bauwirtschaft ausreichen würde, um an die 10 000 Wohnungen, wie es der Bedarf wäre, zu kommen. Es wäre aber schon interessant, dass seitens der Wiener Stadtverwaltung einmal ein bisschen mehr auf Nebenumstände geachtet wird. Wir haben laut Statistischem Zentralamt gegenwärtig in Wien in etwa 1,1 Millionen Wohneinheiten. Davon stehen aber rund 10 Prozent leer. Ich sage jetzt auch noch, wie das festgestellt worden ist, weil auch das natürlich interessant ist. Das sind ja keine gehorteten Wohnungen, sondern das sind Wohnungen, bei denen niemand gemeldet ist, weder als Haupt- noch als Nebenwohnsitz. Da muss man schon fragen: Wo sind diese Wohnungen? Hier wären von der Kommune mit unterschiedlichen Instrumenten gegen ein Horten von Wohnungen Maßnahmen zu setzen. Das ist natürlich kompliziert, das kann man hier nicht ausführen ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, Ich darf Sie daran erinnern, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. Bitte um den Schlusssatz.

GR Prof Dipl-Ing Dr Kurt **Mörz** (*fortsetzend*): ... eben hier die Instrumente zu schaffen, um dieses Horten zu verhindern und diese Wohnungen zu entsprechenden Preisen auf den Markt zu bringen. Ich danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: In der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung ist der Herr Amtsf StR Dr Ludwig gemeldet. Sie haben 15 Minuten, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist für unseren Ressortbereich vor allem wichtig, dass wir dem zunehmenden Bedürfnis der immer größer werdenden Bevölkerung auch vor allem im Neubau gerecht werden, und das ist, wie ich meine, im Jahr 2013 auch in einem besonderen Ausmaß gelungen. Wir haben im Österreich-weiten Vergleich im Jahr 2013 die höchste Steigerung, nämlich von 26 Prozent, und auch in absoluten Werten mit mehr als 1 Milliarde EUR in diesem Produktionsbereich den größten Anteil insgesamt in unserem Land. Wenn man sich anschaut, wie die Verteilung in den einzelnen Baubereichen ist, so hat in Wien das Segment des Wohnbaus bereits fast 50 Prozent des gesamten Marktes erreicht, das heißt, der Wohnbau ist in unserer Stadt durchaus auch eine Konjunkturlokomotive, sichert nicht nur viele Arbeitsplätze, sondern auch Aufträge, vor allem auch für Klein- und Mittelbetriebe. Und weil auch von Zahlen gesprochen worden ist und von der Frage, ob wir genug Wohneinheiten errichten, kann ich sagen, dass wir im heurigen und im nächsten Jahr insgesamt jeweils pro Jahr 7 000 geförderte Wohnungen übergeben. Das heißt, wir haben derzeit pro Woche in etwa 130 geförderte Wohneinheiten, die wir übergeben. Manche von Ihnen sind ja bei den Schlüsselübergaben mit dabei und können sich davon überzeugen, dass diese Wohnungen nicht nur existent sind, sondern dass sie sehr positiv von den Mieterinnen und Mietern auch angenommen werden.

Wir haben rund 20 000 Wohneinheiten aktuell in Pla-

nung und Umsetzung mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,6 Milliarden EUR und davon ist in etwa 1 Milliarde EUR Förderungsmittel der Stadt Wien. Wenn man sich die gesamte Fläche anschaut, die wir derzeit in Planung und Errichtung haben, so sind das rund 1,5 Millionen Quadratmeter Nutzfläche. Und weil gerade die Fußball-WM ist, wenn man das in Fußballfelder umrechnet, sind das 217 Fußballfelder, die an Wohnfläche derzeit in Bau und in Errichtung sind. Das tun wir, und zwar sehr gerne, vor allem mit gemeinnützigen Bauträgern. Und ich muss sagen, das ist ein sehr erfolgreicher Weg. Es ist kein Zufall, dass jede Woche Delegationen aus allen Ländern zu uns kommen. Erst vor wenigen Tagen konnte mich der Vorsitzende des Wohnbauausschusses Dr Stürzenbecher bei einer sehr hochrangigen tschechischen Delegation mit dem Ministerpräsidenten vertreten. Wir exportieren das mit großem Erfolg auch in andere Länder, was für die Wiener Wirtschaft, für Architektenteams und für die Bauwirtschaft auch von besonderer Wichtigkeit ist.

Ich denke, es ist auch gut so, dass sich viele Menschen des öffentlichen Lebens auch bei den gemeinnützigen Bauträgern engagieren. Und, Herr GR Wansch, wenn Sie als ehemaliger Stiftungsvorstand den Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat die Empfehlung geben, wo sie sich beteiligen dürfen und wo nicht, dann empfinde ich das ein wenig als kühn, denn gerade die historische Entwicklung der gemeinnützigen Bauträger hat gezeigt, dass dieser erfolgreiche Weg von Menschen getragen worden ist, die sich sehr engagiert dafür einsetzen. Die Mieterinnen und Mieter, die diese Wohnungen in Anspruch nehmen, wissen das auch zu schätzen, sonst wäre die Nachfrage nach geförderten Mietwohnungen, nach geförderten Genossenschaftswohnungen, aber auch nach geförderten Eigentumswohnungen nicht so groß.

Da bin ich bei einem Stichwort, das mir neulich auch der Herr GR Norbert Walter gegeben hat, nämlich bei der Frage der Eigentumsbildung auch im Wohnbereich. Ich möchte dir so antworten wie auch schon in den letzten Jahren, dass die Bedeutung auch des geförderten Wohneigentums dadurch abgenommen hat, weil es durch die letzten Novellen des Mietrechtsgesetzes und des WGG ermöglicht worden ist, bei einem sehr großen Teil der geförderten Mietwohnungen nach zehn Jahren ins Eigentum einzutreten. Davon macht mittlerweile auch schon der eine oder andere Mieter Gebrauch und man wird sehen, wie stark das angenommen wird. Aber das ist natürlich eine Entwicklung einer Eigentumsschiene, die sich hier völlig neu gebildet hat und die auch den geförderten Eigentumsmarkt zusätzlich unterstützt und belebt.

Ein weiteres wichtiges Thema, das auch der Kollege Chorherr aufgegriffen hat, ist die Grundstücksproblematik. Das kann ich auch nur ansprechen, auch wenn wir bei der Frage, inwieweit wir ins Eigentumsrecht eingreifen, vielleicht nicht ganz einer Meinung sind. Aber dass das für die Zukunft bedeutsam ist, nämlich auch Grundstücke für den geförderten Wohnbau zur Verfügung zu stellen, ist zwischen uns zumindest unbestritten. Der

Wohnfonds geht hier, wie ich meine, auch einen guten Weg. Wir haben für den gemeinnützigen Wohnbau 2,2 Millionen Quadratmeter Fläche im Portfolio des Wohnfonds und stellen diese schrittweise auch zur Verfügung. Das ist auch die Basis dafür, dass wir günstigen Wohnraum herstellen können, eben auch diese Grundstückspreise, die wir weitergeben.

Aber wir sind ja nicht mit dem zufrieden, was wir haben, sondern wir wollen ja auch die zukünftige Entwicklung gestalten. Das ist ja der Grund, dass wir kommenden Montag im Landtag die neue Novelle der Bauordnung beschließen werden, wo es auch darum geht, im Bereich der Grundstücksmobilisierung neue Schritte zu setzen, und wo wir erstmals eine Widmungskategorie „Förderbarer Wohnbau“ einführen werden, die sehr stark dafür Sorge tragen wird, dass Grundstücke für den geförderten Wohnbau auch zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden befristete Widmungen einführen und werden, wie ich meine, mit Vertragsraumordnung und städtebaulichen Verträgen auch dafür sorgen, dass jene, die sich am Wohnbau beteiligen, ihren Beitrag an der Finanzierung der Infrastruktur dazu leisten können.

Also von daher verharren wir nicht in der positiven Entwicklung, sondern wir sind, wenn man so will, den nächsten Schritt gegangen. Das gilt im Übrigen auch für die Immobilienstrategie, die ich zuletzt auch im Beirat des Wohnfonds präsentieren konnte, die wir auch hier schon im Gemeinderat diskutiert haben und die vor allem Vorsorge treffen wird, dass die Stadt Wien noch stärker als in der Vergangenheit gemeinsam am Markt auftreten wird und auch diese Marktdominanz einsetzen wird, um preisdämpfend auf die Grundstückspreise einzuwirken. Wenn man kostengünstige Wohnungen errichten möchte, so sind die Grundstücke ein wichtiger Punkt, aber natürlich auch die Bau- und Herstellungskosten. Das ist ja mit ein Grund, dass wir die Smart-Wohnbauoffensive gestartet haben, ein Versuch, alle unsere Erfahrungen, die wir bei der Superförderung gemacht haben, bei vielen anderen Wohnbauprojekten zusammenzuführen, um eine bestimmte Mietgrenze nicht zu überschreiten und kostengünstige Wohnungen anzubieten, die aber dennoch eine sehr, sehr hohe Wohnqualität haben.

Ich möchte nicht verhehlen, dass wir hier in Wien, was die Kostenfrage betrifft, ganz bewusst auch einen anderen Weg gehen wollen als andere Bundesländer, denn in Oberösterreich beispielsweise, wo der Kollege Haimbuchner von der FPÖ Wohnbaulandesrat ist, gibt es beispielsweise derzeit eine Diskussion, ob man aus Kostengründen die Barrierefreiheit zurücknehmen soll. Das habe ich immer abgelehnt, weil ich glaube, dass Barrierefreiheit für Menschen, die körperliche Beeinträchtigungen haben, aber nicht nur für sie, sondern auch für andere, für Erwachsene, die Kinder erziehen oder mit einem Kinderwagen unterwegs sind, für Ältere, die einen Rollator haben, und vieles andere mehr, von großer Bedeutung ist. Also von daher unterscheiden wir uns schon auch in bestimmten Positionen, wo man sagt: Wo kann man Kosten einsparen? Da sehe ich durchaus auch Potenzial. Wo gibt es Punkte, wo ich nicht daran rühren möchte? Dazu zählt auch die Barrierefreiheit, weil

ich glaube, dass das auch für die Zukunft von großer Bedeutung ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielleicht noch zu dem großen Bereich Wiener Wohnen. Da kann ich wirklich sagen, dass sich der Direktor von Wiener Wohnen, Ing Josef Neumayer, hier mit seinem Team sehr bemüht, neue Wege zu gehen, manchmal auch unorthodoxe Wege, manchmal auch Wege, die durchaus konfliktorientiert sind. Aber auch dabei hat er meine Unterstützung. Natürlich ist es so, dass bei 500 000 Mieterinnen und Mietern es immer auch Herausforderungen geben wird und da und dort auch Themenstellungen, wo wir nicht zufrieden sind und wo die Mieter vielleicht auch mit der Hausverwaltung in einer direkten Gesprächssituation sind. Aber das Wichtige ist ja, dass man sich dieser Problemlage bewusst ist und hier Lösungen anbietet, auch gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern.

Da ersuche ich auch Herrn Prof Eisenstein, nicht ungerecht zu sein, denn natürlich kann man sagen, die Mietermitbestimmung bei Wiener Wohnen kann ausgebaut werden. Ja, aber ich frage mich immer: Wo ist die Mietermitbestimmung im privaten Wohnhausbereich? Warum versuchen wir zwei unterschiedliche Bereiche immer ganz wechselseitig zu bewerten? Ich hätte beispielsweise gerne ein bisschen eine Mietermitbestimmung in privaten Wohnhäusern. Und beispielsweise auch bei den Genossenschaften könnte man die Mietermitbestimmung noch ausbauen. Aber im Gemeindebau sind wir schon einen Schritt viel weiter. Da ist die Mietermitbestimmung, wie ich meine, in einem sehr starken Ausmaß gegeben.

Wir arbeiten an einem neuen Mietermitbestimmungsstatut, weil sich manche Dinge im Laufe der Zeit auch überholt haben. Und es stimmt nicht, was der Herr GR Kasal gesagt hat, dass sich da nichts weiterbewegt, im Gegenteil. Es gibt eine sehr intensive Diskussion zum Mietermitbestimmungsstatut. Ich war selber schon bei einigen Veranstaltungen, wo auch über die Zukunft des Mietermitbestimmungsstatutes diskutiert worden ist. Und gerade weil so intensiv diskutiert wird, dauert es länger. Da glaube ich, sollte man mehr Zeit in Anspruch nehmen und in Kauf nehmen, wenn dann unterm Strich etwas Positives herauskommt. Ich glaube, gerade dieser Diskurs ist auch ein wichtiger. Erst vor Kurzem habe ich rund 800 Mieterbeiräte im Wiener Rathaus begrüßen dürfen. Auch dort habe ich einen Abend lang intensive Gespräche geführt und den Eindruck gewonnen, das Engagement ist groß und das möchte ich als Stadtrat auch entsprechend unterstützen. Wir werden sicher in den nächsten Monaten zu einem Ende dieser Diskussion kommen.

Aber ich möchte auch auf Punkte hinweisen, die in Wien wirklich ganz anders sind als in anderen Städten. Vor einigen Wochen hat es eine Gasexplosion im 15. Bezirk gegeben. Ein junger Mann hat sich das Leben genommen und nicht nur sein Leben, sondern auch in Anspruch genommen, das Haus schwer zu devastieren, und hat mehrere Verletzte verursacht. Das Haus ist bis zum 1. Stock völlig unbewohnbar geworden. Es war eine ganze Reihe von Mieterinnen und Mietern davon betrof-

fen. Wiener Wohnen hat sich sehr engagiert bemüht, diesen Mieterinnen und Mietern Ersatzwohnungen anzubieten. Das gibt es in anderen Städten in dieser Form nicht. Also ich kenne zumindest keine Stadt. Ein Privathaus, wo es eigentlich Aufgabe des privaten Eigentümers wäre, sich um die Mieterinnen und Mieter zu kümmern oder wo quasi die Unterkunft in einem Obdachlosenheim die Variante wäre, haben wir es aber geschafft, für einen Großteil der Mieterinnen und Mieter, und zwar sehr schnell, Ersatzwohnungen, sehr oft nach ihren persönlichen Wünschen ausgerichtet, auch anzubieten. Das ist auch das Besondere an Wiener Wohnen. Bei aller Kritik, die ich selber manchmal auch an Erscheinungen von Wiener Wohnen habe, sollte man auch das erwähnen: Dinge, die es in keiner anderen Stadt gibt. Und da muss ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich ganz, ganz herzlich danken und auch gratulieren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz zum Schluss noch vielleicht ein Punkt, den auch der GR Niedermühlbichler angesprochen hat, nämlich die Initiative, die unser Bürgermeister sehr stark vorangetragen hat, um den geförderten Wohnbau auch europaweit zu sichern. Das ist deshalb wichtig, weil es auch innerhalb der Europäischen Union eine Diskussion darüber gibt, ob das Wettbewerbsrecht auch auf die Art und Weise, wie Wohnungen vermietet werden, Einfluss nehmen soll. Auf Basis eines Artikels der Lissabonner Verträge haben in drei Ländern, nämlich in Frankreich, Schweden und in den Niederlanden - in allen drei Ländern wird nicht zufälligerweise konservativ regiert – diese Regierungen sich den Punkt zum Anlass genommen, ihre eigenen Mietrechte zu verändern. Das hat dazu geführt, dass beispielsweise in den Niederlanden 30 000 junge Familien keine Möglichkeit mehr gehabt haben, sich im geförderten Wohnbereich zu versorgen und in den privaten Wohnhausbereich ausweichen mussten, was dort natürlich sofort dazu geführt hat, dass die Mieten angestiegen sind. In einer solchen Situation gibt es natürlich immer Gewinner und Verlierer. Die privaten Hauseigentümer haben sich natürlich darüber gefreut, dass die Mieten stark gestiegen sind. Für die Mieterinnen und Mieter sind manche Städte und manche Bezirke, vor allem in den holländischen Großstädten, unleistbar geworden. Das ist ein Weg, den wir nicht gehen wollen. Und ich meine, dass unser Bgm Dr Michael Häupl völlig zu Recht seine Möglichkeiten auch als europäischer Städtebundpräsident, der er über viele Jahre hindurch war, genutzt hat, hier ein flächendeckendes Netzwerk in Europa zu bilden, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Dieser Schritt hat auch dazu geführt, dass über die Rolle des geförderten Wohnbaus auch in der Europäischen Union intensiver diskutiert wird. Das ist gut und richtig so. Und ich denke, dass auch wir hier in Wien ein sehr positives Beispiel dafür sind und auch Beispiel für andere Großstädte in Europa sein können.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieser Rechnungsabschluss, wie ich meine, auch eine in Zahlen gegossene Erfolgsgeschichte des Wohnbaus in unserer Stadt. Wir haben mehr Geld für den geförderten Wohnbau ausgeben können, als wir das

ursprünglich vor gehabt haben, nicht nur für die Neuerichtung, sondern auch für die Sanierung. Und beim Stadterneuerungspreis 2013 sind der 1., der 2., der 3. und der Sonderpreis an Projekte übergeben worden, die geförderte Projekte waren, und wo sich die Stadt Wien maßgeblich daran beteiligt hat. Das heißt, für uns ist der Neubau wichtig, aber auch die Erhaltung der Bausubstanz in unserer Stadt. Um diesen hohen Standard auch in Zukunft zu gewährleisten, dazu lade ich Sie auch ganz herzlich ein.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts, und danke vor allem auch den Mitgliedern des Wohnbauausschusses, wo es trotz manchmal auch sehr kontroversieller Diskussion, nicht zuletzt jetzt auch um die Novelle der Bauordnung, es dennoch möglich ist, immer auch einen gemeinsamen Konsens für die Bevölkerung unserer Stadt zu finden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie nicht nur diesem Rechnungsabschluss zustimmen, sondern auch in Zukunft diese gute Kooperation pflegen. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nur zur Information: Die Redezeit des StR Dr Ludwig war 15 Minuten plus, sag ich einmal.

Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal. Zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Mag Feldmann. Herzlich Willkommen, Frau Stadträtin. Die selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden diesen Rechnungsabschluss ablehnen, weil insbesondere aus Sicht der Frauen hier zu sagen ist, dass Frauenpolitik in dieser Stadt nach wie vor eine viel zu geringe Rolle spielt und man hier Dinge, die längst getan werden hätten müssen, in keiner Weise umsetzt und sich auch hier in diesem Rechnungsabschluss sowie auch in jedem Budget nicht widerspiegelt, dass es hier eine Chance gibt, das auf Grund der Geringe dieses Budgets von 8,3 Millionen EUR umzusetzen. Es klafft hier ein riesiges Loch zwischen Wunsch und Wirklichkeit und es wird immer größer, weil die Anforderungen der Zeit immer mehr verlangen und dem hier nicht entsprochen werden kann allein schon auf Grund der Tatsache, dass wir wesentlich mehr Mittel brauchen würden, um in den verschiedenen Bereichen effektive Maßnahmen und effiziente Maßnahmen zu setzen.

Wien gab 2013 für die Frauenförderung ganze 8,3 Millionen EUR aus, und ich vergleiche es einmal mit der Werbung: Das war wieder sechs Mal so viel. Das ist für mich jedes Mal erschütternd. Wir wissen, dass zwei Drittel davon für die Frauenhäuser verwendet werden und wir auch auf Grund von Zeiten, wo steigende Gewalt

leider ein Fakt ist, ein weiteres Frauenhaus dringender den je brauchen würden. Es geht einfach nicht, dass Frauen aus Platzgründen abgewiesen werden. Alleine dafür würden wir ein höheres Budget brauchen. Angesichts dieser Tatsache sollte auf Seiten der Stadt die Freude über diesen Rechnungsabschluss enden wollend sein. Es ist auch an der Zeit, dass wir hier endlich Statements setzen und neue Frauenpolitik beginnen, weil - und ich komm nachher ein bisschen darauf zurück - in allen anderen Ländern hier weitergegangen wird, ob das jetzt in Deutschland ein neuer Gesetzesentwurf zur Quotenregelung ist, der wieder eine gewisse Betreuungseinrichtung erfordern wird, wenn nicht darauf vorbereitet wird, et cetera. Also wir bleiben seit vielen, vielen Jahren auf einem Niveau stehen, das längst nicht mehr zeitgerecht ist. Wir müssen einfach beginnen, uns den Dingen anzunähern, die mittlerweile europaweit Fakt sind.

Ich komme jetzt aber zu einer Gruppe von Frauen, die unter der jetzigen Situation besonders leiden, und das sind die Alleinerzieherinnen, wo jede dritte armutsgefährdet ist. Ich meine, das klingt jetzt vielleicht so oder viele lächeln darüber: Alleinerzieherinnen und armutsgefährdet, und die jammern, und ich weiß nicht. Aber man muss sich das einmal überlegen: Jede dritte Frau, die ihre Kinder allein erzieht, und die Zahl ist steigend, ist armutsgefährdet. Es hängt halt unter anderem schon damit zusammen, dass erstens einmal in der Stadt Wien die Gebühren und die Kosten natürlich ständig steigen, aber auch damit, dass die Rahmenbedingungen fehlen. Daher wäre es zwar schön, wenn Wien eine soziale Stadt wäre, aber diese Zahlen zeigen mir, dass es eben leider keine soziale Stadt ist. Ich denke mir immer, und ich sage das jetzt einfach mal so ins Gewissen von jedem: Wie kann eine Gesellschaft sich gut fühlen, wo die Mütter, die Kinder erziehen, dazu auch noch arbeiten müssen. Die Lebensverhältnisse sind halt heutzutage so, dass nicht mehr jeder in einer Ehe lebt oder einen Partner hat, der versorgend ist. Wie kann man mitansehen, dass Frauen, die Kinder groß ziehen, egal, ob eins, zwei oder drei, letztendlich in der Armut enden? Das ist, und ich meine, da brauchen wir gar nicht über irgendwelches Wohnen oder über irgendwelche Einkaufsstrassen oder solche G'schichteln reden, ein basisgesellschaftliches Thema. Wenn wir das nicht erledigt haben, sind wir einfach keine reife Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hab hier schon öfter, und ich mache es heute wieder, ein Maßnahmenpaket für Alleinerzieherinnen eingebracht und bringe auch heute einen Beschluss- und Resolutionsantrag gemeinsam mit meinen KollegInnen Isabella Leeb, Ines Schneider und Dr Ulm ein, und zwar noch einmal. Die Anzahl der Menschen in diesem Land, die von Armut oder Ausgrenzung gefährdet sind, ist nämlich viel höher als angenommen: 1,5 Millionen Menschen. Vielleicht definiere ich einmal, was armutsgefährdet ist: Das sind allein lebende Menschen, die weniger als 1 090 EUR im Monat zur Verfügung haben. Dann werden noch 327 EUR für ein Kind unter 14 dazugerechnet und für jeden weiteren Erwachsenen 545 EUR. Frauen stellen in allen europäischen Dokumentationen

und nationalen Berichten die armutsgefährdeten Risikogruppen dar, und das sind insbesondere Alleinerzieherinnen mit 39 Prozent. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass ja dann auch diese Kinder armutsgefährdet sind. Die armutsgefährdeten Frauen haben natürlich, wenn sie Mütter sind, Kinder, die auch in der Armut leben. Das heißt, was bedeutet so etwas eigentlich? Wie geht's diesen Menschen? Die sind ausgeschlossen, isoliert, verzweifelt, und kaum in der Lage, sich aus dieser Situation zu befreien. Das bedeutet auch permanenten Stress, weil unerwartete Ereignisse wie Notfälle, und das kann schon eine gebrochene Wasserleitung oder irgendein Auto, das zur Reparatur muss, sein. Das ist ein kaum bewältigbares Problem. Und viele haben dann auch noch das Thema, dass sie das auf ihr eigenes persönliches Versagen zurückführen. Es ist aber selten, und das zeigt sich auch in allen Studien, auf ein persönliches Versagen zurückzuführen. Dazu zählt natürlich auch, dass wir es auch nicht geschafft haben, den Equal Pay Day zu verwirklichen, das heißt, dass Frauen gleichviel wie Männer verdienen. Es ist ja noch immer eine Einkommensschere da, die sehr hoch ist, sagen wir jetzt einmal um die 20 Prozent, mal ist es ein bisschen mehr, mal ein bisschen drunter. Man glaubt nämlich immer, und auch das ist der Irrtum, dass es darum geht, dass das in nicht vergleichbaren Jobs ist oder die Teilzeit und die Vollzeit hier umgerechnet werden. Nein, das ist auf Vollzeitäquivalente gerechnet und ist daher absolut vergleichbar. Wir haben Handlungsbedarf. Eines Tages werden sie meinen Einkommensanwalt doch noch umsetzen.

Aber jetzt zu meinem Beschlussantrag hier in diesem Bereich zur Bekämpfung der Armutsgefährdung bei Frauen, speziell Alleinerzieherinnen, der Antrag, den wir jetzt auf Zuweisung umgeändert haben. Das Programm, das hier erarbeitet werden soll, soll binnen Jahresfrist erstellt werden und es soll dem Gemeinderat eben ein Mal jährlich über die gesetzten Maßnahmen berichtet werden. Diesen Antrag bringe ich jetzt einmal ein, das Maßnahmenpaket für Alleinerzieherinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Danke.

Ich habe auch einen zweiten Antrag, der jetzt genau auf den hauptsächlichen Grund eingeht, das ist die Vereinbarkeit, weil in allen Studien international, europaweit, national - und ich habe mir jetzt wirklich viele angesehen - der springende Punkt gegen Armut und für die Vereinbarkeit die Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen ist, und zwar nicht von irgendwelchen, sondern von qualitativ hochwertigen und flexiblen. Das heißt, das ist für uns noch nicht umgesetzt. In Wien haben wir diese Möglichkeit auch noch nicht. Man muss einfach den Hut vor allen Familien oder Frauen ziehen, die alleinerziehend sind und sich trotzdem für Kinder entscheiden. Wir sind noch keine Stadt für Eltern, weil die Betreuungssituation noch immer eine Katastrophe ist, auch wenn Sie sagen, Sie sind besser als alle anderen Bundesländer. Aber vergleichen wir uns nicht damit, vergleichen wir uns einfach mit anderen Metropolen oder vergleichen wir uns gar nicht und gehen einfach nur auf diese Zahlen ein, die wir haben *(Beifall bei der ÖVP.)*, und sagen, wir wollen diese Zahlen verbessern. Da brauchen wir uns nicht mit

anderen, die schlechter sind, vergleichen, sondern sagen wir einfach: Das, was ist, ist nicht gut, noch nicht gut genug, und wir wollen es verändern und verbessern, weil wir wissen, dass es diese Wartelisten gibt. Wir wissen, dass Pädagogen fehlen. Wir wissen vor allem auch, wenn bei den Drei- bis Sechsjährigen die Betreuungseinrichtungen ja vielleicht noch relativ gut vorhanden sind, aber noch immer nicht ausreichend, das wirkliche Thema haben wir ja dann, wenn das Kind in die Schule geht, in die Pflichtschule, weil wir dann nur ein Drittel Betreuung überhaupt haben. Jetzt ist halt die Frage, ob es gescheit ist, wenn ein Zehnjähriger dann alleine den Nachmittag verbringt und ob die Mutter das dann zulassen kann oder dann nicht doch wieder in Teilzeit geht, die aber wieder in die Altersarmut führt.

Daher ist mein Antrag, dass wir eine ausreichende Kinderbetreuung haben, eine flexible Kinderbetreuung haben und uns auch wie eine Metropole verhalten, dass wir die Defizite erkennen und die Öffnungszeiten und die gesamte Betreuung den Bedürfnissen anpassen, auch Schichtdienste, Spätdienste, Nachtdienste damit abgedeckt werden, weil das für viele Eltern eben organisatorische Probleme ergibt und es dringend notwendig ist, im Rahmen der Vereinbarkeit eine flexible Gestaltung zu erreichen. In Deutschland zum Beispiel gibt es eh genug erfolgreiche Beispiele, wo Kindergärten auch 24 Stunden offen haben. Um den Erfordernissen von berufstätigen Frauen mit Kindern gerecht zu werden, müssen wir eben international übliche Rahmenbedingungen schaffen.

Mein Antrag, den ich einbringe, auf Zuweisung, gerade weil wir ihn auch wieder verändert haben, ist über flexible Möglichkeiten der Kinderbetreuung und auch 24-Stunden-Betreuung, vor allem im Hinblick auf diese Vereinbarkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt möchte ich auf das Aktuelle noch kurz eingehen. Es gibt in Deutschland diesen Gesetzesentwurf zur Quotenregelung. Ob diesen jemand mag oder nicht mag, brauchen wir nicht mehr zu diskutieren. Es wird irgendwann ein Europa-Quotengesetz geben. Es wird einfach so sein. Sagen wir, die Lawine rollt und die Lawine kommt. Es wäre günstig, sich auf diese Lawine vorzubereiten und nicht zu sagen, ich hüpfte dann nach links oder rechts, weil es gibt kein Links und Rechts. Es gibt dann einfach nur die Lawine. Wir können uns nur in dem Sinn vorbereiten, dass wir Kindergärten haben, die flexibel sind, Nachmittagsbetreuung, die flexibel ist, einen Einkommensunterschied beseitigen, indem wir hier Instrumente installieren, wo das einfach überprüft oder gemacht wird. *(GR Godwin Schuster: Die Wirtschaftskammer!)* - Genau! Sie sagen es! Wer immer! - Das Bewusstsein der Menschen muss geöffnet werden, dass jeder weiß, was er tut, wenn er sich auf eine Teilzeit oder auf Nichtarbeit und nur Betreuung einlässt, obwohl ich es gerne jedem freistelle, was nachher passieren kann aus der Lebenssituation an zum Beispiel trauriger Altersarmut. Diese Verantwortung haben wir als Politiker.

Ich sehe gerade, meine Zeit läuft aus. Ich kann jetzt nicht mehr auf alles eingehen. Ich sage nur, wir brauchen auch nicht stolz auf unsere Arbeitslosenquoten bei Frauen zu sein. Wir haben hier noch viel für den Wirt-

schaftsstandort zu tun, um diese Quoten zu senken. Ich sage, Politik ist dazu da, die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen und aufzuklären. Ich sehe das, was notwendig ist, nicht gespiegelt im Rechnungsabschluss oder auch immer in den Budgets. Daher stimme ich nicht zu. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich habe hier 11 Minuten selbstgewählte Redezeit stehen. - Bitte schön.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir über Frauenpolitik sprechen, sprechen wir im Grunde darüber, dass wir eine Gleichstellung von Frauen und Männern wollen, nicht mehr und nicht weniger. Wir wollen, dass die Frauen bei gleicher Arbeit gleich bezahlt werden. Wir wollen Halbe-halbe in allen Bereichen und Frauen in Spitzenpositionen. Man möchte meinen, eine Selbstverständlichkeit. Das ist es im Grunde, eine Selbstverständlichkeit, dass wir das erreichen, wofür vor allem Frauen und auch die Frauensprecherin hier kämpfen.

Wir reden auch nicht von Großzügigkeit. Nur wenn wir uns konkret die Tatsachen anschauen, klingt die Theorie, Frau GRin Feldmann, irrsinnig klasse. Ich kann vieles von dem, was Sie sagen, unterstützen. Ja, es stimmt, ein Viertel verdienen die Frauen weniger, sagt uns die neue Eurostat-Studie, wie schon die letzten hundert Studien, würde ich einmal behaupten. Die Frage ist immer: Was kann man konkret tun? Das, was Sie sagen, sage ich, versuchen wir, hier in Wien bestmöglich zu tun. Ja, es gehört eine Bewusstseinsarbeit dazu.

Wenn Sie sich die verschiedenen Initiativen der Stadt Wien anschauen, dann geht es um Bewusstseinsarbeit, sei es der „Töchterttag“, wo sich junge Mädchen irgendwie erweiterte Berufsmöglichkeiten anschauen können. Ich durfte die Frau Stadträtin selbst vertreten. Es war extrem spannend, bei der Feuerwehr zu sein, sage ich ganz offen. 1 500 Mitarbeiter hat die Feuerwehr, 5 Frauen inzwischen. Immerhin, langsam könnte es etwas werden. Das sind genau diese Initiativen.

Oder „jobs4girls“. Das sind genau Schritte, die wir setzen, dass es zu dieser Gleichstellung kommt.

Auch betriebliche Frauenförderungen sind Initiativen, die von der Stadträtin ausgehen. Wir wissen alle, dass Frauenpolitik ein übergreifendes Thema ist. Wenn wir über Frauenpolitik sprechen, sprechen wir über Frauengesundheit, auch im Bereich Behinderung.

Eine spannende Geschichte, die unlängst passiert ist, dass eine Peer-Beratungsstelle für Frauen mit Behinderungen eingerichtet worden ist, nämlich „Zeitlupe“, oder ein Frauentageszentrum für obdachlose Frauen, auch noch immer sehr versteckt.

Das sind konkrete Akzente, die wir hier in Wien setzen können. Überhaupt keine Frage.

Nur kann ich Sie nicht aus der Verantwortung nehmen! Damit meine ich die ÖVP. Sie kommen hierher und sagen, die Alleinerzieherinnen sind besonders armutsgefährdet. Das stimmt. Und was passiert in Wien an Unter-

stützung für Alleinerzieherinnen, die Sie ablehnen? Insofern sind Sie voller Widersprüche. Alleinerzieherinnen sind armutsgefährdet. Das heißt, sie brauchen Geld zum Leben. In Wien gibt es den Gratiskindergarten. Wissen Sie, was das in der Praxis für eine Entlastung bedeutet? Wissen Sie das? Ist Ihnen das bewusst? Gleichzeitig haben wir in Wien eine Kindermindestsicherung, 50 000 Kinder mit der höchsten Kindermindestsicherung. Sie haben sie abgelehnt! Es nützt den Alleinerzieherinnen nichts, wenn Sie schöne Worte sprechen, wenn Sie es dann nicht schaffen, den Schritt zu machen und mitzugehen und sich hier einmal hinzustellen und zu sagen, das können Sie mittragen und Sie schauen über parteipolitische Grenzen hinweg.

Der zweite Punkt, Sie haben ihn angesprochen, ist auch ein heikler Punkt. Das ist die Altersarmut. Sie haben recht. Aber welche Vorschläge kommen denn von Ihnen, wer te ÖVP? Sie haben unlängst wieder thematisiert, dass man das Frauenpensionsalter anheben soll, weil die besten Jahre dann eingerechnet werden können. Sie sagen aber nicht dazu, a) dass wir dafür ein bisschen Jobs brauchen würden und b) dass die gesamte Biographie der meisten Frauen nie so ist, dass sie gleichviel wie Männer verdienen. Das heißt, diese besten Jahre sind mager. Man hat einfach schon den Eindruck, dass Sie dann einfach von einer Elite und nicht von den Frauen mit ihren Alltagsproblemen sprechen.

Ich möchte noch einen heiklen Punkt ansprechen, weil er gerade aktuell ist. Dann höre ich sofort auf, weil ich das Gefühl habe, wir tapsen immer wieder in Nebengleise hinein, wir tapsen immer wieder in Fallen hinein. Das heißt, wenn wir sagen, wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, haut es niemanden mehr wirklich nach vorn. Wenn aber die grünen Frauen aktuell sagen, jetzt haben wir jahrelang diskutiert, willkommen im 21. Jahrhundert, wir haben die Hymne verändert, Heimat großer Töchter und Söhne, ein Symbol, eine Sprache, wissend, wir haben viele Probleme, dann kommt ein Shitstorm, weil ein Herr Gabalier noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist, wo ich mir dann denke, bitte schön, das ist eine Symbolik, die Sprache. Jetzt haben wir eh lange darüber geredet. Begnügen wir uns doch bitte schön nicht mit Nebengleisensetzen, wenn es um wahre Geschichten geht, wie hier um eine Gleichbehandlung, eine sensible Sprache, einen menschlichen Umgang, eine Frauenpolitik.

Ich danke jetzt wirklich allen, die hier aktiv sind. Alle, die hier arbeiten, müssen sich tagtäglich etwas anhören, was Frauenpolitik anlangt, um für das Selbstverständliche zu kämpfen. Manchmal brauchen wir auch eine gewisse Radikalität als Frau, damit überhaupt etwas weitergeht, Appelle an das Nirwana. Vielen Dank! Jahrhundertlanges Patriarchat hat uns geprägt. Also insofern vielen Dank! Danke an die Frau Stadträtin! Die Frauenpolitik geht weiter! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Die selbstgewählte Redezeit sind 13 Minuten.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitli-*

chen): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte einige grundsätzliche Anmerkungen zu den Fehlentwicklungen in der Wiener Integrationspolitik machen und hier auch einige Beispiele anführen:

Grundsätzlich zur Frage der Zuwanderung: Zuwanderung ist genauso wie Wachstum einer Gemeinschaft kein Selbstzweck, sondern muss im Interesse der ansässigen Bevölkerung sein. Sie bedarf daher sowohl hinsichtlich der Größenordnung als auch hinsichtlich der Qualifikation einer Steuerung und auch, wenn es sein muss, Begrenzung. Sie darf aber als Folge dessen nicht auf kurz- und mittelfristige Erfordernisse ausgerichtet sein. Das heißt, sie darf sich nicht nur nach Arbeitsplatzbedarf orientieren. Denn das bewirkt eine gewisse Gefahr in sich, mit der wir gerade jetzt konfrontiert sind. Wenn es größere Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt gibt, führt das sonst automatisch und systembedingt zu Arbeitslosigkeiten.

Eine Gesellschaft, die Zuwanderung als Lösungsmodell für Geburtenrückgänge sieht, und zwar als alleiniges Lösungsmodell, gibt sich selbst auf. Auch das muss uns bewusst sein.

Erfolgt Zuwanderung, wie es bei uns seit etwa zweieinhalb Jahrzehnten geschieht, nicht bedarfsorientiert, sondern weitgehend ungeordnet und erfolgt durch Ethnien, die in ihrer Lebensweise große soziale, religiöse oder auch politische Unterschiede zur eingewohnten Bevölkerung aufweisen, oder aber, die keine ausreichende Qualifikation für den Arbeitsmarkt besitzen, dann ist eine negative Entwicklung einfach unvermeidlich. Wenn dann noch dazukommt, dass keine ausreichende Bereitschaft zum Spracherwerb besteht - und Spracherwerb ist, so sehen wir das zumindest, eine Holschuld - oder wenn sogar Veränderungen der Gesellschaft angestrebt werden, wie sie der türkische Ministerpräsident auch angesprochen hat, führt dies automatisch zu Spannungen, die letztlich, siehe Schweden, siehe Frankreich, siehe auch in deutschen Großstädten, sogar zu inneren Unruhen führen können und geführt haben. Auch in Schweden übrigens.

Die Zuwanderung bis Ende der 80er Jahre erfolgte sowohl von der Größenordnung als auch von der Herkunft der neuen Bürger her weitgehend problemlos, wenn wir das rückwirkend betrachten. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die überwiegende Mehrheit der Neubürger aus dem europäischen Kulturraum kam und auch eine hohe Bereitschaft zum selbstständigen Spracherwerb durch die neuen Bürger in diesem Land gegeben war. Probleme mit der Integration von Bürgern aus dem EU-Raum bestehen auch heute in nur sehr geringem Ausmaß. Hier treffen die gleichen Voraussetzungen zu, die ich vorhin angesprochen habe.

Wirklich Schwierigkeiten entstehen überwiegend mit ethnischen Gruppen aus Europa nur dann, wenn sie auch in ihren Herkunftsländern Probleme haben, sich ins normale Gesellschaftsleben dieser Länder einzufügen. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, die Probleme dieser Länder zu lösen. Das sei einmal eindeutig und klar gesagt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Forderungen hinsichtlich Sonderstellung von Zuwanderern, vor allem aus religiösen Gründen, sei es der Turnunterricht, Speisepläne, Bekleidung und so weiter, gab es damals nicht. Der Aufwand zur Eingliederung in die Gesellschaft - heute wird das als Integration bezeichnet - war damals entsprechend gering. Spätestens in der dritten Generation waren diese Neuen wirklich voll assimiliert und eingefügt in die Gesellschaft.

Unter Integration im Zusammenhang mit Zuwanderung verstehen wir nämlich die Eingliederung von dazu bereiten Zuwanderern in unser Gesellschaftssystem mit dem weitgehenden Ziel der Assimilierung in den Folgegenerationen. Diese Personen, die freiwillig zu uns gekommen sind, müssen die Bereitschaft besitzen, das zu tun und können nicht verlangen, dass sich die autochthone Bevölkerung anzupassen hat. Das Entstehen neuer ethnischer Minderheiten, vor allem im rechtlichen Sinn, mit rechtlichen Folgen, wie Amtssprache, Ortstafeln und so weiter, wird von uns abgelehnt.

Alle sinnvollen Maßnahmen mit dem Ziel der Assimilierung vor allem des Spracherwerbs sind - das sagen wir ausdrücklich - zu unterstützen. Sie müssen aber kontrolliert und mit eindeutig definierten Kriterien erfolgen. Sie sollen aus sozusagen erzieherischen Gründen, weil wir wissen, wie viele dieser Kurse abgebrochen werden oder erfolglos sind, mit einer gewissen Eigenleistung verbunden sein, einem Kostenbeitrag, der nach erfolgreicher Ablegung einer Abschlussprüfung erstattet werden kann.

Diese Ausbildung und diese Kurse dürfen aber keine Spielwiese für private Vereine unter dem bezeichnenden Motto „Sowieso Mehr!“ sein. Wir lehnen daher die Auslagerung der Integration an private Träger ab, nicht zuletzt deswegen, weil viele dieser gegenwärtig abkassierenden Vereine, zumindest personell, aber auch in ihrer Arbeit ein Naheverhältnis zu politischen Parteien besitzen.

Wie schaut es jetzt aus mit der praktischen Entwicklung oder Fehlentwicklung auf diesem Gebiet? Was ist der Ist-Zustand? Die Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte in Österreich und besonders in Wien hat kaum Fehler ausgelassen, nicht zuletzt, weil, wie gesagt, der Denkansatz falsch war und bei den künftigen Bürgern von uns in einer Fehlbeurteilung weitgehend die gleiche Lebensweise und Einstellung gegenüber Staat und Gesellschaft vorausgesetzt wurden.

Menschen, die, wie die Tschetschenen, aus einem Land kommen, in dem seit Jahrzehnten Krieg und Gewalt herrscht, haben eine andere Grundeinstellung zur Gewalt, sind gewohnt, sich ihr Recht selbst holen zu müssen und tun das dann leider auch bei uns manchmal mit dem Messer. Das ist natürlich einer Bevölkerung gegenüber, die eine derartige Konfliktaustragung weitgehend nicht kennt, ein großes Problem.

Besonders problematisch ist, dass immer stärker und teilweise bewusst die Begriffe von Zuwanderung und Wirtschaftsmigration und auch Asyl vermischt werden. Wirtschaftsflüchtlinge, und das sei auch klar gesagt, haben kein Asylrecht. Es gibt auch kein Kirchenasyl. Auch das Ersitzen des Aufenthalts durch immer wieder Verzögerung der Statusklärung muss ein Ende finden.

(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Die langfristigen Folgen dieser Entwicklung höhlen unser Rechtssystem aus, werden nicht bedacht, aber auch bewusst oft überspielt und sind auf Dauer hoch explosiv. In Afrika, Syrien oder dem Irak gibt es Millionen Menschen, die auf dem Sprung sind. Zugangserleichterungen in den EU-Raum aber lösen damit eine gefährliche Sogwirkung aus. Wir können nicht alle Probleme dieser Welt lösen.

Wer gibt, muss außerdem auch irgendjemandem etwas nehmen. Der Politiker, der oft leichtfertig Solidaritätspareolen in Schönsprache von sich gibt, soll den Bürgern auch sagen, wo er nimmt, um geben zu können. Das wird häufig nicht gemacht.

Wir als Kontrollpartei haben jedenfalls die Aufgabe, darauf hinzuweisen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen, die leider in unserem Land blühen, auch dann, wenn uns das vorgeworfen wird. Die Wähler im Übrigen honorieren das in zunehmendem Maße und vertragen die Wahrheit.

Eine ganz gefährliche Entwicklung möchte ich noch zum Abschluss ansprechen. Wir dürfen keine Entwicklung zulassen, die religiöse oder politische Probleme aus den Herkunftsländern zu uns nach Österreich trägt. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wer im Ausland für eine Gruppe kämpft und dort aktiv die Waffe in die Hand nimmt, verliert die österreichische Staatsbürgerschaft. Darüber darf es keinen Zweifel geben! Wir haben bisher sogar Österreichern, die in der Fremdenlegion gedient haben, die Staatsbürgerschaft aberkannt.

Doppelstaatsbürgerschaften, meine Damen und Herren, dürfen nur in ganz extremen Ausnahmefällen der Fall sein, wenn sie wirklich im Interesse der Republik sind. Es gibt in der Praxis keine doppelten Loyalitäten. Schwindel, wie sie jetzt mit der Türkei mit Augenzwicken und Tricks passieren, müssen entsprechend geahndet werden und sollten den Verlust der Staatsbürgerschaft nach sich ziehen.

Und, und das ist zur Zeit besonders aktuell, die politische Agitation für Nicht-EU-Bürger ist zu verbieten. Wir brauchen auch keine Vereine, die das versteckt ermöglichen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Unterschiedliche kleinere Verbände mit konservativ-islamistischer Agenda tragen außerhalb der Türkei dazu bei, dass stets eine Lücke zur Mehrheitsgesellschaft aufrechterhalten wird. Von genau dieser Lücke leitet sich die Existenzberechtigung vieler dieser Vereine ab. Deren Netzwerke reichen bis in die Türkei, wo sie von Parteien, wie AKP, MHP, Milli Görüs und anderen, gesteuert und instrumentalisiert werden. Einige Akteure aus diesen Gruppen sind in den österreichischen Regierungsparteien der ÖVP und der SPÖ aktiv und wurden auch bei der Nationalratswahl ins Rennen geschickt. In den Moscheen wurde aktiv für Wählerstimmen für SPÖ und ÖVP geworben. Im Gegenzug gab es auch diverse Unterstützungsleistungen, vom Empfang des Bundespräsidenten bis zum Sponsoring von Konzerten und eingeflogenen Künstlern. Das sagt nicht der Wolfgang Jung, das sagt ein grüner Mandatar, nämlich der oberösterreichi-

sche grüne Abgeordnete Dönmez und er hat in diesem Fall sehr recht.

Besonders die SPÖ versucht gezielt, diese Vereine, nicht zuletzt durch finanzielle Mittel aus dem Staatsäckel, an sich zu binden, nicht nur durch die>Listenerstellung, sondern auch öffentlich beim Maiaufmarsch. In ihren Versuchen, bei den einheimischen Arbeitern verlorene gegangene Wählerstimmen zumindest zum Teil zu ersetzen, gehen sie so weit, dass sie sogar extremistische Gruppen aus der Türkei, quasi in Uniform, mit Parteiabzeichen und Fahnen, mitmarschieren lassen, meine Damen und Herren von der SPÖ. Es gibt Fotos davon, die ich Ihnen zeigen kann. Wie durch Fotos dokumentiert, nahmen nämlich der Bürgermeister und der Kanzler, freundlich winkend, auch die Parade junger Türken mit Fahne und Abzeichen der revolutionären Volksbefreiungsfront DHKP ab, deren erklärtes Ziel es ist, die Staatsordnung in der Türkei durch einen bewaffneten revolutionären Akt zu zerschlagen. Dabei bedienen sie sich in der Türkei auch terroristischer Methoden. Nicht Wolfgang Jung, sondern eine Definition der Europäischen Union, meine Damen und Herren. Das können Sie nicht bestreiten! Wenn Sie so weitermachen, meine Damen und Herren, nur um Ihren Wählerschwund zu ersetzen, dann können Sie bald Ihr Parteiabzeichen dadurch ersetzen! Das kann ich ihnen sagen! *(Beifall bei der FPÖ. - Der Redner stellt eine auf Karton abgebildete türkische Fahne, welche zusätzlich die drei Pfeile der sozialistischen Bewegung aufweist, vor sich auf das Rednerpult. In den Sitzbänken der FPÖ werden ebenfalls entsprechende Symbole aufgestellt.)* - Genau, der Pfeil muss nach unten schauen. *(Der Redner dreht das ursprünglich verkehrt aufgestellte Symbol um.)* Es geht bergab!

Abgesehen davon, dass Ihnen in einigen Jahren diese Gruppierungen ohnehin etwas pfeifen werden, weil sie ihre eigenen Parteien gründen werden, holen Sie sich damit eine gefährliche Entwicklung zu uns nach Österreich herein. Uns genügen bereits die Rabiatrix, die ihre Jugendorganisationen zum Demonstrieren einladen. Wir brauchen nicht auch noch einen Türkenkrieg bei uns in Österreich! Ihre Integrationspolitik ist seit Jahrzehnten verfehlt - hoppala *(Der Redner wirft das vor ihm stehende gefüllte Wasserglas unabsichtlich zu Boden.)*, das Wiener Wasser ist so günstig - und produziert nichts als Kosten und Probleme. Darüber können Sie nicht hinwegtäuschen. Sie ist verfehlt, sagen Ihnen die Türken und die türkischen Vereine. Das sagen wir Ihnen und das fühlen die Bürger in diesem Land, meine Damen und Herren!

Wir geben Geld aus, ohne Erfolge zu haben. Wir, das kann ich Ihnen garantieren, werden das weiter und mit Erfolg bei den österreichischen Bürgern aufzeigen! Sie werden dann vielleicht bald einmal so dasitzen, wie Sie in letzter Zeit sind, nämlich sehr stark geschwächt in diesen Bänken! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte Redezeit ist eh bekannt.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Manda-*

tar): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wenn man in den letzten Jahren bei Budget- oder Rechnungsabschlussdebatten zum Thema Integration vor dem Entstehen einer Parallelgesellschaft gewarnt hat, dann ist man eigentlich immer relativ salopp abgewimmelt worden. Der Privatbesuch, der aber unheimlich politischen Hintergrund hatte, des türkischen sehr autoritären Ministerpräsidenten Erdogan hat Ihnen doch eigentlich zeigen müssen, welche Parallelgesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Österreich entstanden ist, dass hier Menschen einem Despoten zujubeln, die seit vielen Jahren in Österreich leben, hoffentlich auch arbeiten, jedenfalls aber Sozialleistungen beziehen *(GRin Anica Matzka-Dojder: Was soll das?)*, ihn abfeiern wie einen Popstar, der im eigenen Land harmlose Demonstranten mit Wasserwerfern und Tränengas vertreiben lässt, der das Internet sperrt, der Terroristen, die jetzt im Irak und in Syrien einen ganzen Staat überrollen, Unterschlupf gewährt hat! Das ist die Realität in Wien im Jahr 2014!

Wir haben Tarnvereine, die offenkundig massive Beeinflussung aus der Türkei und aus anderen islamisch geprägten Ländern tätigen, wo es nicht um Integration geht, sondern wo es um Unterwanderung geht. Diese Unterwanderung ist letztendlich auch vom türkischen Ministerpräsidenten ganz klar angesprochen worden. Während wir uns in den Schulen nicht mehr trauen, von der Türkenbelagerung, wie es damals wirklich war, zu sprechen, weil man damit Gefühle verletzen könnte, kommt er her und sagt: „Ihr seid die Nachfahren und ihr macht jetzt den Sack zu, der damals nicht zugegangen ist!“ - Meine Damen und Herren, das ist einfach ein Wahnsinn und bedarf einer ganz massiven Gegenreaktion! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man muss sich das schon auf der Zunge zergehen lassen. Da hört man hier ständig von der grünen und auch von der SPÖ-Seite über das Ausländerwahlrecht. Meine Damen und Herren, das sind teilweise Staatsbürger, deren Loyalität nicht bei uns, sondern in der Türkei liegt, und Sie wollen jetzt zusätzlich Nichtstaatsbürger mit dem edelsten und wichtigsten Mitbestimmungsrecht ausstatten und machen gleichzeitig die Augen davor zu, dass wir illegale Doppelstaatsbürgerschaften haben! Das wird geduldet! Das wird toleriert! Da fragt keiner nach! Im Internetzeitalter, wo jeder über jeden Bescheid weiß, ist man nicht in der Lage, abzuklären, wer hier mehrspurig unterwegs ist! Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie dann in Foren Slogans lesen wie: „Heimreise statt Einreise!“ Das wäre eigentlich smart! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sagt nicht zuletzt auch ein Bundesrat einer Fraktion, die unverdächtig ist, übertrieben kritisch zu sein.

Meine Damen und Herren, das hat auch etwas mit unserem Selbstbewusstsein zu tun. Wir lassen uns nicht fernsteuern und wir lassen unser Land nicht zum Schauplatz für andere politische Aktivitäten machen! Wenn sich das ein Botschafter erlauben würde, in seinem Entsendestaat zu sagen, er ist der Botschafter und macht privat seine eigene Politik, dann ist dieser Botschafter in kür-

zester Zeit wieder retourgeschickt! Genauso hätte man das eigentlich in dieser Frage auch machen müssen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Erdogan, auf Urlaub kommen oder auf einen Staatsbesuch, aber nicht privat politisch tätig werden! Das schickt sich nicht! Das macht auch außer diesen Figuren niemand anderer. Das darf sich ein Land eigentlich nicht gefallen lassen!

Es geht ja weiter. Es kommt knüppeldick! Es kommt dann auch die türkische Imamausbildung. Da sieht man, es geht nicht um Integration, es geht im Endeffekt um Parallelgesellschaft!

Es geht zizerweise weiter. Das kommt nicht zuletzt auch daher, weil wir viel zu lange zugeschaut haben. Ich bin sehr für Türkisch als Maturafach, ich bin sehr dafür, dass man Türkisch studieren kann, aber bitte nicht in Österreich, sondern in der Türkei, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Godwin Schuster: Und Französisch nur in Frankreich und Englisch nur in England?*)

Wer sein Türkentum behalten möchte, solchen Leuten hätten wir die Staatsbürgerschaft nicht geben dürfen. Man hätte viel früher bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft an Integration anknüpfen müssen, nicht nur, dass man zehn Jahre da ist. Das ist einfach zu wenig! Das fällt Ihnen jetzt auf den Kopf! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Daher muss es so sein, dass, wer in Österreich auf längere Zeit nicht nur auf Urlaub kommt, die Sprache beherrschen muss. Daher weg mit den türkischen Formularen, weg mit den Übersetzungen! Es wird für uns anderswo auch nicht übersetzt. Wenn man in den USA ins Spital geht, kommt kein Dolmetsch auf Deutsch, auch nicht in anderen Staaten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie sehen, mit Integration haben diese Radikalinskis nichts zu tun! Es gibt genügend Menschen mit Migrationshintergrund, die diese Art der Einvernahme von der ehemaligen Heimat auch nicht möchten und schätzen. Deshalb müssen wir auch mit diesen Integrationswilligen und bereits gut Integrierten eine Brücke schlagen.

Aber ein ganz klares Nein zu dieser Art von Parallelgesellschaft! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Akcay. Ich erteile ihr das Wort. 15 Minuten, die selbstgewählte Redezeit.

GRin Safak **Akcay** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Werter Vorsitzender! Werte Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich werde mich auf dieses Niveau lose und die Show, die hier abgezogen wurde, nicht einlassen. Ich möchte zum Rechnungsabschluss Personal, Märkte und Frauen Stellung nehmen.

Aber zuerst möchte ich mich für die hervorragende Arbeit unserer Bediensteten bedanken. Denn sie sind das Rückgrat der Stadt Wien und ihnen gebührt auch ein großer Dank dafür! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

2013 sind Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesetzt worden, zum Beispiel Vereinfachung der Inanspruchnahme der Väterkarenz.

Ein zentrales Anliegen ist es auch, Bedienstete nach längeren Krankenständen so rasch als möglich wieder in den Dienstbetrieb einzugliedern. Daher wurde den Bediensteten ein niederschwelliger Zugang zu verschiedenen Angeboten ermöglicht, zum Beispiel im Rahmen der Gesundheitstage, Angebote der beruflichen Gesundheitsförderung im Bereich Stress- und Burn-out-Prävention und so weiter.

Zur MA 54: 2013 wurden rund 8 400 Direktvergaben und 44 Ausschreibungen mit einem Umsatzvolumen von insgesamt rund 39 Millionen EUR durchgeführt. Die Vorteile der zentralen Beschaffung sind die Konzentration der Markt- und Produktionskompetenz.

Nennenswert ist noch, dass in bisher 85, davon 37 im Jahr 2013, durchgeführten Verfahren die Verpflichtungserklärung Frauenförderung als soziale Bedingung für die Auftragsausführung einbezogen wurde. Die von den Unternehmen ausgewählten Maßnahmen sind zum halben Leistungszeitraum nachzuweisen. Diese konnten bereits in 41 Vergaben, davon 23 im Jahr 2013, erfolgreich abgewickelt werden.

Mit dem elektronischen Einkaufsportale „Virtueller Markt“ hat Wien eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen. Diese Form der Beschaffung erlaubt nicht nur, einfach schnell Gegenstände einzukaufen, sondern ermöglicht der Stadt darüber hinaus, verantwortungsvoll mit Budgetmitteln umzugehen. Mit dem „Virtuellen Markt“ achtet die Stadt darauf, günstig einzukaufen und Ökokaufkriterien nachhaltig und ökologisch einzuhalten.

Im Rahmen des Wiener „Töchertages“ hat auch die MA 54 wieder Mädchen in die Werkstätte des Logistikcenters eingeladen, um den Beruf Tischlerin kennen zu lernen. Daran haben sich 17 Töchter beteiligt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zum Wiener Markt: Auch heute noch sind die Aufgaben des Wiener Marktamtes äußerst vielfältig. Die wichtigsten sind jedenfalls Lebensmittelkontrollen, Gewerbekontrollen und die Verwaltung der Wiener Märkte.

Als regionale Nahversorger sind die Märkte beliebte Anlaufstellen für die Wienerinnen und Wiener. In den letzten Jahren wurden durch eine Sanierungsoffensive vor allem die baulichen Situationen verbessert, technische Optimierungen erledigt und barrierefreie Zugänge weitgehendst ermöglicht.

Pro Jahr werden rund 13 000 Lebensmittelvollkontrollen durchgeführt, dabei rund 10 000 Lebensmittelproben entnommen und an ein Labor zwecks Untersuchung übermittelt.

Die MitarbeiterInnen der MA 38 haben 2013 rund 670 Inspektionen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und der Lebensmittelproduktion durchgeführt. Im Zuge dieser Inspektion werden Betriebsstrukturen und Produktionsabläufe analysiert und hinsichtlich ihrer Konformität mit lebensmittelrechtlichen Bestimmungen bewertet.

Nennenswert ist aber auch hier, dass es im Bereich der EDV bedeutende Weiterentwicklungen gegeben hat. Im Jahr 2013 wurden bereits die Projekte „Trichinenuntersuchung“ und „Kennzeichnungsüberprüfungen“ komplett papierlos realisiert. Die Vorarbeiten für das Projekt

„Papierloses Labor“ haben im Jahr 2013 begonnen. Das Teilprojekt „Inspektionen“ wird mit Frühjahr 2014 abgeschlossen. Die komplette Umstellung wird mit Ende 2014 erfolgen.

Nun zur MA 57: Sexistische Werbung: Im Jahr 2013 hat die Werbe-Watchgroup Wien ihre 2012 begonnene Tätigkeit fortgeführt und ausgebaut. Es sind 263 Beschwerden eingelangt. Davon wurden 43 von der Werbe-Watchgroup als sexistisch beurteilt. Zusätzlich zur Bewertung von Beschwerden wurden 2013 zahlreiche Vernetzungs- und Öffentlichkeitsaktivitäten durch die Werbe-Watchgroup beziehungsweise einzelner ihrer Mitglieder durchgeführt, um das Thema zu sensibilisieren. Denn in Wien hat sexistische Werbung keinen Platz! Produktwerbung erfolgt aber oft grenzüberschreitend. Daher setzt sich diesbezüglich auch die Stadt Wien aktiv auf EU-Ebene für eine Regelung ein.

Wie Sie alle wissen, ist Gleichstellung eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit. Erst wenn Frauen die Hälfte des Einkommens verdienen, die Hälfte der Führungspositionen besetzen und nur mehr die Hälfte der Hausarbeiten zu erledigen haben, sind wir am Ziel. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zur Thematisierung der Verteilungsgerechtigkeit bei unbezahlter Arbeit wurde von der MA 57 die Social-Media-Kampagne „4Wände 4Hände“ unter dem weiterführenden Titel „Heimwerker gesucht“ fortgesetzt. Genau diese Kampagne, Frau Kollegin Feldmann, schlägt in diese Kerbe ein. Es geht um Verteilungsgerechtigkeit. Das ermöglicht Frauen, ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Der Schwerpunkt der Frauenarbeit ist dieses Jahr stark durch Selbstbewusstsein bestimmt. Die Kampagne wurde nach einem erfolgreichen Jahr am Wiener Equal Pay Day am 22. Oktober beendet. Der Equal Pay Day fand 2013 wieder drei Tage später statt als im letzten Jahr. In den letzten drei Jahren konnten wir uns fast um zwei Wochen verbessern! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Trotzdem bleibt natürlich viel zu tun, bis wir den Equal Pay Day vielleicht einmal zu Silvester feiern können.

Ein paar Zahlen noch: Die Lohnschere in Wien beträgt 19,2 Prozent. Das sind 71 Tage. Bundesweit sind es 23,2 Prozent oder 75 Tage. In Wien sind mit 38,9 Prozent weniger Frauen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis als im bundesweiten Durchschnitt. Die Quote im Wiener Magistrat hat die Anzahl der Abteilungsleiterinnen von 5 auf 36,67 Prozent angehoben. Das gleichstellungspolitische Ziel ist und bleibt die Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern. Geschlecht ist kein Faktor, der die Entlohnung von Bediensteten der Gemeinde Wien bestimmen darf. Daher ist es natürlich vorbildhaft, wenn die Gemeinde Wien als größte Dienstgeberin in Wien ihren Beitrag zur Schließung der Einkommensschere leisten will. Denn Frauen müssen den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten!

Der nächste Punkt, auf den ich Bezug nehmen möchte, ist Gewalt. Wien verfügt über ein besonders dichtes

Netz an Beratungsstellen sowie Krisen- und Schutzeinrichtungen für Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben oder erlebt haben. Unser Gewaltschutznetz setzt an mehreren Hebeln an. 4 Frauenhäuser und 52 Nachbetreuungswohnungen mit insgesamt 288 Plätzen bieten in Wien einen sicheren Zufluchtsort und umfassende Betreuung für Frauen und Männer. Die Frauenabteilung der Stadt Wien betreibt auch selbst zwei Einrichtungen, die Frauen und Männern Information, Beratung und konkrete Untersuchungen anbieten, das Frauentelefon, das Rechts- und Sozialberatung anbietet und den 24-Stunden-Frauen-Notruf. Neben diesen Angeboten der Stadt Wien ist es besonders wichtig, sich mit anderen Organisationen und Institutionen gut zu vernetzen, um den bestmöglichen Schutz für Frauen zu gewährleisten.

Außer der direkten Hilfe sieht die Stadt auch die Sensibilisierung der Gesellschaft als ihre Verantwortung. Daher macht sie regelmäßig mit Kampagnen auf ein Thema aufmerksam. Denn in Österreich ist immer noch jede fünfte Frau von Gewalt im sozialen Nahbereich betroffen.

Auch die Wiener Gesundheitsförderung unterstützt mehrere Projekte im Zusammenhang mit Gewaltprävention an Schulen, aber auch für von Menschenhandel betroffene Frauen und für Sexarbeiterinnen. Ein umfangreiches Präventions- und Betreuungsprogramm hat Wien im Rahmen des Frauengesundheitsprogramms für Mädchen und Frauen initiiert, die von Genitalverstümmelungen betroffen oder gefährdet sind. Wir müssen diese unsichtbaren Verbrechen ebenso sichtbar machen wie die vielen Formen, in denen geschlechtsspezifische Gewalt auftritt, von körperlicher und psychischer Gewalt in der Partnerschaft über sexuelle Übergriffe und Vergewaltigung bis hin zu Zwangsprostitution, Menschenhandel und Genitalverstümmelung. All diese Erscheinungsformen stellen besonders eklatante Menschenrechtsverletzungen dar und spielen eine wichtige Rolle in der Geschlechterdiskriminierung, weil sie bestehende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen widerspiegeln und verstärken!

Ein Dank nochmals an alle Vereine, die uns, die Stadt Wien, Seite an Seite als Partnerin in dieser Sache unterstützen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Als nächsten Punkt möchte ich kurz noch bezüglich der Wiener „Töchertage“ Stellung nehmen: Dieser hat letztes Jahr zum zwölften Mal stattgefunden. Hier haben 163 Unternehmen und 2 700 Mädchen mitgemacht beziehungsweise daran teilgenommen. Der „Töchertag“ zielt darauf ab, gegen eingefahrene Muster zu arbeiten, Selbstbestimmtheit, Selbsterhaltung und damit Unabhängigkeit von jungen Frauen zu fördern.

Im Rahmen des FemCities-Netzwerkes ermöglicht die Frauenabteilung der Stadt Wien anderen Städten, den „Töchertag“ kennen zu lernen, um ihn in Folge selbst umzusetzen. 2012 war eine Delegation aus Zagreb zu Gast, die den ersten Girls' Day veranstaltete. Belgrad nutzte die Gelegenheit, das erfolgreiche Modell kennen zu lernen.

Der Weltmädchentag, der jährlich am 11.10. begangen wird, fordert die Notwendigkeit einer besonders

frühen Förderung, um Geschlechterrollen abzubauen. Denn wirksame Frauenförderung beginnt in den Kinderschuhen. Da ist in der Stadt unser Beratungs- und Förderungsprogramm für Mädchen besonders wichtig.

Ganz kurz noch zum Frauenpreis: Er wurde bereits zum zwölften Mal vergeben, ging an Elsa Prochazka und Eva Jantschitsch. Mit Elsa Prochazka wird in der Kategorie Architektur eine Frau geehrt, die mit ihren innovativen Lösungen Lebensräume für Frauen gestaltet. Eva Jantschitsch zeigt in der Kategorie Musik, wie Geschlechterrollen emanzipatorisch bearbeitet werden können. Der Frauenpreis holt somit Frauen vor den Vorhang, die Mut machen, Rollenbilder zu durchbrechen und selbstbestimmt das Leben zu gestalten.

Sie sehen, dass sich in meiner Rede die Frauenpolitik als Querschnittsmaterie durch alle Bereiche der Stadt zieht. Denn uns ist es wichtig, dass jede Frau sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben kann! Dafür werden wir weiter kämpfen! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Schneider. Die selbstgewählte Redezeit sind 12 Minuten.

GRin Mag Ines **Schneider** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade in der Integrationspolitik müssen wir weiter das Bewusstsein stärken, dass Toleranz und Verständnis einen bestimmten Willen zur Integration mit Rechten, aber auch mit deren Verpflichtungen nicht zwangsläufig ausschließen. Wer hier lebt, bezahlt auch Leistungen, die er bezieht, und muss sich genau an dieses gesunde Mindestmaß anpassen und sich ebenso respektvoll gegenüber der Wiener Bevölkerung verhalten. Wir haben das schon oft diskutiert. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist als wesentlicher Teil unserer Kultur eine dieser Mindestvoraussetzungen und auch ein Ziel der erfolgreichen Integration. Ohne die Beherrschung dieses kleinsten gemeinsamen Nenners einer Bevölkerung ist es schwer nachvollziehbar, wie Bildung, Arbeit und Leistung funktionieren sollen. Nur durch Bildung werden bessere Arbeitsplätze besetzt. Arbeit ist aber auch ein Motor für eine Selbstbestimmung und eine Wertigkeit und ein nachhaltiger Baustein für Integration und Frieden.

Wie wir auch schon gestern von unserer Kollegin Wehsely gehört haben, haben wir gerade in der Jugendarbeitslosigkeit einen starken Handlungsbedarf, vor allen Dingen gerade bei den Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, wo wir wissen, dass rund ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus dem Bildungssystem ausscheidet beziehungsweise es schwierig ist, sie wieder in das Bildungssystem zu integrieren. Hier müssen wir darauf schauen, dass wir ein effektives Auffangbecken schaffen, um diese wieder in den Prozess der Arbeit und der wertigen Selbstbestimmung zurückzuführen.

Es liegt an uns, Migranten zum einen die Möglichkeit zu geben, ihren Platz in einer erfolgreichen Wirtschaft zu finden. Zum anderen liegt es aber genauso an uns, von

Migranten vorauszusetzen, das notwendige Minimum an Willen und Leistung zu erfüllen, dass diese möglichst Früchte tragen. Erfolgreiche Integration ist nicht nur eine politische Verpflichtung, sondern vielmehr auch eine Chance, Wien noch schöner und noch mehr Möglichkeiten an Arbeitsplätzen nachhaltiger erfolgreich zu machen. Das heißt, wir müssen den Wirtschaftsstandort Wien stärken, attraktiveren, um auch hier Arbeitsplätze zu sichern.

Das Bildungsniveau von Migranten gehört gesichert und genutzt, dass damit die Kompetenzen in der Wirtschaft auch ankommen und auch Früchte tragen. Migranten muss man aber vor allen Dingen auch das Angebot zum Erlernen der Sprache vom Kindergarten an und durch alle Schulstufen hindurch anbieten, damit dies auch abgedeckt wird. Es ist schon so, dass wir den Migranten ermöglichen, sich hier anzupassen. Wir verlangen aber auch, dass sie diese Chance lediglich nutzen und diese nutzbar gemacht werden soll. Ich denke, das ist eine Grundierung für jedes Sozialprogramm, dass den Migranten selbst ermöglicht werden soll, einen Arbeitsweg einzuschlagen, damit sie zum Wohlstand in unserer Stadt beitragen können und sich auch selbst einen schaffen können.

Erfolgreiche MigrantInnen sind die Leitfiguren einer neuen Generation, der wir verpflichtet sind. Dazu gehört aber auch, dass wir das Potenzial der Frauen mit Migrationshintergrund - wir haben das heute schon von meiner Kollegin Barbara Feldmann gehört -, auch hochqualifizierter Zuwanderer und Zuwanderinnen nutzen, damit wir sie in diesen Arbeitsprozess integrieren sollen und müssen.

Im Bereich des Zusammenlebens ist es wichtig, auch zu vermitteln, dass es nicht nur reicht, physisch hier zu leben, sondern auch mit Respekt und Verständnis, auch mental, hier in Wien anzukommen. Ein archaisches Zusammenleben in dieser Stadt kann und darf nicht das Ziel sein. Eine Assimilation im soziologischen Sinn muss hier stattfinden. *(Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Zusammenfassend: Erziehung, Ausbildung, Wissen und Bildung sind Schutz vor einer sozialen Ausgrenzung und Armut.

Nur ganz kurz, weil das heute Frau Hebein bei den Frauen angesprochen hat, mit der Vereinbarkeit vom Gratiskindergarten, möchte ich schon dazusagen, dass es eine lange Forderung der ÖVP war, diesen auch in Wien umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde dann quasi von der Bundespolitik eingeführt, dass es dann auch umgesetzt wird. Aber es war eine lange Forderung. Seit 2005 haben wir in diesem Haus Anträge diesbezüglich gemacht. *(GR David Ellensohn: Gibt es aber nur in Wien!)* - Trotzdem war es eine Forderung der ÖVP, auch wenn es das nur in Wien gibt! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Godwin Schuster: Schön wäre es, wenn die ÖVP das in den Bundesländern auch tun würde!)*

Weil wir gerade von den „Töchertagen“ gesprochen haben, muss ich schon auch anmerken, dass letztes Jahr die Förderung für den „Töchertag“ maßgeblich gekürzt wurde. Ich finde das sehr schade, weil doch

gerade den jungen Damen und Jugendlichen gezeigt werden soll, dass es andere Berufe gibt als - das jetzt bitte nicht minder zu verstehen - Friseurin oder Verkäuferin, sondern dass es eine bunte Vielfalt ist, Berufe zu ergreifen, natürlich auch in der Männerwelt Berufe wie Tischler, Handwerker, et cetera zu ergreifen. Es wäre sehr schön, wenn das Budget wieder aufgestockt wird, dass genau dieser „Töchertag“, der das zum Ziel hat, gefördert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines möchte ich schon sagen, dass es in Ihrer Verantwortung ist, auch kurzfristig unpopuläre Entscheidungen zu exekutieren, um den Menschen hier eine langfristige Qualität in dieser Stadt zu sichern. So etwas ist schlau. Wir sind gefordert, bei einem Defizit von 8 Milliarden EUR die Ausgaben an den richtigen Stellen zu reduzieren und den Sparstift anzusetzen. Es kann nicht sein, dass mehr Gebühren und höhere Steuern gefordert werden, weil das ist nicht akzeptabel, solange nicht die Stadt als gutes Beispiel vorangeht und an den richtigen Stellen, wie redundanten Systemen, Einsparungen vornimmt. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Die selbstgewählte Redezeit sind 8 Minuten.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Keine Angst, hier spricht nicht das Enkelkind von Kara Mustafa Pascha oder von Sultan Süleyman. Ich lehne diese Aussage ab. Das ist eine Riesenprovokation! Wir haben uns dazu geäußert. Die Parteichefin Eva Glawischnig hat sich geäußert. Erdogan darf nach Österreich kommen. In Österreich gibt es Demokratie. Wir sehen die Demokratie durch Erdogan nicht gestört. Die österreichische Demokratie ist stark genug, um Erdogan auszuhalten! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Als Anders Breivik in Norwegen auf Utoya diesen schrecklichen Massenmord begangen hat, hat der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg gesagt: „Wir sind eine weltoffene Gesellschaft und wir setzen uns für mehr Menschenrechte und mehr Demokratie ein.“ Dass Erdogan hier aufwirbeln will, seine Spiele spielen will, ist klar. Wir sind eine weltoffene Stadt. Wir sind ein weltoffenes Land. Wir fordern auch von jenen Menschen, die Erdogan zugehört haben, mehr Respekt und Achtung der Menschenrechte.

Viel wichtiger ist: Was hat dieser Besuch bewirkt? Dieser Besuch hat vielmehr in die Hände der Freiheitlichen Partei gespielt, die eigentlich dasselbe Gesellschaftskonzept wie Erdogan hat: mehr Kinder, Stärkung der nationalen Familien, religiöse Tugenden, also Islam, Christentum. Erinnern wir uns an Strache mit Kreuz in der Hand vor dem Parlament. Wirtschaftspolitisch ist Erdogan neoliberal. Sie sind neoliberal. Unter Erdogans Zeit ist soviel privatisiert worden, wie Schwarz-Blau vielleicht, wenn es mehr an der Macht gewesen wäre, mehr privatisiert hätte. Daher gibt es zwei ähnliche Konzepte. Diese Konzepte lehnen wir ab.

Aber worum geht es uns? Wir haben im letzten Jahr wichtige Projekte umgesetzt, mit denen wir die Integrati-

onsbemühungen in unserer Stadt fortsetzen wollen.

Erstens ist Wien eine Einwanderungsstadt und Wien wird eine Einwanderungsstadt bleiben. Das ist ein klares Bekenntnis. Wenn wir diese Feststellung nicht machen, können wir uns auch keine richtige, zukünftige Integrations- beziehungsweise Inklusionspolitik leisten. Daher nochmals diese Feststellung, Wien ist eine Einwanderungsstadt.

Eine Einwanderungsstadt bedeutet Vielfalt, Vielfalt an Sprachen, Vielfalt an Kulturen und Vielfalt an Lebensgeschichten. Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, müssen wir unsere Strukturen und unsere Organisationseinheiten beziehungsweise unsere Politik dementsprechend einstellen.

Die Mehrsprachigkeit ist eine der wichtigen Säulen der rot-grünen Politik. „Deutsch und alle anderen Sprachen“ war unser Motto im letzten Jahr. Daher haben wir ein Sprachen-Web-App herausgegeben, wo sich Menschen gegenseitig Glückwünsche mitteilen oder kondolieren oder im Gasthaus etwas bestellen können.

Bei den muttersprachlichen LesepatInnen geht es darum, dass die Kinder und Jugendlichen auch in ihren Muttersprachen gestärkt werden. Hier appellieren wir an die Freiwilligkeit von Menschen, damit sie in den Schulen mit den Kindern in ihren Muttersprachen beziehungsweise Erstsprachen lesen können.

Die Deutschkurse werden fundamental gefestigt und fortgesetzt. Hier haben wir das Beispiel, dass die Freiheitliche Partei, obwohl sie von der Integration spricht - Herr Aigner, vielleicht hören Sie auch zu -, jeden Antrag auf Deutschkurse ablehnt. Das heißt, es ist eine verlogene Politik, die da betrieben wird, einerseits Integration einzufordern, andererseits alles abzulehnen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN hören Ihnen nicht zu! Die sind schon alle in die Ferien abgerückt!)*

Wir haben natürlich auch in der Integrationspolitik, Inklusionspolitik Schwierigkeiten. Die MA 35 ist nach wie vor ein Sorgenkind für uns. Aber auch hier werden weitere Schritte gesetzt, damit wir den Aktenstau in der MA 35 abbauen können. Hier haben wir einen neuen Leiter bekommen, Herrn Sedlak. Da, sage ich jetzt einmal, erwarten wir uns auch Fortschritte in diesem Bereich.

Ganz wichtig ist, dass wir Wien 2013 zur Menschenrechtsstadt erklärt haben. Auf dem Weg zur Menschenrechtsstadt haben wir eine Studie in Auftrag gegeben, die Herr Manfred Nowak wirklich gut zusammengestellt hat. Diese Studie kann man natürlich auch online abrufen. Es geht darum, dass die Menschenrechte nicht nur eine Sache zwischen Verwaltungsstaat und BürgerInnen sind, sondern auch innerhalb von BürgerInnen Menschenrechte gelebt werden und geachtet werden müssen. Hier sind sehr gute Empfehlungen drinnen wie Menschenrechtsbildung. Menschenrechtsbildung brauchen meines Erachtens nach hier einige. Sie sollten sich einer Menschenrechtsbildung unterziehen. Das war ein ganz wichtiges Projekt, das wir umgesetzt haben.

Die Wiener ÖVP ist nach wie vor in der Integrations- und Inklusionspolitik nicht auf dem Stand von Sebastian Kurz. Sie sind eine große Enttäuschung! Sebastian Kurz hat sich schon zig Mal zur Mehrsprachigkeit geäußert.

Sebastian Kurz hat sich zig Mal zu Partizipation und politischer Beteiligung geäußert. Sebastian Kurz hat auch im Diskriminierungsbereich bereits einige Dinge erwähnt. (GRin Mag Ines Schneider: *Ich nicht?*)

In Ihrer Rede, Frau Schneider, war die ganze Zeit von Respektanpassung die Rede. Respekt beruht auf Gegenseitigkeit, auf Mehrseitigkeit! Eine der wesentlichen Gründe, warum wir immer wieder Abdriftungen zu Radikalisierungen oder zu Renationalisierungen und Reethnisierungen haben, ist, dass wir diesen Menschen nicht respektvoll begegnen! (GRin Mag Ines Schneider: *Das habe ich doch getan, Herr Akkilic! Mit geht es aber um Respekt auf beiden Seiten!*) Das heißt, Respekt einzufordern, heißt, Augenhöhe zu schaffen, auf Augenhöhe zu sprechen. Warum funktioniert das bei den EU-BürgerInnen besser? Weil die EU-BürgerInnen europarechtlich fast die gleichen Rechte wie die anderen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen haben. (GRin Ing Isabella Leeb: *Das ist nicht der Grund!*) Drittstaatsangehörige wie aus Ex-Jugoslawien oder aus der Türkei haben nicht dieselben Rechte. Daher, denke ich mir, müssen wir den Weg so ebnen, dass wir diese Leute auch wirklich willkommen heißen und sie noch mehr einbürgern, damit sie sich von diesen rechtsradikalen Strömungen aus den Herkunftsländern befreien können. Das sind ganz wichtige Dinge! (GR Mag Wolfgang Jung: *Hat für Sie Zuwanderung einen Zweck oder geht das natürlich?*)

Eine letzte gute Nachricht hat uns erreicht. Vielleicht ist es auch für die Zukunft in Europa und für die Bemühungen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wichtig. Die Rechten und Rechtsradikalen haben es nicht geschafft, eine Fraktion innerhalb des Europäischen Parlaments zu gründen. Das ist eine ganz gute Nachricht! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Aber mein Appell geht auch in die andere Richtung. Es bringt uns gar nichts, wenn sich Menschen der Politik der Herkunftsregionen besinnen, sich von diesen Parteien beziehungsweise Entsendestaaten ansprechen lassen und sich dafür begeistern lassen. Die Zukunft der Kinder der MigrantInnen ist in Österreich, ist in Wien. Diese Zukunft gestalten wir gemeinsam. Seit 50 Jahren arbeiten wir an der erfolgreichen und guten Zukunft in unserer Stadt. Das werden wir uns nicht aus der Hand reißen lassen. Das wird auch ein Herr Erdogan nicht schaffen können. Es werden auch die Freiheitlichen nicht schaffen können, dass wir uns alle nach Erdogan richten. Wir richten uns nach Österreich! Wir richten uns nach Wien! - Danke. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats! Liebe Zuhörer!

Bei einer Beurteilung des Rechnungsabschlusses nach Schulnoten würde die Stadt Wien mit „Nicht genügend“ abschließen, und auch als Unternehmen würden Sie mit diesem Bilanzergebnis nicht reüssieren.

Im Smart-City-Programm von Rot-Grün habe ich zur

Integration nicht wirklich viel gefunden. Nur so viel: „Soziale Inklusion steht für eine offene und solidarische Gesellschaft, für friedliches Zusammenleben, gegenseitigen Respekt und Akzeptanz. Gesellschaftliche Vielfalt und Diversität werden als Chance begriffen.“ – No na ned! Nichts als Worthüllen ohne Inhalt!

Fast wortgleich haben wir das schon in der Charta des Zusammenlebens vorgefunden, die wir aus Mitteln der Stadt Wien sehr teuer bezahlt haben und die uns außer Spesen bis dato nicht wirklich viel gebracht hat. (Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: *Sie hat weltweit Anerkennung gefunden.*)

Bemerkenswert für die Wiener Bevölkerung ist aber, dass hier in diesem Programm der Smart City erstmalig schwarz auf weiß festgeschrieben steht und nachzulesen ist, dass die soziale und politische Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen gefördert wird und dabei ein besonderes Augenmerk dem Potenzial der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund gilt.

Das empfinde ich als eine Provokation allen Wienerinnen und Wienern gegenüber. (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: *Wieso?*) Weil das bis dato von der Stadt Wien noch nie so offen zugegeben wurde, obwohl das bereits seit Jahren in Form von großzügigen Subventionen und Versorgungspolitik für Migrantenvereine gelebt wird, was wir in dieser Form bis jetzt immer bekämpft haben und auch weiter bekämpfen werden.

Etwas möchte ich meinem Vorredner auch hier an dieser Stelle sagen: Wien ist kein klassisches Einwanderungsland! (Beifall bei der FPÖ. – *Zwischenruf von GR Senol Akkilic.*) Herr Kollege Akkilic! Das geht schon per Definition für das klassische Einwanderungsland nicht! (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: *Machen Sie doch einmal das Wiener Telefonbuch auf!*)

Betreffend Wiener Frauenpolitik möchte ich nur so viel sagen: Sie wird zu einem großen Teil dem Thema Migration und Subventionspolitik untergeordnet. (GRin Mag Muna Duzdar: *Das ist doch Schwachsinn!*)

Daher ist natürlich auch das negative Abschneiden der Wiener Integrationspolitik in einer Studie der EU-Kommission nicht wirklich verwunderlich. Darin hat nämlich Wien den 72. Rang von 83 EU-Metropolen eingenommen. – Im Unterschied zur Mercer-Studie wurden aber bei der Studie der EU-Kommission nicht Topmanager internationaler Art befragt, sondern wurden einfach nur repräsentative Stichproben der Wiener Bevölkerung genommen. Und diese aktuelle Studie der EU-Kommission belegt de facto, dass die Integrationspolitik von Rot-Grün definitiv gescheitert ist. Da hilft es Ihnen auch nicht, wenn Sie teure interne Studien beauftragen, aus welchen hervorgeht, wie super toll Sie sind. Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis!

Nun zum Thema Personal: Wir haben gestern schon ein bisschen etwas darüber gehört, und ich kann jetzt auch nur wiederholen, dass die Stadt Wien großzügig ausgliedert und damit gewisse Bereiche der Kontrolle des Gemeinderats und natürlich auch der Opposition entzieht. Auf diese Art und Weise kann man natürlich lukrative Posten schaffen. Außerdem müssen Missstän-

de, die auftreten, nicht erklärt werden, weil ja der Gemeinderat dafür nicht zuständig ist. Das, was man in diesen ausgegliederten Unternehmen aber ganz gerne tut, ist, Altbedienstete möglichst schnell zu reduzieren, um die Unternehmen attraktiv zu machen. Man nimmt dabei aber meistens keine Rücksicht auf die Interessen der Bediensteten.

Zum Beispiel hat man bei den Wiener Stadtwerken die EDV auf SAP umgestellt, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen seit fast einem halben Jahr bis zu 50 Prozent ihres Gehalts zu wenig ausbezahlt. Wenn man sich darüber aufregt, dann heißt es: Wenn Ihnen das nicht passt, dann können sie ja anderswo arbeiten! – Aber die Stadt Wien kümmert das nicht wirklich, es geht sie ja nichts an, weil es sich um ein ausgegliedertes Unternehmen handelt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Krankenstände nehmen proportional zur Belastung der Mitarbeiter zu, Burn-out und psychische Probleme sind das Ergebnis. Rund 80 Prozent der Pensionierungen von Amts wegen sind darauf zurückzuführen. Und ich möchte auch nicht vergessen, Mobbing zu erwähnen, das in einigen Bereichen offensichtlich zum legitimen Mittel geworden ist, um unbequeme Personen wegzubekommen. Wir haben gestern aber auch gehört, dass die Stadt Wien wächst und irgendwann ihre Aufgaben mit dem aktuellen Personalstand nicht mehr ausüben kann. – In diesem Zusammenhang geschieht meines Erachtens definitiv zu wenig im Bereich Mitarbeitermotivation und Wertschätzung von Mitarbeitern, um sie möglichst lange gesund und auch motiviert im Beruf zu halten.

Auch stellt die Stadt Wien für meine Begriffe zu wenige Arbeitsplätze für Jugendliche, also zu wenig Lehrstellen, zur Verfügung, um auch den Nachwuchs heranzuziehen.

Ich möchte allerdings nicht verabsäumen, mich auf diesem Weg hier im Namen der Freiheitlichen für die gute Zusammenarbeit bei den MitarbeiterInnen des Ressorts zu bedanken.

Der letzte Punkt, der mir in der Geschäftsgruppe etwas zu kurz kommt und den ich noch ansprechen muss, ist das Thema Konsumentenschutz. In dieser Hinsicht würde ich mir vor allem klare, unmissverständliche Positionen zum Schutz der Wiener Bevölkerung zum aktuellen Thema Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wünschen. Wir brauchen Konsumentensicherheit, einen Schutz unserer Standards, keinen Sozialabbau, keinen Genmais, keine Chlorhühner, kein Klonfleisch oder Kunstprodukte durch die Hintertüre. Vor allem müssen Spezialabkommen wie das TTIP verhindert werden, mit welchem Zugriff auf unsere Ressourcen durch Dritte gewährleistet werden würden.

Daher lehnen wir diese Politik der Verschuldung von Rot-Grün, wie sie betrieben wird, ab, und deshalb lehnen wir den Rechnungsabschluss ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Baxant. Ich erteile es ihm. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

Ich darf noch fürs Protokoll bekannt geben, dass Kol-

lege Baron seit 12 Uhr wieder anwesend ist. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ja! Ein Gemeinderat ist auch ein Kollege. Ich habe nichts Falsches gesagt.

Bitte. – Du bist am Wort.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine erste und wichtigste Klarstellung ist, dass ich sage: Wien ist eindeutig und ganz klar eine Einwanderungs- beziehungsweise Zuwanderungsstadt. Das war nie anders und es wird auch nie anders sein.

Ich möchte nur daran erinnern – das klingt vielleicht ein bisschen humoristisch, es ist aber so –, dass diese Stadt quasi das Ergebnis von italienischen Einwanderern ist, die diese Stadt gegründet haben. Daran möchte ich wirklich erinnern. (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Italienisch?*)

Ja! Es waren italienische Einwanderer. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wissen Sie, wann Italien gegründet wurde?*)

Es war also, wie gesagt, immer schon so. Ich selbst bin auch nicht in dieser Stadt geboren wie viele in meiner Fraktion und auch in anderen Fraktionen. Auch bei Ihnen sind wahrscheinlich einige dabei, die nicht in dieser Stadt geboren sind oder deren Eltern nicht in dieser Stadt geboren sind, die aber ihre wunderbare Heimat hier gefunden haben. Und das wird nie anders sein! Erst wenn die Stadt Wien keine Einwanderungsstadt sein wird, dann wird sie sterben. Ich glaube, das wäre das Todesurteil für diese Stadt. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bist du Markomanne?*)

Ich bin kein Markomanne! Ich bin ganz normaler Mitteleuropäer, der gerne in der Stadt Wien lebt und der hier gerne politisch gestaltet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun ganz kurz zu der vielleicht lustig gemeinten ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich kann mich nicht konzentrieren, wir können ohnedies nachher miteinander reden! (*GR Johann Herzog: Ja, Markomanne, red weiter!*) Markomanne, okay.

Zu der vielleicht lustig gemeinten Geschichte mit dem Taferl von Herrn Jung: Ich habe nicht gelacht, einige von Ihnen haben gelacht. Sie müssen sich aber schon bewusst sein, Herr Kollege Jung, dass das durchaus auch eine Beleidigung von Menschengruppen ist. Einerseits ist es eine Beleidigung des Staates Türkei, weil Sie nämlich das Staatssymbol verunglimpfen und immerhin mit drei Pfeilen aufspießen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wissen Sie nicht, wofür die drei Pfeile stehen?*) Ich weiß nicht einmal, ob Sie wissen, wofür diese drei Pfeile stehen! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Wissen Sie, wofür diese drei Pfeile stehen? Herr Jung! Wissen Sie, wofür diese drei Pfeile stehen, oder sind Sie historisch nicht beschlagen? – Ja, genau! Sie wissen es nicht, sonst würden Sie es jetzt sagen!

Ich sage es Ihnen: Die drei Pfeile stehen gegen Faschismus, gegen Reaktion und gegen Kapitalismus. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Und zu diesen drei Pfeilen bekennt sich unsere Bewegung, die Arbeiterbewegung, seit Jahrzehnten beziehungsweise

eigentlich schon seit über einem Jahrhundert. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und ich als Sozialdemokrat empfinde es als eine Beleidigung, wenn diese drei Pfeile so verunglimpft werden, wie Sie es gemacht haben! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Lebhaftes Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf bitten, die Zwischenrufe, nachdem ich jetzt einige zugelassen habe, wieder ein bisschen zurückzunehmen! Es gibt noch genug Redezeit, dass sich alle Fraktionen zu Wort melden können. – Bitte.

GR Petr **Baxant**, BA (*fortsetzend*): Danke schön. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Gleich auf Italienisch fortsetzen!*)

Vielleicht auch noch ganz kurz zu der Diskussion, die die letzten zwei, drei Wochen in diesem Land und in dieser Stadt dominiert hat, nämlich zur Debatte über den sogenannten Privatbesuch des türkischen Ministerpräsidenten: Jeder möge sein eigenes Urteil darüber fällen, ob das konstruktiv oder destruktiv für unsere Gesellschaft ist, wie auch immer.

Es gibt aber jedenfalls eine Bewegung in dieser Stadt, der ich überhaupt nicht abnehme, dass sie sich wirklich ernsthaft und wahrhaftig für Werte wie Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Sie haben sich auch, meiner Meinung nach, noch nie wirklich und wahrhaftig zum Beispiel für Frauenförderung oder Frauenschutz eingesetzt. Wenn, dann nehmen Sie sich immer selektiv das heraus, was Ihnen passt. Und wenn, dann ist der Kampf für Rechtsstaatlichkeit ein Mittel zum Zweck, und der Zweck selbst ist der Nationalismus, der Sie zusammenhält, und der Sie auch auf internationaler Ebene zusammenhält.

Aber da haben Sie ein Problem: Der Nationalismus hält Sie einerseits zusammen, auf der anderen Seite ist das aber der Grund, warum Sie es nicht schaffen, auf europäischer Ebene zum Beispiel eine gemeinsame Fraktion zu gründen. Die rumänischen Nationalisten haben nämlich etwas gegen die deutschen Nationalisten, und die österreichischen Nationalisten haben anscheinend etwas gegen die bulgarischen Nationalisten, und somit haben sie es wieder nicht geschafft, eine eigene gemeinsame Fraktion im Europäischen Parlament zu finden.

Das ist meiner Meinung nach unglaublich bezeichnend! Sie sind einfach nicht in der Lage, weltoffen zu denken und meiner Meinung nach wirklich so zu denken, dass man Ihnen abnimmt, dass Sie dagegen sind, dass Erdogan kommt, weil sie so sehr an Rechtsstaatlichkeit und an Demokratie hängen. Ihnen ist einfach die Tatsache ein Graus, dass es sich um einen Türken und um einen Moslem handelt, und alles andere ist ihnen vollkommen wurscht. Es taugt Ihnen sogar, wenn sich die Leute untereinander die Schädel einhauen, denn das ist Ihr politisches Kapital. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt reicht es aber! Jetzt ist ein Ordnungsruf fällig! Das ist wirklich ungeheuerlich! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Herr Jung! Warten Sie! Herr Jung! Soll man das wirklich diskutieren? (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja!*) Soll man

diskutieren, wozu Plakate führen wie zum Beispiel das mit der Aufschrift „Daham statt Islam“? (*GR Mag Wolfgang Jung: Was hat das mit „Schädel einschlagen“ zu tun?*) Glauben Sie, dass das dazu führt, dass die Menschen in Österreich harmonisch und positiv zusammenleben? Oder führt das eher dazu, dass die Menschen sich gegenseitig nicht mögen und vielleicht Vorurteile aufbauen? – Ich glaube, das ist eindeutig! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ihre gespielte Echauffierung über den Besuch des Herrn Ministerpräsidenten der Türkei, den ich überhaupt nicht schätze – ich habe mir auch nicht gewünscht, dass er kommt, aber er darf in einer freien Welt dorthin fahren, wo er will –, ist natürlich absolut ungläubwürdig! Ich erinnere nur daran, was hochrangige FPÖ-Vertreter, also Vertreter der Freiheitlichen Partei Österreichs, tun: So trifft sich etwa auch der Wiener Vorsitzende mit Typen wie Kadyrow, dem tschetschenischen Machthaber, einem absoluten Autokraten, der Menschen unterdrückt, und gibt ihnen vielleicht sogar noch Integrationsratschläge und so weiter.

Oder russische Nationalisten: Es gibt Putin-Unterstützer, Putin-Freunde, Putin-Anhänger. Mit solchen Machthabern setzen Sie sich gerne auseinander! Sie statten einander mit serbischen Nationalisten – da gibt es richtige Freaks! – Besuche ab, besuchen sie im Ausland, laden sie hierher ein, unterstützen sie im Wahlkampf. – All das ist ja vollkommen fragwürdig!

Ich nehme Ihnen, wie gesagt, nicht ab, dass Sie sich wirklich echauffieren können über den Besuch irgendeines türkischen Ministerpräsidenten! Und es gibt auch aufrechte Beziehungen der Freiheitlichen Partei zu Belarus, also zu Weißrussland. Sie wissen wohl, was für ein Staat das ist beziehungsweise welches Regime es dort gibt. Trotzdem haben Sie mit denen anscheinend kein Problem!

Ich habe da meine These, warum nicht. Warum haben Sie mit denen kein Problem? – Weil der Nationalismus verbindet. Der Nationalismus verbindet Sie komischerweise – das klingt extrem paradox – über Grenzen hinweg, allerdings nicht so stark, dass man fähig wäre, eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament zu gründen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich behaupte einmal, dass Sie sich wahrscheinlich mit Erdogan auch treffen würden, wenn er nicht Türke und Moslem wäre. Dann wäre er wahrscheinlich auch ein unglaublich guter Freund der Freiheitlichen!

Ich erinnere nur daran, dass es natürlich auch kein Bruch mit der Geschichte der Freiheitlichen Partei ist, wenn Sie sich mit solchen Leute treffen, koordinieren und vielleicht sogar gegenseitig unterstützen, denn auch der Übertäter der Freiheitlichen Jörg Haider hat sich unseres Wissens sehr gerne mit Muammar al-Gaddafi getroffen. Er war ein unglaublich guter Freund der LAR, vielleicht sogar verbandelt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das war vor 30 Jahren!*) Man weiß ja nicht, was da noch alles geschehen ist! Und natürlich war auch der von uns gegangene Saddam Hussein ein unglaublich guter Freund Ihrer Bewegung und auch Ihres Übertäters.

Das heißt: Hören Sie einfach auf damit, sich darüber

zu echauffieren, dass Ministerpräsidenten demokratischer Länder nach Wien kommen! Wir mögen darüber diskutieren, ob solche Besuche gut oder falsch sind, ob sie konstruktiv oder destruktiv für unsere eigene Gesellschaft sind. Ich glaube, sie sind nicht gut. Aber es ist auf jeden Fall absolut nicht glaubwürdig, wenn Sie sich darüber echauffieren! (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt reicht es wirklich, alles was recht ist!*) Ja, alles was „rechts“ ist, genau!

Kommen wir nun zum Grundthema, nämlich zum Thema Integration und Zusammenleben. Dieses Thema ist jedenfalls mir wichtig. Und ich postuliere und stelle die These auf, dass zu einer richtigen, guten und lebensnahen Integration drei Dinge gehören: Erstens müssen jene Menschen, die hierher kommen, Orientierung bekommen. Der zweite wichtige Punkt ist der Spracherwerb. Ich habe es am eigenen Leib erfahren, wie wichtig das ist. Und drittens nenne ich die Wertschätzung: Wertschätzung und Respekt muss es selbstverständlich auf beiden Seiten geben.

Reden wir einmal über die Orientierung in der ersten Phase: Das ist mir auch deswegen wichtig, und ich kann Ihnen das wirklich glaubwürdig erzählen, weil ich selbst mit sieben Jahren mit meinen Eltern und vier Geschwistern in dieses Land gekommen bin. Am Anfang war es wirklich nicht leicht, sich zurechtzufinden.

Wenn es damals schon solche Programme gegeben hätte wie heute, dann hätten es meine Mutter und mein Vater wahrscheinlich wesentlich leichter gehabt! Ich erinnere zum Beispiel an das Projekt „Start Wien“. Etwa 85 Prozent der Drittstaatsangehörigen haben diese Initiative bis jetzt durchlaufen. Das sind 17 300 Wienerinnen und Wiener seit Beginn, also seit 2008, und die Kundenzufriedenheit ist unglaublich hoch. Auf einer sechsteiligen Skala von eins bis sechs liegt die Note, die der Initiative „Start Wien“ gegeben wird, zwischen 1 und 1,5. Und ich glaube, dass dafür den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen einmal ein ordentlicher Applaus gebührt! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Was geschieht im Rahmen dieses Projekts? – Einerseits gibt es ein Startcoaching, also die grundsätzliche Orientierung: Was ist Österreich? Wo befinde ich mich hier? Welche Grundregeln herrschen hier? Wie ist die Verfasstheit dieser Stadt? Und so weiter, und so fort. Info-Module sind dabei ganz wichtig.

Second Level: Auch das ist wichtig. Ich erkläre Ihnen nur ganz kurz, was das ist: Wenn jemand die Initiative „Start Wien“ durchschritten hat und sich unter Umständen nach einem halben Jahr, nach eineinhalb Jahren oder nach zwei Jahren irgendwo noch immer nicht gut auskennt und wichtige Fragen hat, dann kann er immer noch kommen und seine Fragen stellen, und er bekommt natürlich sämtliche Antworten der zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Ein ganz wichtiger Punkt ist der Spracherwerb. – Ich bin, wie gesagt, mit sieben Jahren nach Wien aus der damaligen Tschechoslowakei gekommen. Wir waren politische Flüchtlinge, und ich bin die ersten zwei Jahre in eine tschechische Schule gegangen. Ich glaube, einigen von Ihnen ist diese bekannt, sie ist im 3. Bezirk. Und

ich habe es eigentlich nicht geschafft beziehungsweise habe es einfach nicht getan: Ich habe nicht wirklich Deutsch gesprochen. Es war nicht notwendig. Ich hatte tschechische Freunde und eine tschechische Familie, und auf dem Spielplatz habe ich auch eher mit tschechischen Kindern gespielt.

Als sich aber mein Bruder dann einmal am Knie verletzt hat und wir ins Krankenhaus mussten, hat meine Mutter nicht einmal gewusst, wie sie die Rettung ruft. Und das war der Grund, warum wir in eine deutschsprachige Schule gekommen sind. Ich habe dann zum Glück in zwei Monaten Deutsch gelernt. Kinder können das unglaublich gut. Aber erst dann hat meine Integrationsgeschichte in diesem Land begonnen.

Im Hinblick darauf glaube ich, dass es unglaublich wichtig ist, dass wir Menschen, die hierher kommen und Wiener und Wienerinnen sind oder werden, die Möglichkeit geben, Deutsch zu lernen. Das ist im Grunde der wichtigste Anknüpfungspunkt überhaupt!

Deswegen ist es mir absolut unverständlich, dass die Freiheitliche Partei, der die Integration und der Deutschenerwerb angeblich so wichtig sind, in diesem Hause, jedenfalls seitdem ich hier sitze, nämlich seit November 2005, noch kein einziges Mal einem Sprachprogramm zugestimmt hat. – Das heißt, wenn sie bestimmt hätten, dann hätten wir heute keinen einzigen Deutschkurs und somit mindestens 17 300 Wienerinnen und Wiener weniger, die Deutsch können. Daher ist es gut, dass nicht Sie Integrationspolitik machen, sondern dass Sandra Fraunberger das tut! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und das fällt natürlich auch nicht vom Himmel, das muss erkämpft werden. Das Wiener Budget ist natürlich nicht etwas, was man sich herbeiwünscht, sondern das muss man erkämpfen, und ich kann mir vorstellen, wie mühsam das ist. Es sind dafür mittlerweile sage und schreibe pro Jahr 6,5 Millionen EUR investiert worden, und das ist nicht nichts, und das trägt unheimlich viel dazu bei, dass unsere Gesellschaft langfristig besser und harmonischer zusammenlebt als noch gestern.

Noch etwas ist mir aber genauso wichtig – und da kann ich wiederum bei mir andocken –: Ich habe damals mit neun Jahren sehr schnell Deutsch gelernt, aber auch sehr schnell Tschechisch verlernt. Und es ist bis heute traurig für mich, dass es mir eigentlich peinlich ist, wenn ich mit meinen Verwandten in der Tschechischen Republik zu tun habe: Ich kann nämlich weder einen politischen und schon gar keinen wirtschaftspolitischen Diskurs führen, der aber sehr oft notwendig ist, weil meine Verwandten ein bisschen konservativ sind und so weiter. Das ist echt mühsam. (*Zwischenruf von GRin Dr Jennifer Kickert.*)

Ja, ich könnte es natürlich lernen, aber ich bin zu faul! Tschechisch lesen ist halt mühsamer als Deutsch lesen. Ich sollte es tun, aber ich tue es nicht. Man muss das schon im Kindesalter tun. Und man muss vor allem jene unterstützen und fördern, die es quasi von Natur aus mitnehmen: Türkische Kinder sollen Türkisch und natürlich Deutsch lernen, und ex-jugoslawische Kinder sollen Serbisch oder Kroatisch und natürlich Deutsch lernen. – All das ist ein großer Schatz, und diesen müs-

sen wir pflegen. Das hat natürlich unglaublich positive Implikationen. Erstens ist das für die Sprachkompetenz des einzelnen Menschen wichtig, es hat aber natürlich auch Vorteile beim Berufseinstieg und bei der Berufswahl, und schließlich hat das auch unglaubliche Vorteile für den Wirtschaftsstandort Wien.

Das heißt: Mehrsprachigkeit macht uns alle reicher, und Mehrsprachigkeit schafft Arbeitsplätze. Das kann man eigentlich so sagen: Mehrsprachigkeit schafft Arbeitsplätze und Wohlstand und Reichtum, und deswegen ist es unglaublich positiv und gut – auch diesbezüglich bedanke ich mich recht herzlich bei der Frau Stadträtin –, dass sie so sehr dafür kämpft, dass das auch in Zukunft so bleibt und vor allem auch weiter ausgebaut wird.

Kurz noch ein Wort zu der in der letzten Zeit geführten Debatte um die Matura in anderen Sprachen wie zum Beispiel in Türkisch, die vor allem in den Boulevardmedien unglaublich primitiv geführt wird. – Dazu kann ich nur sagen: Türkisch-Matura, ja natürlich! Das brauchen wir natürlich! Das ist ja ganz klar! *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ich habe noch 43 Sekunden, aber noch viel zu sagen, das heißt, ich werde es abkürzen: Die Fragen der Staatsbürgerschaft sind meiner Meinung nach ganz wichtig. Das gehört zum Themenfeld Wertschätzung und Respekt. Mit dem Thema Staatsbürgerschaft und Doppelstaatsbürgerschaft haben wir meiner Meinung nach in Österreich und auch in Wien – und das zieht sich wirklich durch sämtliche politische Fraktionen, da möchte ich eigentlich keine ausnehmen – einen sehr verkrampften Umgang. Meiner Meinung nach sind wir nicht mehr zeitgemäß. Das ist wirklich tagtäglich zu bemerken. Ich glaube, jeder von uns hat mindestens schon einmal mit einem Staatsbürgerschaftsfall zu tun gehabt. Dieses Gesetz ist von Bürokraten für Bürokraten und in keinsten Weise für die betroffenen Menschen gemacht, und das ist auch nicht vorteilhaft für unseren Staat und für unseren Wirtschaftsstandort. Das heißt, wir brauchen einen wesentlich unverkrampfteren Umgang damit. Das ist, glaube ich, wichtig.

Ein letzter Punkt, der mir noch wichtig ist, gehört auch zur Orientierung und auch zur Identität: Man kann sich nämlich nur dann richtig integrieren, wenn man seine Identität behalten kann. Stichwort: Einheit in der Vielfalt. Und zur Identität gehört auch die religiöse Ausübung. Meiner Meinung nach sollte diese so sichtbar wie möglich sein, sie sollte so transparent wie möglich sein, sie sollte so wenig Anlass wie möglich für Misstrauen geben, sie sollte eher Vertrauen als Misstrauen schaffen.

Deshalb möchte ich jetzt etwas ansprechen, was mir schon sehr lange am Herzen liegt: Ich empfinde es eigentlich für eine Weltstadt wie Wien, für das siebentreichste Land der Welt und für ein Land, das seit über 100 Jahren quasi die islamische Religionsgemeinschaft anerkannt hat, eigentlich als unwürdig, dass jeden Freitag tausende Wiener und Wienerinnen in den Keller gehen müssen, um ihren Gott anzubeten. Meiner Meinung nach ist das nicht richtig! Wir brauchen wesentlich mehr Gotteshäuser quasi über dem Meeresspiegel. Die Menschen sollen nicht in den Untergrund gehen müssen,

um ihre religiösen Rituale zu leben. *(Beifall von GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi und GRin Anica Matzka-Dojder.)*

Danke schön! – Ja. Wir brauchen auch muslimische Gotteshäuser sichtbar im Stadtbild. Das gehört zu unserer Stadt, und ich glaube, das ist auch gut so. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum Rechnungsabschluss und bedanke mich auch bei der Frau Stadträtin und bei ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und natürlich auch bei den MitarbeiterInnen der Magistratsabteilungen für ihre tolle Arbeit, die sicherlich nicht leicht ist, die aber unglaublich wichtig für das Gelingen unserer Stadt ist. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit der SPÖ beträgt nunmehr 1 Minute 45 Sekunden.

Petr! Du hast in deiner Rede gesagt, die FPÖ verfolge eine Politik, damit sich die Menschen die Schädel einschlagen. – Das ist etwas sehr hart gesagt, und dafür erteile ich dir einen Ordnungsruf.

Es hat aber auch von Seiten der FPÖ sehr harsche und tiefe Zwischenrufe gegeben. Ich werde mir das Protokoll vom Stenographen kommen lassen, um mir anzusehen, was er gehört hat, und wenn sich hier auch einige ... Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, ich habe nicht gesehen, dass Sie jetzt hier sitzen, als ich gekommen bin, ist ein Kollege hier gesessen! Ich werde mir also von der Stenographin das Protokoll kommen lassen, und wenn sich mein Gehör nicht geirrt hat, wird es dann noch weitere Ordnungsrufe geben, zum Beispiel gegen einige Abgeordnete von der FPÖ.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist nun Herr GR Blind, er hat mit GR Haslinger getauscht. Die gewählte Redezeit beträgt 6 Minuten. – Bitte, Sie sind am Wort.

GR Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, die uns über das Internet zusehen!

Ich darf vorausschicken: Wir hatten ein ähnliches Thema in der letzten Fragestunde des Gemeinderates. Dabei habe ich, und zwar lange bevor der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten hier stattfand, gefragt, wie Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, es halten beziehungsweise welche Schritte Sie gesetzt haben oder setzen möchten, um einen Integrationsprozess im Sinne einer herzustellenden Loyalität von Migranten gegenüber der Republik Österreich und natürlich auch gegenüber der Stadt Wien sicherzustellen. Das war insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass mittlerweile, wie ich auch erwähnt habe, sehr viele Personen mit Migrationsgeschichte in zweiter oder dritter Generation in Wien aufhältig sind.

Ich habe leider auf diese Frage nur Allgemeinplätze als Antwort bekommen. Und ich sage Ihnen: Das bedauere ich wirklich außerordentlich, weil die Frage wirklich ernst gemeint und nicht, wie Sie eingeleitet haben, irgendwie manipulativ war! Vielmehr hätte ich gern ehrlich Ihre Sicht der Dinge und die von Ihnen eingenommene Position erfahren.

Aber die Problemlage, so wie sie sich aus unserer

Sicht zeigt, hat Kollege Aigner schon relativ gut aufgezeigt, sodass ich jetzt, weil wir ja auch ein relativ begrenztes Redezeitkontingent haben, nicht darauf eingehen werde. (*GRin Anica Matzka-Dojder: Ist er schon bei Ihnen?*) Bitte, Frau Kollegin? (*GRin Mag Muna Duzdar: Ist er schon bei Ihnen?*) Ich habe gesagt: Unsere Sicht der Dinge hat Kollege Aigner relativ gut aufgezeigt! Ich habe nicht gesagt, dass Kollege Aigner bei uns ist. Sie sind Juristin, Frau Kollegin, Sie sollten solche feinen Unterschiede durchaus bewerten können!

Aber die Frau Kollegin Stadträtin hat etwas gesagt, und diese Antwort ist Ihnen entschlüpft: Sie hat nämlich einen relativ signifikanten Unterschied zwischen unserer und Ihrer Position angesprochen, was die Staatsbürgerschaften betrifft. – Sie haben gesagt, dass Sie die Verleihung der Staatsbürgerschaften als einen Integrations-schritt sehen, also bevor die Integration abgeschlossen ist. Wir sagen Ihnen: Wir – und wir halten das für schlaue, meine Damen und Herren – meinen, dass die Verleihung der Staatsbürgerschaft ein letzter Schritt sein soll, wenn die Integration abgeschlossen ist, und dass nur diejenigen diese bekommen sollen, die auf Grund ihrer Integrationsgeschichte bewiesen haben, dass sie mit dieser Staatsbürgerschaft im Sinne von Österreich auch verantwortungsvoll umgehen wollen. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Das, was Sie hier tun, ist gerade vor dem Hintergrund sehr gefährlich, dass es zu einer immer größeren Segregation in dieser Gesellschaft kommt. Und wenn Kollege Kubik – er ist ja Gott sei Dank anwesend – in seiner Rede zum Thema Wohnen gemeint hat, dass die Wohnbaupolitik der SPÖ bewirkt hat, dass es in Wien überhaupt keine Art von Ghettobildung gibt, dann möchte ich Sie, Herr Kollege Kubik, einladen, aus der Parallelwelt wieder in unsere Welt zurückzukehren! (*Zwischenruf von GR Gerhard Kubik.*)

Ich lade Sie wirklich ein, ich zahle es Ihnen auch: Kaufen Sie sich einen Einzelfahrschein, oder vielleicht haben Sie auch eine Jahresnetzkarte von Kollegin Vasilakou. Ich habe eine. (*Zwischenruf von GR Gerhard Kubik.*) Fahren wir gemeinsam zum Reumannplatz, und gehen wir dann ein bisschen auf dem Quellenplatz spazieren! Und wenn Sie mir sagen, dass sich dort keine Parallelgesellschaft gebildet hat, dann reden wir nicht vom gleichen Ort, Herr Kollege! Das ist ein Faktum. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist ein Problem, das Sie und auch die Integrationspolitik in dieser Stadt mit der Realität haben: Sie können sich mit Fakten einfach nicht anfreunden! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir haben aber jetzt noch ein weiteres Problem: Eine nicht allzu kleine Anzahl an Personen lehnt die Staatsbürgerschaft, die Sie ihnen im Wesentlichen nachschmeißen wollen, bereits ab. Sie wollen gar nicht mehr allein die österreichische Staatsbürgerschaft. Wir haben ja in den Medien in letzter Zeit gehört, dass von einem nicht allzu kleinen Teil der Bevölkerung, sobald die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, illegalerweise eine andere Staatsbürgerschaft, nämlich die türkische, wieder angenommen wird.

Das ist ein Rechtsbruch gleich nach der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, und ich sage das jetzt einmal ganz freundlich, weil ich heute schmeichelweich bin: Wenn solche Probleme auftauchen, findet man die Kritik von Seiten der SPÖ quasi nicht automatisch, sondern man muss sie suchen, wenn man sie denn überhaupt findet. Es gibt nämlich keine Kritik, und zwar aus einer ganz falsch verstandenen Toleranz heraus: Sie decken zu. Sie ignorieren. Und Sie beschönigen, meine Damen und Herren, dass es ärger nicht mehr geht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kurz noch eine Bemerkung, weil die Uhr quasi tickt. (*GR Gerhard Kubik: Ja, wahrlich!*) Ja! Sie tickt auch für die Wienerinnen und Wiener, Herr Kollege Kubik, aber das ist überhaupt nicht lustig für diese Leute. Sie amüsiert das, die Wienerinnen und Wiener geben Ihnen aber bei jeder Wahl die Antwort darauf. (*GR Gerhard Kubik: Nein! Sie amüsieren mich!*) Das glaube ich! Vielleicht verlange ich das nächste Mal Eintritt von Ihnen, wenn Ihnen das so viel Spaß macht!

Herr Kollege Kubik! Was aber nicht lustig ist: Wenn Herr Erdogan nach Wien kommt, dann ist schon klar, dass die rechtlichen Möglichkeiten, einen solchen Auftritt zu verhindern, begrenzt sind, wie ich es jetzt ausdrücken möchte. Man kann aber – und das vermisst mich – klar sein Missfallen zum Ausdruck bringen, wenn solche indiskutablen Aussagen und solche indiskutablen Vergleiche in unserer Stadt und in unserem Land vorgenommen werden!

Da frage ich mich halt: Wo war die Betroffenheitskundgebung des Herrn Bundespräsidenten? Wo war die Empörung oder die tiefe Besorgnis des Herrn Bundeskanzlers? Wo sind die polternden Worte des Herrn Bürgermeister, der sonst kein Problem damit hat, bei vollkommen legalen Veranstaltungen Vereine verbieten zu wollen? Wo sind diese Echauffierungen, wenn es um eine solche Provokation der Wienerinnen und Wiener geht? – Da sind Sie mucksmäuschenstill! Da trauen Sie sich nicht heraus, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was uns ganz besonders betroffen macht, ist ja nicht Herr Erdogan! Der kommt und geht wieder. Das Problem ist, dass Herr Erdogan eine Art Indikatorfunktion hat. Herr Erdogan ist eine Art Lackmus: Er macht erst deutlich, was sich in dieser Stadt abspielt, was Sie jahrzehntelang zugedeckt haben und was nun anhand dieses Auftritts endlich ans Tageslicht kommt und den Wienerinnen und Wienern bewusst wird. Und Sie werden feststellen: Sie werden Ihnen selbstverständlich auch die entsprechende Antwort bei der nächsten Wahl geben. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Das waren 7 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Die Restredezeit der FPÖ beträgt 6 Minuten, wie Sie sie auch gewählt haben.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Alle Menschen sind klug, die einen vorher und die anderen nachher.“ – Dass die SPÖ in dieser Frage der Integration

eher nachher klug ist, hat Kollegin Akcay bewiesen, indem sie die Diskussion über den Erdogan-Besuch als niveaulos bezeichnet hat. Aber ich verzeihe ihr das! Sie hätte anstatt „niveaulos“ vielleicht „unangenehm“ einsetzen sollen. Das Ganze ist ihr nämlich mit Sicherheit unangenehm! Zum einen möchte sie uns natürlich nicht recht geben, wenn wir gewisse Dinge ansprechen, die bei der Integration, speziell von türkischen Zuwanderern, eine Entwicklung genommen haben, die sie mit Sicherheit auch nicht haben will und die in der Öffentlichkeit immer sichtbarer werden. – Ich glaube allerdings, Ihre ersten zwei Sätze waren nicht auf dem Zettel aufgeschrieben, sondern Sie haben diese frei gesprochen, und darum haben Sie vielleicht „niveaulos“ statt „unangenehm“ gesagt. Das ist zu entschuldigen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Warum aber ist die SPÖ hinten nach? Und wer sind die anderen, die eigentlich schon vorher klüger sind? – Ich möchte daran erinnern: Die Bürgerinitiative Dammstraße hat sich 2007 gegründet, um ganz einfach auf eine Fehlentwicklung hinzuweisen. Die Menschen, die sich in der Bürgerinitiative gesammelt haben, haben darauf hingewiesen, welchen Einfluss der Verein ATIB – und ATIB ist gleich AKP und AKP ist gleich Erdogan – auf die türkischstämmige Bevölkerung nimmt. Und was hat die SPÖ getan? Was haben die GRÜNEN getan? Sie sind gegen diese Leute demonstrieren gegangen und haben sich aufgeregt und empört, sie haben sie kriminalisiert und ins rechte Eck gestellt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt sitzen Sie da und sagen, uns ist es auch nicht recht, dass Herr Erdogan kommt! Woher kommt denn diese Erkenntnis? Wo war Ihre Erkenntnis vor sieben Jahren? Im 10. Bezirk trafen sich bei ATIB die Gotteskrieger, die Salafisten. Da hat ATIB gesagt: „Die schmeißen wir raus, da es uns schaden könnte!“ Die Salafisten sind dann in die Altun-Alem-Moschee in den 2. Bezirk gezogen. Dort haben sich echte Islamisten versammelt, die vorher bei ATIB waren, und das wollen wir nicht! Das ist eine Entwicklung, gegen die wir ganz einfach auftreten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es geht aber nicht nur um ATIB, sondern wir konnten jetzt auch den Verein UETD bei den unterschiedlichsten Auseinandersetzungen und Diskussionen im Fernsehen bewundern. Diese Leute treten sehr eloquent auf, sie sind sehr redegewandt, lassen nichts aus, lassen sich nicht unterbrechen, sondern bringen ihre Positionen und ihre Botschaften durch. – Da sieht man genau, wohin die Züge verkehren, und das wollen wir ganz einfach nicht hinnehmen! Das sollten und müssen Sie akzeptieren, dagegen werden wir immer auftreten, das werden wir immer thematisieren!

Lesen Sie die heutige „Kronen Zeitung“! Ich habe sie nur kurz überflogen: Es ist unglaublich, was es da alles an Kriminalität und Gewaltbereitschaft gibt, vom Schlagringtäter mit seiner tschetschenischen Familie angefangen, die aber alle, aus welchem Grund auch immer, nicht von der Polizei beamtshandelt werden können, obwohl sie alle gewaltbereit sind. Oder anderer Schauplatz U-Bahn: Jemand wird vor dem Würstelstand in der U-Bahn-Station niederschlagen, und weil ein Kebap-Buden-

Besitzer Partei ergriffen und ihm geholfen hat, hat er überlebt. – Ich meine: Diese Entwicklungen wollen wir nicht!

Dabei muss man aber auch immer schauen, welche Religion die Täter haben. Wir sind prinzipiell für freie Religionsausübung. Aber diese Leute lassen sich über die Religion instrumentalisieren, und das wird immer deutlicher. Das haben Sie zum Beispiel bei der Demonstration vor einem Jahr gesehen, als die Türken am 23. Juni vom Columbusplatz nach Mariahilf zum Westbahnhof gezogen sind. Und jetzt gibt es so etwas wieder: Schauen Sie sich einmal an, wie sich die Leute dort anfeuern und instrumentalisieren lassen!

Und das kommt aus der Community selbst: Es sind genau diejenigen, die nicht am vifsten sind, denn auf diese kann man leicht zugreifen. Und worüber? Was ist die Transportschiene? – Die Religion! Und ich meine, wir dürfen uns dagegen wehren, dass das unterstützt wird! Da gibt es unzählige Vereine, die Millionen von Euro bekommen, damit sie unterstützt werden. Dort wird überall auch der von Ihnen erwähnte Deutschkurs angeboten, gegen den wir angeblich immer auftreten. – Wir treten aber nicht gegen die Deutschkurse auf, sondern gegen das, was da alles mitfinanziert wird! Dagegen treten wir auf! Das wollen wir so nicht hinnehmen! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. – GR Senol Akkilic: Immer solche Generalisierungen! – GRin Anica Matzka-Dojder. Welcher Verein wird mit Millionenbeträgen unterstützt?*)

In Summe sind es Millionenbeträge! (*GR Senol Akkilic: Kein einzelner Verein bekommt Millionen! Welcher Verein bekommt Millionen?*) Kein Einzelverein bekommt Millionen, da gebe ich Ihnen schon recht! Aber es sind insgesamt rund 21 Millionen EUR über Vereinssubventionen, die wir im Integrationsausschuss behandeln. So einfach ist das! (*Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wie viel ist es denn? 21 Millionen EUR sind es zusammengezählt. Sicherlich! 21 Millionen EUR waren es voriges Jahr. (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Okay.

Ihre Integrationspolitik steht momentan an. Das Einzige, was Sie können, ist, sich vornehm zurückhalten, nicht viel und laut darüber reden oder am besten gar nichts! Das wurde ja gerade angesprochen: Man möchte sich da nicht wirklich äußern, man möchte keine Stellungnahme dazu abgeben.

Warum machen Sie jetzt nicht irgendwann einmal Nägel mit Köpfen und sagen: Aus! Wir stellen jetzt die Subventionen für gewisse Vereine ein, von denen wir nicht genau wissen, was mit dem Geld geschieht, und bei denen auf Menschen Einfluss genommen wird. Warum tun Sie das nicht? (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Nein! Es steht nach wie vor in den Förderansuchen aller Vereine, dass sich der jeweilige Verein schon so bewährt hat, dass es diesen schon so lange gibt, dass der so super ist und unbedingt unterstützt werden muss.

Stellen Sie das einmal ein! Dann werden wir schauen, dann machen wir vielleicht ein kleines Reset, und dann werden wir sehen, wie die Integration der Zukunft

ausschaut und wie die Leute dann auskommen, wenn ihnen das Geld nicht nachgeworfen wird! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für Letzteres sind wir nicht zu haben, und darum werden wir den Rechnungsabschluss auch nicht unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich der Frau amtsführenden Stadträtin das Wort erteile, möchte ich noch festhalten, dass ich es für ausgesprochen degoutant halte, wenn sich Kolleginnen oder Kollegen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die noch nicht lange im Haus sind und eine große Rede halten, die sie vorbereitet haben und dann vielleicht ablesen, dafür von anderen kritisieren lassen müssen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber für den Inhalt müssen sie schon stehen!)* Herr Jung! Jetzt bin ich am Wort und nicht Sie!

Ich erwarte mir von allen Fraktionen, dass respektiert wird, wie jemand seine Rede hält, und dass es keinem zusteht, darüber ein Urteil zu fällen, in welcher Art und Weise jemand seine Rede hält. Das erwarte ich auch von der FPÖ! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Sind wir hier bei der Zensur?)* Wir sind hier nicht bei der Zensur, Herr Jung! *(GR Mag Wolfgang Jung: Doch! Sie tun es ja gerade!)* Nein, ich zensuriere nicht! Ich erwarte, dass Sie auch den jungen Kolleginnen und Kollegen mit dem gleichen Respekt gegenüberreten, wie Sie auch einem Senior hier im Haus gegenüberreten. Das erwarte ich mir von Ihnen! Genau so wie ich es auch von den anderen Rednern erwarte. Dass Sie keine Sitten haben, das wissen wir eh schon seit längerer Zeit. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt halten Sie sich aber zurück da oben!)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Sie sind am Wort. *(StR DDr Eduard Schock: Zur Geschäftsordnung!)* Nein! Frau GRin Kickert gelangt nun zu Wort. Ich habe das Wort bereits gemäß Geschäftsordnung vergeben. Setzen Sie sich nieder! Frau Dr Kickert ist am Wort! *(GR DDr Eduard Schock: Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung! Wir wollen das in einer Präsidialsitzung besprechen!)*

Frau Dr Kickert ist jetzt am Wort. Sie können nach der Wortmeldung gerne eine Sitzungsunterbrechung verlangen. – Bitte, Frau Gemeinderätin. *(Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der FPÖ mit Ausnahme von GR Mag Wolfgang Jung und StR DDr Eduard Schock verlassen den Sitzungssaal.)*

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren und vielleicht noch ein paar wenige Verbliebene vor dem Internet, die sich diesen Trubel anschauen!

Ich behaupte: Wien ist eine Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts. Die jetzige Debatte ist vielleicht nicht gerade ein Beweis dafür, vor allem, wenn zum Beispiel die Loyalität von MigrantInnen gegenüber der Stadt Wien in Frage gestellt wird.

So wie Kollege Baxant möchte ich stellvertretend für

viele andere MigrantInnen der ersten Generation hier stehen und sagen: Meine Loyalität gegenüber der Stadt Wien kann sicherlich nicht in Frage gestellt werden. Die Sprache der Rednerinnen und Redner der FPÖ ist deutlich, aber auch entlarvend, wenn von Menschen in zweiter Generation geredet wird, die in Wien „aufhältig sind“. – Ich lebe in Wien! Ich bin nicht in Wien „aufhältig“, ich lebe in Wien, ich arbeite in Wien, ich habe meine Kinder in Wien aufgezogen, und das ist mehr, als nur „aufhältig sein“! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Nun aber wieder zurück zur Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts und – wie in einem anderen Beitrag von Senol Akkilic auch schon angesprochen wurde – zur Stadt der Menschenrechte.

Ich möchte auf einen anderen wesentlichen Arbeitsbereich im Portefeuille der Stadträtin hinweisen, nämlich auf die Arbeit zum Paket der Vielfalt und Akzeptanz, bei der es neben ihrer Arbeit gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen auch um die Arbeit gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Schwule, Lesben und Transgender-Personen geht. Das ist ein nicht zu unterschätzender Bereich und vor allem ein Themenbereich, im Zusammenhang mit welchem Wien nicht nur in Österreich, sondern in Europa tatsächlich die Themenführerschaft übernommen hat.

Wien hat Österreich-weit die einzige Stelle innerhalb der kommunalen Verwaltung, nämlich die Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und Transgender-Lebensweisen. Es ist dies die erste Stelle dieser Art, und es gibt diese seit 15 Jahren. Vergangenes Jahr hat die WAST 15 Jahre ihres Bestehens gefeiert.

Wenn an anderer Stelle, ich glaube, es war gestern im Zuge des Rechnungsabschlusses, relativ despektierlich über die sogenannten rot-grünen Projekte aus dem Jahr 2001 gesprochen wurde, dann sage ich: Es gab tatsächlich solche Projekte bereits damals, und diese zeigen, wie man als konstruktiv arbeitende Opposition sinnvolle Projekte gemeinsam mit der Mehrheit im Gemeinderat auf den Weg bringen kann, die insgesamt zum Wohl der Bevölkerung und auch zur Reputation der Stadt beitragen.

Neben dieser 15-Jahr-Feier haben die WAST, aber auch die Geschäftsstelle der StRin Sandra Frauenberger das Thema Transidentitäten voriges Jahr in den Mittelpunkt gestellt, und es wurde eine wunderbare Broschüre herausgebracht, die ich allen zu lesen empfehle. Diese ist sehr gut für all jene, die sich – wie ich sagen möchte – im queeren Bereich nicht besonders gut auskennen und für den Rollenmix in der queeren Community vielleicht einen Leitfaden brauchen. In dieser Broschüre finden Sie einen handfesten Leitfaden, falls Sie das überhaupt interessieren sollte!

Aber die WAST arbeitet nicht nur an Maßnahmen gegen Homophobie und Transphobie und die damit verbundenen Gewalt, sondern diese Stelle ist wirklich eine der kompetentesten Einrichtungen in diesem Bereich für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung in diesem Gebiet. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die WAST hat die Stadt im Auftrag der Stadträtin auch bei der ersten internationalen Konferenz anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie im Mai vertreten, und seit diesem Zeitpunkt ist Wien auch dem internationalen Rainbow-Cities-Netzwerk beigetreten. Das ist ein europaweites Netzwerk, das sich mit Good Practices in diesem Bereich befasst, Erfahrungsaustausch betreibt und sozusagen Good Governance auch auf einer solchen Ebene vertritt.

Stellvertretend, weil ich die MitarbeiterInnen der Wiener Antidiskriminierungsstelle hervorgehoben habe, möchte ich hier auch für meine Fraktion noch einmal ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Geschäftsgruppe des Büros der Frau Stadträtin ausrichten und mich für die Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Ich möchte aber auch meiner Freude Ausdruck geben, dass ich weiß, dass Sie weiterhin verlässliche Arbeit im Sinne der Stadt leisten werden. Ich freue mich, auch weiterhin mit Ihnen zusammenzuarbeiten! – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächste ist an und für sich die Frau amtsführende Stadträtin zu Wort gemeldet.

Ich unterbreche aber jetzt die Sitzung für eine Präsidiale im Zimmer zu meiner linken Hand. – Ich darf die Klubobleute zu mir bitten. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 14.49 bis 15.04 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

In der Präsidialkonferenz, die über Wunsch stattgefunden hat, hatten wir natürlich am Anfang die Frage gestellt, welchen Grund die Unterbrechung hat, und hier hatten die Vertreter der FPÖ die Meinung vertreten, dass der Vorsitzende in seiner Äußerung die FPÖ beleidigt hätte, indem er der FPÖ die guten Sitten abgesprochen hat.

Wir haben dann in der Folge die technische Möglichkeit genutzt und haben uns die Passage insgesamt via Ton angehört. Sehr klar, alles verständlich. Und hier ging es darum, dass es im Vorfeld eine Diskussion gab, die zwischen dem Vorsitzenden und dem Kollegen Jung passiert ist, indem er, der Vorsitzende, vehement – und ich sage, auch zu Recht – die Art und Weise verteidigt hat, wie eine junge Kollegin hier ihre Rede dargeboten hat. Er hat nämlich auch gesagt: Und nehmen wir doch bitte auch zur Kenntnis *(GR Mag Wolfgang Jung: Das stimmt nicht!)* – jetzt nicht sagen, das stimmt nicht, wir haben es gerade gehört *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das hat er nachträglich gesagt!)* –, nehmen wir auch zur Kenntnis, dass wir – nämlich auch von der FPÖ – erwarten einen Respekt gegenüber den jungen Rednerinnen, wie es in diesem Fall war, wie der Respekt auch gegenüber Älteren gelebt wird. – All das ist hier so gefallen.

Und dann gab es wieder einen Diskurs, und da hat der Vorsitzende dann gemeint zum Kollegen Jung: „Dass Sie keine Sitten haben, das wissen wir eh schon die ganze Zeit.“ Er hat nicht gesagt, dass die FPÖ keine

Sitten hätte. Und das war der Anlass für die Unterbrechung. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Es war ja klar, was er gemeint hat!)*

Wir haben uns insofern geeinigt, dass ich diese Situation so darstelle und auch bemerke, dass die Vertreter der FPÖ trotzdem die Vorgangsweise insgesamt nicht für korrekt halten, sondern dass sie erwarten würden, dass der Vorsitzende mit mehr Bedacht auch eine vehemente Kritik an seiner Person zur Kenntnis nehmen soll.

Diese Meinung teilen nicht alle im Präsidium. Ich auch nicht. Der Vorsitzende ist ein Mensch wie jeder andere, der auf Kritik auch entsprechend reagieren darf.

Und daher gab es noch eine zusätzliche Äußerung: Der Herr Vorsitzende hätte ja vorher schon dem Kollegen Jung einen Ordnungsruf erteilen können. Die Äußerung kam von der FPÖ, und ich habe dem Kollegen Reindl gesagt: „Eigentlich hättest du es machen können.“

So war es, und ich würde meinen, dass wir wieder ein bisschen Ruhe herstellen, außer wir wollen diesen Tumult verlängern. Ich würde wirklich bitten, dass wir ... *(GR Johann Herzog: Aber dann sollte er das auch zur Kenntnis nehmen!)* Ich habe das so auch in der Präsidiale gesagt, was ich hier sagen werde, im Beisein aller. Und ich bleibe bei dem, was ich dort gesagt habe, weil es dann auch so akzeptiert wurde, und zwar von allen – von allen! – so akzeptiert wurde.

Ich würde darum bitten, den gegenseitigen Respekt zu wahren. Ich weiß, das sind Worte, die bei manchen in den Wind gesprochen sind, aber ich würde wirklich darum bitten, weil dieses Gremium nur dann total gut arbeiten kann, wenn der Respekt von allen gegenüber den anderen existiert. Anders geht es nicht! *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP sowie von GR Wolfgang Irschik.)*

Ich würde daher ersuchen: Versuchen wir, diesen Unmut, der aus irgendwelchen Situationen entstanden ist *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, nicht aus irgendwelchen Situationen! – GR Mag Dietbert Kowarik: Es braucht niemand so zu handeln!)*, wieder dorthin zu bringen, dass wir ein normales Klima im Saal haben. Ich bitte, die Sitzung so fortführen zu können. Ich bitte darum.

Zur Geschäftsordnung hat sich ... *(GR Mag Wolfgang Jung hat sich bereits zum Rednerpult begeben und beginnt noch vor der Worterteilung ohne Mikrofon zu sprechen.)* Entschuldigung, Entschuldigung! Wenn wir die Geschäftsordnung einhalten, gehen wir korrekt vor. Zur Geschäftsordnung gemeldet hat sich der Kollege Jung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender!

Sie haben hier eine sehr verkürzte Darstellung gegeben. Meine Kritik hat sich dahin gehend an dem Vorsitzenden artikuliert, was er festgestellt hat. Wir haben nämlich diese Rednerin nicht bei der Rede gestört, wir haben den Inhalt der Rede kritisiert. *(Widerspruch bei SPÖ und GRÜNEN.)* Entschuldigen Sie einmal, der Inhalt der Rede war es, und um den ist es gegangen. *(Weiterer heftiger Widerspruch bei SPÖ und GRÜNEN.)* Es ist um den Inhalt der Rede gegangen, und da hat niemand Narrenfreiheit, irgendetwas zu behaupten, erst recht nicht, wenn ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der*

SPÖ.) Na, schauen Sie ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Nur weiterreden!

GR Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Ja, das ist nicht ganz einfach.

Es ging darum, dass wir uns nicht verbieten lassen, den Inhalt einer Rede zu kritisieren. Das habe ich kritisiert und nichts anderes. Und das werde ich mir auch in Zukunft nicht nehmen lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Okay. (*GR Johann Herzog: Ich würde noch gerne etwas zur Geschäftsordnung sagen!*)

Zur Geschäftsordnung.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Die Darstellung des Herrn Vorsitzenden ist korrekt. Wir haben selbstverständlich zugestimmt, dass er diese Äußerung machen wird, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass wir der Ansicht sind, dass vom Präsidium her nicht die Beurteilung eines Abgeordneten zu erfolgen hat. Das möchte ich nur feststellen von unserer Partei her. Die Feststellungen des Herrn Vorsitzenden beziehen sich sehr generell auf das Gleiche. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Gut. - Am Wort ist nun die Frau Amtsf StRin Frauenberger. Ich weise darauf hin, dass ihre Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Zurück zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz, Personal und Antidiskriminierung.

Vorweg möchte ich klarstellen, dass für aktive Integrationspolitik in unserer Stadt 10,4 Millionen EUR zur Verfügung stehen und dass gerade im Jahr 2013, auf das sich ja unsere Rechnungsabschlussdebatte heute bezieht, der Schwerpunkt in der Integrationspolitik beim Thema Sprachen gelegen ist. 250 Sprachen werden in Wien gesprochen. Studien zeigen, dass Wienerinnen und Wiener mit einem sogenannten Migrationshintergrund – mir ist die Bezeichnung Migrationserfahrung lieber – drei Sprachen sprechen, und ich denke mir, dass das eine sehr, sehr wertvolle Tatsache ist für ein weltoffenes Wien und dass es auch eine sehr, sehr große Chance für uns darstellt.

In der Bearbeitung unseres Schwerpunktes der Mehrsprachigkeit war immer wieder sehr deutlich sichtbar, welches Potenzial wir dadurch in dieser Stadt haben und dass wir dieses Potenzial auch fördern müssen, um in diesem Wettbewerb der sogenannten besten Hände und Köpfe auch reüssieren zu können. Peko Baxant hat das ja in seiner Rede schon ausgeführt, dass es auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt natürlich enorme Bedeutung hat, wenn wir viele Sprachen in dieser Stadt sprechen.

Ich möchte bei der Gelegenheit einmal mehr sagen, dass es natürlich für uns alle klar ist, dass das Beherrschen der deutschen Sprache eine ganz wichtige Grundlage für das Zusammenleben in Wien ist. Das leugnet

auch niemand, das wird nur immer wiederum dann hervorgeholt, wenn einmal mehr versucht wird, Sprachen gegeneinander auszuspielen, und wenn einmal mehr versucht wird, einfach auf dem Rücken Einzelner Politik zu machen. Es ist kein Entweder-oder, wenn es um die Sprache geht, sondern es ist ein Sowohl-als-auch. Und genau das ist der Hintergrund unserer Politik und unserer Vorgangsweise in dieser Frage.

Wir haben uns unter dem Motto „Sprache bildet“ daher auch für das Jahr 2014 und die weiteren Folgejahre sehr viel vorgenommen. Auf der einen Seite geht es darum, eine flächendeckende Sprachförderung im Kindergarten und in der Schule für unsere Kinder anzubieten. Dafür braucht es natürlich die entsprechenden sogenannten 15a-Mittel, wo wir als Wien uns immer sehr intensiv dafür eingesetzt haben, dass diese Mittel auch zur Verfügung stehen. Wir haben auch heute schon gehört, wenn wir hier sehr früh ansetzen und die Kinder sehr früh in die Lage kommen, die deutsche Sprache gut zu sprechen, dann ist sozusagen ihre Zukunft auch gesichert. Das heißt, sich als Wien dafür einzusetzen, macht allemal großen Sinn. Ab Herbst startet dazu auch noch die kostenlose Lernhilfe in den Schulen, die unsere Kinder sicherlich auch weiterbringen wird.

Der zweite Punkt ist die Neuorganisation der Deutschkurse. Hier geht es uns darum, uns von der Einstufung bis zur Weiterbildung nach dem Prinzip „Alles aus einer Hand“ gut aufzustellen und natürlich auch im Rahmen von „Start Wien“ – auch das ist heute schon beschrieben worden – hier unser Erfolgsprojekt weiterzuführen in einer sehr engen Kooperation mit dem AMS und mit unserem Qualifikationsplan Wien 2020.

Ein dritter Punkt im Rahmen der Offensive „Sprache bildet“ ist, dass wir gemeinsam mit den Communities die Erstsprachen fördern wollen, um hier eben dieses Potenzial auch entsprechend auszuschöpfen und nicht Jugendliche zu haben, die zwar eine andere Erstsprache als Deutsch haben, aber die diese Sprache nie so gut erlernen, dass sie sie dann letztendlich einmal, wenn sie auf den Arbeitsmarkt gehen, auch tatsächlich verwerten können. Dieses Potenzial dürfen wir nicht brachliegen lassen, daher eine weitere Konzentration auf die Erstsprachen.

In der Integrations- und Diversitätspolitik an sich muss man dazusagen, gleiche Chancen für alle Wienerinnen und Wiener und der soziale Aufstieg ist hier unser großes Ziel. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, diese Kompetenzen brachliegen zu lassen. Das habe ich schon ausgeführt. Und ich möchte mich bei dieser Gelegenheit – ein paar Tage zu früh, aber ich hoffe, mit Ihnen gemeinsam – ganz, ganz herzlich bei der Magistratsabteilung 17 bedanken, die am 1. Juli zehn Jahre sehr, sehr erfolgreich und engagiert in der Integrationsarbeit in Wien arbeitet, einen wundervollen Beitrag dazu leistet, dass das Zusammenleben funktioniert und dass wir eine Stadt voller Vielfalt sind, voller Respekt, wo der Dialog im Vordergrund steht. Genau darum geht es uns in unserer Integrationspolitik, nämlich um die Chancengleichheit und um das Miteinander. Liebe Magistratsabteilung 17! Alles, alles Gute zum zehnten Geburtstag! (*Beifall bei*

SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)

Ich möchte jetzt eines noch einmal wiederholen, weil heute nämlich auch sehr stark mit Symbolik gearbeitet wurde. Wofür stehen denn die drei Pfeile? Die stehen auf der einen Seite gegen etwas – das ist heute schon gesagt worden –, und zwar gegen Faschismus, Kapitalismus und Reaktion, aber die drei Pfeile stehen auch für etwas, nämlich für die Freiheit, für die Gleichheit, für die Gerechtigkeit und die Solidarität, und das sind durchaus sehr wertvolle Symbole, die nie an Aktualität verlieren, wie auch die heutige Debatte gezeigt hat.

Ich möchte einmal mehr auch im Zusammenhang mit den letzten Tagen und mit dem privaten Besuch von Premierminister Erdogan sagen, in Wien setzen wir sehr, sehr stark auf ein gutes Zusammenleben. Wir wollen gemeinsam in dieser Stadt die Vielfalt gestalten, und seit sehr vielen Jahren erklären wir in Wien – und das möchte ich auch noch einmal eng verbinden mit dem Jubiläum der Magistratsabteilung 17 – jenen eine ganz klare Absage, die hetzen oder auch immer wieder versuchen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Politik, das auch immer wieder aufzuzeigen und den Hetzern hier auch klar die Stirn zu bieten, denn wir gehen den Weg der Integration und der Inklusionspolitik sehr, sehr konsequent weiter. Es geht uns darum, dass wir in dieser Stadt friedlich zusammenleben und dass wir in dieser Stadt eine Antwort auf all das haben, nämlich die Antwort des Dialoges, der Mitbestimmung und des verstärkten Miteinanders.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition und im Besonderen von der FPÖ! Das ist nämlich unser Wien (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), und unser Wien ist ein Wien, das sich ganz klar abgrenzt. In unserem Wien hat Fremdenfeindlichkeit einfach keinen Platz, genauso wenig wie Homophobie und Transphobie in unserer Stadt Platz haben. Wien ist Regenbogenhauptstadt, und darauf sind wir sehr, sehr stolz.

Es geht uns hier in dieser Stadt in der Politik nicht nur um das Thema der ewig diskutierten Toleranz – das ist mir ein bisschen zu wenig –, uns geht es in diesem Themenbereich ganz stark auch um das Thema Akzeptanz und Respekt. Unser Ziel ist es, dass es egal ist, ob ein Mensch lesbisch, schwul, trans- oder heterosexuell ist, jeder Mensch soll in Wien frei leben und lieben dürfen. Das ist unser Ziel. Wir wissen, dass 90 Prozent der Wienerinnen und Wiener angeben, dass sie, wenn sie Schwule oder Lesben oder Transgender-Personen sind, in ihrer Schulzeit mit Mobbing oder mit Beleidigungen konfrontiert worden sind, und ich denke mir, da müssen bei uns allen die Alarmglocken schrillen. Wir wissen auch – und das finde ich ganz besonders erschütternd –, dass bei Jugendlichen, die homosexuell sind, die Selbstmordrate sieben Mal höher ist als bei heterosexuellen. Ich muss sagen, da braucht es eine konsequente, klare Positionierung und Politik, und wir betreiben seit 15 Jahren, und so auch 2013, die sogenannte „Amtliche Buntmachung“ mit unserer Wiener Antidiskriminierungsstelle. Wir haben konsequente Politik verfolgt. In Wien kann geheiratet werden, indem man sich verpartnern kann. Wir haben landesgesetzlich alle rechtlichen Gleichstel-

lungen erreicht, die wir uns vorgenommen haben. Wir haben uns mit sehr, sehr großem Engagement für Regenbogenfamilien eingesetzt. Um meine Zeit nicht zu sehr auszulasten, möchte ich mich noch einmal auch bei Jennifer Kickert bedanken, die unsere Transgender-Aktivitäten dargestellt hat.

Gratulation und große Wertschätzung auch von meiner Position hier an Conchita Wurst. Sie hat wirklich ein Fenster der Energie geöffnet, das wir jetzt auch für den Kampf um die weitere Gleichstellung tatsächlich nutzen wollen, ob das die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes ist, das sogenannte Leveling-up, ob das das Adoptionsrecht ist oder die Reform und die Öffnung der Ehe. Für all das treten wir ein. Wien ist also nicht nur von seinen touristischen und technischen Ortsgegebenheiten, von der Struktur her der richtige Ort, sondern Wien ist auch inhaltlich der richtige Ort für die Austragung des nächsten Eurovision Song Contests. Und darauf sind wir sehr, sehr stolz. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Jetzt ist eigentlich eine sehr charmante Gelegenheit, die auch den Fortschritt unserer Gesellschaft zeigt, ich darf jetzt von Conchita Wurst auf die Frauenpolitik überleiten. In unserer Frauenpolitik haben wir eine sehr, sehr klare Position, ein Ziel: Frauen sollen sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Hier geht es natürlich ganz stark darum, uns weiter dafür einzusetzen, dass Frauen gerecht bezahlt werden, dass es eine tatsächliche Verteilungsgerechtigkeit gibt. Ein zentraler Aspekt ist natürlich nach wie vor die Debatte um die unbezahlte Arbeit oder auch die sogenannte Care-Ökonomie, wo wir sehen, dass es immer noch eben die Frauen sind, die die Kinderbetreuung übernehmen, die in Karenz gehen, die die Pflege der nahen Angehörigen übernehmen, dass Frauen eben nach wie vor die gesamte Verantwortung für die Familienarbeit tragen. Das führt auf der einen Seite zu sehr, sehr hoher Belastung von den Frauen, es führt aber auf der anderen Seite natürlich auch zu schlechteren Karrierechancen und eben zu dieser Lohnschere, mit der wir konfrontiert sind.

Wir verbessern uns von Jahr zu Jahr. Trotz allem werden wir erst Ruhe geben, wenn es uns tatsächlich gelungen ist, sowohl die Arbeitszeit als auch die unbezahlte Zeit tatsächlich gerecht zu verteilen. Dafür braucht es auch das Instrument der Arbeitsbewertung. Arbeitsbewertung bedeutet, zu schauen, wie kann Arbeit eigentlich gerecht entlohnt werden, wie bewerte ich Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht, und wer verdient da – im wahrsten Sinne des Wortes – mehr, welche bewertete Arbeit verdient mehr, ist es der Müllaufleger oder die Kindergartenpädagogin? Und solange wir diese Differenzen nicht ausgleichen, solange wird es sehr, sehr schwierig sein, die Einkommensschere tatsächlich zu schließen.

Aber in dieser engagierten Arbeit, die wir hier in der Stadt verfolgen, kann ich Ihnen versichern, dass wir auf einem sehr, sehr guten Weg sind, und der Gleichstellungsmonitor wird uns hier auch noch in den nächsten Jahren, muss man schon sagen, entsprechend unterstützen. Ziel bleibt natürlich: Equal Pay Day am 31. Dezember. Je früher dieser 31. Dezember erreicht wird,

desto lieber ist es mir. Da brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden.

Arbeitsbewertung wird ein Thema sein, dem wir uns groß widmen, nämlich auch im Zuge der Besoldungsreform hier in der Stadt Wien. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben leider immer wieder, dass sie vorgeführt werden, dass sie kritisiert werden, dass sie krankgeredet werden, dass sie schlechtgeredet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier in diesem Haus haben wir große Anforderungen, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen haben. Diese Stadt ist eine sehr, sehr große Stadt, sie ist die größte Arbeitgeberin, die Stadt wächst, und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten so einen wesentlichen Beitrag dazu, dass diese Stadt auch so wunderbar funktioniert. Ohne ihr Engagement wäre Wien nicht unser Wien, und dafür möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz, ganz herzlich bedanken und ihnen – ich glaube, in unser aller Namen – auch einen schönen Sommer wünschen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Also kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, kein Platz für Homophobie, kein Platz für Transphobie, schon gar kein Platz natürlich auch für Frauenfeindlichkeit, sondern viel Platz für Gerechtigkeit, für Solidarität, für den Dialog und für ein wunderbares Wien. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, et cetera liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen daher zur Beratung der nächsten Geschäftsgruppe, allerdings nicht bevor wir – ich habe jetzt nachgezählt, zwölf und nicht elf, wie wir mitgeteilt wurde – zwölf ganz tolle Jugendliche aus dem 3. Bezirk, aus dem Gymnasium in der Boerhaavegasse, Klasse 2A, hier in unserem Hause sehr herzlich begrüßen. *(Allgemeiner Beifall.)* Ich danke fürs Kommen trotz des tollen Tages draußen, aber wir sitzen jetzt schon zwei Tage hier.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr. Ihre gewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ach, die jungen Damen gehen schon. Noch einen schönen Nachmittag!

Die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport schließt heute den Reigen dieser Rechnungsabschlussdebatte ab. Wir gehen so quasi ins Finale, und ich freue mich, dass der Saal eigentlich noch immer so dicht besetzt ist. Ich werde heute einen Antrag nicht einbringen, den ich einbringen wollte, das ist der Antrag auf Vereinheitlichung der schulautonomen Tage auf Länderebene, auf der Ebene des Landes Wien. Wir werden den am Montag im Landtag einbringen. Ich habe mit dem Kollegen Vettermann schon gesprochen, und ich freue mich eigentlich, dass ich da irgendwie spüre, dass über die Ressortgrenzen hinweg der Wille besteht, eine Erleichterung für die Eltern in Wien zu schaffen, denn es ist wirklich eine sehr große Herausforderung,

wenn man zwei Kinder in zwei verschiedenen Schulen hat und dann verschiedene schulautonome Tage. Also ich merke schon, es sind etliche da, die davon auch betroffen sind, und ich hoffe, dass wir im Herbst im Bildungsausschuss dann für das nächste Schuljahr – denn für das jetzt im September beginnende ist der Zug ja abgefahren – eine Lösung schaffen werden. Also ich bin da guten Mutes und danke für das Entgegenkommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist schon so – das möchte ich nach diesen zwei Tagen der Debatte auch anmerken –, dass es natürlich für viele und vielleicht für manche Außenstehende ein Jammern auf hohem Niveau ist, das hier abgeführt wird, aber es muss schon auch möglich sein, dass man berechnete Kritik äußert. Es ist nicht so, dass alles schlecht ist, keine Frage, aber es liegt halt vieles auch im Argen, und es ist durchaus auch so, dass wir in vielen Bereichen ein großes Potenzial nach oben haben.

Wo ich wenig Potenzial nach oben sehe in diesem Ressort, das ist die Öffentlichkeitsarbeit, denn da haben wir ja seit einem Jahr die Gelegenheit, quartalsweise präsentiert zu bekommen, wie die Kommunen, die Länder, die Ministerien werben, und ich muss sagen, Wien ist da immer voran, wir sind da wirklich ganz toll unterwegs. Wir haben es jetzt auch im 1. Quartal 2014 wieder geschafft. Wir haben mit 8,5 Millionen mehr als das Doppelte in Werbung investiert als alle anderen Bundesländer zusammen. Wir werben vier Mal so viel wie alle Bundesressorts, wie alle Ministerien zusammen. Also da sind wir nicht zimperlich, und da ist für mich auch keine Luft nach oben, sondern eher sollten wir Druck nach unten ausüben, dass sich diese Kosten zurückschrauben.

Warum tun Sie das? Warum tut das die Stadtregierung? Warum passiert das aus vielen Ressorts heraus? Denn es ist ja nicht so, dass der Presse- und Informationsdienst jetzt ausreicht, nein, wir nehmen ja dann auch noch Kampagnen aus den einzelnen Ressorts dazu. Es soll halt vielleicht auch ein bisschen zurechtrücken, was zunehmend in der Öffentlichkeit kritisch gesehen wird: Dass das Wirken, das von der Stadtregierung ausgeht, vielleicht doch nicht ganz so segensreich ist. Da gab es im Februar einen Akt, der das zum ersten Mal auch wirklich ganz dramatisch, ehrlich und schonungslos angesprochen hat. Da hat man nachlesen können, warum man diese spezielle im Februar beschlossene Informationskampagne startet. Es stand dort wortwörtlich in dem Akt drinnen: „In Anbetracht der Berichterstattung der letzten Wochen und Monate wird der Eindruck erweckt, als wären die Leistungen und Angebote in Wien nicht mehr qualitativ oder nicht mehr vorhanden, und dem gilt es entgegenzuwirken.“

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den letzten Tagen und Wochen – und das ist ja jetzt auch in den letzten zwei Tagen durchaus immer wieder angesprochen worden – rückt die neueste Errungenschaft ins Licht der Werbung, das gibt es jetzt über alle Kanäle, das ist das Thema Bildung, das jetzt groß plakatiert wird mit dem zentralen Thema der Gratisnachhilfe im Mittelpunkt. Oder doch Förderunterricht oder Förderung 2.0? So

genau wissen wir es nicht. Wie gesagt, da gibt es diese Plakate auch gerne mal doppelseitig. Die SPÖ hat dann auch eine Kampagne geschaltet, wo wir hören: „Schlau ist: Wenn es an der Schule Gratisnachhilfe zum Nulltarif gibt.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, die SPÖ-Werbung zu kritisieren, aber es ist nicht ganz schlau, zu sagen, Gratisnachhilfe zum Nulltarif, denn das ist es nicht. Das, was Sie jetzt hier ankündigen, ist erstens einmal nicht gratis, denn gratis gibt es nichts, in irgendeiner Art und Weise wird man das finanzieren müssen, aber es kommt auch nicht allen Schülern zu Gute. Wie wir wissen – der Herr Stadtrat hat es ja selbst in einer Aussendung kund getan –, wird das nur jenen Schülern zu Gute kommen, die in Wien in eine öffentliche Schule gehen. Das heißt, 42 000 Wiener Schüler, die in nichtöffentliche Trägerschulen gehen, in private Schulen gehen, sind davon nicht betroffen. Gut, da kann man sagen, das ist vielleicht so ein bisschen der ideologische Irrgedanke, dass man nur als Millionär sein Kind in eine private Schule gibt. Das ist nicht so. Es gibt genug private Träger, die sehr spezielle Angebote für Kinder mit speziellen Bedürfnissen offerieren.

Nur, was das wirklich Perfide für mich daran ist: Sie finanzieren oder Sie organisieren diesen Förderunterricht am Nachmittag dadurch, dass Sie am Vormittag Förderstunden kürzen. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Das ist falsch!)* Das ist nicht falsch. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Doch, das ist falsch!)* Dann kennen Sie Ihre eigenen Papiere nicht. Dann reden Sie bitte mit der Stadtschulratspräsidentin. Förderunterricht und Förderstunden, die den Lehrern am Vormittag jetzt zur Verfügung stehen für die eigenen Klassen, werden zurückgenommen zu Gunsten ... *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Das eine ist der Stellenplan des Bundes, das andere ist das, was die Stadt Wien finanziert!)* Reden Sie sich nicht schon wieder auf den Bund aus. Es ist Fakt: Den Volksschullehrern in Wien stehen ab Herbst für ihre Klassen weniger Förderstunden zur Verfügung. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Nein, das ist falsch!)* Dafür halten Sie am Nachmittag jetzt Gratisnachhilfe für alle ab. So geht es nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es werden 400 Planposten zur Verfügung gestellt. 220 gehen an die Volksschulen und 180 Planposten gehen an die Volkshochschulen, denn dort wird dann die Förderung für die Mittelschulen und fürs Gymnasium stattfinden. Vermute ich jetzt einmal. Da wissen wir ja noch nichts Genaues, denn im Herbst geht es einmal in den Volksschulen los. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Erklären Sie das jetzt einmal!)*

Ich meine, Sie können sich jetzt aufregen, aber ich bin seit Wochen zu dem Thema wirklich intensiv unterwegs. Ich bin in Schulen, ich rede mit Direktoren, ich rede mit Lehrern, ich rede mit Menschen, die im Stadtschulrat arbeiten. Es gibt gar keine andere Möglichkeit, das zu finanzieren, als am Vormittag etwas wegzunehmen. Und das passiert. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Das ist falsch!)* Das ist nicht falsch, das gebe ich Ihnen dann auch gerne. *(GR Mag Jürgen Czernohorszky: Zahlt die Stadt Wien die Lehrer oder nicht?)* Melden Sie sich

nach mir. Ich werde jetzt einmal meine Rede so halten, wie ich sie vorbereitet habe und wie ich sie guten Gewissens auch halten möchte.

Und ich kann Ihnen eines versichern: Kein Mensch, mit dem ich in den letzten vier Wochen gesprochen habe in Wien, glaubt Ihnen den Schmah von der Gratisnachhilfe! *(Beifall bei der ÖVP.)* Kein Mensch! Ob das Lehrer sind oder andere. *(Zwischenruf von GR Prof Harry Kopietz.)* Hören Sie, komme ich gegen 100 Millionen Werbebudget an? Ich kann nur im Kleinen versuchen, die Leute aufzuklären. Und das werde ich tun, solange ich hier bin. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Prof Harry Kopietz: Aufklären tut man mit richtigen Fakten und nicht mit falschen!)* Wir werden sicher noch genug Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Ich habe nicht mehr allzu viel Zeit, deswegen möchte ich abschließend noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das uns auch schon seit sehr vielen Jahren beschäftigt und noch viele, viele Jahre beschäftigen wird, das ist das Thema Stadthallenbad. Es ist jetzt Ende Juni dann soweit, dass das Bad 1 521 Tage geschlossen ist, ein bisschen mehr als 4 Jahre. Es wird sicher demnächst irgendwann aufsperrten. Ich habe gehört, das wird so eine Art Soft Opening. Das kann ich mir jetzt auch noch nicht im Konkreten vorstellen, denn entweder sperre ich auf oder sperre nicht auf. Wenn ich alle Bewilligungen habe, sperre ich auf. Aber Soft Opening ist jetzt wieder so ein Terminus, der verschleiern möchte, so wie smart oder ich weiß jetzt nicht, welcher Anglizismen Sie sich da sonst noch gerne bedienen.

Das Stadthallenbad wird uns deswegen noch lange, lange beschäftigen, weil wir ja jetzt einen Prozess oder mehrere Prozesse haben, die so ein bisschen nach der Methode „Haltet den Dieb!“ losgetreten wurden. Das Kontrollamt hat ja in zwei wunderbaren Berichten aufgezeigt, was alles die Verantwortlichen dort verabsäumt haben, und zwar nicht nur während der Sanierung, sondern auch schon davor. Angesichts dieser Tatsachen und einiger anderer Dinge, auf die ich jetzt gar nicht näher eingehen möchte, empfinde ich es persönlich als eine recht mutige Entscheidung, sich in eine Prozessschlacht zu werfen. Mutig kann man aber gerne sein, wenn man das Risiko nicht selbst zu tragen hat. Wenn ich als Privater das Risiko trage, dann überlege ich mir sehr wohl, ob ich mir so einen Prozess antue. Es gäbe andere Möglichkeiten. Es gibt Schiedsgerichtsverfahren, die wesentlich schneller ablaufen. Gerade, was so komplexe Bauprozesse betrifft, kann ich Ihnen versichern, unter acht bis zehn Jahren werden wir nicht durchkommen. Es kostet ein Vermögen an Anwaltskosten, von den Zinsen will ich gar nicht reden, und am Ende wird ein Vergleich stehen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir werden dem Rechnungsabschluss 2014 nicht zustimmen. Der von Ihnen gewählte Weg des Mitteleinsatzes ist nicht schlau und auch nicht besonders smart. *(Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Seine Redezeit

wird auf 12 Minuten eingestellt.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Man merkt, dass wir schon lange da sind. Es sind wenig hier, auch in meiner Fraktion.

Wir haben jetzt die typische Einleitung gehabt: Es ist nicht alles schlecht, aber ... Und das, was nicht schlecht ist, das kommt nicht. Deswegen ist die Arbeitsteilung da herinnen im Haus immer so einfach. Die Opposition sagt, es ist nicht alles schlecht; das war quasi der gute Teil. Die Regierung ist, damit es einen Ausgleich gibt, fast schon dazu verdammt, zu sagen, es ist nicht alles richtig, aber ..., um dann nur das Richtige aufzuzählen. Dann stimmt wenigstens von der Anzahl der Wortmeldungen her der ganze Text. Das hat aber zur Realität trotzdem nicht unbedingt immer einen direkten Bezug.

Man könnte darüber reden, wie viel Geld die Stadt Wien investiert in Kindergärten und in Schulen und in deren Ausbau. Man könnte auch ewig lang nur über die neuen Campusmodelle reden, die alle nicht nur vorbildlich sind, sondern genau so müssten Schulen sein. Jeder, der ein Kind hat, auch wenn es jetzt schon größer ist, hätte gerne sein Kind in solch eine Schule gegeben, wie sie jetzt am Campus Hauptbahnhof entstehen, wo 20 000 m² für über 1 000 Kinder zur Verfügung stehen mit 200 PädagogInnen, wo alles da ist. Das spielt tatsächlich alle Stückeln.

Das kostet natürlich auch mehr als eine herkömmliche Schule, als eine herkömmliche Hauptschule, als ein herkömmlicher Kindergarten, aber die Frage ist immer: Wie viel sind uns die Kinder wert, wie viel ist uns der Nachwuchs wert in der Stadt und in ganz Österreich? Denn wie in den Zwischenrufen vorher richtig festgestellt wurde, nicht für alles, was in Wien unter Bildung passiert, ist Wien alleine verantwortlich. Leider nicht, muss man in dem Fall sagen, denn ich glaube, dass wir mit ausreichendem Geld selber schlauer vorgehen würden, als es uns die Bundesregierung möglich macht.

Die Campusschulen mit neuen Standards, das neue Berufsschulgebäude, die Schulsanierungen – all das sind Sachen, die vorangetrieben werden. Ich nenne jetzt nur ganz wenige Zahlen. Alleine im Kindergartenbereich – heute im Sonderausschuss sind noch einmal 60 Millionen EUR beschlossen worden – werden für den Kindergarten ausbau im Jahr 2014 um 100 Millionen EUR mehr ausgegeben als im Jahr 2013. Im Jahr davor erfolgte eine Erhöhung von 590 Millionen EUR auf 630 Millionen EUR, das ist der aktuelle Rechnungsabschluss, 730 Millionen EUR werden es in diesem Jahr für alle privaten und öffentlichen Kindergärten und für Tageseltern zusammen sein. Das ist eine Entwicklung und eine Steigerung, die Sie in keinem anderen Bundesland in dem Ausmaß sehen. Kein Bundesland investiert derart viel in seine Kindergärten von öffentlicher Seite.

Da muss man immer wieder den Gratiskindergarten bemühen. Da rühmen sich die einen, dass Sie hier einen Antrag stellen. Politische Parteien soll man an dem bewerten, was sie tun. Mittlerweile sind die GRÜNEN in mehreren Landesregierungen vertreten und überall wären wir für den Gratiskindergarten, aber wir haben es ja

immer wieder mit anderen Partnern und Partnerinnen und zu tun. Es gibt ihn halt einmal nur hier. Es hat ihn versuchsweise auch in der rot-schwarzen Steiermark gegeben für ein zweites Jahr; nicht von null bis sechs, sondern von vier bis sechs Jahren. Ein Jahr muss man verpflichtend anbieten, weil ja ein Kindergartenjahr verpflichtend ist. Frei war es in der Steiermark für zwei Jahre, aber das ist abgeschafft, ersatzlos gestrichen worden. Geben tut es ihn nur hier. Zumindest da wäre es angebracht, dass man dafür zwischendurch auch einen Pluspunkt von der Opposition bekommt.

Jetzt haben wir natürlich auch Probleme. Welche Probleme haben wir im Wesentlichen im Bildungsbereich? Wir haben eine Menge Leute, die 15 Jahre alt sind – das sind ungefähr 2 000 pro Jahr, die dazukommen –, die tatsächlich mit Lesen und Schreiben so große Schwierigkeiten haben, dass sie nicht nur keine Lehrstelle bekommen, sondern mit dem Bildungsgrad praktisch keinen Job mehr bekommen können. Diese Jobs sterben nämlich weg, die werden leider immer weniger. Nicht leider, eigentlich muss man ja froh sein, dass Jobs mit höherem Niveau da sind und die Leute bessere Jobs machen, aber wer sehr wenig Qualifikationen hat, findet auf dem Arbeitsmarkt immer weniger oft einen Arbeitsplatz. Und das wird sich auch nicht ändern, weil sich das halt so weiterentwickelt. Man muss im Lager auch umgehen können mit einem Computer. Da hat sich halt einiges verschoben.

Genau da soll die Förderung 2.0 vulgo Nachhilfe – das ist mir wurscht, wie wir das nennen – auch einsteigen und helfen. Das Problem beginnt aber natürlich viel früher. Denn einen 13-, 14-, 15-Jährigen zu betreuen, ist gut, ihm zu helfen, ist auch gut, noch besser ist, wir helfen ihm vorher, in der Volksschule. Was fehlt denn dort schon wieder? Jetzt haben wir natürlich für jedes Kind einen Volksschulplatz, das ist keine Frage, das gilt quer durch Österreich. Haben wir genug Personal? Nein. Da muss man heute wieder einmal daran erinnern, dass Schwarz-Blau damals alle FörderlehrerInnen weggestrichen hat. Das haben wir bis heute noch nicht aufholen können. Das muss man sich vorstellen! Wir waren vor 15 Jahren weiter in dem Bereich, bevor irgendwann Schwarz-Blau tatsächlich quer durch Österreich nicht zehn, zwanzig, sondern hunderte, wahrscheinlich tausende LehrerInnen zusammengestrichen hat. Es ist mühsam, das alles aufzuholen, man muss es aber machen.

Wir haben Volksschulen mit ganz unterschiedlichen Möglichkeiten. Da gibt es Volksschulen, die sind halt in Gegenden, wo die Eltern ein höheres Einkommen, einen höheren Bildungsgrad haben. Wir haben in Wien eine gute soziale Durchmischung, aber natürlich ist es nicht überall ganz gleich. Wir haben Volksschulen mit mehr Kindern, wo die Eltern einen schlechteren Bildungsgrad haben, weniger Einkommen. Nach diesem Prinzip werden in anderen Ländern – in der Schweiz oder in Holland – per Sozialindex zusätzliche Mittel ausgegeben. Das heißt, alle Schulen werden bewertet, die Zahlen liegen alle da, die Statistiken hat man, und dann sagt man, die Schulen kriegen bis zu 60 Prozent – so ist es in einigen

Ländern – mehr Geld als andere Schulen, weil es mehr Bedarf gibt, weil dort mehr geholfen werden muss.

Das ist ein Weg, den man sinnvollerweise gehen kann, wenn man zusätzliche Mittel hat, denn der schwierige Teil beginnt ja dort, wo du jemandem etwas wegnehmen musst, um umzuverteilen. Aber mit dem Sozialindex zu arbeiten, ist eine Möglichkeit, um den Schwächeren zu helfen. Da kommt dann der Aufschrei von jenen, die sagen, da helfen wir ja nur irgendwelchen Leuten, die zugewandert sind. Nein. Allen, die ökonomisch abhängig sind, allen, deren Eltern eine schwächere Bildung mitbringen, all denen kann man mehr helfen.

Es ist halt einmal so, dass es meine Kinder heute leichter haben, als ich und meine Geschwister es hatten. Das steigt ja in manchen Familien hinauf und bei manchen halt nicht. Wir wollen aber, dass es alle leichter haben. Heute muss man Kindern von denen, die hier sitzen, vermutlich nicht viel extra nachhelfen beziehungsweise, wenn es nötig ist, können sich das alle selber organisieren. Aber in der Schulklasse und im Kindergarten sitzen daneben Kinder, wo die Eltern sich das nicht leisten können und wo die Schule mit den Ressourcen, die sie hat, nicht überall in der Lage ist, das zu leisten.

Das fängt aber nicht erst bei der Volksschule an. Das wissen eh alle, die da sind, und alle Expertinnen und Experten sagen dir das natürlich, und man merkt es ja beim Zuschauen beim Heranwachsen von Kindern: Die sind geprägt, bevor sie sechs Jahre alt sind. Die sind geprägt vom Elternhaus, von der Familie, von der ganzen Umgebung, von den Freundinnen und Freunden, vom Kindergarten als erste Bildungseinrichtung, wo sie hineinkommen. Deswegen glauben wir, es ist schlau, dort früh hineinzukommen.

Ich krieg immer wieder einmal ein Mail, wo jemand sagt, nein, wir wollen unsere Kinder nur allein erziehen. Ja, das kann sich eh jeder aussuchen, es gibt nur ein Jahr verpflichtenden Kindergarten, aber das ist ja keine Strafe für die Kinder, wenn sie in den Kindergarten gehen, sondern genau das Gegenteil. Ein Kind ist wissbegierig und neugierig; das muss man ja nur nehmen. Alle kennen das, die Eltern kennen alle dieses Warum? Warum? Die wollen lernen, die wollen dazulernen, die wachsen alle auf als Menschen, die miteinander gut auskommen. Die fragen keinen nach Hautfarbe und Pass. Die wissen nicht genau, was eine Staatsbürgerschaft ist, und frühestens bei einem Fußballturnier schlagen sie sich auf eine Seite. Österreich spielt nicht mit, also suchen sich alle einen Verein aus oder eine Nationalmannschaft im Moment, die ihnen gut gefällt. Fertig.

So funktioniert das bei den ganz Kleinen, und es wäre günstig, wenn wir das stärken würden und beibehalten würden. Dann hätten wir es nämlich leichter als Erwachsene mit dem Zusammenleben, statt ständig auseinanderzuidividieren auf Grund irgendwelcher Dokumente, die wir in irgendeinem Sackelr drinnen haben, das wir nicht brauchen.

Was wir aber dazu brauchen, ist eine Stärkung – und da haben wir tatsächlich noch Bedarf – von Muttersprache. In Wien redet nun einmal ungefähr ein Viertel die

Sprachen der nach Wien Zugewanderten. BKS und Türkisch machen knapp 23 Prozent aus bei Kindern im Kindergarten, die restlichen nicht Deutsch sprechenden Kinder machen noch einmal 27 Prozent aus. Also ungefähr die Hälfte der Kinder spricht zu Hause zumindest auch eine andere Sprache als Deutsch. Da musst du nur da herinnen durchgehen. Da sind etliche, die zu Hause noch eine zweite Sprache sprechen oder vielleicht überhaupt noch eine weitere. Es waren heute schon Redner am Wort wie der Peko Baxant, der mit einer anderen Sprache in Wien aufgewachsen ist eine Weile lang.

Dafür brauchen wir natürlich ausgebildete PädagogInnen. Davon haben wir zu wenig. Das wissen wir, den Bedarf haben wir analysiert, jetzt liegt es noch daran, das auf die Schiene zu stellen. Und, ja, dann gibt es tatsächlich eine Volksschullehrerin, die Türkisch und Deutsch kann. Das wird es dann geben, und die wird das unterrichten. Dann werden manche oder viele Familien die Kinder auf Englisch und Deutsch, die anderen auf Spanisch und Deutsch und die anderen auf Französisch und Deutsch, alle Sprachen ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer finanziert das, Herr Kollege? Wer zahlt dafür?)* Hätten Sie nicht damals – nicht Sie persönlich; da muss man immer aufpassen, wen man beleidigt in dem Haus –, hätte nicht Ihre Fraktion im Nationalrat gemeinsam mit der Volkspartei – auch nicht die, die da sitzen – beschlossen, Personal wegzustreichen aus den Schulen, hätten wir mehr Personal. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wem geben Sie das Geld? Wer betreibt das?)* Ich kann Ihnen lang was über die Finanzierung sagen. In dem Land ist genug Geld dafür da, aber ich fange jetzt nicht wieder eine Vermögenssteuerdebatte an. Das ist ganz einfach, Geld ist genug da in dem Land, die Frage ist nur ... *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Herr Jung, wie viel sind Ihnen die Kinder wert? Das ist die Frage. Ihnen weniger als mir, das habe ich jetzt gehört. Vielen Dank! Das brauche ich aber nicht als Bestätigung. Das ist ganz einfach.

Wir leisten uns in Wien einen Gratiskindergarten als Einzige. Wir geben 730 Millionen EUR im nächsten Jahr aus, heute 630 Millionen EUR, denen Sie zustimmen können.

Wir haben in den letzten Jahren dieser Regierungsbeteiligung die Ausgaben bei der Kinderbetreuung um 18 Prozent gesteigert, 12 000 neue Plätze geschaffen. Wir sind die Einzigen in Österreich, die das Barcelona-Ziel erreichen, und – sensationell! – bei den 4- bis 6-Jährigen haben wir sogar über 100 Prozent. Es gibt mehr Plätze im Kindergartenbereich, als wir Kinder mit 4, 5, 6 Jahren haben. Das ist eine Sensation, denn das haben alle anderen nicht.

Und trotzdem gibt es eine Menge Leute, denen verschiedene Sachen, richtigerweise, nicht passen. Es ist natürlich immer noch eine Frage der Qualität, aber man muss schon auch die Steigerungen sehen. Wir sehen ja, dass man 100 Millionen EUR mehr ausgibt, und trotzdem ist der Bedarf an Grünflächen, an anderen Gebäuden groß. Bei den Volksschulen würde ich einige am liebsten niederreißen und neu bauen. Das wird sich nicht überall ausgehen, aber die schauen oft aus wie, nicht gerade

wie Kasernen, das ist vielleicht ein grobes Wort, aber sie sind halt uralte. So würde man sie heute nicht bauen und tut man ja auch nicht. Die neuen Campusschulen schauen ja ganz anders aus als das, was wir alles übernommen haben.

So viel Geld wird nicht da sein, das man alles niederreißt, aber mehr Platz, mehr Freiraum braucht man. Das braucht es alles, aber dazu braucht es auch, statt dass wir uns hier herinnen zwischendurch anpolemisieren, zumindest einmal von der ÖVP, von der SPÖ und den GRÜNEN quer durch Österreich tatsächlich gemeinsame Anstrengungen, wo man sagt, das wollen wir alle. Ich weiß, dass wir nicht auf alle zählen können, aber auf die meisten schon in der Frage. Umsetzen muss man es halt.

Wozu ich jetzt nicht komme, sind großartige Leistungen bei den Büchereien, bei der Volksbildung, den VHS, den Sportvereinen. Was die Sportvereine leisten im Bereich Integration und Jugendarbeit, dazu müssten wir eine eigene Stunde machen. Zu den Pflegekindern komme ich nicht, wo wir 3,5 Millionen EUR zur Verfügung stellen. Alles wichtige Punkte. Die Sommerbetreuung während der Sommerferien fängt ja jetzt an. Wir haben auch das ausgebaut. Wichtig ist nicht nur, dass die Kindergärten offen haben, sondern dass auch die Kinder, die schon in die Volksschule gehen, auch im Sommer noch betreut werden. Auch da gibt es sukzessive einen Ausbau von Jahr zu Jahr, sodass zumindest fast alle schon Platz finden.

Zum Abschluss noch etwas zur GRin Leeb, die das Informationsvolumen – Werbevolumen, Informationsvolumen, wie immer man es nennen mag – der Stadt Wien eingebracht hat. Da sage ich ungebrochen, ich glaube, dass manche Medien erscheinen, die der Weiterbildung der Bevölkerung nicht ausschließlich zuträglich sind. Ich glaube, dass das eine oder andere Blatt, wenn man nur das lesen würde die ganze Zeit, nicht dazu beiträgt, dass man sehr viel schlauer wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Da war ja auch nicht die Rede davon!)* Deswegen hoffe ich, dass Menschen, die zu einfacheren Produkten greifen, andere Sachen auch lesen.

Ich bin auch der Meinung, dass jede Million, die man in die Bildung steckt, besser aufgehoben ist in der Bildung als im Inseratenvolumen. Das sage ich in der Deutlichkeit. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Man muss aber trotzdem sehen – das sage ich Ihnen jetzt nicht –, wie viel wir mehr ausgeben für Bildung. Wenn man das vergleicht pro Kopf quer durch Österreich, wer wie viel ausgibt, werden Sie sehen, dass wir auf dem 1. Platz liegen. Das gilt auch für die Schließtage bei Kindergärten. Wir haben 3,2 Schließtage, der Zweitbeste hat 30. Da glaubt jeder, man hat sich verschrieben, wenn man das sagt. Alle sagen, da ist ein Zehnerfehler drinnen. In der Steiermark sind es fast 60 Tage. Da fragen mich Leute, ob der Sonntag mitgezählt ist. Wenn ich Samstag und Sonntag mitnehme, dann ist in der Steiermark, einem rot-schwarzen Bundesland ... *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Ich verteidige die Steiermark nicht *(GRin Ing Isabella Leeb: Nein, aber die Wer-*

bung!), das müssen Sie machen.

Verschiedene Punkte machen wir da gemeinsam, manchmal etwas zu viert, manchmal etwas zu dritt, manchmal etwas zu zweit, und manchmal dürfen wir etwas machen, manchmal darf die SPÖ etwas machen. So ist es ausgemacht, so funktioniert das. Ich könnte mir nicht vorstellen, wie anders Koalitionen und wie anders Gemeinderatssitzungen funktionieren sollen.

Insgesamt – neben aller Polemik –: Wer dafür ist, dass man mehr Geld in Bildung steckt, möge das auch überall so sagen und sich überall dafür einsetzen, in der eigenen Fraktion, beim Bundeskongress. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen heißt, bei uns, bei den GRÜNEN heißt es Bundeskongress. Das wird es bei der ÖVP auch geben oder eine Bundesversammlung oder etwas Ähnliches. Überall dort.

Der Bildungsbereich krankt an allen Ecken und Enden, es fängt nur oben an. Bezüglich der Reparaturarbeiten, die man macht – das ist ja hier auch schon gesagt worden –, und der Nachhilfe wäre es noch viel besser, wenn wir sie gar nicht bräuchten. Hätten wir überall ganztägige Schulformen, wäre alles erledigt. Haben wir natürlich nicht. Es sind viele Reparaturmaßnahmen, die aber helfen werden. Dagegen sein, dass man den Leuten zusätzlich Geld gibt, werden Sie auch nicht. Ich meine nicht, dass man den Leuten persönlich das Geld gibt, aber dass man es in die Bildung hineinsteckt. Dagegen werden Sie doch nicht sein.

Machen wir gemeinsam einen großen Wurf Bildung. Wir hören das schon so lange, wie wir über die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen reden. Schön wäre es, wenn wir eines nach dem anderen auch umsetzen würden und nicht jedes Jahr über die gleichen Punkte reden müssten. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: David Ellensohn hat es geschafft, seine Redezeit um 3 Minuten zu überschreiten. Das geht sich gerade mit der Restredezeit noch aus. Das heißt, der nächste Redner, der Kollege Akkilic, muss sich genau daran halten. Ich trage die 15 Minuten ein. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Nepp. Seine Redezeit wird mit 13 Minuten fixiert.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man davor dem Kollegen Ellensohn zugehört hat, kann man ja glauben, in Wien ist alles bestens, aber er spricht da von einer Realität, die viele junge Menschen hier in Wien eigentlich nicht wahrnehmen. Denn wie schaut denn die Realität der jungen Menschen aus? Wir haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in Wien, wir haben anscheinend eine schlechte Ausbildung, sonst würden wir nicht in diesen ganzen OECD-Rankings so absacken, und grundsätzlich muss man sagen, dass die Jugend hier in dieser Stadt wenig Chancen und wenig Zukunft hat. Und das ist ein Versagen von Rot und Grün, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Kollege Ellensohn hier herausgeht und sagt, bei Bildung darf nicht gespart werden, dann kann ich nur sagen, bitte, gehen Sie zu Ihrem Koalitionspartner, der

soll einwirken auf die Frau Heinisch-Hosek, denn die hat gerade erst großartig angekündigt, 57 Millionen EUR im Bildungsbereich zu sparen. Also da sind Sie bei der falschen Adresse, wenn Sie das uns sagen, sagen Sie es Ihrem eigenen Regierungspartner, Herr Ellensohn. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also wir haben festgestellt, der Jugend geht es nicht gut. Es gibt eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, grundsätzlich ist immer das Geld knapp bei jungen Menschen, das hat es so an sich. Und was machen Sie? Nicht, dass Sie sagen, jetzt starten wir mal eine Entlastung der Bürger, der jungen Menschen, nein, sie steigern noch weiter ihre Belastungsbilanz und ziehen die Belastungsschraube immer noch stärker an. Wir haben eine Strompreiserhöhung, der Fernwärmetarif wird erhöht, der Gaspreis wird erhöht, Wasser- und Müllgebühren werden erhöht. Jetzt wurden unlängst wieder die Bädertarife erhöht. Also Sie erhöhen ständig, obwohl Sie wissen, dass die jungen Menschen ohnehin kein Geld mehr haben, und insgesamt bleiben den jungen Menschen in Wien 1 800 EUR im Jahr weniger im Säckel. Und das haben Sie zu beantworten.

Sie haben auch zu verantworten, dass Wien Schlusslicht ist bei Lehrstellen. In Wien kommen auf eine offene Lehrstelle fünf Lehrstellensuchende. Und gerade wenn man sich andere Bundesländer anschaut mit ihren Modellen der Lehrlingsförderung, sieht man, andere Bundesländer sind da erfolgreich, wie Salzburg zum Beispiel. Wir sind eindeutig Schlusslicht. Vorarlberg ist besser als wir, Burgenland, Kärnten sind besser als wir, aber gerade in Wien krankt es. Eine offene Lehrstelle auf fünf Lehrstellensuchende - das ist Ihre rote Lehrlingspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir sacken immer weiter ab im Bildungsniveau, egal, ob das jetzt die PISA-Tests sind - da gibt es ja auch keine einheitliche Linie, nehmen wir daran teil, nehmen nur Bundesländer teil, ein totales Bildungschaos -, der Wiener Lesetest ist immer verheerend, und schlichtweg sagen viele profunde Experten, dass jährlich 16 000 Schüler, die aus der Schule austreten, bildungsunfähig sind. Dass 16 000 Schüler bildungsunfähig sind, bedeutet, sie können sich einfach ihr Leben lang nicht mehr weiterbilden. Und das ist Ihr Verdienst!

Eine andere Sache, die wir auch immer wieder bekritteln, ist, dass es in Schulklassen noch immer Schüler gibt, die kein Wort Deutsch sprechen. *(Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* Ja, Frau Wehsely, ich sage Ihnen, Sie werden es von mir immer wieder hören. Ich bringe heute wieder einen Antrag ein, denn ich verstehe nicht, was Sie daran hindert, eigene Deutschlernklassen einzurichten. Sie sagen immer, die Schüler müssen Deutsch können, sie müssen die Muttersprache zusätzlich können. Das hat der Herr Ellensohn anscheinend nicht gewusst. Also Sie sagen immer, es ist so wichtig, die Sprache zu erlernen, aber Sie nehmen unser Konzept nicht auf, wo wir genau schauen wollen ... *(Zwischenruf von GRin Mag Muna Duzdar.)* Wenn Sie nie zuhören wollen, Frau Kollegin Duzdar, kann ich nichts tun, aber ich werde es Ihnen dennoch erklären.

Also wir wollen eine Sprachfeststellung im Rahmen

des letzten Kindergartenjahres. Wenn hier erkannt wird, dass Deutschkenntnisse nicht vorhanden sind, gibt es eine eigene Deutschlernklasse, wo die Schüler herausgenommen werden und ein halbes Jahr bis ein Jahr Deutsch lernen, damit sie dann dem Regelunterricht folgen können. Das hilft ja beiden Gruppierungen in dem Fall: einerseits denen, die nicht gut Deutsch können, denn die lernen das dann endlich, und andererseits hilft das vielleicht auch den Lehrern, denn die können sich dann auch um die Schüler kümmern, die eben Deutsch verstehen.

Wir haben da Zahlen von der Statistik Austria. Ich kann es Ihnen auch noch einmal sagen, Frau Kollegin Duzdar. Ich erwähne es jedes Mal, aber vielleicht bleibt es jetzt einmal hängen. Zum Beispiel im 5. Wiener Gemeindebezirk sind es 86,7 Prozent, wo nicht Deutsch gesprochen wird, gefolgt vom 16. Bezirk mit 78 Prozent. Sie sehen also, dass hier mehr als drei Viertel nicht Deutsch als Umgangssprache wählen, und daher kann es sein, dass es anscheinend auch kein gutes Integrationskonzept gibt, das Sie hier vorlegen. Darum darf ich auch einen Antrag einbringen von mir und den Kollegen Kasal, Kops und Kowarik betreffend Deutsch vor Schuleintritt. Der Antrag lautet:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung und die zuständigen Stellen der Schulverwaltung auf, verpflichtende Sonderlernklassen für Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen vor Schuleintritt einzuführen.“

Es wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die einzige Antwort, die Sie haben, ist immer nur die Gesamtschule. Das ist jetzt in Ihrem Smart-City-Konzept ja auch wieder drinnen – die flächendeckende Einführung der Gesamtschule. – Sie wollen das Gymnasium abschaffen. Nennen Sie es endlich beim Namen. Vielleicht wird es der Herr Czernohorsky dann nachher sagen, dass es das nicht mehr geben soll, oder er vertritt vielleicht nicht die Linie der Smart City.

Jedenfalls lehnen wir auch diese Art von Gleichmacherei ab. Denn jedes Kind ist unterschiedlich – ich glaube, da können wir uns alle einig sein –, und daher braucht auch jedes Kind unterschiedlich Förderung. Und darum verstehe ich nicht, warum Sie diese Gleichmacherei in der Gesamtschule machen. Das ist ein reines sozialistisches Modell von Ihnen. Wir lehnen das ab. Darum darf ich zu diesem Thema auch noch einen Antrag einbringen:

„Der Wiener Gemeinderat lehnt die Initiative Smart City Wien im Zusammenhang mit der Einführung der Gesamtschule ab.“

Auch hier wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ja, 1 200 Lehrer fehlen auch, das wurde im Stadtschulrat leider auch von der ÖVP mitbeschlossen. Hier nicht, im Stadtschulrat aber schon – vielleicht werdet ihr euch einig, was ihr macht.

Bezüglich Gesamtschule ist ja auch der Herr Juraczka auf einmal ein großer Fan von dieser Wiener Mittelschule als Vorbote zur Gesamtschule. Das verste-

he ich auch nicht, warum die ÖVP da umfällt.

Und vor allem zur Frage, ob Türkisch als Maturafach angeboten werden soll, sagen wir auch: Das ist eine falsche Maßnahme. Das gibt es ja bereits schon als Schulversuch. Es wäre einmal interessant gewesen, zu evaluieren, wie viele das überhaupt verfolgen. Aber wir sagen: Der Schlüssel zum Erfolg hier in dieser Stadt für junge Menschen liegt nicht im Erwerb einer geschenkten Matura in Türkisch, sondern im Beherrschen der deutschen Sprache – und das muss primär hier gelten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Fünf Minuten Redezeit habe ich noch, dann kann ich noch weitergehen im Bereich Türkisch, und zwar die Türkei-Wochen. Da sagen wir auch, es kann wirklich nicht so sein, dass sich Schüler im Rahmen von Türkei-Wochen an Wiener Schulen anpassen müssen. Uns rufen immer wieder erschrockene Eltern an, die sagen, sie wollen nicht, dass Kinder lernen, ein Kopftuch zu tragen und dass Kinder diverse andere Sitten und Gebräuche anwenden müssen. Auch das ist ein Beispiel von wirklich verkehrter Integrationspolitik.

Aber es geht ja jetzt schon so weit, dass auch türkische Privatschulen in Wien geplant sind, vor allem von türkischen Nationalisten von der Milli-Görüs-Bewegung. Es attestiert ja sogar der deutsche Verfassungsdienst, dass dort ein antidemokratisches Staatsverständnis gelebt wird. Und genau diesem Verein wird jetzt hier gestattet, in Wien eine Privatschule zu errichten, um islamistische Prediger ausbilden zu können. Hier wird einfach diesen türkischen Extremisten der rote Teppich ausgerollt. Die SPÖ schweigt dazu. Dort gibt es dann Deutsch nur noch als Fremdsprache, das ist wahrscheinlich der nächste Schritt, zuerst Türkisch als Maturafach als erste lebende Fremdsprache und irgendwann einmal wird dann Deutsch als Fremdsprache unterrichtet. *(GRin Mag Muna Duzdar: Es gibt Wahlfreiheit!)* – Frau Kollegin, das sind Fakten, Sie können nicht widerlegen, dass diese Planungen hier im Gange sind. Sie haben nicht nur türkische Kindergärten, Sie haben türkische Volksschulen, jetzt ist ein türkisches Gymnasium geplant. Sie machen hier einen Kniefall vor der türkischen Lobby, weil Sie ganz genau wissen, Ihre Wähler laufen Ihnen davon, und das ist auch das einzige Wählerklientel, das Ihnen bleibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Kniefall vor der türkischen Lobby, genauso wie jetzt beim Erdogan-Besuch, wo die kritischen Worte ausgeblieben sind. Ich muss sagen: Es ist schon erschreckend, wenn gerade die dritte Generation an türkischen Kindern oder österreichischen Kindern mit türkischem Migrationshintergrund sich eigentlich mit unserem Staat hier nicht identifizieren kann, nur noch mit türkischen Fahnen herumläuft und den Erdogan hier begrüßt, als wäre das der neue Staatspräsident. Und wenn dann viele Türken meinen, es wäre hier die dritte Türkenbelagerung – und das auch offen kund tun mit Plakaten –, sage ich: Hier hat Ihre Integrationspolitik, vor allem bei den jungen Menschen, versagt.

Abschließend sage ich noch, wenn der Herr Erdogan meint, die Türken in Wien seien die Enkel von Kara Mustafa, dann muss hier entschieden dagegen angetreten

werden und ihm ausgerichtet werden: Dann sind wir aber die Enkel von Prinz Eugen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Verbrauchte Redezeit waren 11 Minuten, das heißt, es bleiben 2 Minuten übrig. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Dr Aigner. Seine Redezeit ist fix, 5 Minuten und 30 Sekunden. Ich stelle es auf 6 Minuten ein. – Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich habe dem Klubobmann Ellensohn sehr aufmerksam zugehört, und in puncto Pflichtschulwesen muss man natürlich schon sagen, dass da auch in Wien nicht immer alles so abgerufen und organisiert wird, wie man sich das wünschen würde. Gerade wenn Sie von sozialen Schwerpunktschulen sprechen, darf ich Sie schon daran erinnern, dass das Beistellen von Schulsozialarbeitern nicht Sache des Bundes ist, sondern das ist natürlich auch Sache der Gemeinde und der Bundesländer, und da haben wir sicherlich auch noch einen entsprechenden Handlungsbedarf. Nach den Gesetzen bezahlt der Bund die Lehrer, und das restliche Personal müssten dann halt auch die Länder und die Gemeinden beisteuern. Und da müssten wir eigentlich noch viel mehr hineingeben.

Das mit der Gratisnachhilfe ist natürlich schon ein bisschen Politik mit dem Schmäh, denn unter dem Begriff Nachhilfe versteht man doch etwas anderes als einen Förderkurs in der Schule. Es gibt ja Förderunterricht, es gibt Gruppenunterricht, es gibt so viele Maßnahmen. Daher glaube ich, von Nachhilfe zu sprechen, wenn man eigentlich Förderunterricht meint, ist etwas gewagt, das ist ein bisschen so wie die Gratiszahnspange, die ja auch so viele Bedingungen hat und für die Masse dann nicht gratis ist. Und wenn man dann erst wieder auf die Lehrer zurückgreifen muss, die ohnedies schon da sind, dann weiß ich nicht, wo da der wirkliche Mehrwert bestehen soll.

Wenn Sie sich auch anschauen, dass sich immer weniger Lehrer um Leitungspositionen bewerben und sich bei Ausschreibungen oft gerade ein, zwei Kolleginnen und Kollegen melden, ist das aufwändige Verfahren in Frage zu stellen. Denn wofür brauche ich da viel auswählen, wenn ich dann ohnedies den Einzigen oder die Einzige nehmen muss. Da könnte man schon auch darüber nachdenken, inwiefern man nicht auch den Pflichtschulen administratives Personal beistellt. Ich glaube, im Campusmodell ist das ja vorgesehen. Ich habe aus Salzburg gehört, dass man da jetzt mehrere Pflichtschulen gemeinsam zusammenspannt und ein Sekretariat zur Verfügung stellt. Ich glaube, auch das wäre eine Möglichkeit, um die Lehrer für den pädagogischen Bereich freizuspielen und auch diese ganzen Leitungsfunktionen wieder attraktiver macht.

Im Bereich der Kindergärten ist es wirklich erfreulich, dass so viel Geld investiert wird. Aber der Begriff „gratis“ ist da auch wiederum relativ. Diejenigen, die die Leistung in Anspruch nehmen, bezahlen nichts, aber natürlich ist die Gesamtbelastung mit Steuern, Abgaben, Gebühren entsprechend hoch. Da ist es mir wichtig, dass auch

dafür Sorge getragen wird, dass die Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen garantiert und sichergestellt ist. Und da habe ich schon mehrfach meine Zweifel geäußert, ob diese vielen kleinen Gruppen, wo oft nur eine Gruppe entsteht, oder diese vielen privaten Träger außerhalb der großen institutionellen Träger wirklich in der Lage sind, die entsprechende Qualität auch darzustellen.

Wenn man so viele zusätzliche Kindergartenplätze schafft, was ja gut und wichtig ist, dann wäre es auch wichtig, dass man auch im Bereich der Behörde – ich glaube, dafür ist die MA 10 zuständig – das entsprechende Personal schafft, das dann auch in der Lage sein sollte, entsprechende Kontrollen vorzunehmen.

Was mir noch abgeht, ist die Evaluierung der außerschulischen Jugendarbeit. Da haben wir auch schon vor geraumer Zeit Mittel für eine Evaluierung freigegeben. Auch hier wäre es einmal interessant zu sehen, wie hier welche Effekte durch einen nicht unbeträchtlichen Mitteleinsatz erzielt werden.

Ganz generell bin ich der Ansicht, dass man im Bereich der Subventionen schon auch, gerade in Zeiten wie diesen, wo das Geld sichtlich knapp wird, einmal gewisse Dinge in Frage stellt. Es tut mir wirklich weh, dass sich das Amerlinghaus, das einen vernichtenden Kontrollamtsbericht nach sich gezogen hat, wo es wirklich Missstände gibt, jetzt wiederum eine nicht unbeträchtliche Subvention ertrotzt hat, teilweise durch Methoden, die mehr als hinterfragungswürdig sind. – Dieser Wildwuchs an vielen verschiedenen Organisationen und Vereinen – wir haben schon oft darüber gesprochen – sollte auch einmal wirklich evaluiert werden. Ich bin schon gespannt, wann diese Evaluierung entsprechende Ergebnisse zeitigt.

Das Werbebudget ist auch schon angesprochen worden. Seien sie mir nicht böse, aber dass der Kindergarten in Wien gratis ist, das hat sich wirklich fast bis zum Letzten, den es interessiert, durchgesprochen. Ich verstehe nicht, warum man da seitenweise inserieren muss, dass der Kindergarten gratis ist, und denke, der Überraschungseffekt und der Informationseffekt halten sich in Grenzen. Ich ziehe eher den Schluss, dass der Wahlkampf naht und dass Sie natürlich diese beträchtlichen Mittel in Richtung einer entsprechenden Eigendarstellung hinlenken. Denn es ist klar, dass jedes Jahr Weihnachten ist und Advent in Wien und so weiter. Dass man Jahr für Jahr Pflegeeltern braucht und sucht, ist genauso wie die Blutspender, die gebraucht werden. *(Zwischenruf von Amts StR Christian Oxonitsch.)* – Ja, eben, da geht es aber dann halt vielleicht wirklich um Leben oder Tod. Aber der Advent findet jedes Jahr statt, es fragt sich, ob man für das, was man alles im Advent in Wien machen kann, immer Millionen in Werbekampagnen hineinstecken muss. Ein bisschen kommt mir das schon so vor, als ob das eine oder andere Gratisblatt deshalb gratis ist, weil Sie ihr Steuergeld und unser Steuergeld hineinstecken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Czernohorszky. Seine Redezeit wird auf 15 Minuten begrenzt.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** *(Sozialdemokrati-*

sche Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Nachdem alle meine Vorredner einen Schwerpunkt gewählt haben, nämlich das Thema Bildung, werde ich das auch tun. Das ist ja völlig zu Recht passiert. Es ist nicht nur der Schwerpunkt dieser Geschäftsgruppe, es ist auch der Schwerpunkt unserer Politik. Das sieht man ja auch im Rechnungsabschluss.

Bevor ich das große Wort Bildung in den Mund nehme, möchte ich ein noch größeres Wort in den Mund nehmen, nämlich das Wort Gerechtigkeit. Denn die Frage besteht schon: Was leitet uns in der Bildungspolitik an? – Ich glaube, das sind zwei wesentliche Herausforderungen. Erstens, die Potenziale zu heben, die in der Gesellschaft da sind, und zweitens alle Potenziale zu heben, die in der Gesellschaft da sind. Wer den Anspruch stellt, Politik für ein paar Leute, sein Klientel zu machen, dem kann Gerechtigkeit egal sein. Wessen Anspruch es ist, Gesellschaft als Ganzes positiv zu beeinflussen, der muss sich überlegen, wo Ungerechtigkeiten sind und diese Ungerechtigkeiten bekämpfen.

Ungerecht ist zum Beispiel, dass in unserem Land Bildungschancen sehr ungleich verteilt sind. Es ist zum Beispiel so, dass 77 Prozent der Kinder aus Akademikerhaushalten an eine AHS gehen, aber nur 12 Prozent der Kinder mit Eltern aus einem Pflichtschulhaushalt. Jetzt kann mir keiner erzählen, dass der Grund dafür ist, dass die Kinder mit Eltern aus Pflichtschulhaushalt alle dümmer sind oder weniger leisten oder sich weniger anstrengen oder aber, dass die Kinder aus Akademikerhaushalt einfach klüger geboren oder besonders fleißig sind. Offenbar ist es etwas anderes, etwas, das dazu führt, dass eine Ordnung, nämlich in oben und unten, in reich und arm, in bildungsnah, in bildungsfern, in gute Jobs, in schlechte Jobs beibehalten wird, ja sogar reproduziert wird. Und das ist aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ausgesprochen dumm, weil es Potenziale liegen lässt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und ungerecht ist es auch.

Andere Beispiele für Ungerechtigkeit: unterschiedliche Förderung von Anfang an. Es ist nicht so, dass alle Kinder in liebevolle Mutter-Vater-Kind-Beziehungen geboren werden, mit genug Geld und Zeit für Urlaub und Förderung, einer aufopferungsvollen Vollzeitmama, die vielleicht in ihrer spärlichen Freizeit neben der Kinderbetreuung auch noch pädagogische Ratgeber liest. Deshalb unser großes Engagement für den flächendeckenden Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen als Bildungseinrichtungen, als absoluten Schwerpunkt unserer Stadtpolitik – dazu später genauer. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Ungerechtigkeit liegt bei einer anderen Sache. Die Ungerechtigkeit liegt daran, dass es extrem unterschiedlich ist, ob ein Kind in Österreich zum Beispiel in Tirol geboren wird oder in Wien. Es ist nämlich völlig unterschiedlich, ob es dort überhaupt einen Kinderbetreuungsplatz gibt. Es ist völlig unterschiedlich, ob dieser Kinderbetreuungsplatz zum Beispiel Mittagessen anbietet, oder fünf Stunden am Tag offen hat oder elf Stun-

den – das wäre Wien –, ob er zwölf Wochen im Jahr geschlossen ist – das gibt es in der Steiermark – oder drei Tage – Wien – und so weiter. Das ist ungerecht. Diese Riesenunterschiede sind ungerecht.

Was ist des Weiteren ungerecht? – Die vielen Zäsuren im Bildungssystem. Es ist nämlich so, immer wenn es einen Übergang von einer Bildungsinstitution zur nächsten gibt, fallen ziemlich viele heraus. Interessanterweise fallen vor allem die heraus, die aus bildungsfernen Familien kommen. Das nennt sich in der Soziologie Bildungstrichter. Deswegen sind wir gegen diese Zäsuren. Deswegen sind wir für die gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen. Deswegen und aus einer anderen Ungerechtigkeit heraus: Es ist nämlich so, dass es zu wenig individuelle Förderung gibt. Und das sogenannten differenzierte Schulmodell – dem gerade der Herr Kollege Nepp das Wort geredet hat –, das ist ein bisschen paradox, ist eigentlich das gleichmacherische Schulmodell. Warum? – Weil es Kinder in Schubladen steckt, und zwar genau in zwei: in AHS und Restschule. Und wenn man einmal in der Gleichmacherei drinnen ist, ganz früh in einer dieser Schubladen ist – und diese Entscheidung passiert in Österreich im Alter von neun Jahren –, dann ist es gegessen. Dann ist man in sogenannten leistungshomogenen Gruppen, wo Kinder eben nicht individuell gefördert werden können, wo es darum geht, in einer Art von Konkurrenz einfach bis zum Schluss in der Schublade zu bleiben. Und das ist kein Ernstnehmen von Leistung, von Begabung oder von Können. Es ist schlicht und einfach eine Fortschreibung der Ungerechtigkeit. Und deshalb werden wir nie aufhören, für eine gemeinsame Schule zu kämpfen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Alles andere ist nämlich dumm. Das hat jedes europäische Land, außer Albanien und ein paar deutsche Bundesländer erkannt. Die FPÖ nicht, egal. Es ist ein Match, das „on the long run“ nach 100 Jahren vielleicht einmal gewonnen werden kann, zumal es in dieser Frage auch immer mehr kluge Köpfe in der ÖVP gibt.

Eine weitere Ungerechtigkeit ist, dass so viel des schulischen Erfolges davon abhängt, was am Nachmittag passiert. Es ist so: Eine Halbtagschule entlässt Kinder mit einem Packen offener Arbeit, mit einer bummvollen Schultasche, mit offenen Aufgaben. Und es gibt dadurch unterschiedliche Situationen – Unterschiede zwischen Kindern, die Eltern haben, die ihnen bei diesen Aufgaben helfen können, und Eltern, die das nicht können; Unterschiede zwischen Eltern, die das Geld haben, Kinder in Nachhilfeunterricht zu schicken, weil die eben mit dem Packen an diesen notwendigen Dingen, die sie tun müssen, nach Hause kommen; und Eltern, die sich das nicht leisten können.

Es sind 118 Millionen EUR, die Österreichs Familien für Nachhilfe ausgeben, 118 Millionen EUR. *(GR Dominik Nepp: Der Fehler ist, dass man Nachhilfe braucht!)* Das ist eine Ungerechtigkeit, und der Herr Kollege Nepp hat gerade jetzt erkannt, es ist auch ein Fehler, dass man Nachhilfe braucht. Warum braucht man Nachhilfe? – Weil wir Halbtagschulen haben und zu wenig Ganztagschulen, deshalb brauchen wir flächendecken-

de Ganztagschulen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Uh, ein Heureka hat stattgefunden. Solange es diese flächendeckenden Ganztagschulen nicht gibt, solange die Kinder mit diesem Rucksack nach Hause gehen, brauchen sie Unterstützung – insbesondere jene, die diese Unterstützung zu Hause nicht haben. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Die Welt ist so einfach!)*

Deshalb gibt es das Modell Förderung 2.0 als eines von vielen Beispielen, dass wir nicht nur mit dem Finger auf den Bund zeigen, sondern in Wien Reformschritte gehen. Natürlich, die großen Reformschritte sind auf Bundesebene zu heben. Ich bin zuversichtlich, dass da nach 90 Jahren Stahlbeton Bewegung herrscht, und ich bin auch erfreut darüber, dass es auch jetzt hier zum Beispiel engagierte Vorschläge gibt. In dem Antrag, den die Frau Kollegin Leeb noch vergessen hat, der sicher noch kommt, ist zum Beispiel die Rede von einer indexbasierten Schulfinanzierung. Eine ganz zentrale Fragestellung. Es ist ungerecht, dass Schulen, die deutlich anspruchsvollere Aufgaben zu meistern haben – zum Beispiel, wenn an einen Schulstandort ganz viele Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien kommen oder wenn sehr viele Sprachen an diesem Schulstandort gesprochen werden –, gleich viel Mittel haben, wie andere Schulen. Das ist eine weitere Ungerechtigkeit im österreichischen Bildungssystem. Ich würde mich total freuen, wenn es gelänge, diesen Drive aus Wien auf Bundesebene mitzunehmen. Dort haben nämlich die SPÖ-Verhandler versucht, die indexbasierte Schulfinanzierung in das Regierungsprogramm hineinzubringen, es war aber kein klares Bekenntnis von Seiten der ÖVP möglich. Aber das ist ein Weg, den wir gehen wollen.

Auch der Antrag schulautonome Tage ist ein guter Ansatz. Ich glaube, wir können uns da in vielem treffen. Ich persönlich bin für schülerautonome Tage. Wenn es für ArbeitnehmerInnen zumutbar ist, dass sie mit ihrem Arbeitgeber ausmachen, wann sie ihren Urlaub in Anspruch nehmen, dann können das Schüler mit Eltern gemeinsam auch. Schauen wir einmal, wie weit wir da kommen. In den letzten Tagen hat sich bundespolitisch sehr viel bewegt.

Zu Türkisch als Maturafach – weil wir gerade bei Anträgen sind: Am entlarvendsten war heute eigentlich der Kollege Aigner – ich weiß nicht, wer zugehört hat am Vormittag –, der gesagt hat, er sei eh dafür, dass Leute Türkisch studieren oder maturieren, aber in der Türkei. – Das ist wirklich großartig. Mit dieser unglaublichen Logik lässt sich die Dummheit relativ schnell erfassen, die dahintersteckt: Englisch nach England, Französisch nach Frankreich. – Also toi toi toi für diese Bildungspolitik, es ist keine Bildungspolitik, die Potenziale hebt, es ist Bildungspolitik der fortgeschrittenen Dummheit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jedenfalls Frust oder Freude auf Bundesebene hin oder her. Wir warten nicht auf eine bessere Zeit. Wien setzt einen klaren Schwerpunkt auf Bildung, das sieht man auch in diesem Rechnungsabschluss. Ein paar Blitzlichter darauf, nachdem Förderung 2.0 bereits angesprochen ist – das ist zwar in die Zukunft schauen und nicht Rechnungsabschluss: In dem vergessenen Antrag,

der noch kommt, schreibt die ÖVP, es sei ein Problem, dass an Schulen gießkannenartig 20 Millionen EUR verteilt werden. Und jetzt sagt aber die Frau Kollegin Leeb, das werde ja nur umgeschichtet. – Also, entweder wird Geld ausgegeben oder es wird irgendwie umgeschichtet.

Ich kann Sie beruhigen, es wird Geld ausgegeben, 20 Millionen EUR, aber nicht gießkannenartig, denn es ist ein Beispiel für indexbasierte Schulfinanzierung, im Kleinen natürlich, weil alle öffentlichen Volksschulstandorte – da haben Sie recht – und alle anderen Schulstandorte Mittel für Lehrer beziehungsweise Stunden für Förderunterricht zur Verfügung gestellt bekommen, und die, die es besonders brauchen, mehr. Was es definitiv nicht gibt, ist eine Umwidmung von Förderstunden vom Vormittag zum Nachmittag. Denn erstens einmal gibt es einen Unterschied zwischen dem Stellenplan – der sozusagen zusammenschreibt, wie viele Lehrer der Bund dem Land Wien zur Verfügung stellt und der Stadtschulrat zu verteilen hat – und dem, was am Schluss von der Stadt Wien benötigt wird. Wir werden den Stellenplan überziehen, durch die Förderung 2.0, die die Stadt Wien finanziert. Das ist die erste Sache.

Aber selbst wenn wir wollten, Förderunterricht am Vormittag kann nicht gestrichen werden, weil es Teil des Stundenplans ist. Und im Bereich der NMS können überhaupt keinerlei Planstellen verschoben werden, weil das von vom Personal der VHS angeboten und von der Stadt Wien finanziert wird. Daher kann ich Sie beruhigen, es sind zusätzliche Mittel, und zwar 20 Millionen EUR für zusätzliche Stunden für alle Schulen in Wien.

Ein großes weiteres Beispiel für innovative Bildungspolitik in unserer Stadt ist das Schulbauprogramm. Da gibt es im Wesentlichen zwei Herausforderungen. Erstens – das ist vom Kollegen Ellensohn schon erwähnt worden – sind 60 Prozent unserer Schulen sehr, sehr alt, nämlich im 19. Jahrhundert oder in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden. Diese Schulen müssen auf ein Niveau gehoben werden, damit sie den pädagogischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das tun wir mit sehr viel Energie – dafür werden seit 2007 570 Millionen EUR in die Hand genommen werden.

Zum Glück wächst Wien, zum Glück deshalb, weil es uns in der Bildungspolitik die Möglichkeiten gibt, auch neue Schulstandorte zu bauen. Schulstandorte, um die uns die Welt beneidet, weil sie völlig neue pädagogische Konzepte ermöglichen. Das sind die Campusschulen, in denen Kindergarten- und Schulkinder von völlig unterschiedlichen Altersgruppen zusammen in pädagogischen Räumen, die sie auch gemeinsam nutzen können, zusammentreffen. Das wird insbesondere bei den Campus-plus-Modellen, die die jetzt noch kommen, erweitert. Und zwar dahin gehend, dass es gemeinsame Bildungsbereiche gibt und dass diese Schulen auch Gemeinwesencharakter haben, das heißt, für außerschulische Jugendarbeit, für Musikunterricht, für Vereine im Umfeld offen sind.

Ein weiteres Beispiel für fortschrittliche Bildungspolitik ist: Das Ganze passiert nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen. In Wohnbauten wollen wir Minicam-

pusmodelle schaffen, wo das Ganze auch im Kleinen passiert.

Kindergarten: Ich werde diesmal keine Bundesländervergleiche zum Thema Kindergarten machen. Ich hätte es sogar in meinem Büchlein, ich habe immer alle möglichen Vergleiche mit. Es reicht aber, das zu zitieren, was Kollege Ellensohn gemacht hat: Wien ist absolut top, und dann kommt lange nichts. Und das sage ich nicht, um Wien zu loben, sondern weil es eigentlich extrem schade ist, da es nämlich illustriert, was ich vorher gesagt habe: Es ist ein Unterschied, ob ein Kind in Wien Kind ist und Kindergarten besuchen darf oder eben zum Beispiel in Tirol, in Niederösterreich. Das ist wirklich schade und es ist ein großer Missstand in unserer Republik. (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*) – Nein, aber die Tiroler Eltern, die keinen Kindergartenplatz bekommen, sind schon ziemlich unglücklich. Ehrlich gesagt, das kann man, glaube ich, relativ eindeutig behaupten. (*Beifall bei der SPÖ.*) Zum Beispiel sind auch die steirischen Eltern relativ unglücklich, wenn die Kindergärten im Durchschnitt 60 Tage, das sind 12 Arbeitswochen, geschlossen haben. Und das kann man relativ beliebig fortführen.

Bildung passiert natürlich nicht nur in Schulen, Bildung passiert in unserer Geschäftsgruppe von ganz vielen unterschiedlichen Einrichtungen. Lebenslanges Lernen war in Wien Schwerpunkt noch bevor der Begriff „Lebenslanges Lernen“ ein Schlagwort war. Die VHS leisten Großartiges, etwa mit der Initiative Erwachsenenbildung. Das großartige Netz der Büchereien – Lesen ist Abenteuer im Kopf! – und die Büchereien mit ihren topmodernen Medienhäusern tragen dazu bei, dass das möglichst viele erleben. Die außerschulische Jugendarbeit: Keine Stadt finanziert ein derartig gut ausgebautes Netz an Angeboten für junge Menschen. In Wirklichkeit muss man sagen, dass sich so manche klassische Bildungseinrichtung von der außerschulischen Jugendarbeit eine Menge abschauen kann.

Bildung ist in unserer Geschäftsgruppe fast überall, aber auch in allen anderen Bereichen. Bei den Bädern, beim Sport, bei der MA 11, beim Bürgerdienst, beim PID und in der Stadtmarketing GmbH passiert großartige Leistung, für die ich allen Mitarbeitern danken möchte.

Apropos Stadtmarketing und großartige Leistung, die Frau StRin Frauenberger hat es schon begründet, dadurch muss ich es jetzt nicht: Wir „können Eurovision Song Contest“, und die Stadt Wien ist genau die Stadt der Weltoffenheit, die Stadt, in der ein großes Fest gefeiert werden kann, ja, auch ein großes Fest von und mit Conchita Wurst gefeiert werden kann. Das wollen wir alle gemeinsam, außer der FPÖ, und ich bringe den Antrag ein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zurück zur Bildung: Was in den 1920er Jahren für die Bildungspolitik Otto Glöckels gegolten hat, hat heute Aktualität. Fortschritt in der österreichischen Bildungspolitik hat seinen Ausgang in Wien. Dafür braucht es Kreativität, Mut zum Neuen, aber es braucht eben auch Schwerpunktsetzung: 6,5 Millionen EUR für die Erweiterung von Schulen, 22,6 Millionen für die Schulsanierung, 20 Millionen für Neubauprojekte, 41 Projektmillionen nur

für neue Kindergartenplätze, insgesamt allein für dieses Jahr 257 Millionen für private Kindergartenplätze, 32,8 Millionen für außerschulische Jugendarbeit, 26,4 für Volksbildung, 20,5 für Büchereien, 22 für Musikschulen.

Das ist ein ordentlicher Schwerpunkt, und genau dafür muss Politik stehen, die die Zukunft im Blick hat – für Bildung, alles andere schaut ganz schön alt aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das waren sehr präzise 15 Minuten. Als nächste Rednerin ist GRin Mag Schneider zu Wort gemeldet. Ihre Zeit ist auf 12 Minuten eingestellt.

GRin Mag Ines **Schneider** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Czernohorszky, ganz kurz nur auf Sie replizierend, da sie ja von Schubladisierungen gesprochen haben. Ich widerspreche Ihnen nicht gerne, aber da muss ich Ihnen schon widersprechen. Ich hoffe, ich habe es richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, alle Kinder, die in Halbtagschulen gehen, brauchen mehr Nachhilfestunden als die, die in Ganztagschulen gehen. – Das glaube ich nicht. Nein, das glaube ich nicht, denn es kann auch einem Kind, das in eine Ganztagschule geht, passieren, dass es Nachhilfe braucht. Es ist so, und auch Sie machen hier eine Schubladisierung. Ich sage jetzt einmal, ob das jetzt Ganztagschule oder Halbtagschule ist, Kinder gehören gefördert, und dort, wo sie Defizite haben, muss man nachhelfen. Und das ist jetzt nicht nur in den Halbtagschulen, denn es gibt auch Kinder, die nach einem halben Tag nach Hause gehen und wirklich auch Vorzugsschüler sind, super Noten haben und keine einzige Nachhilfe brauchen. Lassen wir die Kirche im Dorf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann möchte ich mich sehr herzlich bedanken – jetzt hört er leider nicht zu –, dass der Herr Kollege Ellensohn heute auch den Sport erwähnt hat. Der gehört ja auch zu dieser Geschäftsgruppe und ist auch ein Steckenpferd von mir, denn er gehört nicht nur in diese Geschäftsgruppe, sondern auch zu Bildung dazu. Herr Kollege Ellensohn hat es ja auch schon angesprochen, dass gerade im Sport Integration und auch Jugendbetreuung passieren. Aber es passiert viel mehr im Sport, es passiert auch, dass Werte vermittelt werden, es wird nicht nur die Integration gefördert, sondern auch der Teamgeist wird gefördert. Und auch wichtig für das Verhalten untereinander ist, dass man gerade bei Jungs durch Sport Aggressionen abbauen und auch Gewaltvermeidung herbeiführen kann.

Sport hilft auch im gesundheitlichen Bereich. Übergewichtige Kinder können damit zu normalen gesundheitlichen Figuren kommen, er reduziert auch die für später angesetzten Folgekosten und ist auch ein wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft.

Warum sage ich das? – Weil uns im Sport in Wien immer ein bisschen der Weitblick fehlt, die Vision fehlt, wo man im Sport noch ansetzen kann. Wien ist, wenn man es mit Warschau, Bukarest und Belgrad vergleicht, eine Großstadt, die zum Beispiel keine Multifunktionshalle hat. Auch eine wirklich gute Infrastruktur für Sport fehlt

in Wien. Es fehlt uns ebenso die Förderung des Nachwuchssports. Auch wenn Sie immer wieder meinen, dass das durch die Vereine passiert. Es gibt sehr viele Vereine, die keine Trainingsmöglichkeiten bekommen, die sich immer wieder hinten anstellen müssen und abgewiesen werden.

Die Infrastrukturproblematik habe ich angesprochen. Ich möchte nur an das Leichtathletikzentrum erinnern, das hergerichtet wurde und als Luxus bezeichnet wird. Man kann jedoch nicht an nationalen, geschweige denn internationalen Austragungen und Meetings teilnehmen, weil wir nur eine Sechser-Rundbahn haben und acht dafür erforderlich wären. Auch die Wiener Schwimmer warten noch auf die Umsetzung eines Schwimmsportzentrums. Und wir haben es ja auch schon gehört, das Wiener Stadthallenbad ist auch noch nicht eröffnet. Vielleicht wird es demnächst ja noch eröffnet, schauen wir einmal.

Ein kurzer Sidestep noch zum Wiener Sportklub, bei dem wir auch schon eine Anfrage gestartet haben. Es wurde auch von allen Parteien zugesichert, dass hier Sanierungen gemacht werden sollen, dass man den Sportklub unterstützen soll. Gerade jetzt, wo doch die Fußball-WM in Brasilien stattfindet, merkt man, dass von Klein bis Groß alle vor den Fernsehschirmen sitzen, Public Viewings gut besucht und ausgestattet sind. Selbst am Geschäftemachen mit den Panini-Hefterln und dem Einkleben kleiner Sticker sieht man ja, wie Fußballaffin wir alle sind und wie wichtig es ist, gerade für den Nachwuchs, aber auch für die derzeitigen Athleten ein ordentliches Sportzentrum zu haben. Und dann kann man einen Sportklub nicht damit abspeisen, indem er die alten Flutlichtbeleuchtungen vom Happel-Stadion kriegt und meint, das passt jetzt einmal. Genau diese Beleuchtungen sind noch dazu ungeheure Energiefresser, so dass man das jetzt zumindest einmal austauschen könnte. – Das war nur eine Anmerkung.

Oder das Happel-Stadion. Wir haben im Happel-Stadion – ich weiß nicht, wie viele – Millionen investiert, und keiner weiß eigentlich, wohin das geflossen ist, weil es völlig unzeitgemäß ist. Selbst der Volksanwalt hat oftmals schon Kritik geübt, dass wir auch das Sportstättenchutzgesetz nicht einhalten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt gar nicht mehr so lange aufhalten. Ich denke, schlau ist es, in eine moderne Sportinfrastruktur zu investieren, statt später die Folgekosten tragen zu müssen. Und ich hoffe doch, dass ich einen kurzen Abriss über die Sportstadt Wien machen konnte, wo jedoch einiges noch im Argen liegt. Ich hoffe trotz allem, dass wir uns irgendwann zusammensetzen können und ich mich freuen darf, dass es doch mehr Infrastruktur gibt, dass es eine bessere Infrastruktur gibt und dass man doch in die Infrastruktur investiert. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die verwendete Redezeit betrug 6 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Seine Redezeit wird auf 12 Minuten eingestellt.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Meine Damen und Herren!

Dass die Stadt Wien wächst, das haben wir schon ein paar Mal gesagt, auch heute im Laufe des Tages mehrmals. Ich freue mich, dass die Jugendarbeit bei diesem Wachstum mitmacht und ganz vorne ist bei der Errichtung von Jugendeinrichtungen beziehungsweise -intervention, damit auch in den neu entstehenden Siedlungsgebieten Jugendeinrichtungen entstehen sollen und können. Dafür ein Dankeschön an Sie, Herr Stadtrat, und auch an Tanja Wehsely und alle KollegInnen.

Es ist ganz, ganz wichtig, dass man den Jugendlichen von vorneherein das Gefühl vermittelt, sie sind etwas wert und können auch in der Gestaltung der neuen Siedlungsgebiete ihren Platz einnehmen. Platz einnehmen heißt im wortwörtlichen Sinn, die Verfügung über eine Jugendeinrichtung, wie zum Beispiel in der Seestadt Aspern, die ja noch nicht fertiggestellt ist. Dort ist schon der erste Jugendtreff in Betrieb genommen worden, in Containerform und mit einer feierlichen Eröffnung. Damit sollen die Jugendlichen, die dort teilgenommen haben, von Beginn an dieses Riesenprojekt begleiten, und den Familien mit Kindern und Jugendlichen das Gefühl vermittelt werden, dass wir bei der Herstellung von neuen Siedlungsgebieten auch einen großen Wert auf ihre Kinder, auf ihre Jugendlichen legen.

Auch der Jugendtreff Nordbahnhof ist ein Symbol dafür, dass die Stadt Wien in diesem Bereich konsequent die Linie verfolgt, dass die Jugendlichen von Beginn an dabei sind. Das sind Begegnungsstätten, das sind Jugendtreffs, die nicht auf Kommerzielles ausgerichtet sind, die nicht unbedingt die Jugendlichen dazu zwingen, etwas zu konsumieren, sondern Jugendliche können einfach hingehen und auch ohne Konsumzwang ihre Freizeit verbringen. Auch im Hauptbahnhof sind wir aktiv, und ich freue mich, dass dort 2014 auch schon die Jugendlichen ihren Platz einnehmen und sich eben auch als vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft empfinden können.

Insgesamt gesehen denke ich mir, dass die Stadtentwicklung immer wieder darauf Rücksicht nehmen muss, dass die Jugendlichen und Kinder ihre Plätze auch in diesen neuen Siedlungsgebieten einnehmen. Wir müssen aber dabei darauf achten, dass, weil Ressourcen ganz knapp sind, wir nicht woanders wegsparen, damit in den neuen Siedlungen etwas entstehen kann. Das muss koordiniert laufen. Die Bezirke, die die Jugendarbeit notwendig haben und brauchen, sollen nach wie vor über die Jugendräume und die Jugendeinrichtungen verfügen können.

Ich möchte ganz kurz zur Bildung etwas sagen. Ich finde, dass das zweite verpflichtende Kindergartenjahr ein wesentlicher Schritt dafür sein wird, um die sprachlichen Fähigkeiten, aber auch die soziale Kompetenz der Kinder zu erweitern. Wir müssen uns ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir uns das leisten werden können und wie wir das einführen können. Denn Kinder brauchen nicht nur zu Hause Unterstützung, sondern der Kindergarten ist sehr gut dafür geeignet, dass die Kinder sowohl ihre Muttersprache aber auch Deutsch lernen

können. Muttersprache deshalb, weil ich davon ausgehe, dass die Kinder auch zu Hause ihre Muttersprache sprechen. Warum sollte ihre Muttersprache in unseren Bildungseinrichtungen zusätzlich zu Deutsch nicht gefördert werden? Ich glaube, dass die Aufnahmefähigkeit bei Kindern viel mehr vorhanden ist, als bei manchen Erwachsenen oder bei vielen Erwachsenen. Ich glaube, dass die Kinder spielend und wissend zwei Sprachen lernen können. Daher sollten wir schon im Kindergartenalltag diese sprachliche Förderung der Kinder stärken und auch unser Kindergartenpersonal, die Pädagogen und Pädagoginnen dementsprechend aufstellen.

Türkisch als Maturafach: Schauen Sie, wir müssen ein entspanntes Verhältnis zu Türkisch entwickeln. Wir müssen auch ein entspanntes Verhältnis zur türkisch-österreichischen Geschichte aus der Monarchiezeit entwickeln. Ich glaube nicht, dass ... (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) – Ich habe das schon zuvor gesagt: Der Erdogan hat mit seiner Aussage „Kara Mustafas Enkelkinder“ die Geschichte traurigerweise mithineingenommen. Die Antwort darauf soll nicht sein, wir sind die Enkelkinder von Prinz Eugen, sondern wir sagen einfach, diese Einstellung ist falsch.

Ich möchte Ihnen das ein bisschen differenzierter erzählen. Es gibt Kinder, von denen ein Elternteil nicht Türkei-stämmig ist, sondern aus Österreich oder Serbien stammt. Das heißt, da gibt es eine Masse von Kindern, die zwei- oder dreisprachig in der Familie aufwachsen. Was kann das Kind dafür, wenn der Vater oder die Mutter aus der Türkei kommt und hier in Wien jemand anderen kennen lernt? Die haben halt zwei Sprachen, und eine davon ist Türkisch und die sprechen das dann. So. Jetzt müssen wir darin eine Chance für das Kind erkennen und sagen: Wie können wir dieses Kind fördern, wie können wir diesem Kind das Gefühl wegnehmen, dass seine Sprache nutzlos ist? – Würden wir den Sprachwert des Kindes aufwerten, würde auch das Selbstbewusstsein des Kindes gestärkt werden.

Daher denke ich mir, schauen Sie nicht nur darauf, dass es Kinder gibt, die sprachliche Defizite haben. Die gibt es, jede Menge. Dafür gibt es auch jede Menge Angebote. Aber es gibt auch Kinder, die Sprachtalente sind, Kinder, die fließend beide Sprachen sprechen können. Warum sollten wir denen nicht in unserem Schulsystem Raum geben? Warum sollten wir das nicht? Wir haben 14 Sprachen in unserem Schulsystem, in denen man maturieren kann. Warum sollte eine davon nicht Türkisch sein? Wo soll das Problem liegen? Von daher denke ich mir, ein entspanntes Verhältnis zu Türkisch würde uns allen gut tun, es würde uns nicht schaden.

Ich möchte auch zu den Jugendkulturen in unserer Stadt etwas sagen. Wir haben in vielfacher Hinsicht Jugendkulturen, die sich unterschiedlich abspielen: Es gibt Raver, Breaker und andere Jugendliche, die Lieder komponieren; Jugendliche, die skaten, die Rad fahren, und Jugendliche, die auch an Politik sehr interessiert sind. Wir hatten im Jahr 2013 – aber auch aktuell – sehr viele junge Menschen, die sich für Politik interessieren und auch für ihre Rechte auf die Straße gehen – vor allem antifaschistische Jugendliche. Ich möchte diese

antifaschistische Jugendkultur in Wien begrüßen. (GR Dominik Nepp: Sind das die, die sich schwarz kleiden?) Ich schätze sie wert, es soll hier im Hohen Haus der Politik auch einmal diese Jugendkultur erwähnt werden. Die antifaschistische Jugendkultur dient dazu, dass zukünftige Generationen sich diese Jugendlichen als Vorbilder nehmen, damit Rassismus und Faschismus nie wieder zurückkehren. (GR Dominik Nepp: Schwarzer Block! – GR Johann Herzog: Schöne Bilanz!) Ich rede von durchaus friedlichen Menschen. Schauen Sie, Herr Nepp, wenn Sie so reden, mir machen die sogenannten Identitären große Sorgen. Das sind junge Menschen, ganz junge Menschen. (GR Dominik Nepp: Friedliche Steinewerfer!) Ich werde auf diese jungen Menschen keine Steine werfen und ich heiße auch nicht gut, wenn junge Menschen aufeinander Steine werfen. Aber ich mache mir Gedanken über diese jungen Menschen, wie verängstigt sie sind, dass sie von einer rechten Ideologie vereinnahmt werden. Sie müssen ihre Ängste nicht an die nächsten Generationen weitergeben, diese Jugendlichen mit ihren falschen Gedanken füttern, das ist falsch. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Linksfaschisten sind super! Die Besten der Welt! Urgeill!)

Es gibt aber auch eine andere Jugendkultur, die Jugendkultur der jungen Flüchtlinge, meine Damen und Herren. Die jungen Flüchtlinge, das sind unbegleitete minderjährige Jugendliche, aber auch junge Erwachsene, die 20, 21, 22 Jahre alt sind. Sie kämpfen ums Überleben. Sie dürfen in Österreich nicht arbeiten, sie haben aber auch keine großen Chancen auf dem Bildungssektor. Ich bin dafür, dass wir diesen jugendlichen Flüchtlingen, die über See gekommen sind, die eine harte Reise hinter sich haben, hier einen Raum bieten, damit sie uns auch ihre Kultur, ihre Einstellung zum Leben weitergeben können. Und das haben sie gemacht, und das machen sie nach wie vor. Es gibt junge Flüchtlinge, die sich in ihrer Freizeit mit Kunst beschäftigen, sich mit Sport beschäftigen, sich mit Politik beschäftigen, die immer wieder betonen, dass sie arbeiten gehen möchten, aber nicht arbeiten gehen dürfen; die immer wieder betonen, dass sie hier als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt werden wollen. Das sind Menschen, die auch eine andere Perspektive und eine andere Kultur in uns hineinbringen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft vermehrt Aufmerksamkeit für diese Jugendlichen geben können. Ich habe täglich Anfragen von jungen Flüchtlingen, die sagen: Ich möchte studieren, kannst du mich dabei unterstützen, bitte, hilf mir dabei!

Man kann diese Jugendkultur noch vielfältiger betrachten und darüber erzählen, aber ich werde das nicht tun. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und schönen Tag noch. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich stelle seine Zeit auf 6 Minuten ein.

GR Dietrich **Kops** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadt Wien ist mit rund 5 Milliarden EUR verschuldet. Unter der SPÖ-Finanzstadträtin Brauner ist der

Schuldenberg von 1,4 Milliarden EUR auf rund 5 Milliarden EUR angewachsen. Bei diesem Schuldenberg könnte man jetzt meinen, dass die rot-grüne Stadtregierung endlich geeignete Maßnahmen zur Reduktion dieser Schuldenlast ergreift. Aber mitnichten, meine Damen und Herren, genau das Gegenteil passiert.

Hier bin ich beim Ressort vom Herrn StR Oxonitsch. Hier wird unter anderem ein unausgegorener Wahlkampf-Gag aus der Taufe gehoben – der Gratisförderunterricht. Dieser Gratisförderunterricht für Volksschüler und Schüler der Unterstufe soll laut StR Oxonitsch rund 20 Millionen EUR kosten. Unausgegoren deshalb, meine Damen und Herren, weil auf der einen Seite – laut Aussage von Ihnen, Herr Stadtrat – für diesen Gratisförderunterricht rund 400 zusätzliche Lehrer benötigt werden, und auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, aber ein eklatanter Lehrermangel besteht. Schon jetzt werden jedes Schuljahr Studenten für den Unterricht eingesetzt. Da frage ich mich schon, Herr Stadtrat: Woher wollen Sie die zusätzlichen Lehrer für diesen Wahlkampf-Gag nehmen?

Smart und schlau, wie Sie sind, haben Sie ja gleich eine Lösung parat. Laut Ihrer Aussage sollen jetzt für den Gratisförderunterricht an den Unterstufen die Volkshochschulen herangezogen werden. Hier wird wieder eine SPÖ-nahe Institution mit Steuergeldern bedient, die sonst kaum angenommen wird und unter normalen Umständen zusperrern müsste. Ganz zufällig wird morgen im Gemeinderat eine 2 Millionen EUR teure Subvention für die Volkshochschule beschlossen, unter anderem für dubiose Sprachkurse wie „Mama lernt Deutsch“. Auf der einen Seite wird mit Steuergeld eine SPÖ-Institution am Leben erhalten und auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, werden schon jetzt Volksschullehrer angehalten, für das nächste Schuljahr Wahlfächer zu streichen, damit Stunden für den Gratisförderunterricht frei werden. Das, meine Damen und Herren, lehnen wir ab. (Beifall bei der FPÖ.)

Es wird mit diesem Wahlkampf-Gag nicht die Wurzel des Problems bekämpft, sondern mit viel Steuergeld, das ja nicht vorhanden ist, ein neuerliches Placebo geschaffen. Und zusätzlich, meine Damen und Herren, haben Sie nichts Besseres zu tun, als wieder sündteure Inserate zu schalten, um diesen Wahlkampf-Gag zu bewerben.

Wenn ich dann wie im letzten Gemeinderat einen Antrag einbringe, dass diese 20 Millionen EUR im Ressort Oxonitsch vom Presse- und Informationsdienst umgeschichtet werden sollen, wird das ganz einfach abgeschmettert und als Blödsinn dargestellt – weil man muss das ja bewerben, weil das ist ja so eine sinnvolle Maßnahme, und der Pensionist, der in der Früh seine „Kronen Zeitung“ aufschlägt, muss ja diese Information auch erhalten, dass es jetzt einen Gratisförderunterricht gibt. – Also Informationssinn null, das ist wieder eine reine Propagandaaktion der SPÖ. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, das lehnen wir entschieden ab. (Beifall bei der FPÖ.)

Abgesehen von der Finanzierung und Abwicklung dieses Wahlkampf-Gags, stellt sich schon die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Aktion, die auf Freiwillig-

keit basiert. Sowohl Lehrer als auch Schüler müssen freiwillig am Förderunterricht teilnehmen. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, dass genau die Schüler, die diesen Förderunterricht bitter nötig hätten, nicht freiwillig an diesem Unterricht teilnehmen werden.

Da bin ich auch bei meinem nächsten Thema, meine Damen und Herren: Maturafach Türkisch und die schlechte Integration der türkischen Mitbürger in Wien.

Wir sagen ganz klar Nein zum Maturafach Türkisch, bevor nicht unsere Forderung nach guten Deutschkenntnissen vor Schulantritt endlich umgesetzt wird. Wir sagen Nein, bevor nicht wirklich eine Integration der türkischen Mitbürger stattgefunden hat. Noch immer kommen unzählige Kinder mit schlechten oder keinen Deutschkenntnissen in die Volksschule. Meine Damen und Herren von Rot und Grün! Wenn Sie diese Forderung umgesetzt hätten, könnten wir uns diesen teuren Wahlkampf-Gag Gratisförderunterricht sparen und Sie hätten dem Wiener Steuerzahler viel Geld erspart. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend, meine Damen und Herren, passend zu diesem Thema, möchte ich kurz auf einen Zeitungsartikel mit SPÖ-Bildungsministerin Heinisch-Hosek eingehen. In diesem Zeitungsartikel äußert die SPÖ-Ministerin ihre Angst und Sorge, dass unser österreichisches, unser wienerisches Deutsch in den Schulen verschwindet und – ach wie böse – durch ein deutsches Deutsch ersetzt wird.

Wenn man aber in so manche Wiener Schulhöfe hinein hört, habe ich eher die Angst, dass Deutsch überhaupt verschwindet und durch ein eigenartiges Türk-Deutsch verdrängt wird. Darum, meine Damen und Herren von Rot und Grün, setzen Sie unsere Forderung „Deutsch vor Schule“ endlich durch und ersparen Sie den Wiener Steuerzahlern weitere Werbe-Gags. Wir werden dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die Redezeit wurde exakt ausgenützt. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Ing Meidlinger. Bei ihm wird die Redezeit auf 15 Minuten eingestellt.

GR Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin noch etwas sprachlos ob der letzten Wortmeldung, denn so viel Unkenntnis betrifft mich und trifft mich auf der einen Seite, und auf der anderen Seite haben Sie sich selbst widersprochen: Hätten Sie irgendwann einmal, Herr Abg Kops, die Inserate gelesen, die geschaltet werden, dann hätten Sie es vielleicht verstanden. Denn es ist nie davon die Rede gewesen, dass VHS für Volksschülerinnen und Volksschüler in der Nachhilfe da sein soll, und so weiter, und so fort. Ich möchte darauf auch wirklich nicht eingehen, weil es einfach so was von daneben ist, was Sie da gesagt haben, da spare ich mir wirklich jeden Kommentar dazu.

Zum Herrn Abg Nepp, bevor ich zu den Einzelheiten komme: Er stellt sich hier heraus, sagt, der Strom wird teurer – was im Übrigen nicht stimmt, denn er wird im

Herbst dann das zweite Mal billiger – und deswegen haben wir dann eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Also ich weiß nicht, woher Sie den Rückschluss ziehen, aber ich glaube und ich weiß und wir wissen, dass wir gerade in Wien und in Österreich ... *(GR Mag Dietbert Kowarik: Wächst!)* – ja, Wien wächst, haben Sie es auch begriffen, danke! – ... viel unternehmen, um Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Jeder einzelne dieser jungen Menschen, die arbeitslos sind, ist einer zu viel, und Sie stellen sich da her und sagen, bei aller Verleugnung von Wirtschaftskrisen, bei aller Verleugnung von Problemen, die wir hier in Europa haben, dass Rot-Grün schuld an der Jugendarbeitslosigkeit ist.

Rot-Grün und Wien unternehmen sehr viel gegen Jugendarbeitslosigkeit. Ich erinnere hier nur an die Ausbildungsgarantie, ich erinnere hier nur an den Quali-Plan 2020. Wenn wir so arbeiten würden wie Sie, dann hätten wir die gleiche Jugendarbeitslosigkeit wie in Spanien, mit über 50 Prozent, dann hätten wir die gleiche Jugendarbeitslosigkeit wie in Griechenland, mit über 60 Prozent. Ich bin froh, in einem Land, in einer Stadt wie Wien zu leben, wo wir auch als Sozialdemokraten das verhindern, was Sie in den anderen Ländern anstellen würden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie Sie mit den Jugendlichen umgegangen sind – und ich will jetzt nicht diese ganze alte Leier wiederholen, Sie können es eh selber nachlesen –, als Schwarz und Blau an der Regierung war, wo es eben darum gegangen ist, die Bestimmungen für die Jugendlichen so dramatisch zu verschlechtern – aber das kennen Sie eh selbst –, das können Sie schon selbst nicht mehr hören, weil Sie darüber lachen. Aber es waren halt Sie, ich kann Ihnen das nicht ersparen.

Wien geht auch da den anderen Weg. Denn Wien macht gerade mit dem Neubau der Berufsschule Embelgasse ein gutes Beispiel, wo für Jugendliche neue, moderne Berufsschulplätze geschaffen werden, wo die Jugendlichen der Stadt Wien mit einem zweiten Berufsschultag einen hervorragenden Unterricht und eben auch hervorragende Ergebnisse genießen können. Ich bin sehr froh, wenn nächstes Jahr im Februar diese Schule dann auch tatsächlich aufsperrt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Thema Jugendbeschäftigung auch noch sagen: Sie können nicht die ganze Verantwortung auf die öffentliche Hand abwälzen. Da stellt sich auch die Frage, wo denn die Wirtschaft bei den Ausbildungsplätzen ist. Und es hat ja auch die Frau Vizebürgermeisterin gesagt, es kann nicht sein, dass nur mehr die öffentliche Hand Ausbildungsplätze anbietet, sei es in Schulen, sei es in der Krankenpflege, sei es in der medizinischen Ausbildung, sei es in den Berufen, die bei der Stadt Wien oder in der öffentlichen Hand zu erlernen sind. Da ist auch die Wirtschaft gefordert und da ist – und ich fordere von hier aus auch die Wirtschaftskammer auf – eine Aktion für eine Offensive für Lehrberufe zu starten, denn nur über Fachkräftemangel zu raunzen, ist einfach zu wenig. Ich glaube, auch da geht die Stadt Wien – auch in Richtung Kindergartenpädagoginnen und –pädagogen – einen

hervorragenden und guten Weg, und daran können sich viele, viele andere ein Beispiel nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich gleich zum Thema Kindergartenpädagogik und Patrizigasse kommen. Wien ist das einzige Bundesland, das eine BAKIP, eine Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik zusätzlich anbietet. Auch jetzt sind erst wieder rund 160 Absolventinnen und Absolventen über das Ausbildungsmodell „Change“ beziehungsweise über die normale Ausbildung fertiggestellt worden. Das ist erfreulich, das ist mehr als in der Vergangenheit, und da wissen wir ja, welche Probleme wir gehabt haben. Und ich bin auch sehr froh, dass Wien schon vor längerer Zeit, nämlich 2008, mit „Change“, mit „Pick up“ reagiert hat, weil wir auf den PädagognInnenmangel, der damals geherrscht hat – und über weite Strecken immer noch vorhanden ist –, sehr rasch reagiert haben.

Ich habe es auch hier an dieser Stelle schon gesagt, aber man kann es nicht oft genug betonen: Gerade auch mit dem Modell „Pick up“ haben wir für die vielen Frauen, die womöglich eine Berufsausbildung abgebrochen haben und nun als Assistentinnen in einem Kindergarten beschäftigt sind, eine Möglichkeit geschaffen, aus ihrer beruflichen Sackgasse herauszukommen. Ich glaube, dass die Stadt Wien mit diesem Modell ein hervorragendes Modell gefahren ist, und dieses Modell wird auch in den nächsten Jahren erfolgreich weitergeführt werden.

In Summe lässt sich feststellen, dass Wien rund 7 Millionen EUR im Jahr alleine für die Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen ausgibt. Das ist eine Summe, die sich nicht verstecken muss, da stellen sich tatsächlich alle anderen Bundesländer hinten an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch auf das Thema Sport eingehen. Frau Mag Schneider – ich muss mich auch erst daran gewöhnen – hat ja hier ein paar Dinge auch lobend und positiv erwähnt. Natürlich ist beim Sportstättenkonzept auch der Bund gefordert. Das wissen wir, das haben wir hier auch schon öfters gesagt. Es gehört nicht nur von Wien, sondern es gehört auch mit dem Bund gemeinsam ein vernünftiges Sportstättenkonzept erarbeitet. Aber was man wissen muss und wissen soll, ist, dass Wien ein Zuhause für 70 anerkannte Sportarten in über 3 000 Vereinen bietet, dass wir in Wien rund 2 500 Sportstätten zur Verfügung haben. Das sind umgerechnet 1 500 Fußballfelder, das ist so groß wie die Bezirke 5, 6, 7, 8 und 9 zusammengenommen. Jeder Wienerin und jedem Wiener stehen somit 5,3 m² Sportfläche zur Verfügung – hier wird um über 150 Prozent die notwendige Norm eigentlich übererfüllt.

Da auch über Sportstätten, Sportstättenbau und Infrastruktur diskutiert worden ist: Wien hat mit dem Wassersportzentrum Neue Donau, wo es um den Wildwassersport geht, wo es auch das Ballsportzentrum Donaustadt mit über 5 000 m² geht, das neu eröffnet wurde, wo es auch um ein neues Leichtathletikzentrum geht, in die Infrastruktur investiert. Es wird auch weiter investiert, in ein Rugby-Zentrum, und Wien ist auch und war auch

Austragungsort von vielen Großereignissen. Wir haben den Wien Marathon, wir haben natürlich auch die Kanu-Slalom-EM, die gerade gelaufen ist, die American Football-EM, es haben die Rhythmische Gymnastik-EM, Baseball-EM 2013, Volleyball-EM oder Football-WM in Wien stattgefunden. In Wien gibt es also auch entsprechende Einrichtungen, um internationale Großveranstaltungen abzuhalten.

Frau Leeb, noch kurz zur Stadthalle und zur Frage, wer klagt wen: Die Stadthalle ist eine lange Geschichte, aber es war so, dass wir vom Generalplaner verlangt haben, ein dichtes und hygienisches Becken anzubieten. Der Generalplaner konnte hier keine entsprechende Gesamtlösung anbieten. Wir haben dann die gerichtliche Beweissicherung gemacht, wie eben dieses Becken dicht gemacht beziehungsweise hygienisch einwandfrei übergeben werden kann. Und dann hat der Generalplaner die Stadt geklagt.

Ich glaube, dass wir den Steuerzahlern gegenüber in Verantwortung stehen und uns hier auch entsprechend zu wehren haben und dass wir auch im Zusammenhang mit diesen Gegenklagen beziehungsweise diesen Klagen verantwortlich handeln müssen.

Lassen Sie mich auch noch auf ein paar Themen eingehen, die vielleicht in der Öffentlichkeitswirksamkeit nicht so sehr vorne stehen, wo aber auch hervorragende Leistungen geboten werden, zum Beispiel auf die Büchereien.

In den Büchereien werden den Besucherinnen und Besuchern in 39 Zweigstellen 1,7 Millionen Medien zur Verfügung gestellt; davon rund 30 000 Medien, die man sich per Download ausleihen kann. Die Büchereien unterstützen Eltern im Bereich der Leseförderung und arbeiten darüber hinaus sehr stark mit Kindergärten, mit Schulen und anderen Bildungsinstitutionen zusammen. Fast 70 Prozent der BüchereikundInnen sind unter 30 Jahre alt. 2013 konnten - und das ist eine tolle Zahl - über 5,9 Millionen Ausleihungen verzeichnet werden. Ich denke, das zeigt, dass die Wiener Büchereien hervorragende Arbeit leisten, die auch in der Stadt, und vor allem von der jungen Bevölkerung, toll angenommen wird.

Weiters haben wir in unserer Geschäftsgruppe auch die Einrichtung des Bürgerdienstes – etwas, das auch immer fast untergeht und so als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Der Bürgerdienst hat im Jahr fast 2,5 Millionen BürgerInnenkontakte, davon 2,3 Millionen telefonisch und 260 000 Direktkontakte, und die Veranstaltungsdatenbank wird mit über 2 Millionen BesucherInnen pro Jahr heftig frequentiert. Der Bürgerdienst ist aber nicht nur stationär, sondern auch in den Bussen unterwegs, kommt direkt vor die Haustüre und hat im Rahmen der 270 Aufstellungen, die vorgenommen worden sind, rund 16 000 Beratungsgespräche abgehalten. Weiters konnte mit einem neuen Produkt, mit dem mobilen Info-Stand, entsprechend gepunktet werden.

Auch ganz toll angenommen wird „wien.at“, die Homepage. Mit über 130 000 Seiten ist sie eine der umfangreichsten Österreichs - 15 000 davon werden laufend redaktionell gewartet - und hatte laut der Web-Analyse im Mai 2014 über 2,3 Millionen Visits - für die

Freiheitlichen: Aufrufe -, und das Ganze bei 1,1 Millionen Unique Clients - das sind die verschiedenen Geräte, von denen da zugegriffen wurde. Diese Homepage gibt es auch in einer englischen Version, in einer bosnisch-kroatisch-serbischen Version und in einer türkischen Version, und sie wird, wie gesagt, in dieser Stadt auch hervorragend angenommen.

Wir könnten jetzt auch noch viel über die Bäder sprechen, wo es - ich sage es noch einmal - keine Erhöhung gegeben hat, sondern eine Tarifreform. Vielleicht lernen Sie auch noch einmal, was dieser Unterschied zu bedeuten hat. Wir hatten letztes Jahr in den Wiener Bädern über 5,1 Millionen Besucher. Es sind 5 Hallenbäder, 7 Kombibäder, 10 Sommerbäder, 10 Familienbäder, 5 Saunabäder und 1 Volksbad, die zur Verfügung stehen. Baden ist mehr als schwimmen zu gehen, sondern es ist mittlerweile ein toller Freizeit-Event, wo man viel angeboten bekommt, ob es Animationen sind, ob es Kinderfeste sind, Kindernachmittage, Beach-Volleyball-Trainings oder auch Wassergymnastik oder rhythmische Wassergymnastik, die angeboten werden und dort von über 28 000 Besuchern wahrgenommen werden.

Erwähnt seien auch die tollen Investitionen, die im Contracting geleistet werden, wo an 12 Standorten Energie-Contracting gemacht wurde, wo wir wirklich viele Umwelteinsparungen haben, mit 24,7 Megawattstunden Fernwärme, 5,164 Millionen Kubikmeter Erdgas, 923 000 m³ Wasser beziehungsweise 2 100 Megawattstunden Strom, die eingespart werden können. Wir erreichen dadurch in Wien eine Minderung des CO₂-Ausstoßes von 4 600 Tonnen pro Jahr. Ich denke, auch das zeigt die tollen Leistungen, die diese Einrichtung bietet.

Und weil die Sommerferien vor der Tür stehen, hat auch wienXtra mit dem berühmten und gut laufenden wienXtra-Ferienspiel, das wieder von 28.6. bis 31.8. stattfinden wird, ein tolles Angebot für Kinder. Das ist ein buntes Angebot, bietet Abwechslung und Spaß und wird von den Kindern hervorragend angenommen. Man kann viel kennen lernen, man kann viel besuchen, man kann viele Einrichtungen auch schätzen lernen.

Das zeigt, welch tolles Angebot die Stadt Wien für ihre Kinder hat, sowohl im Sportbereich als auch im Freizeitbereich, aber natürlich auch im bildungspolitischen Bereich. Daher ersuche ich um Zustimmung zum Rechnungsabschluss. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die Redezeit wurde fast ganz genau verbraucht.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Kops zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr GR Meidlinger, Sie sollten besser zuhören. Ich habe in meiner Rede sehr wohl gesagt, dass der Gratisförderunterricht in der Unterstufe von den Volkshochschulen sozusagen übernommen werden soll.

Also das nur zu Ihrem Vorwurf, ich informiere mich nicht. - Ich informiere mich sehr wohl! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

Seine Redezeit wird auf 6 Minuten eingestellt.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Wenn man so spät drankommt, dann muss man einfach auf einige Dinge replizieren, und ich darf mit den Ausführungen des Kollegen Akkilic beginnen, und zwar: Sie haben von einem entspannten Verhältnis zur Türkei gesprochen. - Ich bin ganz entspannt, was die Türkei betrifft, aber ich verschließe auch nicht die Augen vor den Problemen mit den neuen österreichischen Staatsbürgern, die Parallelgesellschaften bilden. Da habe ich einfach auch das Auge drauf und das negiere ich nicht.

Und ich glaube, wir werden uns einig sein, dass es darum geht, das Verbindende vor das Trennende zu stellen. Und wenn ich das Verbindende vor das Trennende stellen möchte und damit auch die Bewältigung der Herausforderungen der Integration unterstützen möchte, dann muss ich auch Signale setzen. Und eines dieser Signale ist es, etwas Verbindendes zu schaffen und zu etablieren. Und das, was ein Land an Verbindendem hat, das höchste Gut, ist eine gemeinsame Sprache - zumindest aus meiner Sicht. Und deswegen lehne ich auch und lehnen auch wir Türkisch als Maturafach ab.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, auch gleich folgenden Beschlussantrag einzubringen: Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung und die zuständigen Stellen der Schulverwaltung auf, von der Einführung des Maturafaches Türkisch als lebender Fremdsprache abzusehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt zu den Ausführungen des Kollegen Czernohorszky - ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen - betreffend Halbtageschule und Ganztageschule. Für mich hat das den Anschein, als wollten Sie die Kinder und Jugendlichen einfach zur Unselbstständigkeit erziehen. Es geht nicht darum, wie lange ein Kind oder ein Jugendlicher in der Schule aufbewahrt ist, sondern es geht um die Qualität des Unterrichts. Dort muss man ansetzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn die Qualität des Unterrichts ein hohes Niveau hat, dann erspare ich mir auch so und so viel Förderunterricht. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Bitte? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nichts!)* – „Nichts“ ist schon einmal nicht schlecht von Ihnen. - Also es geht um die Qualität des Unterrichts.

Ganz kurz erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zum Kollegen Ellensohn, denn er hat immer gesagt - und es wird so oft zitiert -: die erste Bildungseinrichtung. - Aus unserer Sicht ist die erste Bildung von den Eltern, primär von der Mutter. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN und von GRin Mag Nicole Berger-Krotsch.)* Nein, nicht „Einrichtung“, aber dort erfahren Kinder Bildung. Dort erfahren sie die ersten sozialen Kompetenzen, und das muss unterstützt werden. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist typisch!)*

Und weil Kollege Ellensohn davon gesprochen hat, vor 15 Jahren habe es so viele Förderlehrer mehr gegeben: Nein, das verwechseln Sie! Vor 15 bis 20 Jahren hat es gar nicht so einen großen Förderbedarf gegeben, sondern heute ist die Problematik einfach viel, viel grö-

ßer und viel, viel stärker.

Das also ganz kurz zu meinen Vorrednern. Und jetzt zu meiner eigentlichen Rede.

Ich habe heute am Vormittag - Kollege Kubik hat das dann ein bisschen falsch verstanden, glaube ich - über die Rechnungsabschlussrede der Finanzstadträtin Brauner gesprochen, und zwar - das passt auch sehr gut hier hinein - was die Thematik der Schließtage in den Kindergärten betrifft. Bitte, sehr geehrte Damen und Herren, seien Sie mir nicht böse: Als Finanzstadträtin, die für ein Defizit von 5 Milliarden EUR verantwortlich ist (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist falsch! Es gibt kein Defizit von 5 Milliarden!*) - eine Verschuldung, entschuldigen Sie bitte (*Zwischenruf bei der SPÖ.*); ja, Sie haben völlig recht, ich habe es ja schon zurückgenommen -, die also für eine Verschuldung von 5 Milliarden EUR verantwortlich ist, muss ich doch zur Kenntnis nehmen, dass 365 weniger 3,2 Schließtage nicht 362,8 ist. Aber das kann ein kurzer Rechenfehler sein, ich habe es falsch gelesen oder was auch immer. Nein, die Finanzstadträtin hat das in einem ganzen Absatz noch wie folgt ausgeführt: Die restlichen 362,8 Tage, also praktisch fast das ganze Jahr - bis auf die 3,2 Tage -, können sich in Wien die Eltern darauf verlassen, dass ihre Kids gut und pädagogisch hochwertig betreut sind.

Und das ist Unsinn, sehr geehrter Herr Stadtrat, und das wissen Sie! Die Kindergärten haben an 50 Wochenenden à 2 Tage auch nicht geöffnet. Sie haben an 10 bis 15 Feiertagen pro Jahr auch nicht geöffnet. Wir kommen auf 250, 260, 240 Kindertage (*GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS: Sie wissen nicht, was Schließtage sind! Das haben Sie noch nicht verstanden!*) und, bitte, nicht auf 362. Das ist ein Unterschied von fast einem Drittel! Und es ist einfach bedenklich, wenn eine Finanzstadträtin, die eine derartige Verantwortung trägt, so etwas hier in einer Rechnungsabschlussrede zum Besten gibt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf jetzt noch ein bis zwei Minuten Redezeit des Kollegen Nepp aufbrauchen und noch einmal in Erinnerung rufen, was die Frau Finanzstadträtin heute auch gesagt hat - es gibt immer sehr viel her, wenn man da ein bisschen zuhört -, und zwar: Ich habe in ihrer Budgetrede kritisiert, dass sie das Wort Sport kein einziges Mal verwendet hat. Das hat sich geändert. Jetzt in der Rechnungsabschlussdebatte hat sie „Sport“ verwendet, und zwar in folgendem Zusammenhang - ich darf zitieren: „Ebenso in Angriff genommen wurde im vergangenen Jahr Europas größtes Kanalprojekt. Unter dem Sportplatz Simmering entsteht ein neues Speicherbecken.“

Das ist der Stellenwert, den Sport in dieser Stadt hat! Und da helfen auch die vom Kollegen Meidlinger zitierten Großveranstaltungen nicht. Das dient lediglich dazu, von den strukturellen Problemen der Sportstätten abzulenken, und dem werden wir nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit beträgt 6 Minuten.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiwirtschaftlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter

Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Sechs Minuten sind nicht viel. Ich werde versuchen, das eine oder andere trotzdem zu transportieren, auch replizierend auf meine Vorredner.

Ich behaupte einmal, Herr Kollege Czernohorsky betrachtet die ganze Sache aus einer Perspektive eines ziemlichen Kastlidenkens, betreibt Schwarz-Weiß-Malerei: Ganztageschule ist die Rettung für alles, Halbtageschule funktioniert nicht.

Das stimmt ja nicht, Herr Kollege, das wissen Sie auch selber. Es hat ja auch früher funktioniert. Ich war ja auch in einer Halbtageschule; Sie wahrscheinlich auch, oder? Ich weiß es nicht. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ja. Ich sage nur, das ist kein Patentrezept. Eine Ganztageschule kann natürlich Sinn machen, na. Es gibt viele Kinder, die zu Hause nicht die entsprechende Unterstützung bekommen - wir haben das schon gehört, und das wissen wir auch -, aber es gibt sehr wohl auch sehr viele Kinder, die zu Hause bestens betreut werden, behaupte ich einmal, und die das auch gerne so wollen und deren Eltern das auch gerne machen. Mir fehlt bei Ihnen die Freiwilligkeit. Bei Ihnen kommt das immer mit einem gewissen Zwang hinüber, und dafür habe ich kein Verständnis, sage ich ganz ehrlich.

Auch was die Zweisprachigkeit betrifft, für die auch Herr Kollege Akkilic hier ein Plädoyer gehalten hat: Herr Kollege, Zweisprachigkeit oder Mehrsprachigkeit ist toll, darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Es ist in gewisser Weise ein Luxus, und es ist sehr schön, wenn wir uns diesen leisten können. Nur, wir stehen ja vor einem ganz anderen Problem - und das wissen Sie doch auch, nicht wahr? -, nämlich dass leider Gottes - und da brauchen wir keine Wirtschaftstreibenden zu fragen, die darunter leiden - das Bildungsniveau oder die ausgebildeten Kinder teilweise nicht dem gerecht werden, was eigentlich notwendig wäre in unserem System. Wir müssen zuerst einmal ganz woanders ansetzen und die Basisprobleme lösen, bevor wir uns dann über die Luxusprobleme unterhalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf das verweisen, was auch die SPÖ einmal von sich gegeben hat - das ist gar nicht so lange her, vielleicht können Sie sich erinnern -: ich zitiere aus dem Papier „Wiener Positionen zum Zusammenleben“: „Die gemeinsame Sprache in Wien ist Deutsch. Wer in Wien lebt, muss Deutsch können, um sich in Wien gut verständigen zu können.“

No na! Und solange wir noch nicht gewährleistet haben, dass das funktioniert - und es funktioniert nicht, das werden Sie ja selber wissen -, ist das eine Scheindiskussion, die Sie da führen.

Der Geschäftsbereich Bildung, Jugend, Information und Sport ist ein sehr weiter, und es gäbe zahlreiche Geschäftsfelder, die es wert wären, sich darüber zu unterhalten. Wir haben heute schon gehört - ich glaube, Kollege Aigner hat es erwähnt -: Was uns ein bisschen fehlt, auch in der außerschulischen Jugendbetreuung, ist eine Evaluierung der Arbeit. Das würden wir uns wünschen. Hier wird sehr viel Geld verteilt, teilweise sinnvoll, teilweise meiner Meinung nach nicht so sinnvoll. Wir würden uns wünschen, und das fehlt mir wirklich, dass

nachgeschaut wird: Kommt das Geld auch dort an? Ist das richtig eingesetzt? - Das fehlt mir. Ich denke da an diverse Parkbetreuungsprojekte oder an Organisationen, die das durchführen. Ich habe da selber die Möglichkeit, das zu beobachten - sagen wir es einmal so -, aber ich bin nicht davon überzeugt, dass all das Geld, das wir da investieren, wirklich gut aufgehoben ist. Es ist eben leider Gottes auch so - das ist auch nichts Neues -, dass Vereine, die parteipolitisch orientiert sind, oftmals bevorzugt behandelt werden. Es gibt sicherlich auch Vereine, die es sich leisten - und im wahrsten Sinne des Wortes es sich leisten -, nicht parteipolitisch zu sein. Die fallen oftmals durch, die kriegen dann keine Förderungen; das ist auch nichts Neues.

Eine besondere Form der außerschulischen Jugendbetreuung werden wir morgen, fürchte ich, wieder beschließen. Das ist das berühmte Amerlinghaus. In dem Zusammenhang möchte ich auch ein bisschen hinweisen auf die Wehleidigkeit der linken Hälfte unseres Hauses - von mir aus gesehen rechten Hälfte unseres Hauses -, wie die Frau Kollegin sie angeblich mit Stalinismus verglichen hat. Ich habe das anders gehört. Wie auch immer, es tut jetzt ohnedies nichts zur Sache.

Bei anderen kommunistischen Systemen sind Sie offensichtlich nicht so wehleidig - ich sage es einmal so. Wenn ich mir da anschau - ich habe das fotografiert, weil es irgendwo plakatiert war, illegal, aber das tut jetzt nichts zur Sache -: Von 17. bis 18.5. in Wien, Amerlinghaus - kennen wir ja -: „Marx ist Muss“. - Eine „tolle“ Veranstaltung. Da können wir uns vorstellen, dass die üblichen Verdächtigen dort referieren. Lustig auch der Untertitel: „Antikapitalistischer Kongress 2014“.

Also die sollten einmal den eigenen Herrschaften, die dort im Vorstand oder für die Finanzen zuständig sind ... (GR Dr Kurt Stürzenbecher: *Sie haben überhaupt keine Ahnung! Sie vergleichen Marxismus per se mit Stalinismus!*) - Nein, nein, nein! Da haben Sie nicht aufgepasst! Das habe ich nicht! Andere Formen, habe ich gesagt. (Weiterer Zwischenruf bei der SPÖ.) Na ja, wenn Sie das so glauben. - Marxismus halte ich auch nicht für besonders klug und auch nicht für besonders förderungswürdig, meine Damen und Herren von der Linken. Das soll auch einmal gesagt sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn Herr Akkilic sich dann immer auch bemüßigt fühlt, sich vor Rechten oder vor Rechts zu fürchten - oder ich weiß nicht, was er tut -, dann sei dazu gesagt: In einer Demokratie - ja, vielleicht kommen Sie einmal an in der Demokratie? (Ruf: *Was soll das?*) - gibt es üblicherweise nicht nur Links, sondern auch Rechts. Das ist genauso selbstverständlich, dass es andere Positionen gibt und nicht nur die eigene. Das ist in einer Demokratie an und für sich selbstverständlich, sollte man meinen. (Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe von GR Siegi Lindenmayr und GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.) Bei uns hier im Haus ist diese Meinung offensichtlich nicht für jeden ganz zugänglich. - Soll so sein.

Oder wir kennen das auch von der Uni Wien, meine Damen und Herren - das war ja besonders interessant -, wo ein Vermummter auf der Uni-Rampe gestanden ist - Sie haben es vielleicht auch alle mitbekommen; ich glau-

be, das war die Gegendemonstration zum Fest der Freiheit; die Linken können immer nur dagegen sein, die können nichts selbst veranstalten -, wo dann ein Maskierter auf der Uni-Rampe gestanden ist und gesagt hat: Die Freiheit, die wir meinen, heißt Kommunismus! - Na gute Nacht, meine Damen und Herren. Das wollen wir nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt viele Gründe, diesen Rechnungsabschluss abzulehnen - PID und so weiter. Ich habe leider keine Zeit mehr, sie alle aufzuzählen. Wir werden da nicht zustimmen. (Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: *Das ist jetzt eine große Enttäuschung!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es gibt noch eine Wortmeldung, nämlich jene von Frau GRin Ing Leeb. Ihre Restredezeit wird eine sehr lange sein: 9 Minuten. - Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Böse Zungen behaupten ja, ich habe gern das letzte Wort. In Wirklichkeit habe ich einfach nur vergessen, meinen Antrag einzubringen, was ich jetzt tue.

Ich habe ja sehr stark Kritik geübt - und ich bleibe auch bei meinen Ansatzpunkten zur Kritik - an dieser Förderung 2.0, und wir haben uns da sehr wohl Gedanken darüber gemacht. Es ist sehr gut, dass Sie Geld in die Hand nehmen, um zu fördern, aber man könnte es ja auch anders aufziehen. Meine Befürchtung ist, dass diese Förderung 2.0 leider ein Schuss ins Knie ist. Ich wünsche mir nicht, dass das eintreten wird, aber es ist leider zu befürchten.

Wir stellen daher den Beschlussantrag, dass die Lehrer von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden und ein entsprechender Einsatz von Mitteln an den Schulen erfolgt.

Zweitens wollen wir - das ist, glaube ich, ohnedies auch schon angesprochen worden und lobend erwähnt worden - die Mittel indexbasiert zuweisen.

Drittens, dass eben benachteiligte Schulen mehr Geld bekommen, dass besondere Brennpunktschulen - ich bezeichne es nicht gerne so, aber das ist eine Bezeichnung, unter der sich alle etwas vorstellen können - einen fixen Schulsozialarbeiter vor Ort haben.

Und was mir persönlich besonders wichtig ist: Wenn Sie in der Bildung etwas verbessern wollen, dann müssen Sie weggehen von der Gleichmacherei, von der Objektförderung. Dann müssen Sie das Subjekt fördern! Und wenn Sie wirklich Nachhilfe geben wollen, dann dürfen Sie die Kinder nicht in einen Förderunterricht mit 15 Kindern setzen, sondern dann müssen Sie gezielt ein Kind bis maximal drei Kinder in die Nachhilfe setzen. Werden Sie sich bitte einmal einig, ob Sie fördern wollen oder Nachhilfe geben wollen. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Wir stellen den Antrag mit Ersuchen auf sofortige Abstimmung.

Es ist jetzt natürlich verlockend, die 9 Minuten auszunutzen. Ich tue es nicht, möchte aber trotzdem auf ein paar Dinge eingehen.

Herr Kollege Meidlinger hat es angesprochen: Natürlich nützt es nichts und ist es nicht die richtige Lösung, wenn die Stadt Wien alleine ausbildet. Und ja, die Wirtschaft ist gefordert, das ist überhaupt keine Frage. Und

ja, ich weiß, dass die Ausbildungsbetriebe immer weniger werden. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass man sich dieser Herausforderung und dieser Verantwortung als Ausbildungsbetrieb nur dann stellen kann, wenn man als Betrieb auch eine Perspektive sieht, zumindest auf die drei oder vier Jahre, die die Lehre dauert. Und da schaut es eben für viele Ausbildungsbetriebe in Wien nicht sehr rosig aus. Vergessen Sie auch nicht, dass immer mehr Betriebe abwandern. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es in der Wirtschaftskammer durchaus Fachgruppen gibt, die sich Gedanken machen und die da schon sehr weit sind. Ich komme selbst von einer erst vor Kurzem abgehaltenen Lehrlingsklausur der Bundesinnung Bau, und ich kann Ihnen versichern, wir tun alles dazu, aber es muss auch die Stadt Wien den Unternehmen entgegenkommen und sie nicht behindern, belasten und bevormunden. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Und dann muss ich etwas sagen, weil mir dieses Thema wirklich ein Herzensanliegen ist, weil es in den letzten Wochen stark diskutiert wurde und weil es gerade wieder missbraucht wird: Ich denke, es gibt keine guten und keine schlechten Fremdsprachen. Das gibt es nicht. Und wenn ich mir den Antrag der FPÖ durchlese, Türkisch als Maturafach nicht zuzulassen, dann bin ich eigentlich wirklich erschüttert. *(Beifall bei ÖVP, GRÜNEN und SPÖ.)*

Das ist ein Thema, über das wir diskutieren müssen, weil viele Fragen offen sind. Ich gebe Ihnen zwei Antworten: Nein, der Unterricht wird deswegen nicht in Türkisch abgehalten, denn Deutsch ist der soziale Kitt, den unsere Kinder in der Gesellschaft brauchen. Und die zweite Antwort: Es ist auch kein Kniefall vor irgendwelchen Lobbys. Es ist einfach eine ganz pragmatische, vernünftige Frage, die wir beantworten müssen: Wollen wir Potenziale, die wir haben, heben, oder wollen wir sie ignorieren? - Herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nun gibt es nur noch eine einzige Wortmeldung, nämlich jene von Herrn Amtsf StR Oxonitsch. Ich erteile ihm das Wort und weise auch hier auf die maximale Redezeit von 15 Minuten hin. - Bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Ende hat man immer ein bisschen das Privileg, vor relativ voll besetzten Sitzbänken zu sprechen - das ist toll -; auf der anderen Seite besteht aber immer die Erwartungshaltung, man soll sich jetzt noch kürzer fassen, als man dies ohnedies schon muss. Nichtsdestotrotz, ich stelle mich der Herausforderung, möchte aber natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, zunächst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe in allen Magistratsdienststellen ganz herzlich zu danken. Ich denke, wenn wir anhand des Rechnungsabschlusses auf das Jahr 2013 zurückblicken, dann können wir sehen, dass dieses gerade auch für diese Geschäftsgruppe sicherlich ein sehr herausforderndes Jahr war: ein herausforderndes Jahr, weil - und das ist ja heute schon in Zwischenrufen mehrmals ge-

sagt worden - Wien natürlich wächst, aber gerade natürlich im Bereich der Bildung, im Bereich der sozialen Infrastruktur, in den verschiedenen Bereichen der außerschulischen Jugendarbeit, aber auch der sonstigen Infrastrukturen diese Geschäftsgruppe gefordert ist. Weil Wien eben in zwei Jahren in einem Ausmaß wächst, das einer Stadt wie St Pölten entspricht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich aber trotzdem dieser Herausforderung stellen, haben sie sich, glaube ich, einen gemeinsamen großen Applaus verdient - und ein herzliches Dankeschön an Sie und an euch alle! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Mag Johann Gudenus, MAIS und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)*

Ich glaube, wir können uns in dieser Geschäftsgruppe diesen vielen unterschiedlichen Herausforderungen - und Bildung steht, denke ich, im Mittelpunkt der heutigen Debatte - deshalb sehr gut stellen, weil es in den letzten Jahren gelungen ist, einen sehr vernetzten Bildungsbegriff in der Stadt zu etablieren, gerade auch angesichts der Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, nicht nur auf Grund des Bevölkerungswachstums, sondern natürlich auch auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Es ist, glaube ich, gelungen, ein sehr vernetztes Denken im Bereich der Bildungspolitik dieser Stadt zu etablieren: Zu etablieren, dass Kindergarten, Schule, Volkshochschule, außerschulische Jugendarbeit, die Städtischen Büchereien und viele andere Bereiche letztendlich ineinander wirkend in einem großen Ganzen ihre Aufgaben zu erfüllen haben - und sie haben diese, glaube ich, auch hervorragend erfüllt. Gerade wenn wir uns ansehen, wie sich Wien eben in wesentlichen Vergleichszahlen - und wir müssen uns letztendlich auch vergleichen, und ich glaube, es ist auch legitim, sich zu vergleichen - entwickelt hat, können wir feststellen: Im Vergleich zu allen Millionenmetropolen, allen Metropolen in Europa sind wir sehr sehr positiv in vielen Bereichen.

Das heißt nicht, dass die Anstrengungen deshalb weniger werden müssen, ganz im Gegenteil, sie müssen weiterhin sehr stark aufrecht bleiben, aber wenn wir zum Beispiel effektive Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit setzen wollen, dann geht das nur in einem vernetzten Denken der verschiedenen Einrichtungen, nicht zuletzt in meiner Geschäftsgruppe. Wir haben deshalb auch die Möglichkeit, hier effektiv zu reagieren, weil wir diese vielen Einrichtungen in der Stadt seit Jahrzehnten aufgebaut haben, von den Volkshochschulen angefangen bis hin zu den Büchereien, die eine wichtige Unterstützung im Bereich der Leseoffensive leisten, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir über die Jugendzentren viele Jugendliche in entsprechende Ausbildungsmaßnahmen bekommen, weil wir dort die Kontaktmöglichkeiten haben, um sie zu informieren, wo man denn in eine entsprechende Ausbildung kommt.

Also gerade dieses Ineinandergreifen der verschiedenen Zahnräder hat sich bewährt, und hier ließe sich natürlich auch für das letzte Jahr eine große Erfolgsbilanz präsentieren.

Nichtsdestotrotz möchte ich aber natürlich die Gelegenheit nutzen, zumindest für jene, die sich wirklich

ernsthaft mit der Diskussion über Bildungspolitik auseinandersetzen wollen, ein paar Missverständnisse auszuräumen und auch unterschiedliche Positionen zu dem, was von Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, noch einmal ein wenig klar zu machen.

Zunächst einmal zu dem mir wichtigen Bereich des Fördermodells 2.0 - Kollege Czernohorsky hat zwar darauf hingewiesen, aber man muss es trotzdem klarstellen, denn es ist ja noch drei Mal angesprochen worden. Wir müssen ganz klar auseinanderhalten: Es gibt den Stellenplan - das ist jener, der alljährlich im Juni auftaucht, der vorläufige Stellenplan, der den Schulen zugeteilt wird. Dieser Stellenplan sind Lehrerinnen- und Lehrerdienstposten, vereinfacht gesprochen, die wir von Seiten des Bundes bekommen und die zu 100 Prozent an alle Schulen verteilt werden. Dann gibt es den definitiven Stellenplan, der leider erst im Oktober kommt - das ist immer ein Problem; warum, werde ich dann vielleicht in einem anderen Bereich noch sagen -, der dann letztendlich auf Basis der tatsächlichen Schülerinnen und Schüler, die in den einzelnen Schulformen sitzen, kommt. Das heißt, da bekommt jede Schule in der Regel noch etwas mehr Dienstposten. Das ist in normalem Zustand gar keine große Diskussion, das weiß jede Schule, dass sie beim vorläufigen Stellenplan weniger hat als beim definitiven. Wir haben jetzt bald Personalvertretungswahlen, daher ist das eben jetzt ein Thema, als ob das etwas Neues wäre. Seis drum. Jetzt wird es vermengt mit dem Fördermodell 2.0.

Was ist, noch einmal, der Hintergedanke? - Wir werden - und dieser Beweis ist locker anzutreten, leider erst im November des nächsten Jahres, wenn die Abrechnung des Stellenplans kommt - den Stellenplan um über 220 Lehrerinnen und Lehrer bewusst überziehen, und zwar über die 65 Lehrerinnen und Lehrer hinaus, um die wir in den vergangenen Jahren auch schon überzogen haben. Das heißt, Wien leistet insgesamt rund 300 Lehrerinnen und Lehrer für die Wiener Schulen: Die 65 Dienstposten, die wir hier im Gemeinderat noch unter meiner Vorgängerin beschlossen haben, zum Ausbau der Ganztagschulen, plus die 220 Lehrerinnen und Lehrer für das Fördermodell 2.0 im Bereich der Volksschulen.

Wien hat darüber hinaus gerade im Bereich der Volksschulen immer wieder in seinen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass endlich ein gerechter Verteilungsschlüssel kommen muss, dass Wien eben gerade auch angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl mehr Lehrerinnen und Lehrer braucht. Und es sind nur zwei Drittel der Lehrerdienstpostenplanberechnung an die Schülerzahlen gekoppelt, alle anderen Zuschläge in diesem Bereich des Dienststellenplans sind gedeckelte Beiträge. Das heißt, wurscht, wie viele Kinder wir haben, wir kriegen nicht entsprechend mehr Lehrer für SPF, wir kriegen nicht mehr Lehrer für Sprachfördermaßnahmen, wir kriegen nicht mehr Lehrer für 25plus und so weiter.

Das heißt, diese Kritik gibt es alljährlich nicht zuletzt seitens der Stadt Wien, eine Kritik, die wir ja auch immer wieder mehrheitlich hier verabschieden. Nichtsdestotrotz, wir bekommen die entsprechenden Lehrer nicht. Nur, wir

verteilen - und das möchte ich ein für alle Mal festhalten - 100 Prozent der uns zugeteilten Mittel für Lehrerdienstposten selbstverständlich an die Schulen. Die haben bei den Schülern anzukommen. Und wir verteilen darüber hinaus in diesem Jahr noch 220 zusätzliche Lehrerdienstposten für den Bereich des Fördermodells.

Und das Fördermodell setzt natürlich schon sehr stark genau dort an, wo es um zusätzliche Unterstützung geht. Ich sage aber gleichzeitig, ich bekenne mich zum Fördermodell auch deshalb, weil ich mich gleichzeitig auch für den integrativen Unterricht stark mache und ein Bekenntnis dazu abgeben möchte. Das heißt, zu allen Überlegungen, die immer in die Richtung gehen, segregieren wir noch ein bisschen mehr, trennen wir noch mehr die, die ein bisschen schlechter Deutsch können, die, die vielleicht ein etwas schlechteres Sozialverhalten haben!, oder Ähnliches, sage ich Nein. Das ist kein erfolgreiches Modell.

Genauso wie ich sage - und das weiß man ja auch ganz genau; Kollege Kowarik hat gesagt, man denkt da immer in Kasteln; aber man braucht nicht in Kasteln zu denken, man braucht sich nur erfolgreiche Schulmodelle anzusehen, und da ist es unbestritten, und es ist ganz egal, ob es fortschrittliche, linke Pädagogen sind oder ob es Länder sind, die konservativ regiert werden -: Die erfolgreichen Schulmodelle sind jedenfalls einmal Ganztagschulmodelle; Ganztagschulmodelle deshalb, weil diese natürlich soziale Unterschiede ausgleichen. Das ist ein Faktum, das kann man nicht wegdiskutieren. Und da hilft es auch nichts, zu sagen, na ja, in der Halbtagschule findet man auch einen, der Vorzugsschüler ist! - Ja, es gibt auch Tellerwäscher als Millionäre. Es gibt wahrscheinlich noch viel mehr Vorzugsschüler als Halbtagschüler. Nichtsdestotrotz: Erfolgreiche Schulmodelle, die soziale Unterschiede ausgleichen - und das ist ein zentraler Inhalt von Bildungspolitik -, sind Ganztagschulmodelle, und wir werden in Wien daher diesen Bereich auch weiterhin massiv ausbauen, genauso wie wir es in der Vergangenheit getan haben, weil das ein erfolgreiches Schulmodell ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Dietbert Kowarik: ... wählen!)*

Eine andere Diskussion möchte ich auch noch ansprechen - und da haben wir durchaus unterschiedliche Interessen -, und ich sage auch, ich könnte mir da durchaus Modelle vorstellen. Einmal wurde da von der Leitungsfunktion gesprochen und einmal von der administrativen Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern. Nur, die Diskussion, um die es schlicht und ergreifend geht: Ein Direktor war immer ein Direktor, damals wie heute. Wenn es darum geht, zusätzliche Ressourcen freizuschaukeln, nämlich für den pädagogischen Unterricht, indem man eine Person dazustellen und sagt, die Person, die jetzt Direktor ist, soll in Zukunft auch vermehrt pädagogische Aufgaben wahrnehmen, dann ist das schlicht und ergreifend genau eines jener Dinge, um die es geht, wenn von Zuständigkeit die Rede ist, nämlich Zuständigkeit des Bundes. Daher ist das letztendlich auch dort zu lösen, daher ist es dort im Rahmen der zuständigen Kompetenzen zu klären und nicht immer nur die einfache

Forderung zu stellen: Dann soll es halt das Land machen!

Das Land macht es genau dort, wo es zuständig ist. Wenn zusätzliche Ressourcen frei gemacht werden sollen – gerne, jede Unterstützung seitens der Stadt. Aber der Verantwortungsbereich liegt letztlich beim Bund, und ich glaube, er sollte dort auch wahrgenommen werden. Denn ich meine schon – und da, glaube ich, sind wir uns einig –, dass durchaus hochqualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen letztendlich in der Pädagogik besser aufgehoben sind als in der Administration. Aber das ist ein Problem, das in der Schule seit jeher systemimmanent ist und das sogar noch herausfordernder wird. Es ist aber ein Problem, das trotzdem dort zu lösen ist, wo es verfassungsrechtlich hingehört, nämlich: Wenn man für den Unterricht zuständig ist, wenn man dort Ressourcen freischaufeln will, dann soll das der Bund bitte auch wahrnehmen. Wenn wir dafür gemeinsam kämpfen können, würde ich mich darüber freuen.

Ich freue mich natürlich auch über die Initiativen und die Diskussionen rund um die schulautonomen Tage – darauf brauche ich nicht besonders einzugehen –, ich freue mich, dass trotzdem wieder eine Diskussion in Gang gekommen ist. Als Kollegin Leeb das gemacht hat, habe ich gesagt, na, jetzt werden wir sehen, ob dieselben Reaktionen kommen wie in meinem Antrittsinterview, als die Frage der Türkisch-Matura an mich gestellt wurde. Die Diskussion wiederholt sich immer. Macht nichts. Vielleicht entwickelt sie sich dank dieser Initiative weiter. Es würde mich freuen. Ich glaube, ein Stück mehr Weltoffenheit und keine Differenzierung in gute Sprachen und böse Sprachen würde uns gut tun.

Und da hilft auch nicht die Ansage, die Kollege Kowarik gemacht hat: Solange das nicht gelöst ist, dass jedes Kind ... – Läuft das jetzt auf den Appell hinaus: Englisch raus aus dem Unterricht, Französisch raus aus dem Unterricht!? (*Widerspruch von GR Mag Dietbert Kowarik.*) Na ja, aber das ist die logische Konsequenz, denn es bedeutet: Solange das nicht gelöst ist, blockieren wir doch nicht Stunden mit irgendetwas! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie tun ablenken!*) - Es war nicht so gemeint, das glaube ich Ihnen schon. Daher muss man aber sagen: Dann kann es nur um die „böse“ Sprache gehen und um nichts anderes. Ich glaube, es gibt keine. Jede Sprache, jede zweite Sprache, die ein Kind in dieser Stadt zusätzlich zu Deutsch spricht, ist förderungswürdig und ist eine Bereicherung. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.*)

Es gäbe noch vieles zu sagen. Lassen Sie mich vor allem noch ein bisschen auf den Bereich Kindergarten eingehen. Dazu ist ja viel Positives gesagt worden. Ich möchte schon daran erinnern - und das ist fast ein bisschen eine Analogie zu dem Bereich Förderung 2.0 -: Als der Gratiskindergarten in Wien eingeführt wurde, ist zuerst gesagt worden, das wird nicht funktionieren, es wird ein Chaos geben, es wird nur für lange Zeit ein kurzer Wahlkampf-Gag sein. – Dazu sei gesagt: Es kann am Beginn von jedem Modell rumpeln, aber wenn man etwas tut, dann funktioniert es und dann kann man etwas umsetzen. Es hat sich beim Kindergarten bewährt, was

ja mehrmals auch von der Opposition durchaus anerkannt worden ist, und es wird im Bereich des Fördermodells 2.0 genauso sein.

Und es hat letztendlich - entgegen dem einen oder anderen Unkenruf, den es gegeben hat - auch im Bereich der neuen Ausbildung für unsere KindergartenpädagogInnen geklappt. Wir haben dort nicht nur die Klassen voll bekommen, hinsichtlich deren man gezweifelt hat, ob man denn die dort Auszubildenden überhaupt finden wird, sondern wir haben mehr Bewerberinnen und Bewerber gehabt, als wir letztendlich in das neue Ausbildungsmodell bringen konnten. Dieses neue Ausbildungsmodell wird letztendlich eine noch größere Zahl an Pädagoginnen und Pädagogen für die Wiener Kindergärten hervorbringen - und nicht nur für die städtischen, sondern natürlich auch für die privaten, denn wenn Wien mehr ausbildet, stehen letztendlich auch den privaten Kindergärten mehr zur Verfügung. Daher können wir auch bereits feststellen, dass sich erfreulicherweise im Jahr 2014 erstmals - und das heißt nicht, dass wir genug Personal haben, ich sage dies hier noch einmal eindeutig, bevor mir etwas in den Mund gelegt wird, aber, dass sich die Lücke tatsächlich zu schließen beginnt. Und ich denke, das ist erfreulich. Auch hier hat sich letztendlich der eine oder andere Unkenruf nicht bewahrheitet.

Nicht bewahrheitet hat er sich, denke ich mir, auch im Bereich der vielen Initiativen, um mehr Plätze zu schaffen, denn ich denke, gerade die Qualität der Wiener Kindergärten ist etwas, das die Wienerinnen und Wiener durchaus immer anerkennen. Und es ist hier gerade auch die Partnerschaft zwischen privaten Einrichtungen mit ihren vielfältigen Angeboten und den städtischen Einrichtungen etwas, das das Angebot sehr bereichert.

Last but not least zu einem anderen Bereich, weil er angesprochen wurde. Ich halte einmal mehr fest: Wir haben in Wien eine Multifunktionshalle! Die Wiener Stadthalle hat von Robbie Williams bis zu Pferdeveranstaltungen, von der CA Tennis Trophy über die Handball-Weltmeisterschaft und die Volleyball-Europameisterschaft bis zu den verschiedensten anderen Veranstaltungen alle Herausforderungen bestanden, so wie sie vielleicht und hoffentlich auch den Song Contest bewältigen wird. Sie ist nicht die modernste. Man muss aber nicht immer die modernste haben, man muss die bestgeeignete haben. Und eine Halle, die in der Umgebung vier zusätzliche Hallen zur Verfügung hat, die auf einen Background zurückgreifen kann, die haben gerade auch die von Ihnen angesprochenen Städte nicht. Seien wir durchaus stolz auch auf unsere Stadthalle! Sie genügt diesen Anforderungen, ist diesen Anforderungen gewachsen, und wir werden es hoffentlich beim ESC 2015 unter Beweis stellen können. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es wurde die Zeit fast genau eingehalten.

Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegen mir jetzt tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor.

Bevor ich der Frau Vizebürgermeister das Wort erteile, möchte ich eine positive und eine negative Mitteilung

machen. Ich fange mit dem Negativen an, damit ich mit dem Positiven schließen kann.

Kollege Reindl hat in seinem Redebeitrag gestern der FPÖ vorgeworfen, sie erzähle Lügengeschichten. Da gibt es ein verpöntes Wort, und für dieses „Lüge“ muss ich dir korrekterweise auch einen Ordnungsruf erteilen.

Die positive Sache: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei allen Klubs. Wir haben eine Redezeit vereinbart, die sich tatsächlich äußerst positiv ausgewirkt hat. Eigentlich hätten wir 19,7 Stunden reden können, in Anspruch genommen wurden 16,3 Stunden. Das heißt, es haben alle Klubs die Redezeit, die wir uns vorgenommen haben, nicht ausgenützt. Am tüchtigsten - beim Nichtverbrauchen im positiven Sinne, denn man kann auch mit weniger Worten viel sagen - war die ÖVP mit knapp 80 Prozent, gefolgt von den GRÜNEN mit knapp über 80 Prozent, der SPÖ mit ein bisschen mehr als 80 Prozent, also 80,3 Prozent, und der FPÖ mit 94,9 Prozent. Dr Aigner hat 58 Prozent seiner geplanten Zeit in Anspruch genommen. - Das wollte ich dazu sagen und möchte mich herzlich bedanken.

Nun erteile ich Frau VBgmin Mag Renate Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 das Schlusswort.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich widersetze mich den zahlreichen Aufforderungen, diese drei Stunden jetzt nachzuholen, und beschränke mich darauf, Sie, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit von 4. bis 11. Juni 2014 und der, wie wir gerade gehört haben, in den letzten beiden Tagen erfolgten ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss nun der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXIV der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar zu verweisen und ersuche Sie um entsprechende Beschlussfassung. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Johann Herzog.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich danke für das präzise Schlusswort.

In der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, dass wir zur Vorbereitung der Abstimmung nun die Sitzung unterbrechen - ich würde sagen, eine Viertelstunde. Geht sich das bei allen aus? *(Rufe: 10 Minuten!)* Gut, spätestens um 18 Uhr fangen wir mit der Sitzung wieder an. *(VBgmin Mag Renate Brauner: Das ist ja noch länger! – Weitere Rufe: Das ist ja länger! – Heiterkeit.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiger Hinweis: Wir fangen um 17.50 Uhr an. *(Beifall.)*

(Sitzungsunterbrechung von 17.43 bis 17.56 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf - ich sagte, um 18 Uhr, die anderen haben gesagt, um 17.50 Uhr, jetzt sind wir genau in der Mitte, also eine österreichische Lösung - und wir kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2013. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Herr GR Hufnagl kann sich auch niedersetzen, Herr GR Mayer auch. - Herr Dr Mayer, bitte Platz zu nehmen!

Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 sind im Rechnungsabschluss auf Seite XXIV abgedruckt. Ich lasse zuerst über den aus zwei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung abstimmen und dann über den Antrag zum Inventar.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den zwei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die notwendige Mehrheit.

Nun bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf Seite XXIV im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Auch dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die entsprechende Mehrheit. Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge, die ich in der Reihenfolge des Eingehens zur Abstimmung bringen werde. Ich sage immer die Nummer dazu.

Nummer 1, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft Forderungen der österreichischen Städte. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von ÖVP und den Regierungsparteien unterstützt und hat natürlich die entsprechende Mehrheit.

Nummer 2, eingebracht von der ÖVP, betrifft Sockelanierung. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Nummer 3, eingebracht von der ÖVP, betrifft Runder Tisch zur anwohner- und wirtschaftsfreundlichen Organisation von Versammlungen und Demonstrationen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition und Klubunabhängiger unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Nummer 4, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft Steuerreform in Österreich. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von der FPÖ und den Regierungsparteien unterstützt und hat daher eine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 5, eingebracht von der ÖVP, betrifft PPP-Projekte. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von Oppositionsparteien und vom Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 6, eingebracht von der ÖVP, betrifft Liegenschaftsverkäufe nur mit Bieterverfahren, es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition und Klubunabhängiger, erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 7, eingebracht von der ÖVP, betrifft Neubenennung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirt-

schaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Oppositionsparteien und Klubunabhängiger unterstützen, dies hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 8, eingebracht von der ÖVP, betrifft Europabüro der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 9, eingebracht von der ÖVP, betrifft rasche Umsetzung des Ausbauprogramms für Park-and-ride-Anlagen. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von der Opposition und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 10, eingebracht von der ÖVP, betrifft Schaffung einer U5 zur Ergänzung des Wiener U-Bahn-Netzes. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger unterstützen, dies hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 11, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wiedereinführung der Förderungen von E-Mobilen. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 12, eingebracht von der FPÖ, betrifft Wiener Baustellenmanagement. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Oppositionsparteien und Klubunabhängiger erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 13, eingebracht von der FPÖ, betrifft Förderung der Kosten für die Errichtung von Hagelnetzen für Weingärten sowie Anmietung von Hagelfliegern durch die Stadt. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 14, eingebracht von der ÖVP, betrifft Optimierung des Baustellenmanagements. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 15, eingebracht von der FPÖ, betrifft Touristenbusse im Karmeliterviertel. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird vom Antragsteller und dem Klubunabhängigen unterstützt, hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, eingebracht von der ÖVP, betrifft Duldung öffentlicher Einrichtungen an Gebäuden oder auf Grundstücken. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Stadtplanung und so weiter wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von der Opposition inklusive des Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehr-

heit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der ÖVP, betrifft umgehende Inbetriebnahme der Druckkammer im AKH. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Opposition und Klubunabhängiger unterstützen dies und haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der FPÖ, betrifft Begrenzung der Dienstdauer für die Ärzteschaft. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 19, eingebracht von der ÖVP, betrifft verpflichtende Zielvereinbarung bei Subventionsnehmern der Stadt Wien. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 20, eingebracht von der ÖVP, betrifft Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Gleiches Stimmverhalten, Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der ÖVP, betrifft Kulturbericht und Wissenschaftsbericht der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der ÖVP, betrifft Subventionsbericht der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der ÖVP, betrifft Nutzungskonzept für die gesamte Hermesvilla inklusive deren Außenanlagen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der ÖVP, betrifft Ausbau der Nutzwasserleitungen für die Wiener Parks und Friedhöfe. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der ÖVP, betrifft Schaffung zusätzlicher Wasserspielplätze in den Wiener Parks. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 26, eingebracht von der ÖVP, betrifft Abschaffung der Hundesteuer. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 27, eingebracht von allen Parteien, betrifft: Für ein atomkraftfreies Mitteleuropa der Wiener Anti-Atom-Plan. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird einstimmig abgestimmt und zur Kenntnis genommen.

Antrag Nummer 28, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft Freihandelsabkommen TTIP, Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Auch da wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Antrag Nummer 29, eingebracht von der ÖVP, betrifft Realisierung eines „Green Care“-Projektes in der Seestadt Aspern. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppen Gesundheit und Soziales sowie Umwelt wurde verlangt. Wer diesem Zuweisungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Nummer 30, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Optimierung des Schutzes der Wiener Landwirtschaft vor Feldfrevl. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt wird verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird einstimmig so angenommen.

Der Antrag Nummer 31, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schaffung eines neuen Mistplatzstandortes in der Donaustadt. Auch da wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt, hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 32, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Verankerung der öffentlichen Wasserversorgung in der Verfassung. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 33, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Hundesteuer. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird vom Antragsteller und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 34, eingebracht von der ÖVP, betrifft Förderungen im Eigentumsbereich. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Opposition und Klubunabhängiger unterstützen dies, das ist keine Mehrheit.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der ÖVP, betrifft Mobilisierung der Grundstücke der Stadt Wien für sozialen Wohnbau. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird einstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 36, eingebracht von der ÖVP, betrifft Maßnahmenpaket für Alleinerzieherinnen. Auch da wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Integration,

Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird einstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 37, einbracht von der ÖVP, betrifft flexible Kinderbetreuung. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Diese Zuweisung wird einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der FPÖ, betrifft Deutsch vor Schuleintritt. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien sowie dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 39, eingebracht von der FPÖ, betrifft Smart City Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Oppositionsparteien und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 40, eingebracht von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP, betrifft Eurovision Song Contest 2015. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.

Antrag Nummer 41, eingebracht von der FPÖ, betrifft Türkisch als Maturafach. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das wird vom Antragsteller und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 42, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wiener Bildungsoffensive. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit Hand. – Das wird von Opposition und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Wir fahren fort bei der Abstimmung der Postnummern.

Die Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2013. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die notwendige Mehrheit.

Die Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2013. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 3 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die notwendige Mehrheit.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den

Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2013. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung

geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieses wird von den Regierungsparteien unterstützt.

Ich danke vielmals und schließe die 54. Sitzung des Wiener Gemeinderates. Bis morgen.

(Schluss um 18.14 Uhr.)